



JAHRESBERICHT DER SPD BERLIN 2014 - 2016



■ Wir gedenken unserer Toten	6
■ Vorwort	8
■ Landesvorstand	
Landesvorstand	10
Kassenbericht	31
Landesschiedskommission	34
■ Fachausschüsse	
FA I Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	35
FA II Europa und SPE-Aktivist*innen	40
FA III Innen- und Rechtspolitik	42
FA IV Kinder, Jugend, Familie	46
FA V Stadt des Wissens	49
FA VII Wirtschaft, Arbeit, Technologie	55
FA VIII Soziale Stadt · Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung	58
FA X Natur, Energie und Umweltschutz	61
FA XI Mobilität	64
FA XII Kulturpolitik	68
■ Foren, Kommission, Projekt	
Forum Sport	73
Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie	75
Forum Netzpolitik	77
Historische Kommission	79
Projekt Berlin - Paris	83
■ Arbeitsgemeinschaften	
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	85
Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB)	89
Arbeitsgemeinschaft der Senior*innen und Senioren (AG 60plus)	90
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt	95
Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS)	104
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	107
AG Sozialdemokrat*innen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	112
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Jurist*innen und Juristen (ASJ)	116
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen und Jungsozialisten (Jusos)	122
Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der Berliner SPD (Schwusos)	135
AG Selbst Aktiv · Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin	139

■ Arbeitskreis	
Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokrat*innen und Sozialdemokraten	144
■ Arbeitsgruppen	
Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Bürgermeister*innen	147
Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender	148
■ Fraktionen	
Abgeordnetenhausfraktion	149
Berliner Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion	184
Europäisches Parlament · Sylvia-Yvonne Kaufmann - MdEP	192
■ Sonstige Berichte	
SGK · Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V.	198
■ Anhang	
Landesvorstandliste	200
Landesparteitage	205
Rechenschaftsbericht für das Jahr 2013	209
Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014	212
Mitgliederentwicklung 2014- 2015	215

WIR GEDENKEN UNSERER TOTEN

Dieter Allendorf	29. Februar 2016
Egon Bahr	19. August 2015
Ekkehard Band	8. März 2016
Margarete Bannert	31. Januar 2015
Curt Becker	27. Juli 2015
Wolfgang Brünjes	9. Juni 2014
Ruth Buchwald	20. Oktober 2014
Alf-Walter Bückert	29. Juli 2015
Stephan Bünger	16. November 2015
Albrecht Dehnhard	13. Februar 2015
Fritz Doppler	23. Juni 2015
Hannelore Döring	30. April 2014
Frank Ebel	3. September 2015
Siegfried Engel	27. Oktober 2014
Barbara Faccani	18. Juli 2015
Joachim Frädrich	25. November 2015
Marie Luise Freyaldenhoven	27. April 2015
Werner Gebhardt	31. Dezember 2015
Rudolf Glagow	24. Dezember 2015
Ulrich Grasser	9. Juni 2015
Ilse Graupner	3. Mai 2015
Barbara Greube	13. März 2015
Michael Gustke	11. Juni 2014
Stefan Harant	10. November 2014
Günter Herrmann	11. Oktober 2014
Hubert Hilliges	13. August 2015
Andreas Höhne	30. Oktober 2015
Ingeborg Jahnke	28. Oktober 2014
Helmut Janas	30. August 2015
Rolf Kawel	13. August 2014
Andreas Knuth	1. Oktober 2015
Margot Koffke	3. Mai 2014
Günter König	5. September 2015

Karl-Heinz Krause	12. Februar 2016
Hans Kremendahl	10. Februar 2015
Heinz Krüger	26. Januar 2016
Harri Lensche	1. Dezember 2015
Günter Liefeldt	20. November 2015
Alexander Longolius	31. Januar 2016
Johanna Mahlke	11. Oktober 2015
Anke Martiny	11. Januar 2016
Peter Meyer	15. Januar 2015
Walter Minx	21. März 2016
Günter Mischnick	5. August 2015
Gitta Müller	14. August 2015
Horst-Jürgen Müller	13. Dezember 2015
Kurt Redeker	1. Oktober 2015
Horst Renner	16. Mai 2015
Sönke Reyels	1. August 2014
Achim Rheinländer	4. September 2015
Jutta Richter	4. September 2014
Hans-Joachim Rothe	20. Juli 2014
Werner Salomon	12. Juni 2014
Hans Schade	25. November 2014
Wolfgang Schimmang	4. Juni 2014
Horst Schwiemann	18. Dezember 2014
Heinz Sleke	14. Dezember 2015
Arno Spitz	25. Mai 2014
Wolfgang Storch	4. August 2014
Reiner Süß	29. Januar 2015
Rainer Thamm	17. Juni 2014
Gerhard Thieme	29. Februar 2016
Reymar von Wedel	14. Juni 2015
Ingeborg Wellmann-Giese	6. Januar 2015
Claus-Peter Werner	18. Juni 2015

VORWORT

**Liebe Genossin,
lieber Genosse,**

hinter uns liegen zwei erfolgreiche Jahre der SPD Berlin. Politisch haben wir im Land und Bund viel erreicht: Wir waren es, die den Begriff der wachsenden Stadt geprägt und für eine Schubumkehr u.a. im Wohnungsbau und bei der Verwaltung gesorgt haben. Wir stehen für Errungenschaften wie den Mindestlohn, die Mietpreisbremse und die doppelte Staatsbürgerschaft im Land. Wir leben wie keine andere Partei in Berlin das Credo der Transparenz und Mitgliederbeteiligung, so bei der Bestimmung des Nachfolgers Klaus Wowereits und bei der Mitgliederbefragung zum Wahlprogramm. Hier konnten die Mitglieder noch vor der ersten Entwurfsfassung entscheiden, welchen Weg wir bei zwölf Sachfragen gehen wollen. Ein bundesweit einmaliges Vorgehen und Vorbild für andere Gliederungen der SPD.



FOTO: DIRK BLEICKER

Auch die Dimension der internationalen Flüchtlingsbewegung und ihre Auswirkungen auf Berlin haben uns, die Berliner SPD als wichtigen Teil der Stadtgesellschaft, vor große Herausforderungen gestellt. Herausforderungen, die wir gemeistert haben. Vor allem auch dank der vielen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und dank des umsichtigen Handelns der SPD-geführten Senatsmannschaft. Über 80.000 Menschen suchten hier Unterstützung und Perspektiven. Unter den Helferinnen und Helfern sind tausende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich wie selbstverständlich und im hohen Maße eigenverantwortlich um die hier Ankommenden kümmern. Hier zeigt sich, was die Berliner SPD seit ihrer Gründung lebt: Sie ist die Berlin-Partei, die Kümmerer-Partei in Berlin. Wir sind mit der Stadt verbunden durch jedes einzelne Mitglied in jedem Kiez dieser großen und lebendigen Metropole.

Mit dieser Stärke im Rücken sind wir gewappnet für die Auseinandersetzung mit dem wieder erstarkenden Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Dabei werden wir und unsere Büros leider auch immer wieder selbst Opfer von rechten Angriffen. Doch wir lassen uns nicht einschüchtern, wir treten rechter Hetze und Hass weiterhin entschlossen entgegen und kämpfen für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Die Berliner SPD wird diesen Weg gehen, wie seit über 152 Jahren.

Wir sind es, die darauf achten, dass die Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Auf den sozialen Zusammenhalt kommt es an. Hierin investiert die SPD-geführte Landesregierung massiv, wenn sie Wohnungen baut, Kita- und Schulplätze ausbaut und die Verwaltung nach Jahren des zwangsweisen Sparens wieder personell stärkt. Das sind Investitionen in die Zukunft aller Berlinerinnen und Berliner.

Auf den Erfolgen und guten Entscheidungen werden wir uns nicht ausruhen. 2016 und 2017 sind Wahljahre. Mit ganzer Kraft, Mut und Visionen für diese Stadt gehen wir diese an. Wir haben einen Ruf zu verteidigen, der uns am Herzen liegt: die mitgliederstärkste, offenste und lebendigste Berlin-Partei zu bleiben! Damit Berlin lebens- und liebenswert bleibt.

Dein

Jan Stöß

Landesvorsitzender der SPD Berlin

LANDESVORSTAND



DIE WICHTIGSTEN THEMEN

Im Berichtszeitraum 2014 bis 2016 bestimmten vor allem diese Themen die politische Agenda der Berliner SPD: **Wohnraum – Mindestlohn – Flüchtlinge**.

Wohnen

Neben dem Bau neuer Wohnungen ist die Mietpreisbremse *das* Instrument zur Dämpfung des Mietanstiegs gewesen. Im Bundestagswahlkampf klar als SPD-Forderung aufgestellt, wurde der Gesetzesentwurf zügig durch das Parlament und den Bundesrat gebracht. Dazu sagte der Landesvorsitzende Jan Stöß: „Sie regelt, was längst hätte geregelt werden müssen: den Stopp von Wuchermieten und Verdrängung. Endlich werden auch beim Abschluss neuer Mietverträge Grenzen gelten, die den Mietanstieg insgesamt begrenzen.“ Berlin war die erste Stadt bundesweit, die die Mietpreisbremse in das Landesrecht übertrug.

Auch in Sachen Neubau stieß der Senat ein umfassendes Programm an. 64 Millionen Euro jährlich fließen seit dem in den Bau von Wohnungen. Auf fünf Jahre verteilt entspricht das einem Volumen von 320 Millionen Euro und jährlich 1000 Wohnungen. Mit dieser Neubauförderung können Anfangsmieten von 6,00 bis 7,50 € pro Quadratmeter garantiert werden.

Auch auf Bundesebene setzten sich die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten u.a. für den Ankauf von BImA-Wohnungen durch das Land Berlin ein. Hartnäckigkeit und die tatkräftige Unterstützung des Berliner Finanzsenators Matthias Kollatz-Ahnen führten dazu, dass erstmals eine größere Zahl von Wohnungen an eine städtische Gesellschaft in Berlin verkauft wurden.

Im Sommer 2015 nahm das Mietenvolksbegehren die Hürde von 20.000 Stimmen der Berlinerinnen und Berliner. Doppelt so viele votierten für die Beratung des Gesetzesentwurfs der Initiative im Parlament. Es folgte ein intensiver Abstimmungsprozess, der unter Leitung des Senators für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, stattfand. Seine Verwaltung war es auch, die die offizielle Kostenschätzung vornehmen musste: 3,3 Milliarden Euro sollten die Vorschläge der Mieten-Initiative kosten. Nach Ansicht der Berliner SPD kämen die Maßnahmen aber nur einem Bruchteil der Berliner Mieterinnen und Mieter zugute. Am Ende wurde ein Gesetzesentwurf des Berliner Senats im Parlament eingebracht und mit den Stimmen der Koalition angenommen. Die Mieten-Initiative zog ihren Entwurf im Februar 2016 zurück.

Mindestlohn: „Ein historischer Tag“

Mit der Zustimmung zum Tarifautonomiestärkungsgesetz hat der Deutsche Bundestag am 3. Juli 2014 den Weg zum Mindestlohn frei gemacht. In Berlin profitieren 200.000 Berlinerinnen und Berliner ab dem 1. Januar 2015 von der Einführung des Mindestlohns. Der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß begrüßte die Entscheidung: „Der gesetzliche Mindestlohn bedeutet für 200.000 Berlinerinnen und Berliner ein Ende sittenwidrig niedriger Löhne. Sie werden dank des Mindestlohns mehr Geld im Portemonnaie haben. Endlich haben wir damit auch in Deutschland eine Lohnuntergrenze, die Lohn-dumping und Ausbeutung ein Ende setzt. Dafür hat die Sozialdemokratie hart gekämpft.“

Flüchtlinge

80.000 Menschen kamen u.a. aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Eritrea zu uns nach Berlin, um hier Schutz vor Krieg, Gewalt und Verfolgung zu suchen. Die Berliner SPD hat die damit verbundenen Herausforderungen frühzeitig erkannt und als Partei u.a. einen Runden Tisch Flüchtlinge eingerichtet. Hieran nehmen seit über einem Jahr regelmäßig Akteure der Zivilgesellschaft, des Senats und des Parlaments teil, um aktuelle Probleme zu diskutieren und Absprachen zu treffen. Sehr viele der 17.000 Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren sich in der Flüchtlingshilfe, in den Heimen, bei der Integrationsarbeit im Alltag. Von diesem Wissen profitiert die Partei und von den Ressourcen der Partei profitieren die lokal engagierten GenossInnen.

Auf Bundesebene tritt die SPD Berlin offensiv für die Umsetzung des Leitsatzes „Wir schaffen das“ ein. Das bedeutet auch, dass Obergrenzen abgelehnt werden und wir offen in die Auseinandersetzung mit Hetzern und RechtspopulistInnen bei diesem Thema gehen. Mit einer Übersichtsseite auf unserer Homepage weisen wir darauf hin, wo die Berlinerinnen und Berliner spenden können.

WEITERE THEMEN

Vorratsdatenspeicherung

In 2015 spitzte sich die Debatte um die Vorratsdatenspeicherung noch einmal zu. Der Parteikonvent war aufgefordert hierzu einen Beschluss zu fassen. Mit 124 Ja-Stimmen und 88 Nein-Stimmen sowie 7 Enthaltungen wurde der Gesetzesentwurf zur Vorratsdatenspeicherung angenommen. Nur zwei Mitglieder des Parteivorstands stimmten gegen den Entwurf, darunter der Berliner Landesvorsitzende Jan Stöß. Auch aus der siebenköpfigen Berliner Delegation gab es keine Zustimmung. Sie setzte damit das klare Votum der Parteibasis gegen die Vorratsdatenspeicherung durch. Der Gesetzesentwurf von Bundesjustizminister Heiko Maas sieht vor, dass Telekommunikationsunternehmen

die Telefon- und Internetverbindungsdaten aller BürgerInnen zehn Wochen lang speichern. Für die Standortdaten bei Handy-Gesprächen sind vier Wochen vorgesehen. Nach langer und intensiver Diskussion wurde eine Änderung zu den bisherigen Gesetzesplänen vereinbart. Nach zwei bis drei Jahren soll die Wirkung des Gesetzes durch unabhängige Experten evaluiert werden.

Rekommunalisierung

Der seit 2010 gegangene Weg der Rekommunalisierung in Berlin wurde auch im Berichtszeitraum fortgesetzt. So wurde die Konzession für das Gasnetz an die landeseigene Berlin Energie Gesellschaft vergeben. Nach dem Rückkauf der Wasserbetriebe war dies der nächste große Schritt. „Es ist gut, wenn zukünftig die Erlöse aus dem Netzbetrieb in Berlin verbleiben und für die Entwicklung der Stadt verwendet werden können“, sagte der Landesvorsitzende Jan Stöß.

Neuregelung der doppelten Staatsbürgerschaft ist ein Meilenstein

Die vom Deutschen Bundestag verabschiedete Neuregelung der Optionspflicht ist ein Meilenstein gewesen. Hunderttausende Betroffene sind seither nicht mehr gezwungen, sich im Alter von 23 Jahren zwischen der deutschen und einer weiteren Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Dieses integrationspolitische Signal war der Berliner SPD bei den Koalitionsverhandlungen ganz besonders wichtig. Der Gesetzentwurf sorgt mit der enthaltenen Härtefallklausel für Einzelfallgerechtigkeit. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Integration und für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht.

TTIP und CETA

Die Berliner Delegation stritt auf dem Konvent hartnäckig für eine kritische Haltung zu TTIP und CETA bzw. auch für die Aussetzung der Verhandlungen. Noch vor dem Konvent wurde im Parteivorstand ein Kompromissantrag verabschiedet, der im Wesentlichen auf einem gemeinsamen Papier vom Bundeswirtschaftsministerium und dem DGB fußt. Im Beschluss des Konvents, der mit sieben Gegenstimmen gefasst wurde, ist nun eine Passage zu CETA enthalten. Genauso wie bei TTIP muss auch für die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit Kanada gelten, dass deutsche Standards – z.B. beim Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltschutz – nicht unterminiert werden dürfen. Beide Abkommen werden dem Bundestag und dem Bundesrat vor der Unterzeichnung vorgelegt.

Die SPD sei grundsätzlich für den Freihandel, betonte Jan Stöß, denn von der Exportwirtschaft hängen Wohlstand und viele Arbeitsplätze ab. „Doch TTIP und CETA dürfen nicht dazu führen, dass unsere deutschen und europäischen Standards beim Verbraucherschutz, beim Umweltschutz und bei Arbeitnehmerrechten gefährdet werden.“

EUROPAWAHLKAMPF

Anspruch des Europa-Wahlkampfes mit der Berliner Spitzenkandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann war es, Europa so erfahrbar und konkret wie möglich zu machen. Die Kieze, Straßen, Cafés sollten die Orte sein, wo der Wahlkampf stattfindet. So wurde auch hier ein intensiver Straßenwahlkampf mit Hilfe der 119 Abteilungen betrieben. Inhaltlich rückte dabei das Erstarken der rechten Kräfte in ganz Europa in den Mittelpunkt. Der Einzug von AfD und NPD in das Europaparlament sollte verhindert werden.

Eine besondere Wahlkampf-Aktion ging sowohl von deutschen wie polnischen SozialdemokratInnen aus: der Europa-Sonderzug nach Stettin. Aus guten persönlichen Verbindungen sollen auch gute verkehrstechnische Anbindungen werden. Die Berliner SPD-Europakandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann und der polnische Europaabgeordnete und frühere polnische Verkehrsminister Prof. Bogusław Liberadzki, der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Berliner und Stettiner Sozialdemokratie, traten mit dieser Reise am 25. April dafür ein.

Abschluss und Höhepunkt des Europa-Wahlkampfes bildet die #jetztistschulz-Veranstaltung auf dem Alexanderplatz am 19. Mai 2014. Vor Ort waren Sylvia-Yvonne Kaufmann und Martin Schulz, Dagmar Roth-Behrendt und Jan Stöß, Klaus Wowereit und Frank-Walter Steinmeier. Letzterer hielt die wohl emotionalste Rede und musste gegen lautstarke AfD-AnhängerInnen zum Teil anbrüllen. Er betonte das Engagement der Europäischen Union für den Frieden in Europa. Am 25. Mai 2014 gewann die Berliner SPD die Europa-Wahlen in der Hauptstadt mit 24 Prozent (ein Plus von 5,2%). Insgesamt zogen 27 deutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in das Europäische Parlament ein. Damit bekamen alle 16 Landesverbände eine eigene Vertretung. Ein Ziel, für das sich insbesondere die Berliner SPD stark gemacht hatte. Wehrmutstropfen des Wahlabends: Sowohl die AfD als auch die NPD zogen ins Europa-Parlament ein.

VOLKSENTSCHEID TEMPELHOF – WOHNRAUM STATT STILLSTAND

Am 25. Mai 2014 stand mit dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld eine Grundsatzentscheidung an: Die Bürgerinitiative 100% THF wollte mit ihrem Gesetzentwurf dem Feld einen Stillstand verordnen. Es sollte alles so bleiben wie es ist (Gesetz 1). Die SPD kämpfte dafür, in der Mitte des Feldes die große Freifläche in ihrer Weite zu erhalten und die Ränder für den Bau von dringend benötigten bezahlbaren Mietwohnungen zu nutzen (Gesetz 2). In ihrer Kampagne warb die Berliner SPD zusammen mit einem breiten Bündnis aus Sport- und Sozialverbänden, Kammern, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften für ein NEIN zum Gesetz 1 und für ein JA zum Gesetz 2. 15.000 Plakate wurden im Vorfeld der Abstimmung aufgehängt. Ein Video-Clip und umfangreiches Informationsmaterial sollten über die Ziele des Gesetzes 2 aufklären. Am 25. Mai 2014

stand dann das Ergebnis fest: Die von der Koalition angestrebte Wohnbebauung am Rande des Tempelhofer Feldes wird es nicht geben. Für den entsprechenden Gesetzentwurf der Tempelhof- Initiative stimmten 64,3 Prozent, dagegen 30 Prozent.

MITGLIEDERVOTUM ÜBER DEN ZUKÜNFTIGEN REGIERENDEN BÜRGERMEISTER

Ende August 2014 teilte der damals Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, mit, dass er mit Wirkung zum 11. Dezember des Jahres von seinem Amt zurücktritt. Der Landesvorstand der Berliner SPD einigte sich daraufhin auf ein Verfahren, das es allen Berliner SPD-Mitgliedern ermöglichen sollte über den zukünftigen Berliner Regierenden Bürgermeister abzustimmen.

Zur Wahl standen der Landesvorsitzende Jan Stöß, der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh sowie der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Michael Müller. Das Mitgliedervotum sah umfangreiche Informationen an die Mitglieder vor. Im Zentrum standen vier Foren, auf denen sich die Kandidaten präsentierten. Via Briefzusendung erfolgte die Wahl. Das Quorum lag bei 20 Prozent. Am 18. Oktober 2014 war es dann soweit. Unter tatkräftiger Mitwirkung vieler Genossinnen und Genossen wurden die Briefwahlunterlagen innerhalb weniger Stunden und streng geheim ausgezählt.



Das Mitgliedervotum

FOTO: ULRICH HORB

Michael Müller wurde mit 59 Prozent der knapp 11.000 gültigen Stimmen Sieger des Mitgliedervotums. Im Dezember wurde er vom Abgeordnetenhaus zum Regierenden Bürgermeister gewählt.

Von den 17.193 Berliner SPD-Mitgliedern gaben 11.162 ihre Stimme ab, damit wurde eine Wahlbeteiligung von 64,92 Prozent erreicht. Gültig waren 10.748 Stimmen. Michael Müller kam auf 6.353 Stimmen (59,11 %), Jan Stöß erhielt 2.244 Stimmen (20,88 %), Raed Saleh 2.008 Stimmen (18,68 %).

Das Verfahren, so der stellvertretende Landesvorsitzende Fritz Felgentreu, sei zum „Erfolg für die ganze Berliner SPD“ geworden. Das machten sowohl die hohe Beteiligung als auch die ausführliche Medienberichterstattung deutlich. Mehr als 1.600 Mitglieder verfolgten die vier Mitgliederforen vor Ort in den Veranstaltungssälen. Zahlreiche Mitglieder sahen die Diskussionsrunden via Live-Stream. Insgesamt gab es 14 Zusammenkünfte der drei Kandidaten.

AUF DEM WEG ZUM WAHLPROGRAMM 2016

Unter dem Motto „Berlin. Gemeinsam Leben. Neues Gestalten.“ hat die Berliner SPD ihren Prozess zur Erstellung des Wahlprogramms für die Abgeordnetenhauswahl 2016 begonnen.

Insbesondere in den Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen wurden bis zu den Sommerferien 2015 erste Themenpapiere erarbeitet, die eine wichtige Grundlage für das Programm bilden. Auf fünf Programmkonferenzen zu den Themen, die von den Mitgliedern Ende 2014 zu den wichtigsten erklärt wurden, wurde diskutiert, Bilanz gezogen und Themen für die kommenden Jahre identifiziert.

Auf allen Programmkonferenzen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Thesen und Programmsätze bewerten und gewichten und so wichtige Anhaltspunkte an die Steuerungsgruppe für das Wahlprogramm unter der Leitung von Christian Gaebler weiterleiten. Den Auftakt der Konferenz-Reihe machte die AG Migration und Vielfalt mit ihrem Thema "Berlin. Stadt der Vielfalt. Aufstieg gestalten".

In der Tradition der Arbeiter- und der Frauenbewegung sei es heute die Aufgabe der Sozialdemokratie, "den Kids der Rütli-Schulen Deutschlands" zu gleichen Rechten zu verhelfen, sagte der Bundesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt, Aziz Bozkurt, in seiner Begrüßung. Neuköllns Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey sprach sich gegen spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund aus, eine Förderung müsse sich unabhängig von der Herkunft am Bedarf orientieren. In der Verwaltung müsse sich nach und nach auch bei den MitarbeiterInnen widerspiegeln, wie die Struktur im Kiez sei. Ein wichtiges Thema in den Diskussionen war die Weiterentwicklung der Ausländerbehörde zu einem Willkommens-Center.

Die Programmdebatte wurde in Folge mit dem Thema „Soziales Berlin. Sicheres Berlin.“ fortgeführt. Die thematische Verknüpfung von innerer und sozialer Sicherheit gehöre für die SPD zusammen, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Dies sei ebenso Markenzeichen der SPD wie die feste Überzeugung, dass im öffentlichen Raum nicht das Recht des Stärkeren herrschen dürfe.

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius wandte sich in seinem Statement gegen eine ideologische Sichtweise in der Sicherheitspolitik. Sicherheit sei ein wesentlicher Teil von Freiheit, so Pistorius. In der öffentlichen Debatte gebe es auf der einen Seite die, die härtere Strafen und alles an Rechten für die Polizei fordern, auf der anderen Seite gebe es die, die alles ablehnen. Dazwischen müsse sozialdemokratische Sicherheitspolitik definiert werden. Viele Ideen kamen in den drei Panels zusammen. Diskutiert wurde über die Sicherheit im öffentlichen Raum, über soziale Infrastruktur in der wachsenden Stadt und eine bürgernahe und leistungsstarke öffentliche Verwaltung. Die eingebrachten Ideen und Thesen konnten von den Mitgliedern, darunter etliche aus dem Polizei- und Feuerwehrdienst, aus der Sozialarbeit und der Justiz, zum Schluss bewertet werden. Die meiste Zustimmung fand die These: „Wir verstärken den Schutz der Berlinerinnen und Berliner vor sozialem Abstieg.“

Um Arbeitsplätze für Berlin ging es in der 3. Wahlprogrammkonferenz. Wie gestalten wir die Arbeit der Zukunft? Was heißt gute Arbeit ganz konkret? Wie gehen wir mit Datenschutz in einer digitalisierten Arbeitswelt um und wie bekommen wir mehr ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung in der Berliner Startup-Szene? – das waren unter anderem Fragen der Panels im Willy-Brandt-Haus am 16. September 2015. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hob die Erfolge der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hervor: 40.000 neue Arbeitsplätze, die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1991 und steigende Steuereinnahmen hervor. Als große Bereicherung für die Stadt nannte der Regierende Bürgermeister die Entwicklung des Technologiestandorts Adlershof, wo erfolgreich an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gearbeitet werde. Zuvor nannte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß Vollbeschäftigung und Teilhabe durch Arbeit als Ziel erfolgreicher sozialdemokratischer Arbeitspolitik. Trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung sind noch immer 200.000 Menschen in Berlin ohne Arbeit. Zeitgleich suchen zehntausende vor Krieg und Verfolgung Geflüchtete in Berlin eine neue Heimat. Die SPD hat die Aufgabe, beiden Gruppen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bieten, damit sie von ihrer eigenen Arbeit gut leben können. In den drei anschließenden Paneldiskussionen ging es unter anderem um die Herausforderungen in der Technologiepolitik. Nach den Panels wurde mithilfe von Tablets erstmals digital über die 15 Thesen abgestimmt.

„Gut leben in der wachsenden Stadt“ – so war die vierte Programmkonferenz am 21. September überschrieben. Hier diskutierte die Berliner SPD gleich drei stadtentwicklungspolitische Schwerpunktthemen: Bauen und Wohnen, Verkehr und Mobilität sowie Umwelt und Energie. „Die wachsende Stadt ist gut für Berlin“, sagte Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. Denn sie eröffne finanzielle Spielräume und schaffe neue Arbeitsplätze. Berlin ist in den vergangenen vier Jahren in einer Größenordnung der Stadt Potsdam gewachsen. Der Senator bekräftigte dabei die Aussage des SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß, dass nur Neubau in Berlin stabile Mieten gewährleiste und fügte hinzu: „Wir müssen künftig noch dichter und höher bauen, damit wir den hohen Anteil

an Grünflächen in Berlin bewahren können.“ Allein für das Jahr 2016 schafft der Senat neuen Wohnraum für 30.000 Menschen. In einem der drei anschließenden Panels wurde darüber diskutiert, ob sogenannte „Fahrrad-Highways“ durch die Stadt sinnvoll sind und ob Neubaugebiete am besten durch die Straßenbahn oder den Bus an den ÖPNV angebunden werden.

Das Ziel Chancengleichheit wurde am 7. Oktober 2015 auf der letzten Programmkonferenz im Lichthof der Berliner TU diskutiert. Der SPD gehe es um gleiche Startchancen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses und die bestmögliche individuelle Förderung. Die Zeit der großen Strukturveränderungen an den Schulen sei vorbei, so Bildungsministerin Scheeres. Die SPD habe ihr Ziel erreicht, das Schulsystem durchlässig zu machen. Das Berliner Bildungssystem bleibt religionsneutral. Michael Müller bekräftigte in seiner Rede das Neutralitätsgebot, das für alle gelte und ausdrücklich kein Kopftuch-Verbot sei, sondern eine generelle Trennung von Staat und Religion festschreibe. Die Gemeinschaftsschule, die an 24 Schulen erfolgreich erprobt wird, soll mit dem Ende der Pilotphase einen festen Platz in der Berliner Schullandschaft erhalten und im Schulgesetz verankert werden, darin waren sich Monika Buttgereit, Vorsitzende des SPD-Fachausschusses, und Bildungsministerin Sandra Scheeres einig. Viel Zustimmung fanden die Forderungen, Leitungsstellen an Grundschulen besser zu bezahlen und Funktionsstellen entsprechend zu besetzen. Gut funktionierende Schulsekretariate könnten die Lehrkräfte entlasten und ihnen wieder mehr Raum für pädagogische Arbeit lassen. Gut aufgestellte Wissenschaftseinrichtungen sorgen bereits heute für Innovation und damit für Wachstum. Michael Müller wies auf die Herausforderungen hin, die mit der Digitalisierung verbunden sind. Hier gäbe es international einen starken Konkurrenzdruck, jede Metropole arbeite an Lösungen für die Zukunft. Im Panel wurden konkrete Forderungen für die kommenden Jahre diskutiert. So müsse der Hochschulpakt mit dem Bund verlängert und ausgebaut werden, der Berliner Investitionspakt zum Hochschulbau soll erhöht werden. Angesichts der Veränderungen der Familienstrukturen müsse die Situation der Alleinerziehenden eine besondere Berücksichtigung finden. In der abschließenden Abstimmung wurde der frühkindlichen Bildung und dem Kinderschutz eine besondere Bedeutung beigemessen. Im Hochschulbereich wird auf gute Beschäftigungs- und Studienbedingungen gesetzt.

Das Forum Netzpolitik beteiligte sich am Weg zum Wahlprogramm mit einer eigenen Dialog-Veranstaltung, dem Startup-Dialog. Zwar könne sich Berlin mit New York und Tel Aviv vergleichen, doch wo Erfolg ist, sind auch Schattenseiten. Wie ist es um die Arbeitsbedingungen in der Startup-Szene bestellt, was brauchen junge Unternehmen um erfolgreich zu sein? Wie muss die Stadt beschaffen sein, damit sich neue hier ansiedeln? Unter anderem diese Fragen diskutierten der Landesvorsitzende Jan Stöß, Ulrike Sommer, Landeskassiererin der SPD Berlin sowie die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses Frank Jahnke, Sven Kohlmeier und Clara West am 8. Oktober 2015 in der Factory in Berlin-Mitte.

Erste Wahlkampfkonferenz der Berliner SPD

Im Willy-Brandt-Haus fand am 30. November 2015 der Auftakt der Wahlkampfkonferenzen statt. 140 Abteilungsvorsitzende und/oder Wahlkampfbeauftragte sowie zahlreiche nominierte KandidatInnen waren vor Ort.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Jan Stöß, erklärte Frank Stauss, Inhaber der Agentur BUTTERBERLIN, die den Wahlkampf der Berliner SPD gestalten wird, die Vor-Kampagne *Füreinander*. Auf dem Parteitag waren erste Anmutungen bereits zu sehen, nun gehe die Berliner SPD mit rund 60.000 Broschüren auf die Straßen der Stadt, um deutlich zu machen: Diese Partei hat in den letzten vier Jahren verdammt viel bewirkt und sie ist die einzige politische Kraft in der Hauptstadt, die den Herausforderungen vor denen Berlin steht, gewachsen ist.

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, schwor die Wahlkämpfenden in seiner Rede ein. Er stellte sich im Anschluss den Fragen der GenossInnen. Dennis Buchner, Landesgeschäftsführer, skizzierte am Ende den Fahrplan und erste Formate.



Michael Müller

FOTO: ULRICH HORB

Mitgliederbefragung #12Fragen

Als „Pionierleistung“ für die innerparteiliche Demokratie bezeichnete der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß die Mitgliederbefragung. Erstmals überhaupt konnten die Mitglieder vor einem fertigen Programmentwurf über zwölf kontrovers in Partei und Stadtgesellschaft diskutierte Themen „wie im Parlament oder im Senat entscheiden“, so Stöß.

Die Fragen deckten ein breites Themenspektrum ab: Vom Straßenbahnnetz bis zur Frage, ob Wohnungen mit einfacheren Standards gebaut werden können oder ob „Spätis“ länger öffnen dürfen. Ausgewählt wurden die Fragen von der Steuerungsgruppe Wahlprogramm.

Mehr als 45 Prozent der rund 17.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Hauptstadt haben sich an der Mitgliederbefragung beteiligt. Bezahlbares Wohnen, staatliche Neutralität, innere Sicherheit, Kitaqualität und vernünftige Pflege – das sind die Themen, die den Berliner SPD-Mitgliedern besonders am Herzen liegen.

88,6 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, mehr Wohnungen mit einfacherem Standard zu bauen, um die Mietkosten in den Griff zu bekommen. Klare Vorgabe auch für die Weiterentwicklung der Kitas: Zwei Drittel sagten Ja zur Frage „Soll die Qualitätssteigerung vordringlich vor der Ausweitung der Beitragsfreiheit umgesetzt werden?“ Keine Veränderung wollen 81 Prozent der SPD-Mitglieder beim Neutralitätsgesetz, dass das Tragen religiöser Kleidungsstücke und Symbole unter anderem Lehrerinnen und Richterinnen aus Gründen der Neutralität im Staatsdienst untersagt. Nur 12,3 Prozent sprechen sich hier für eine Änderung aus. Eine Sonderregelung für Spätis zur Sonntagsöffnung lehnen 53,8 Prozent der Befragten ab, 37,7 Prozent wären dafür. 60,4 Prozent sind gegen eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre auch bei Abgeordnetenhauswahlen, 29,2 Prozent stimmten zu.

Eine ausgesprochen knappe Entscheidung gab es dagegen bei der Frage nach einer Liberalisierung des Cannabis-Erwerbs: 43,2 Prozent stimmten zu, 44 Prozent lehnten dies ab. Eine deutliche Mehrheit (82,5 Prozent) unterstützt die Forderung, die Museen für eine begrenzte Zeitspanne ohne Eintrittsgeld besuchen zu können. Begrüßt wird auch der Versuch, mit anonymisierten Bewerbungen für mehr Chancengleichheit zu sorgen. 54,6 Prozent sind dafür, 30,8 Prozent dagegen.

Neben den Antworten auf die zwölf Fragen konnten die Mitglieder die für sie wichtigsten Themen auswählen. Mit 61,45 Prozent lag hier das Thema Wohnen deutlich vor der Frage nach dem Neutralitätsgebot (32,82 Prozent) und der Inneren Sicherheit (26,99 Prozent).

PARTEITAGE

Der Landesparteitag am **17. Mai 2014** stand ganz im Zeichen von Europa, der Auseinandersetzung um das Tempelhofer Feld und eine moderne und gerechte Sozialpolitik. Ehrengast des Parteitags war der ehemalige spanische Ministerpräsident und „Willy Brandt Spaniens“, Felipe González. Er stimmt die Delegierten auf die heiße Phase des Europa-Wahlkampfes ein. Turnusgemäß fanden auch die Landesvorstandswahlen statt.

Jan Stöß ging in seiner Bewerbungsrede auf ein einiges Europa, die Kraft der starken Städte für die deutsche Sozialdemokratie und die Wahlen 2016 ein. „Nicht ich sage Euch, was unser Wahlprogramm 2016 sein soll, das sagen unsere Mitglieder uns“, so Stöß. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, stellte den Antrag zum Tempelhofer Feld vor. „Wir wollen Wohnen statt Egoismus“, rief Wowereit den Delegierten zu. „Dass diese Diskussion überhaupt geführt werden kann, ist ein Verdienst der SPD“, so Wowereit. Am Ende votierten die 235 Delegierten einstimmig für den Antrag. Auf dem Landesparteitag wurde mit breiter Zustimmung der Antrag zur Gerechten Sozialpolitik verabschiedet. Diskutiert wurde über die Personalausstattung in den Bezirken. Turnusgemäß fanden auch die Landesvorstandswahlen statt. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß wurde wiedergewählt. Er erhielt 158 Stimmen (68,7 Prozent). Fritz Felgentreu, Barbara Loth, Mark Rackles und Iris Spranger wurden als stellvertretende Landesvorsitzende in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Ebenso Ulrike Sommer als Landeskassiererin.



Felipe González (l.) spricht auf dem Landesparteitag zu den Delegierten.

FOTO: ULRICH HORB

Am **8. November 2014** fand der Landesparteitag der Berliner SPD im bcc am Alexanderplatz statt. Das Zusammenkommen der 235 Delegierten und mehrerer hundert Gäste stand ganz im Zeichen des Dankes an Klaus Wowereit und des Gedenkens an den Mauerfall vor 25 Jahren. Der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Jan Stöß, begann seine Rede mit einem kurzen Rückblick auf dieses „anstrengende Jahr für die Berliner SPD“. „Was wurde nicht alles vorher gesagt: Die SPD wird am Mitgliedervotum zerbrechen“, erinnerte Jan Stöß an einige Schlagzeilen der vergangenen Wochen. Doch das Gegenteil war der Fall: Die SPD ist wieder stärkste Kraft in Berlin und „dieses eindeutige Ergebnis ist ein gutes Ergebnis“. 11.000 Genossinnen und Genossen mit 79 verschiedenen Nationalitäten nahmen an der Abstimmung teil. „Wir haben gezeigt, dass es geht: sich inhaltlich miteinander auseinanderzusetzen, aber sich nicht auseinander bringen zu lassen.“ Jan Stöß versicherte dem designierten Regierenden Bürgermeister Michael Müller seine volle persönliche Unterstützung, aber auch die der ganzen Berliner SPD.

Nach langanhaltendem Applaus und einem Video über den Werdegang Klaus Wowereits bedankte sich dieser bei seiner SPD und erinnerte daran, dass es nicht immer nur einfache Jahre waren. Dass Berlin eine eigene Dynamik entwickelt hat und eine offene Stadt ist, sei einer „klaren, sozialdemokratischen Handschrift“ zu verdanken. Am Ende verabschiedete er sich mit den zwei Song-Zitaten: „I did it my way“ und „Ich bereue nichts“. In seiner gut einstündigen Rede skizzierte Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, die ersten Schwerpunkte seiner Regierungszeit. Natürlich werde er in den Aufsichtsrat des BER gehen und natürlich müsse Berlin den Mut haben, so ein Projekt wie Olympia anzugehen. Langer Applaus und am Ende eine einstimmige Nominierung Michael Müllers von den Delegierten des Parteitags zeigten, dass die Berliner SPD hinter ihrem neuen Regierenden Bürgermeister von Berlin steht. Die Delegierten des Landesparteitags verabschiedeten in der Antragsberatung unter anderem einen Leitantrag zur Jugendpolitik, in dem insbesondere die stärkere Einbeziehung von jungen Menschen in Meinungsbildungsprozesse gefordert wird. Der Landesvorstand brachte einen Antrag zu Olympia ein, der einstimmig angenommen wurde. Darin spricht sich die Berliner SPD klar für Olympia aus, allerdings unter der Maßgabe der Beteiligung der Berlinerinnen und Berliner.

Am **13. Juni 2015** fand der Sommer-Landesparteitag im Hotel Interconti statt. 231 Anträge in einem 4-teiligen Antragsbuch standen zur Beratung an. Der Landesvorsitzende Jan Stöß ging in seiner Eröffnungsrede sowohl auf den anstehenden Wahlprogrammprozess, als auch auf das Nein des kleinen Koalitionspartners CDU zur Ehe für alle ein. Die CDU habe hier keine Argumente gebracht, sondern sich formal mit einer Mitgliederbefragung aus der Affäre gezogen. „Für uns ist es selbstverständlich“, so Stöß, „dass schwule und lesbische Paare gleich behandelt werden.“ Gastredner Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier griff die Debatte um die Ehe für alle ebenfalls auf und stellte noch einmal klar, dass die SPD hierzu eine ganz klare Haltung hat. Er lobt die Berliner SPD für ihre Mitgliederbeteiligung bei der Entscheidung über die Nachfolge Klaus Wowereits und bescheinigte Michael Müller: „Du machst einen klasse Job.“ Steinmeier zog aber auch eine Bilanz seiner Arbeit als Außenminister und konstatierte, dass er sich an keine Zeit erinnern könne, wo so viele komplexe Krisen gleichzeitig zu bewältigen seien. Er ging auf den Ukraine-Konflikt und die Griechenland-Krise ein und hielt zum Schluss ein Plädoyer für die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa. Friedenspolitik in Europa und darüber hinaus, die Situation der Flüchtlinge, aber auch die Arbeit für und mit geflüchteten Menschen und gegen rechte Umtriebe waren Themen der Leitanträge und Resolution, die im Folgenden diskutiert und einstimmig beschlossen wurden. Bewegend wurde der Parteitag als der Landesvorsitzende Jan Stöß dem langjährigen Sozialdemokraten und engagierten Kämpfer für die Krim-Frauen, Werner Rataczak, die höchste Ehrung der SPD überreichte, die Willy-Brandt-Medaille. Rataczak sammelte über 16 Jahren mehr als 23.000 Euro für die auf der Krim lebenden Frauen, die Ravensbrück und andere Konzentrationslager auf deutschem Boden überlebt haben.

Wenige Stunden bevor die 235 Delegierten und Gäste im Berliner Congress Center zum Landesparteitag zusammenkamen, fanden in Paris terroristische Mordanschläge statt. Unter diesem Eindruck stand der Parteitag am **14. November 2015**. Der Landesvorsitzende Jan Stöß erinnerte in seiner Rede daran, dass diese Anschläge allen gelten und die Berlinerinnen und Berliner und insbesondere auch die Berliner SozialdemokratInnen in diesen Stunden solidarisch und geschlossen an der Seite der PariserInnen stehen. Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, machte in seiner Rede deutlich, dass es auf das Füreinander ankommt. Es sei gerade jetzt wichtig, Haltung zu zeigen, jeden Tag. Die Resolutionen „Codeshare genehmigen – Zukunft von AirBerlin sichern“ und "Menschlich bleiben. Haltung zeigen" wurden mit großer Mehrheit angenommen. Im Anschluss an den Landesparteitag zogen zahlreiche Genossinnen und Genossen vor das Brandenburger Tor, um dort vor der Französischen Botschaft weiße Rosen im Gedenken an die Opfer niederzulegen.

HERAUSGEHOBENE VERANSTALTUNGEN

In guter Erinnerung: Der rot-grüne „Frauensenat“ 1989 – 1990

Es war ein freudiges Wiedersehen: 25 Jahre und einen Tag nach dem Amtsantritt des rot-grünen Senats von Walter Momper traf der frühere Regierende Bürgermeister bei einer Festveranstaltung, die der Landesverband ausgerichtet hat, im Rathaus Schöneberg auf die damaligen Senatsmitglieder. Erstmals hatte es 1989 in einer Landesregierung mehr Frauen als Männer gegeben. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß wies in seiner Begrüßung auf die seither ununterbrochene Regierungsbeteiligung der Berliner SPD hin: "Wir sind stolz auf das, was wir für die Stadt erreicht haben."

Schon 1989 sei erstaunlich viel bewegt worden. Stöß erinnerte an die Wohnungsbauprogramme, an die heute selbstverständlichen Verkehrsprojekte wie die Einführung der Busspuren oder das Tempolimit auf der Avus. Auch die damalige Alternative Liste (AL) konnte ihre Projekte verwirklichen, das Verbandsklagerecht im Naturschutz wurde eingeführt, das Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen nahm die Arbeit auf. "Selten ist so leidenschaftlich um Politik gerungen worden", so Jan Stöß.

Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald und Weimar

Gedenkstättenfahrten haben in der Berliner SPD Tradition. Vom 23. Oktober bis zum 25. Oktober fuhren zahlreiche Genossinnen und Genossen im Rahmen einer vom ABI organisierten Tour nach Buchenwald und Weimar. Zugleich bot die Fahrt einen Eindruck über die aktuelle Situation in Thüringen, u.a. durch ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Weimar, Stefan Wolf, und durch eine Diskussion mit dem Mobilen Beratungsteam Thüringen und dem Bündnis gegen rechts Weimar.

Feierstunde zum Vereinigungsparteitag vor 25 Jahren

Mit einer Feierstunde in der Sophienkirche in Mitte hat die Berliner SPD am 14. September an die Vereinigung des Ost-Berliner Bezirksverbandes der SPD und des West-Berliner Landesverbandes vor 25 Jahren erinnert. Es sollte eine „Vereinigung von Gleich zu Gleich“ sein, so der damalige SPD-Landesvorsitzende Walter Momper. „Das haben wir auch geschafft.“

Bis zum Mauerbau am 13. August 1961 hatte es die SPD – anders als in der DDR – auch in Ost-Berlin gegeben. Mit der Teilung der Stadt entließ die SPD ihre Mitglieder aus Gründen der persönlichen Sicherheit in Ost-Berlin aus ihren Pflichten. Erst mit der Gründung der SDP im Oktober 1989 meldete sich die Sozialdemokratie im Ostteil der Stadt wieder zu Wort. Der Niedergang der DDR und der SED sei offenkundig gewesen, so Martin Gutzeit, der gemeinsam mit Markus Meckel die Idee der Parteigründung vorangetrieben hatte. Die unabhängige Parteigründung war eine Kampfansage an die SED und ihre Blockparteien.



Feierstunde mit Anne-Kathrin Pauk, Martin Gutzeit, Andreas Röhl, Knut Herbst, Christian Hoßbach, Joachim Günther, Walter Momper, Hans-Georg Lorenz (v.l.n.r.)

FOTO: ULRICH HORB

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß dankte den GründerInnen der SDP für ihren Mut. Am 5. November 1989 wurde in der Sophienkirche der Bezirksverband Ost-Berlin gegründet und die damals 23jährige Anne-Kathrin Pauk zur Bezirksvorsitzenden gewählt. In der Feierstunde berichteten die damaligen InitiatorInnen über die turbulenten Anfänge und die ersten Kontakte zur West-SPD. Die junge Partei musste zahlreiche organisatorische Aufgaben bewältigen, engagierte sich am Runden Tisch und bereitete Parteitage und Wahlkämpfe vor. Eine „ungeheure Lernfähigkeit“ stellte Walter Momper bei den neuen SozialdemokratInnen fest. Anne-Kathrin Pauk bedauerte im Rückblick, dass es nicht gelungen sei, die Mitgliederzahl im Ostteil wesentlich zu erhöhen. In der Anfangszeit hat dabei auch die Ablehnung ehemaliger SED-Mitglieder eine Rolle gespielt. Hans-Georg Lorenz, 1989 geschäftsführender Landesvorsitzender der Berliner SPD, wies auf die Offenheit und Diskussionsfreude hin: „Wir haben viel voneinander gelernt.“

KAMPF GEGEN RECHTS

Auch im Berichtszeitraum 2014 bis 2016 wurden zahlreiche Anschläge auf Einrichtungen der Berliner SPD verübt. Besonders im Fokus: die Büros der Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie die Landesgeschäftsstelle. Trauriger Höhepunkt dieser stetigen Bedrohungslage war der Angriff auf eine Bucher Genossin im Europawahlkampf, bei dem diese niedergestoßen wurde. Die WahlkämpferInnen wurden bedroht und beleidigt. Das Perfide: Nach diesem Angriff musste sich die Genossin gegen eine Klage des Neonazis zu Wehr setzen. Erfolgreich.

Der Trend des persönlichen Angriffs auf Demokratinnen und Demokraten setzte sich jedoch fort. So wurden Privathäuser und Autos zerstört, auf Wände Drohungen geschmiert. Die Arbeitsgemeinschaft gegen rechts des Landesvorstands wurde daraufhin in der Struktur und Arbeit gestärkt und ist nun ein Fachausschuss, der die Verbindungen zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren, Politik und Verwaltung vom Landesverband aus hält.

Insbesondere mit dem Aufwuchs an ankommenden Flüchtlingen mussten sich die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei ihrer Arbeit auf der Straße, an den Haustüren, in den Büros zunehmend ausländerfeindlichen Kommentaren und Fragen stellen. Zur Unterstützung der Basis erstellte der Landesverband den Argumentationsleitfaden „Argumente gegen rechts“. Darin sind Daten und Fakten für die Erwiderung aufgeschrieben, die eine Stütze sein können im Gespräch. Klein und handlich kann der "Leitfaden" zu jedem Infostand mitgenommen werden.

Das Erstarken der Alternative für Deutschland (AfD) sowie der Pegida-Bewegung brachte eine ganz neue Dynamik in die politische Arbeit gegen rechts. Traten die AfD und die regionalen Ableger der Pegida zunächst noch gemäßigt rechtspopulistisch auf, wurde zunehmend deutlich, dass hinter der gutbürgerlichen Fassade rechtsradikale Ansichten stecken. Am 7. November 2015 wollte die AfD unter dem Motto "Asylchaos und Eurokrise stoppen" durch das Brandenburger Tor, das Berliner Wahrzeichen, marschieren. Die SPD Berlin verhinderte diesen Aufmarsch, indem sie eine Kundgebung anmeldete, an der sich alle im Berliner Parlament vertretenen demokratischen Parteien beteiligten.

ALLGEMEINES

Erweiterung des Geschäftsführenden Landesvorstands der Berliner SPD – Bundestagsfraktion, Bezirke und Europa werden einbezogen

Im Sommer 2014 wurde die Erweiterung des Geschäftsführenden Landesvorstands beschlossen. Durch Kooptierungen sind nun alle politischen Ebenen im Führungsgremium der Berliner SPD vertreten. Hinzu kommen die stellvertretende Vorsitzende

der Bundestagsfraktion Dr. Eva Högl, die Berliner Abgeordnete im Europäischen Parlament, Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, und der Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Stefan Komoß.

Geschäftsführerwechsel bei der Berliner SPD

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat in seiner Sitzung am 1. September 2014 Dennis Buchner zum neuen Landesgeschäftsführer der Berliner SPD gewählt. „Ich freue mich sehr, dass der Landesvorstand Dennis Buchner mit großer Mehrheit zum neuen Geschäftsführer der Berliner SPD bestimmt hat. Mit seiner ruhigen, strukturierten Art und seiner langjährigen Erfahrung im politischen Geschäft wird er den Landesverband der Berliner SPD nicht nur mit erfahrener Hand durch spannende Zeiten führen, sondern ihn auch für den Wahlkampf 2016 bestens aufstellen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit“, so Jan Stöß, Landesvorsitzender der Berliner SPD.

Jan Stöß dankte der scheidenden Landesgeschäftsführerin Kirstin Fusan für ihr Engagement. Er würdigte ihre Arbeit in den vergangenen zwei Jahren. "In dieser Zeit hat die Berliner SPD unter ihrer Leitung zwei erfolgreiche Wahlkämpfe bestritten. Kirstin hat wichtige politische Themen in der Arbeit des Landesverbandes in den letzten zwei Jahren mit gestaltet und dafür gesorgt, dass das KSH für alle Mitglieder ein offenes Haus und eine lebendige Parteizentrale ist."

Neumitgliedertreffen

Die gute Tradition der Neumitgliedertreffen wurde im Berichtszeitraum fortgeführt. Seit zwei Jahren finden sie in der Landesgeschäftsstelle statt – dort wo die Arbeit der Ehrenamtlichen koordiniert wird. Mit Führungen durch das Kurt-Schumacher-Haus und dem Kennenlernen der Mitarbeiter sowie einem abschließenden Austausch mit dem Geschäftsführer und dem Landesvorsitzenden erhalten die Mitglieder einen umfassenden Einblick in die Arbeitsabläufe ihrer Berliner SPD. Highlight war dennoch sicherlich der Parteitag am 8. November 2014, kurz nach dem Mitgliedervotum über den zukünftigen Regierenden Bürgermeister. 250 Neumitglieder traten damals ein und entschieden mit.

Kampf für Frauen-Rechte in der Berliner SPD

Die Berliner SPD ist Teil des Bündnisses FRAUEN*KAMPFTAG, das am 8. März für die Rechte der Frauen eintritt. Entgegen des Entpolitisierungsprozesses beim Frauen-Tag tritt das Bündnis für eine Repolitisierung und für die Solidarität unter den Frauen ein. 2014 lautete das Motto der Demonstration „Still lovin’ feminism“. Am 7. März verteilten viele Genossinnen und Genossen im gesamten Berliner Stadtgebiet 28.000 Rosen an die Berlinerinnen.

Auch an der Aktion „One Billion Rising: Gewalt nicht mit uns“ beteiligen sich die Berliner SozialdemokratInnen jährlich. Mit der weltweiten Kampagne haben sich am Valentinstag rund um den Globus Millionen Frauen und Männer erhoben, um auf die alltäglich stattfindende Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam zu machen und auf ein Ende der Gewalt hinzuwirken.

Am 21. März ist für die Berliner SPD Equal Pay Day. Bundesweit gehen Männer und Frauen auf die Straße, um gegen die ungleiche Bezahlung von Frauen im Vergleich zu den Männern zu demonstrieren. Der DGB ruft zu einer großen Kundgebung auf, Partei und SPD-Fraktion im Land beteiligen sich mit eigenen kleineren Aktionen an diesem Projekt.

„Mädchen machen Politik“ – Girls' Day der SPD Berlin

Regelmäßig stellt die SPD Berlin einen April-Tag unter das Motto „Mädchen machen Politik“. Im Europa-Wahlkampfjahr 2014 lernten die Schülerinnen die Berliner Spitzenkandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann kennen. Sie schnupperten in die Pressearbeit einer Partei rein und kamen z.B. im Deutschen Bundestag mit der Abgeordneten Ute Finckh-Krämer ins Gespräch, die als Naturwissenschaftlerin über die MINT-Fächer informierte.

Berliner SPD diskutiert über gerechte Sozialpolitik

Am 29. April 2014 lud die Berliner SPD zur Fachtagung "Gerechte Sozialpolitik" Vertreterinnen und Vertreter aus der praktischen Arbeit, der Politik, den Gewerkschaften und Sozialverbänden. Seit der Gründung der SPD vor 150 Jahren stehen die Kernthemen Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und vor allem soziale Sicherheit im Fokus sozialdemokratischen Selbstverständnisses und Handelns. Die Berliner SPD hat deshalb insbesondere u.a. das Thema „Gerechte Sozialpolitik“ in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit gestellt. Die hierfür eigens im August 2012 eingesetzte Arbeitsgruppe „Gerechte Sozialpolitik“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, zu prüfen, welche Anforderungen wir heute an eine gerechte und moderne Sozialpolitik stellen und welche Schritte zur Sicherung eines guten Zusammenlebens in einem demokratischen Gemeinwesen gehören. Diskutiert wurden u.a. auch die Wirksamkeit der bisherigen sozialpolitischen Instrumente und deren Finanzierbarkeit und inwieweit die vorhandenen Hilfesysteme ihre Wirksamkeit tatsächlich entfalten können und ob die bestehenden Leistungsketten sinnvoll aufeinander aufgebaut sind. Die Ergebnisse wurden in Form eines Antrags auf dem Landesparteitag eingebracht und dort mit großer Mehrheit angenommen.

Landesvorstandsklausuren: Schwerpunkte setzen

2015 wurden auf der Klausur des **Geschäftsführenden Vorstandes** (GLV) in Berlin-Grünau drei Schwerpunkt-Themen festgelegt: Der Prozess zur Ausgestaltung des Wahl-

programms 2016, ein Wachstumsfonds für Berlin und die Perspektiven der Personalentwicklung in der Hauptstadt.

Der GLV bekam zudem vom Landesvorstand den Auftrag, den Wahlprogrammprozess zu gestalten und zu strukturieren. Definiert wurden zunächst drei inhaltliche Kernthemen: Arbeit und Wirtschaft, Wohnen und Stadtentwicklung sowie Bildung und Wissenschaft. Zu den drei Themengebieten sollte es ab Oktober 2015 Mitgliederforen und eine Mitgliederbefragung nach der Priorisierung von Themen geben.

Zusätzlich wurde mit Nachdruck beschlossen sich für eine Umwandlungsverordnung stark zu machen, einen Wachstumsfonds für nachhaltige Investitionen ins Leben zu rufen sowie auf das Umsteuern beim Thema Personal hinzuweisen.

Auf seiner Klausurtagung hat der **Landesvorstand der Berliner SPD** am 15. März 2015 den Antrag „Starke Finanzen im Land und in den Bezirken“ beschlossen. Der Vorstandsbeschluss stelle die Weichen, damit die Bezirke die steigenden Anforderungen der wachsenden Stadt erfüllen können, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Die SPD bekennt sich dazu, die Berliner Bezirke leistungsfähiger zu machen und mit ausreichend Finanzmitteln und Personal auszustatten.“

Der Beschluss enthält eine Neudefinition der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) um einen Qualitätsbegriff, einen revolvingierenden Innovationsfonds, der die Finanzierung von innovativen Projekten im Bereich der Bildungs-, Jugend- und Sozialpolitik fördert sowie die Personalhoheit in den Bezirken. Mit dem Sondervermögen für Investitionen in die wachsende Stadt (SIWA) stehen auch für die bezirkliche Infrastruktur zusätzliche Mittel bereit, allein 2015 500 Millionen zusätzlich z. B. für die Erweiterung landeseigener Schulen, Kitas und Sportanlagen.

Forum Metropolenpolitik der SPD gegründet

Im Forum Metropolenpolitik der SPD beteiligen sich unter der Leitung des Berliner SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß Mitglieder aus Landes- und Stadtregierungen, MandatsträgerInnen aus Bundestag und Landtagen sowie ExpertInnen aus den Bereichen Kommunalpolitik, Wohnungsbau, Stadtsoziologie und Stadtforschung. „Die SPD versteht sich seit ihrer Gründung als Großstadtpartei. Als solche denken wir voraus und stoßen Debatten an“, so Jan Stöß.

Zu den Fragestellungen, mit denen sich das Forum befasst, zählen die Stärkung der solidarischen Stadtgesellschaft, Maßnahmen gegen steigende Mieten, die frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Großprojekten, die Herausforderungen des demografischen Wandels, die sozial gerechte energetische Erneuerung des Wohnbestands und das Zusammendenken von Stadt und Region insbesondere bei der gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung.

Berliner machten Wahlkampf in Wien

20 Berliner SPD-Mitglieder, darunter der Landesvorsitzende Jan Stöß und der Landesgeschäftsführer Dennis Buchner, haben im Oktober 2015 die Wiener SPÖ im Wahlkampf unterstützt.

Bei Rundgängen durch Kneipen und Gaststätten, Verteilaktionen und bei einem großen Solidaritätskonzert für Flüchtlinge wurde Werbung für die Anliegen der Wiener SozialdemokratInnen gemacht.

Der Austausch mit der SPÖ wird weiter intensiviert. 2016 ist im Berliner Wahlkampf ein Gegenbesuch geplant, außerdem soll die Partnerschaft in ähnlicher Weise organisiert werden, wie die seit Jahren erfolgreiche Freundschaft mit der Parti socialiste in Paris.

Solidaritätsbesuch in Paris: „Es war schwer die Fassung zu wahren“

Mit kaum einer Stadt pflegt die Berliner SPD so enge Kontakte wie zu Paris. Einzelne Kreise sind mit Arrondissements in Paris seit vielen Jahren eng befreundet. Auf beiden Seiten gibt es Koordinatoren, die sich um die Freundschaft zwischen den Schwesterparteien kümmern. Da stand es außer Frage, dass die Berliner SozialdemokratInnen nach den Anschlägen vom 13. November 2015 ihre Solidarität mit den Pariser SozialdemokratInnen zeigten.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Parti Socialiste (PS) in Paris, Emmanuel Grégoire, den Bürgermeister der betroffenen 10. und 11. Arrondissements, Remi Ferraud und Patrick Bloche, und der Vorsitzenden der SPD Berlin in Paris, Elisabeth Humbert-Dorf-müller, besuchten sie die Anschlagssorte.

Die Stimmung war gedrückt; das Zusammenkommen zeigte doch, dass die Verbindung zur PS Paris jetzt noch tiefer ist. Die Berliner SozialdemokratInnen machten genauso engagiert Wahlkampf auf den Straßen im Vorfeld der Regionalwahlen, wie sie es bei ihren Besuchen immer taten. „Diese Anschläge galten genauso uns. Sie hätten hier bei uns passieren können“, sagte Stöß beim Besuch, „umso selbstverständlicher ist es, dass wir sehr eng und sehr solidarisch an der Seite unserer französischen Freunde stehen.“

ARBEITSGRUPPEN DES LANDESVORSTANDS

Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit

In allen Gesellschafts- und Politikbereichen sowie in der innerparteilichen Organisations- und Arbeitsweise sollen die Belange von Frauen und Männern gleichermaßen

berücksichtigt werden. Geschlechterspezifische Benachteiligungen gilt es abzubauen. Im Berichtszeitraum haben sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe insbesondere mit dem Landesgleichstellungsbericht und den Gleichstellungsberichten der 12 Kreise befasst und hierauf hin Maßnahmen für den Landesverband diskutiert. Die Frauenwerbekampagne „Mehr Frauen in die SPD“ mit den bekannten Postkarten und Button-Motiven Diva, Zicke, Biest wurde ausgewertet.

Fritz Felgentreu und Barbara Loth koordinieren die AG Geschlechtergerechtigkeit. Weitere Mitglieder sind Dennis Buchner, Eva Högl, Oliver Igel, Franziska Jahnke, Torsten Schneider, Katrin Konrad, Susann Budras, Björn Eggert, Martina Hartleib, Ulrike Neumann, Lea Löhöffel, Sebastian Hübers, Alexander Freier, Eric Eispert, Ina Czyborra und Lucyna Jachymiak-Krolikowska.

Arbeitsgruppe Bezirksfinanzen

Am 13. Januar 2014 wurde die Arbeitsgruppe zu den Berliner Finanzen vom Landesvorstand eingesetzt. Ein Jahr später legte sie ihren Abschlussbericht vor. Aufgabe der AG war es, Vorschläge für eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen den Berliner Bezirken und der Landesebene zu erarbeiten. In der AG und den drei Unterarbeitsgruppen arbeiteten Senatsmitglieder, Abgeordnete, Bezirksamtsmitglieder und Bezirksverordnete zusammen, geleitet wurde die AG vom Parlamentarischen Geschäftsführer Torsten Schneider und der stellvertretenden Landesvorsitzenden Iris Spranger. Der Landesvorstand hat den Bericht unter Beteiligung des Finanzsenators Matthias Kollatz-Ahnen ausführlich diskutiert. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß erklärte: „Die Herausforderung bestand darin, bei nach wie vor eingeschränkten finanziellen Spielräumen Vorschläge zu erarbeiten, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht werden, den Bezirken politische Gestaltungsmöglichkeiten zu geben und gleichzeitig den notwendigen Konsolidierungskurs im Land fortzusetzen. Mit dem Bericht ist aus meiner Sicht ein fairer Kompromiss zwischen den Interessen der Bezirke und der Landesebene gelungen.“

Die Ergebnisse der AG wurden bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts für 2016-2017 berücksichtigt. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe wurden vom Senat auf seiner Klausurtagung im Januar 2015 aufgegriffen, darunter u.a. bei der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzepts. Die AG Bezirksfinanzen erarbeitete auf Grundlage des Abschlussberichts einen Leitantrag, der auf dem Landesparteitag im Frühjahr 2015 beschlossen wurde.

Runder Tisch Flüchtlingspolitik

Im Herbst 2014 wurde der Runde Tisch ins Leben gerufen, als Reaktion auf die steigenden Flüchtlingszahlen in der Hauptstadt und dem wachsenden Abstimmungsbedarf

zwischen den in der Flüchtlingspolitik ehrenamtlich engagierten SozialdemokratInnen, den Senatsverwaltungen sowie den Parlamenten in den Bezirken und dem Land. Fünf Mal kamen bis zum Ende des Berichtszeitraums jeweils bis zu 30 Akteure zusammen, um über akute Problemlagen, Prozesse und Verbesserungsvorschläge zu diskutieren. Ziel des Runden Tisches, dessen Arbeit verstetigt wurde, ist es vor allem, den schnellen Austausch zwischen den Ebenen und Akteuren zu gewährleisten, um auf oft tagesgleich geänderte Problemlagen angemessen reagieren zu können.

Projektgruppe Interkulturelle Öffnung

Auf dem Parteitag im November 2014 wurde beschlossen eine Projektgruppe Interkulturelle Öffnung einzurichten. Die Projektgruppe traf sich daraufhin zwei Mal. Es wurde beschlossen, sich an den Maßnahmen der AG Geschlechtergerechtigkeit zu orientieren, darüber hinaus aber eigene Vorschläge zu erarbeiten, um das Profil der vielfältigen SPD zu stärken. Es soll ein Instrumentenkasten entwickelt werden, aus dem sich die Kreise und der Landesvorstand das jeweils Passende für die eigene Arbeit herausgreifen können.

KASSENBERICHT

Allgemein

Der Landesverband Berlin geht mit einem gesunden finanziellen Polster in die Abgeordnetenhauswahl 2016. Obwohl wir nicht mehr auf das bereits aufgebrauchte Erbe zurückgreifen können, sind wir in der Lage, den bevorstehenden Wahlkampf aus eigener Kraft zu schultern. Damit dies so bleibt und wir auch für den Berliner Wahlkampf 2021 kein Fremdkapital aufnehmen müssen, ist gleichwohl sparsames Wirtschaften angesagt. Das bedeutet, dass wir 2016 mit etwa demselben Wahlkampfetat auskommen müssen und werden wie im Jahr 2011.

Wie in den Vorjahren ist es uns auch 2015 erneut gelungen, weniger auszugeben als geplant. Der Überschuss wird sich wegen neuer Personalmrückstellungen auf etwa 100.000 Euro einpendeln. Die Personalmrückstellungen werden für zwei Kolleginnen und Kollegen im Kurt-Schumacher-Haus gebildet, die in den nächsten Jahren über das Altersteilzeitmodell in den Vorruhestand gehen. Die Betriebsvereinbarung zur Altersteilzeit haben wir gekündigt.

Da der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2015 erst nach der Drucklegung durch unabhängige Wirtschaftsprüfer begutachtet wird, wird er dem Landesparteitag zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt und in der nächsten Ausgabe veröffentlicht. Die Rechenschaftsberichte der Jahre 2013 und 2014 sind in diesem Jahresbericht abgedruckt.

Sowohl im Jahr 2013 als auch in 2014 fiel der Abschluss deutlich positiver aus als im Haushalt geplant. Die Minderausgaben betragen für 2014 rund 291 T€ und das Reinvermögen stieg Ende 2014 auf 1,195 T€, ohne Personalkosten Rückstellungen auf 1.553 T€. Bis Ende 2015 wuchs das Reinvermögen ohne Personalmrückstellungen auf 1,934 T€. Diese positive Entwicklung ist auch auf die Einhaltung der Haushaltsrichtlinien und Controllingmaßnahmen zurückzuführen. In 2015 wechselte der Landesverband seine Konten zur Sparkasse und führte für alle finanzwirksamen Vorgänge das Vier-Augen-Prinzip ein. Für alle Konten wurden auch die letzten Einzelvollmachten durch solche abgelöst, die eine zweite Unterschrift erfordern.

Ich danke an dieser Stelle Landesgeschäftsführer Dennis Buchner, seinem Stellvertreter Axel Oppold-Soda und allen Kolleginnen und Kollegen im KSH sowie bei Office Consult. Sparsame und nachhaltige Haushaltsführung ist ohne ihre aktive Mitwirkung nicht möglich. Das außerordentliche Engagement der Beschäftigten hat sich auch beispielhaft bei den beiden Mitgliederbefragungen im Berichtszeitraum gezeigt.

Vor allem das Mitgliedervotum Ende 2014, in dem es um den neuen Regierenden Bürgermeister ging, belastete allerdings auch den Etat. Die Kosten von rund 40.000 Euro (für Technik, Porto, Papier, Notar etc.) wurden im Wesentlichen durch starke Kürzungen in anderen Haushaltsstellen erwirtschaftet. In den Wochen der öffentlich stark beachteten Vorstellungsrunden konnten wir rund 250 Neumitglieder werben. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen stiegen in den vergangenen Jahren stetig an, von 1,815 T€ im Jahr 2013 und 1,904 T€ im Jahr 2014 auf rund 1,945 T€ Euro in 2015.

Personal- und Verwaltungskosten

Die Personalkosten entwickelten sich im Berichtszeitraum entsprechend der langfristigen Planung. Für den Wahlkampf wurden befristet neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt, auch um Auftragsvergaben an Fremdfirmen zu reduzieren und damit insgesamt Kosten zu sparen. Es hat sich gezeigt, dass der Landesverband vieles selbst besser und preiswerter erledigen kann.

Das spiegelt sich auch bei den Anschaffungen wider. Neben der Bühne und einer neuen, leistungsstärkeren Tontechnik, die allen Gliederungen zu einem niedrigen Preis angeboten wird, können wir künftig für Bühnenaufbauten auf ein eigenes Trilite-System zurückgreifen und müssen dies nicht für jede Veranstaltung mieten. Bei den Neuanschaffungen legen wir Wert auf Qualität, hochwertigere Produkte sind meist auch langlebig und umweltschonend.

Das KSH wurde im Berichtszeitraum mit laufenden Investitionen instand gehalten. Beispielsweise nenne ich einen neuen Tagungsraum und die moderne Medientechnik im Erika-Heß-Saal. Ferner haben wir in ein Antragstool investiert, um allen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, ihre Anträge im Internet nachzuverfolgen. Für Jubilarehrungen, die einen wesentlichen Kostenfaktor für Abteilungen darstellen, drucken wir bereits die Urkunden kostenfrei im KSH und bieten den Gliederungen darüber hinaus auch künftig umfangreichen und kostengünstigen Service bei Druck und Versand.

Die Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb blieben 2015 (Stand 19. Januar 2016) mit 410 T€ trotz zahlreicher Investitionen stabil.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Landesverbandes stiegen Ende 2015 (Stand 19. Januar 2016) auf 3,189 T€. Das lag nicht nur am Vertrieb von Druckerzeugnissen, sondern auch am stetig steigenden Durchschnittsbeitrag. Dieser lag im Jahr 2013 bei 12,84 €, im Jahr 2014 bei 13,02 € und stieg auf 13,16 € im Jahr 2015.

Das zeigt, dass unter anderem unsere Bemühungen um satzungsgemäße Beiträge Erfolg hatten. Nicht nur erhöhten Mitglieder ihren monatlichen Beitrag von 2,50 Euro zum Teil deutlich, auch die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zahlen inzwischen fast alle satzungsgemäße Parteibeiträge. Ich danke allen Mitgliedern und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die mit ihrem Beitrag unsere Arbeit erst möglich machen. Die niedrigen Zinsen merken auch wir: Für unser Vermögen haben wir im Jahr 2014 lediglich knapp 3T€ eingenommen, dies reduzierte sich in 2015 weiter auf 1,3T€.

Nach wie vor gibt es große Unterschiede in der Finanzausstattung der Abteilungen. Damit auch dort, wo nur wenig Geld in der Kasse ist, außergewöhnliche und kreative Ideen zur Mitgliederwerbung oder im Wahlkampf umgesetzt werden können, haben wir den so genannten „Abteilungsfonds“ erneut mit 20.000 Euro jährlich ausgestattet. Zahlreiche Abteilungen haben inzwischen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Vermögensentwicklung und mittelfristige Finanzplanung

Die positive Entwicklung der Finanzen des Berliner Landesverbands ist erfreulich – aber nicht selbstverständlich. Das ist in der mittelfristigen Finanzplanung abzulesen. Deshalb wollen wir bei dem sparsamen Kurs bleiben und dafür sorgen, dass die Berliner SPD auch künftig aus eigener Kraft handlungs- und kampagnenfähig bleibt.

Ich danke allen Abteilungen, Kreisen, Arbeitsgemeinschaften, dem Geschäftsführenden Landesvorstand und dem Landesvorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kurt-Schumacher-Hauses und dem Willy-Brandt-Haus für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen beiden Jahren.

Ulrike Sommer
Landeskassiererin

LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Für die **vorige Amtsperiode** bleibt nachzutragen, dass nach dem 1. Februar 2014, also nach Redaktionsschluss für die Berichte für den Landesparteitag die Landesschiedskommission mit einer Wahlanfechtung in einer Abteilung befasst war. In diesem Fall wurde eine Neuwahl der Kreisdelegierten angeordnet.

In der Amtsperiode 2014 – 2016 wurden **zwei Parteiordnungsverfahren** durchgeführt.

- ▶ Eines davon wurde an die Kreisschiedskommission zurückverwiesen.
- ▶ Das zweite Verfahren endete zunächst im zeitweiligen Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von drei Jahren. Nach der Berufung durch das betroffene Mitglied bei der Bundesschiedskommission wurde das Verfahren aus formellen Gründen an die Landesschiedskommission zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen. Dieses Verfahren endete mit dem Ausschluss des Mitgliedes aus der Partei. Es ist noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, da gegen diesen Entscheid erneut Berufung bei der Bundesschiedskommission eingelegt wurde.

Der Landesschiedskommission wurde **ein Statutenstreitverfahren** vorgelegt.

- ▶ Es ging darin um den Antrag, die sogenannte harte Quotierung bei Redelisten in Parteiversammlungen als statutenwidrig zu erklären. Diese Form der Quotierung, die auch auf einem Landesparteitag beschlossen worden ist, besagt, dass ein Mitglied eines anderen Geschlechts nicht mehr auf die Redeliste gesetzt wird, wenn die nachfolgende Quotierung nicht mehr eingehalten werden kann. Der Antrag war formal unzulässig. In der Sache allerdings kam die Landesschiedskommission zu dem Schluss, dass diese Form der Quotierung statutenwidrig ist. Dem Landesvorstand wurde diese Entscheidung zur weiteren Veranlassung mitgeteilt.

Die Landesschiedskommission wurde **von einem Mitglied angerufen**, das auf der Liste zur Bezirksverordnetenversammlung einer anderen Partei kandidiert.

- ▶ Da dies nach § 6 des Organisationsstatuts mit der Mitgliedschaft in der SPD nicht vereinbar ist und nach § 20 der Schiedsordnung ohne ein Verfahren vor der Schiedskommission zu sanktionieren ist, war die Schiedskommission für diesen Vorgang nicht zuständig.

Nikolaus Sander

Vorsitzender der Landesschiedskommission

FACHAUSSCHUSS I · INTERNATIONALE POLITIK, FRIEDEN, ENTWICKLUNG

ARBEITSERGEBNISSE 2014 – 2016

1. Entwicklung und Gestaltung der internationalen Rolle Berlins

Der FA I hat sich dieser Aufgabe im Berichtszeitraum wie schon in der Vergangenheit in einem sehr weiten Verständnis gemäß seinem grundlegenden Ansatz der durchgehenden Verknüpfung von internationalen und entwicklungspolitischen Themen mit Themen der Berliner Landespolitik angenommen. Schwerpunkte dieser Anstrengungen waren:

- ▶ Begleitung der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung mit der CDU zur Landesentwicklungspolitik, insbesondere der Verwirklichung des Eine-Welt-Hauses als Arbeits-, Kommunikations- und Vernetzungszentrum der vielfältigen Szene internationaler und entwicklungspolitischer Organisationen und Initiativen in Berlin
- ▶ Begleitung der Umsetzung des novellierten Berliner Vergabegesetzes von 2009 zur Schaffung einer von sozialen, ökologischen und entwicklungspolitisch nachhaltigen Kriterien bestimmten öffentlichen Beschaffungspraxis
- ▶ Beiträge zur Weiterentwicklung der Flüchtlingspolitik Berlins, Deutschlands und Europas in Zusammenarbeit mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag und in Auseinandersetzung mit den Forderungen der Flüchtlingsprotestbewegung Oranienplatz
- ▶ Beiträge zur Entwicklung der Postkolonialen Erinnerungskultur in Berlin insbesondere durch Teilnahme an der Debatte um die Straßenumbenennungen (Afrikanisches Viertel, Mohrenstraße in Mitte) und zur offiziellen Anerkennung der deutschen Verantwortung an den Völkermorden an den Hereros und Namas im heutigen Namibia und an den Armeniern zu Beginn des 20. Jahrhunderts

2. Politikberatung und eigene inhaltliche politische Initiativen

Die Aufgabe der politischen Beratung des Landesvorstands und anderer politischer Organe der Berliner SPD nahm der FA I vor allem in Form von Stellungnahmen zu weit tragenden außen-, sicherheits- und friedenspolitischen Entscheidungen auf Bundesebene wie den Stellungnahmen zur Frage von Waffenlieferungen an die kurdische Autonomieregierung im Nordirak und zum Einsatz deutscher Tornados in Syrien zur Bekämpfung des IS im Gefolge der Anschläge in Paris für die Landesgruppe der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten wahr.

Ein zweiter Schwerpunkt waren Stellungnahmen in Form von Änderungs- oder Ersetzungsanträgen zu Anträgen anderer Parteigliederungen zu Landesparteitagen zur Außen-, Sicherheits-, Friedens- und internationalen Handels- und Finanzpolitik, die in der Regel von den jeweiligen Parteitagen auf Empfehlung der Antragskommission beschlossen wurden. Themen: Ukraine, Nahostkonflikt/Gaza, TTIP, Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungsfinanzierung, Parlamentsbeteiligung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Waffenlieferungen in Krisengebiete.

Mit einem eigenen ebenfalls vom Landesparteitag beschlossenen Leitantrag zur Lösung der Euro-Finanzkrise und zur Solidarität mit Griechenland setzte der FA I sein Engagement und die Zusammenarbeit mit dem FA II Europa auf diesem Problemfeld fort.

Der FA I schaltete sich weiterhin mit der Teilnahme an Gedenkveranstaltungen und eigenen Veranstaltungen in aktuelle Entscheidungsprozesse auf Bundesebene zur Anerkennung der Völkermorde an den Armeniern, Hereros und Namas ein: So mit einer FA I-Sitzung mit dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Ralf Wieland und der Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung auf dem Garnison-Friedhof in Neukölln mit VertreterInnen der Opfer des deutschen Völkermords im heutigen Namibia von 1904.

Der FA I-Vorsitzende leistete weiterhin Beiträge zur Bearbeitung aktueller Krisen und Konflikte mit Auftritten als Referent in Veranstaltungen zum Flüchtlingsproblem am Oranienplatz, zur Krise in Mali und zur Verfolgung der Jesiden im Nordirak.

3. Beiträge zum Landeswahlprogramm 2016

Gemäß seinem oben dargelegten Verständnis der internationalen Rolle Berlins und seinem daraus abgeleiteten Mandat lieferte der FA I dem Landesverband in einer ersten Phase längere programmatische Beiträge und in einer zweiten Phase kürzere Bausteine zu den Themen Einwanderungsgesetz/Flüchtlingspolitik, Integration von Geflüchteten und Zugewanderten in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt, Anerkennung der Qualifikation ausländischer Fachkräfte, Verbesserung der Studien-, Arbeits- und Lebensbedingungen ausländischer Studierender, internationale Vernetzung der Berliner Hochschulen, Einbeziehung von MigrantInnen in die Integrationsarbeit, Weiterführung der Landesentwicklungspolitik, Gestaltung der Städtepartnerschaften des Landes Berlin, Weiterentwicklung des Vergabegesetzes, Gestaltung der Postkolonialen Erinnerungskultur. In einer „Ideenskizze weltoffene Stadt“ wurde versucht, diese einzelnen Bausteine in ein Leitbild für Berlin als „Weltstadt mit menschlichem Maß“ einzufügen.

4. Personelle Neuaufstellung und stärkere Arbeitsteilung im Vorstand

Mit der Aufnahme junger Wissenschaftler und erfahrener Verbandsfunktionäre aus anderen Bereichen wie Daniel Krahl von der Stiftung Wissenschaft und Politik und Rainer

Zimmer-Winkel (Verleger und Vorsitzender des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises DIAK) in den Vorstand hat der FA I an personeller und inhaltlicher Gestaltungsfähigkeit gewonnen. Wesentliche regionale Schwerpunkte der FA I-Arbeit wie Afrika mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Peter Lehrmann, der Nahe Osten mit Daniel Krahl, Rainer Zimmer-Winkel und Claudia Schmidt, China mit Daniel Krahl sowie Südosteuropa mit der stellvertretenden Vorsitzenden des FA I und stellvertretenden Leiterin der Europäischen Akademie Berlin EAB Andrea Despot und dem Vorsitzenden der Deutsch-Serbischen Gesellschaft Mirko Jovic wurden im Berichtszeitraum in eigener Verantwortung bearbeitet und gestaltet. Die technische und organisatorische Umsetzung der einzelnen Veranstaltungen und Projekte lag weiter bei dem stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Gutsche und dem Vorsitzenden Karl-Heinz Niedermeyer.

5. Neustrukturierung des Themenfeldes „Sicherheitspolitik“ in der Berliner SPD

Das sehr breite Spektrum an Arbeitsfeldern des FA I bringt es mit sich, dass sich politisch Engagierte, deren Hauptinteresse in einem stärker begrenzten Themenfeld wie z.B. der Entwicklungspolitik oder der Sicherheitspolitik im engeren Sinne liegt, von den Arbeitsangeboten des FA I nicht hinreichend abgeholt und vertreten fühlen und nach neuen und eigenständig gestaltbaren politischen Organisationsformen für ihre Anliegen suchen. Auf diesem Hintergrund hat sich inzwischen mit Zustimmung des Landesvorstands in der Berliner SPD ein Arbeitskreis Sicherheitspolitik konstituiert, der stark auf Probleme der militärischen Friedenssicherung und verwandte Themen fokussiert ist. Der FA I hat von Anfang an das Gespräch mit den InitiatorInnen gesucht und strebt eine konstruktive Zusammenarbeit an, die das gesamte Feld der Friedens- und Sicherheitspolitik einschließlich der Themenfelder Zivile Krisenprävention und -bearbeitung, Entwicklungszusammenarbeit, UN und Internationale Organisationen, Abrüstung und Menschenrechtspolitik im Blick hat, respektiert aber die besonderen Anliegen des neuen Arbeitskreises. Er sieht es als einen normalen Vorgang an, dass sich mit der Auflösung der „Friedensinsel Westberlin“ nach der Wende auch die friedens- und sicherheitspolitischen Interessen in Berliner SPD allmählich verändern und dies auch Auswirkungen auf die Arbeit des FA I haben muss.

6. Anbindung des Landesverbands Berlin an die Sicherheits-, Friedens-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik der Bundes-SPD

Seit seiner Entsendung in das von dem ehemaligen Verteidigungs-Staatssekretär Walter Kolbow geleitete **Forum Sicherheit und Bundeswehr**, heute **Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik** durch den LV vor einigen Jahren nimmt der FA I-Vorsitzende die Funktion eines Transmissionsriemens zwischen Bundes- und Landesebene in diesem Politikfeld wahr. Seine bundespolitische Vertretungsfunktion bildet inzwischen durch die gleichzeitige Mitgliedschaft und kontinuierliche Mitarbeit in den bundespolitischen Foren **Forum Eine Welt** (Leitung Heidemarie Wiczorek-Zeul), **Gesprächskreis Menschen-**

rechte (Leitung Herta Däubler-Gmelin) und inzwischen auch **Gesprächskreis Zivile Krisenprävention** (Leitung Edelgard Bulmahn) fast das gesamte politische Themenspektrum des FA I ab. Die genannten Foren sind vor allem als Agenturen der Programmarbeit der SPD, vor allem im Hinblick auf die Wahlprogramme für die Bundestagswahlen wichtig. Wo sich Gelegenheit bot, hat der Vorsitzende Impulse aus der Diskussion und Beschlussfassung in den bundespolitischen Foren in die Sitzungen und Veranstaltungen des FA I eingebracht und andererseits Anliegen aus der Berliner Diskussion in diese Foren eingespeist. Eine noch engere Verzahnung der beiden Ebenen wäre allerdings wünschenswert.

Kooperationsveranstaltung des FA I mit dem Afrika-Haus in Moabit am 25.11.15 zu Sicherheit, Demokratie und Entwicklung in Afrika.

Im Podium Dr. Christopher Fomunyoh Afrika-Experte aus den USA, Peter Lehmann, stellv. Vorsitzender des FA I, Georg Schmidt, Regionalbeauftragter im Auswärtigen Amt für das südliche Afrika.

Im Publikum vorne rechts der Sprecher des FA I Karl-Heinz Niedermeyer.

FOTO: DANIEL KRAHL



7. Themenschwerpunkte der inhaltlichen Arbeit im Berichtszeitraum

Das Themenspektrum der wiederum etwa 20 Sitzungen und Veranstaltungen ist gegenüber dem letzten Berichtszeitraum in etwa gleich geblieben, allerdings haben sich auf dem Hintergrund der Krisen im Nahen und Mittleren Osten die Prioritäten verschoben: Es ergab sich folgende neue Rangliste:

- I. Naher und Mittlerer Osten (IS, Syrien, Irak, Iran, Jordanien, Israel/Palästina)
- II. Afghanistan
- III. Afrika
- IV. Friedens- und Sicherheitspolitik
- V. Lateinamerika
- VI. China
- VII. Verfolgte/diskriminierte Minderheiten, Menschenrechtsprobleme
- VIII. Balkan und Südosteuropa

8. Zielgruppenarbeit

Die für Nichtmitglieder offene, stark an zivilgesellschaftliche AkteurInnen adressierte Arbeit des FA I spricht weiterhin zahlreiche AktivistInnen aus Friedens-, Menschenrechts-, Flüchtlings- und Umweltinitiativen sowie studierende und ausgebildete WissenschaftlerInnen an. Es kommen inzwischen aber auch in größerer Zahl interessierte Mitglieder aus Abteilungen aus der ganzen Stadt zu den Sitzungen und Veranstaltungen. Insbesondere die neuen Vorstandsmitglieder „ziehen“ weitere Interessierte an, die die Arbeit des FA I kontinuierlich begleiten und mit gestalten.

9. Kontaktpflege mit Verbänden und Organisationen

Der FA I hat mit insgesamt jeweils 3 Kooperationsveranstaltungen die Zusammenarbeit mit dem Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur im bisherigen Umfang fortgesetzt und mit dem Afrika-Haus intensiviert. Es gibt weiterhin eine kontinuierliche Kooperation mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag BER, in dem der FA I als beratendes Mitglied mitarbeitet, der Deutsch-Serbischen Gesellschaft, dem August Bebel Institut, der Stiftung Wissenschaft und Politik SWP und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP. Neu hinzu gekommen ist eine punktuelle Zusammenarbeit mit dem Ibn Rushd Fund für freies Denken in der Arabischen Welt, den der FA I durch die Vermittlung des Festsaals im Berliner Rathaus für ein Benefiz-Konzert zugunsten syrischer Flüchtlinge im Osten der Türkei unterstützen konnte. Im Zusammenhang mit der Diskussion auf Bundesebene über die Entwicklung und Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen durch die Bundeswehr organisierte der FA I einen Dialog zwischen dem Aktionsbündnis „Stoppt den US-Drohnenkrieg via Ramstein“ mit Bundestagsabgeordneten und interessierten Parteimitgliedern. Innerparteilich gibt es eine engere Zusammenarbeit mit der AG Migration und Vielfalt, vor allem aber mit dem FA II Europa, die sich in gemeinsamen Anträgen zum Landesparteitag, etwa zum Freihandelsabkommen TTIP niedergeschlagen hat.

Karl-Heinz Niedermeyer

Sprecher des FA I

FACHAUSSCHUSS II · EU-ANGELEGENHEITEN UND SPE-AKTIVISTEN BERLIN

Der Beginn der Wahlperiode 2014 - 2016 war geprägt von der Europawahl. Die Mitglieder des Fachausschusses (FA) hatten – wie viele andere GenossInnen auch – schon lange darauf gedrängt, die Wahlkämpfe europäischer zu gestalten und stärker zu politisieren. Daher war es erfreulich, dass es erstmals gesamteuropäische SpitzenkandidatInnen gab, die auch in Fernsehduellen gegeneinander angetreten sind. Europäische, nicht nationale Themen bestimmten auch überwiegend den Wahlkampf, auch wenn leider die SPE/PES als Dachverband der europäischen Sozialdemokratie weiterhin ein Schattendasein fristete und die nationalen Parteien im Vordergrund der Wahlwerbung standen. Viele GenossInnen des Fachausschusses waren im Straßenwahlkampf sehr aktiv und haben für die SPD/SPE geworben. Der Fachausschuss hat Tendenzen und Strategien, die Nationalität der KandidatInnen in den Vordergrund zu stellen, stark kritisiert. So fand die Strategie des Willy-Brandt-Hauses, mit einem explizit deutschen Spitzenkandidaten, Martin Schulz, zu werben bei den GenossInnen vor Ort im FA keinen Anklang. Das gute Abschneiden der SPD in Berlin und der Einzug von Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann als neue MdEP waren schöne Erfolge für diesen Wahlkampf.



Im Europawahlkampf

FOTO: VIOLA WEYER

Der Fachausschuss hat es geschafft, einen sehr guten und regelmäßigen Kontakt zur Berliner Europaabgeordneten zu halten, was angesichts der Arbeit, die hauptsächlich in Brüssel und Straßburg stattfinden muss, nicht selbstverständlich ist. Sowohl 2014 und 2015 konnte ein Termin gefunden werden, in dem Sylvia-Yvonne den Mitgliedern des FA und Interessierten von ihrer Arbeit im Europäischen Parlament berichten konnte. Ihre MitarbeiterInnen sind regelmäßig im FA präsent und berichten in jeder Sitzung von den aktuellen Debatten in Brüssel und Straßburg. Zudem haben Fachausschuss und SPE-AktivistInnen regelmäßig auf den Landesparteitagen der SPD Berlin gemeinsam mit Sylvia-Yvonne einen Informationsstand.

Wie in den Jahren zuvor hat sich der Fachausschuss in seinen Sitzungen mit einer großen Bandbreite an Themen rund um die Europäische Union und Europa beschäftigt: Sozialdemokratische Antworten aus der Wirtschafts- und Finanzkrise, der Kampf gegen

rechts in Europa, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), LGBT-Rechte in Europa, Separatismus innerhalb der EU und aktuelle Wahlen in verschiedenen EU-Staaten waren einige der behandelten Themen. Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Diskussion zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA, die viele Menschen innerhalb und außerhalb der SPD beschäftigen. Der Fachausschuss hat dazu versucht, GenossInnen innerhalb des Landesverbandes mehr Informationen zu den Plänen der EU und der Bundesregierung zu geben und eine klare Beschlusslage der Berliner SPD zu diesen geplanten Abkommen zu erzielen.



Zur Demo am 1. Mai

FOTO: VIOLA WEYER

Der Fachausschuss arbeitet weiterhin eng mit den FA/SPE-AktivistInnen zusammen. Diese besuchen regelmäßig den Fachausschuss, treffen sich darüber hinaus zusätzlich zu einem eigenen Stammtisch und erreichen so eine sehr gute Vernetzung mit den VertreterInnen der europäischen Schwesterparteien, die (dauerhaft) in Berlin leben. Neben einem Ortsverein der französischen PS, der italienischen PD und der spanischen PSOE ist derzeit geplant, auch eine Berliner Labour-Gruppe zu gründen. Diese Vernetzung ist ein großes Geschenk und eine Chance für die SPD Berlin, um das Verständnis für die Positionen europäischer Partnerländer zu verbessern und somit „europäischer“ zu denken und zu handeln.

Der Fachausschuss unterhält neben der Homepage auf den Seiten des Landesverbandes, eine eigene Homepage (www.spe-berlin.eu), die regelmäßig aktualisiert wird. Hier werden die jeweils aktuelle Einladung sowie Positionspapiere und sonstige vom Fachausschuss erarbeitete Papiere und Anträge veröffentlicht. Daneben kommuniziert der FA/SPE-AktivistInnen über eine Facebook-Homepage.

Der Fachausschuss nimmt sich für die kommende Wahlperiode vor, neben der weiterhin starken inhaltlichen Arbeit auf Landesebene, auf eine weitere Stärkung der PES zu drängen, deren Strukturen zu modernisieren und die europäische Mutterpartei insgesamt zu politisieren.

Fabian Fischer

Vorsitzender FA EU-Angelegenheiten

FACHAUSSCHUSS III · INNEN- UND RECHTSPOLITIK

Der Fachausschuss III, zuständig für die Behandlung aller Themen in Verbindung mit den Bereichen Inneres und Recht sowie Justiz, hat in den vergangenen zwei Jahren kontinuierlich die Abläufe der Tagespolitik auf den genannten Gebieten innerparteilich begleitet, sich mit Anträgen an den Landesparteitag auseinandergesetzt und diese votiert, Konzepte zur inneren Sicherheit erarbeitet, den Dialog mit gesellschaftlich relevanten Gruppierungen geführt und Texte für das Programm zur Abgeordnetenhauswahl 2016 vorgelegt. Innerparteilich ist die Arbeit des Fachausschusses eng verzahnt mit der Tätigkeit der ASJ.

In der Sitzung vom 11.01.2016 hat der Ausschuss seinen **Vorstand** turnusgemäß und für zwei Jahre neu gewählt. Florian Dörstelmann, als Vorsitzender, sowie Christiane Hauschildt und Christian Oestmann als stellvertretende Vorsitzende, wurden in ihren Funktionen bestätigt. Neu hinzugekommen ist Barbara Walz als Schriftführerin.

Gegenwärtig gehören dem Fachausschuss III insgesamt **93 Mitglieder** an. Neue Mitglieder werden auf Vorschlag des Vorsitzenden vom Ausschuss durch Mehrheitsbeschluss (künftig auf der jeweils letzten ordentlichen Sitzung des Halbjahres) berufen.

Neben dem Fachausschuss wurde 2013 ein **Unterausschuss für das Thema Personal und Verwaltung** gegründet, der sich mit der Situation der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes in Berlin befasst und Konzepte zur Verbesserung der Qualität einzelner Abläufe ebenso erarbeitet wie Vorschläge zu einer vorausschauenden Personalbedarfs- und Personalführungsplanung. Vorsitzender des Unterausschusses ist André Lossin.

Thematisch befasste sich der Ausschuss mit aktuellen Themen, die nicht zuletzt auch durch die alles überlagernde **Flüchtlingsdiskussion** gekennzeichnet war. Entsprechend wurde das Thema im vierten Quartal 2015 bei zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen mit Expertinnen und Experten u. a. der Friedrich-Ebert-Stiftung ausführlich behandelt. Dabei verschaffte sich der Ausschuss auch ein Bild von der Gemengelage der Konfliktparteien im Ursprungsgebiet der Krise, dem Raum Syrien und Irak. Im Ergebnis der komplexen Analyse stand neben den Einzelbetrachtungen die Einschätzung, dass mit einer kurzfristigen Lösung des Problems nicht gerechnet werden darf, so dass auch die Integration der hier ankommenden Menschen auf Jahre angelegt werden sollte.

In diesem Zusammenhang, aber aus dem weiteren thematischen Umfeld, beschäftigte sich der Ausschuss auch mit den Auswirkungen der jüngsten höchstrichterlichen Rechtsprechung. Hierzu trug der stellvertretende Vorsitzende eine differenzierte Analyse zu der vom Bundesverfassungsgericht gefällten Entscheidung im Hinblick auf das **Tragen religiöser Symbole im öffentlichen Dienst** (sog. „Kopftuch-Urteil“) vor, die einen Ausblick

darauf eröffnete, welche Fragen vor dem Hintergrund einer Gesellschaft, die sich im **Wandel hin zur Zu- oder Einwanderungsgesellschaft** befindet, auf Sicht stellen können.

Einen weiteren Schwerpunkt der Erörterungen bildete die Situation der **Berliner Polizei**. Auf einer Sitzung bestand die Möglichkeit, mit dem Polizeipräsidenten Klaus Kandt zu diskutieren, nachdem bereits 2013 die Polizeivizepräsidentin, Margarete Koppers, einen Ausblick auf neue Strukturen im Ausschuss vorgestellt hatte. Beide bekannten sich zur Notwendigkeit, die Struktur der Polizei zu reformieren. In der bereits seit langem geführten Diskussion um den Aufbau der Einsatzstrukturen ist erkennbar, dass das bisherige System der dezentralen Einsatzführung in dieser Form nicht aufrechterhalten werden soll. Einigkeit besteht ferner im Hinblick auf die Frage, die Personalstärke zum einen signifikant zu erhöhen und zum anderen die zusätzlichen Kräfte auch „auf die Straße“ zu bringen. Einen interessanten Gegenpol zu den Ausführungen des Polizeipräsidenten bildete der Beitrag eines früheren Direktionsleiters, der heute als Dozent über Strukturen der Polizeigliederungen und Aufgabenerfüllung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht lehrt. Herr Prof. Knappe hatte bis 2014 über mehr als ein Jahrzehnt die Direktion 06 der Berliner Polizei geführt und war damit auf der Ebene unterhalb des Präsidiums eine der Führungspersonlichkeiten im Vollzug der polizeilichen Aufgaben. In seiner Stellungnahme zum Neuaufbau der Strukturen und insbesondere zur Schaffung von großen Komplexen, die als Bereitschaftspolizeiabteilungen die Einsatzform der Berliner Polizei in den kommenden Jahrzehnten bestimmen sollen, lehnte er die geplanten Veränderungen klar als aus seiner Sicht nicht praktikabel und zu einsatzdistanziert ab. Der Fachausschuss wird dieses Thema daher weiter kontinuierlich und mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und den weiteren Verlauf der Reform genau analysieren.

Auch zu den **Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion** hielt der Ausschuss Kontakt. Insbesondere mit Dr. Eva Högl fand ein regelmäßiger Austausch statt, bei dem wir uns mit den Themen **Einwanderungs- und Asylrecht** sowie mit den Ergebnissen und Folgen des **NSU-Untersuchungsausschusses** intensiv auseinandersetzten. Als profunde Kennerin der Materie stellt Dr. Eva Högl zu beiden Themen die aktuelle Sach- und Beschlusslage dar und analysierte trennscharf sowohl die Ursachen der Entwicklungen als auch die notwendigen Handlungsrichtlinien für die Zukunft.

Der Fachausschuss hat sich auch wiederholt mit justizpolitischen Themen befasst. Mit der **Einführung der elektronischen Gerichtsakte und des elektronischen Rechtsverkehrs** steht die Berliner Justiz gegenwärtig und auch in der absehbaren Zukunft vor großen Herausforderungen. Es gelang, als Referenten zu diesem Thema Martin Wenning-Morgenthaler, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht, zu gewinnen, dessen fundierter Vortrag auf großes Interesse stieß und verdeutlichte, dass der Bereich auch in den kommenden zwei Jahren unbedingt erneut aufgerufen werden sollte, um die Fortschritte bewerten zu können.

Der Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Erardo Christoforo Rautenberg referierte auf einer weiteren Sitzung über die **Rolle und Funktion der Staatsanwaltschaft**. Hieran schloss sich eine lebhaft und kontroverse Diskussion über das externe Weisungsrecht des Justizministers an, aus der sich ersehen ließ, dass diese Frage eine nachhaltige politische Bedeutung hat. Auch dieses Thema wird der Ausschuss daher zukünftig begleiten.

Über die **Situation in der Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Moabit** berichtete der dortige Leiter, Herr Fixson, in einem sehr aufschlussreichen Referat, das sehr differenziert sowohl die rechtliche Situation von Gefangenen in der Untersuchungshaft wie auch die dortigen tatsächlichen Verhältnisse illustrierte. Auch hier schloss sich eine lebhaft Debatten an, die mit dazu beitrug, dass der Vorstand des Fachausschusses erwägen wird, innerparteilich ein Symposium zum Thema „Strafe“ (voraussichtlich für das Jahr 2017) vorzubereiten, um hierzu eine dauerhafte Position zu erarbeiten.

Ein herausragend wichtiges Feld bildete angesichts der 2016 anstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus naturgemäß schließlich die **Vorbereitung des Wahlprogramms**. Nachdem sowohl das Innen- als auch das Justizressort im Berliner Senat seit 2011 nicht mehr in der Verantwortung der SPD liegen, stellte dies eine besondere Herausforderung dar. Der Landesvorstand hatte im Zuge der Vorbereitungen dementsprechend die klare Vorgabe gemacht, dass insbesondere Fachausschüsse und Arbeitsgemeinschaften für die inhaltliche Zuarbeit in der Pflicht stünden, um im Anschluss einen fachlich fundierten Entwurf zur Diskussion an die Gliederungen weiter zu leiten. Gemeinsam mit der ASJ wurden daher vom Fachausschuss vier Arbeitsgruppen gebildet – Inneres, Verwaltung/Personal, Rechtspolitik und Justiz – und eine entsprechende Arbeitsteilung vereinbart. Das Interesse an der Mitarbeit war sehr groß. So nahmen an den Sitzungen der einzelnen Fachgruppen im Schnitt mehr als 15 Genossinnen und Genossen teil, an den großen Redaktionsrunden zur Gliederung und Erörterung der Zwischenergebnisse mehr als 30. Trotz dieser vergleichsweise großen Teilnehmerzahl verlief die Erarbeitung der Textentwürfe mit hoher Konzentration und Zielstrebigkeit, so dass vier Passagen zu den einzelnen Kernthemen vorgelegt werden konnten, die zum Teil ohne größere Änderungen und insgesamt mit nur wenigen Abstrichen in den Entwurf des Wahlprogramms aufgenommen wurden. Dieser wurde sodann auf einer Sitzung am 12. Oktober 2015 mit dem Landesvorsitzenden, der dabei auch die Schwerpunkte des Gesamtprogramms vorstellte, ausführlich erörtert.

Parallel dazu bereitete der Fachausschuss zusammen mit dem Unterausschuss Verwaltung/Personal und der ASJ **eine der fünf großen Programmkonferenzen** vor, nachdem die Mitgliederbefragung ergeben hatte, dass das Thema „Innere Sicherheit“ von der Mitgliederbasis zu den vier wichtigsten politischen Feldern gezählt wird. Auf einer sehr gut besuchten Tagung am 08. Juni 2015, an der auch der Landesvorsitzende und der Innenminister des Landes Niedersachsen als Redner teilnahmen, wurden dabei Schwer-

punkte herausgefiltert, die unmittelbar in die Textentwürfe einfließen. Besonders wichtig war, den Begriff der „Inneren Sicherheit“ mit dem der „Sozialen Sicherheit“ im Zusammenhang zu erörtern. Im Ergebnis wurde klar, dass beide Begriffe untrennbar verbunden sind und sozialdemokratische Politik zur Erhaltung der Inneren Sicherheit sowohl auf die gebotenen repressiven Instrumente als auch auf kluge Prävention gestützt werden muss, um sowohl den geforderten Erfolg als auch breite Akzeptanz gewinnen zu können.

Schließlich nutzte der Fachausschuss in 2014 wie in 2015 die Möglichkeit, das Arbeitsjahr zusammen mit der ASJ auf jeweils sehr gut besuchten **Weihnachtsfeiern** in einem beliebten italienischen Restaurant gesellig ausklingen zu lassen, was von allen Teilnehmern sehr geschätzt wurde. Die Möglichkeit, sich auch einmal ohne festes Thema und in einem unterhaltsam-zwanglosen Rahmen auszutauschen, fand große Zustimmung. Mit der ASJ wurde daher vereinbart, diese Tradition auf jeden Fall im bewährten Format auch 2016 fortzusetzen.

Der Fachausschuss wird auch in Zukunft als Arbeitsgremium der Partei die fachlichen Voraussetzungen zur Beurteilung komplexer rechtlicher Sachverhalte sowie zur Struktur des Sicherheits- und Verwaltungsapparates liefern und die dazu gehörenden Diskussionen anhand aktueller Entwicklungen führen.

Florian Dörstelmann
Vorsitzender

Christiane Hauschildt
Stellv. Vorsitzende

Christian Oestmann
Stellv. Vorsitzender

Barbara Walz
Schriftführerin

FACHAUSSCHUSS IV · KINDER, JUGEND, FAMILIE

Der Fachausschuss Kinder-, Jugend- und Familienpolitik hat es sich seit vielen Jahren zum Ziel gesetzt, sowohl aktuelle Themen zu bearbeiten als auch Grundsatzdiskussionen der Jugendhilfe in der SPD Berlin und der Fachöffentlichkeit voran zu bringen. Deshalb sind die Themen der einmal im Monat stattfindenden Versammlungen breit gefächert.

Wir haben uns auf unseren monatlichen Versammlungen u.a. befasst:

- ▶ mehrmals mit der **Konzeptentwicklung für eine Jugendberufsagentur in Berlin**. Die Diskussion dazu wurde ressortübergreifend auch mit VertreterInnen der Bereiche Schule und Arbeitsmarktpolitik geführt.
- ▶ mit der **Situation unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge**. Zur Flüchtlingspolitik hatten wir mehrere äußerst informative Sitzungen, insbesondere zu den Themen unbegleitete Minderjährige (Jugendliche, Kita und Schule, Altersfeststellung usw.). Es berichtete Andreas Höhne (damals als Stadtrat für Jugend und Soziales in Reinickendorf auch für den Integrationsbeauftragten zuständig; inzwischen leider verstorben) und Manfred Nowak (als Vorsitzender der AWO-Mitte Vorstand vieler Flüchtlingseinrichtungen u.a. der Motardstr.). Eine weitere Sitzung zu diesem Thema hatten wir mit Ingeborg Junge-Reyer als neu für diesen Bereich zuständiger Koordinatorin in der Senatsverwaltung.
- ▶ mit den Stellschrauben bei der **Budgetierung der Allgemeinen Kinder- und Jugendförderung in den Bezirken**. Referent dazu war Jens-Peter Heuer, lange Jahre Stadtrat für Jugend und Finanzen in Mitte, heute Referent der Fraktion der Partei Die Linke im Abgeordnetenhaus.
- ▶ mit dem **aktuellen Stand der Kita-Diskussion**. Es ging an diesem Abend insbesondere um die Notwendigkeit der Absicherung einer hohen Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten. Martin Hoyer vom DPW berichtete und brachte wieder sehr informatives Material mit.
- ▶ mit den **Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung**, die für die Jugendarbeit/Jugendhilfe und Familienpolitik interessant sind. Es berichtete Thomas Gill, der neue Leiter der Landeszentrale für politische Bildung.
- ▶ mit der **Kooperation von Schule und Jugendhilfe** – dieses Thema haben wir mit Mark Rackles diskutiert. Dazu gehörten natürlich die Programme der Jugendarbeit an Schulen (inkl. Erweiterung für Flüchtlinge, gemeinsame Finanzierung Land, Jugend- und Schulamt Bezirke) sowie die Beteiligungsstrukturen (u.a. Partizipation).

- ▶ über den **Umgang mit den Bafög-Millionen** berichtete aus dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestag Johannes Kahrs (MdB).
- ▶ über die **Kollateralschäden durch die Praxis der neuen Liegenschaftspolitik für die Jugendhilfe** berieten wir uns mit Dieter Ruhnke von der GSE.
- ▶ über die **Arbeit des Berliner Familienbeirates** und die **Vorbereitung des Familienberichtes 2015** berichtete Thomas Härtel, Vorsitzender des Berliner Beirates für Familienfragen.
- ▶ und (immer wieder) stand die **Situation der Jugendarbeit** auf der Tagesordnung. Stichworte waren dabei: Finanzierung Jugendarbeit; Tarifproblematik und der Jugendbereich in der Haushaltsaufstellung 2016/2017. Mehrfach haben wir zu diesen Fragen Torsten Schneider, Parlamentarischer Geschäftsführer und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Abgeordnetenhaus-Fraktion, eingeladen.

Dieses Thema hat uns besonders beschäftigt, weil wir es uns zur Aufgabe gemacht haben, den stillen Tod der Jugendarbeit im Land Berlin zu verhindern. Wir haben hierzu ein gesondertes Treffen mit unseren SPD-Jugendhilfeausschussvorsitzenden durchgeführt. Es sind vor zwei Jahren phantastische beispielhafte Aktionen durchgeführt worden: der Brandbrief der Berliner Jugendhilfeausschussvorsitzenden (besonders Marijke Hoepfner soll hier genannt werden), Beschlüsse der Jugendstadträte, sogar ein Beschluss des RdB wurden erzielt. Es ging uns in den Haushaltsverhandlungen um ein Moratorium für die Jugendarbeit verbunden mit einer neuen Bemessungsgrundlage pro Kopf der Jugendlichen, statt eines schleichenden Hinsiechens und Sterbens in der jetzigen Logik. In einer Sitzung des FA haben wir uns mit einem möglichen Ersatz-Modell befasst.

Nach mehreren gescheiterten Terminabsprachen gelang dazu im Fachausschuss auch eine Diskussion mit dem Fraktionsgeschäftsführer.

Wir geben diese Initiative nicht auf. Vom Erfolg dieser Initiative hängt letztlich die Zukunft einer modernen und leistungsfähigen Jugendarbeit in Berlin ab.

Mit vielen weiteren Fragen hat sich der Fachausschuss regelmäßig befasst:

- ▶ mit der **Verbesserung und dem Ausbau der Kitas**. (Wir empfinden übrigens polemisch formulierte Begriffe wie Kitapflicht wenig hilfreich, wir sehen den Sinn der Diskussion in einer weiteren Verbesserung und Finanzierung der in Berlin bislang bereits sehr gut aufgestellten Kita-Situation).
- ▶ mit der **Personalausstattung in den Jugendämtern** sowie der Thematik der **Kosten** bei der Hilfe zur Erziehung.

► mit dem **modernen Familienbegriff**, der sich in den letzten Jahren erheblich erweitert hat. Neben der Kindererziehung umfasst er auch das kontinuierliche für einander Einstehen der Generationen, so z.B. beim Thema Pflege der Eltern. Kinder in homosexuellen Partnerschaften etc.

Der Fachausschuss hat verschiedene Male **Anträge auf den Landesparteitag** gebracht, sowohl grundsätzlicher Art zur Jugendpolitik, als auch zu aktuellen Themen. Der November-Landesparteitag 2014 hat unseren Leitantrag zur eigenständigen Jugendpolitik verabschiedet. Was folgt aus diesem Beschluss des Herbst-Parteitages zu „eigenständiger Jugendpolitik“; was kommt davon ins Wahlprogramm? Was wird praktische Politik z.B. in Form eines Jugendförderungsgesetzes?

Engagiert mitgestaltet haben wir ebenfalls die **Programmkonferenz im Bereich Bildungs- und Jugendpolitik**. Die Themen Kinderschutz und Sicherung einer fördernden Infrastruktur wurden durch die SPD-Mitglieder aus den Bereichen Schule, Wissenschaft und Jugend auf der Konferenz sehr hoch bewertet.

DASS DIES IRGENDWELCHE KONSEQUENZEN HAT, KÖNNEN WIR NUR HOFFEN.

Die **Zusammensetzung der Mitglieder des Fachausschusses** ist vielfältig: Genossinnen und Genossen von freien Trägern, aus der Verwaltung und Politik im Land und den Bezirken, aus Verbänden und viele andere Interessierte. Gerade diese Mischung von unterschiedlichen Sichtweisen auf die Jugendhilfe macht den Fachausschuss lebendig. In den Jugendhilfeausschüssen auf Bezirks- und Landesebene, im Rat der Bürgermeister usw. haben Mitglieder des Fachausschusses engagiert und/oder federführend mitgearbeitet.

Wir freuen uns sehr, dass wir als langjährige aktive Mitglieder des Fachausschusses immer wieder auch Sandra Scheeres als Senatorin und regelmäßig Sigrid Klebba als Staatssekretärin begrüßen dürfen. Mit beiden Genossinnen haben wir eine sehr gute Zusammenarbeit.

Der Fachausschuss Kinder, Jugend und Familie ist ein offener Fachausschuss. Neue Mitglieder sind uns herzlich willkommen.

Burkhard Zimmermann
Vorsitzender FA IV

FACHAUSSCHUSS V · STADT DES WISSENS

Der Fachausschuss „Stadt des Wissens“ besteht nunmehr seit zwei Jahren aus den drei ständigen Fachausschussarbeitsgemeinschaften (Unterfachausschüssen) „Schule“, „Wissenschaft“ und „Berufliche Bildung“.

Die AGen haben im Berichtszeitraum in der Regel Themen aus den jeweiligen Bereichen auf jeweils eigenen periodischen Sitzungen getrennt beraten. Zu übergreifenden Themen wie Übergänge von Schule zu Hochschule, den Zugangsmöglichkeiten über berufliche Qualifikationen für die Hochschulen, die Ausbildung der künftigen Lehrkräfte, zur Entwicklung der dualen und trialen schulisch/hochschulischen Kombinationsangebote und für die Entwicklung des gemeinsamen Vorschlages für das Wahlprogramm 2016 fanden gemeinsame Sitzungen des Gesamtfachausschusses ebenso statt, wie übergreifende kurzfristige Arbeitsgruppen aus allen drei AG gebildet wurden.

Insbesondere die Diskussionen auf den gemeinsamen Sitzungen zur „Zukunft der Bildungsfinanzierung - Kultur vs. Ökonomie? – Wie viel soll/ darf/ muss Bildung den Staat kosten?“ mit Prof. Jutta Allmendinger Ph.D. und „Duale Studien- und Ausbildungsgänge in Berlin – Chancen und Perspektiven“ u.a. mit Prof. Dr. Sabine Gensior waren wichtige Schritte der Debatte über die Perspektiven im Bildungsbereich, die wir in den nächsten zwei Jahren intensiv fortsetzen werden.

Die „Steuerungsgruppe“, die aus jeweils drei VertreterInnen der AGen einschließlich der beiden Sprecher/in des Gesamtfachausschusses gebildet wird, koordiniert organisatorisch und inhaltlich die Arbeit.

Die getrennte und gemeinsame Arbeit dient dem Auftrag, Partei und Fraktion in allen Fragen der Bildungspolitik zu beraten.

Die Senatsbildungsverwaltung war sowohl auf den Sitzungen der Steuerungsgruppe als auch in der Regel durch die zuständigen Staatssekretäre auf den Sitzungen der Fachausschussarbeitsgemeinschaften vertreten. Leider muss trotz der bereits erheblichen Bemühungen des Fachausschusses um eine Herstellung der Zusammenarbeit mit der Fraktion festgehalten werden, dass im Schulbereich eine Zusammenarbeit nicht erfolgt ist und insgesamt erheblich verbesserungsfähig ist. Der Fachausschuss hat durch seine Sprecher/in sich regelmäßig an den Sitzungen des AK der Fraktion beteiligt.

AG Schule und Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Nach der Umsetzung der Schulstrukturreform im Bereich der Sekundarstufe I und der erfolgreichen Etablierung der Integrierten Sekundarschulen ist und war die Verbesse-

Die Sicherstellung der Versorgung der Grundschulen mit qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen, eine bessere Ausstattung im Bereich der Sprachbildung sowie mehr Ressourcen für die Arbeit mit jahrgangsübergreifenden Lerngruppen in der Schulanfangsphase muss gewährleistet werden. In der Kita und in der Grundschule werden die Weichen gestellt für erfolgreiche Bildungsbiographien. Wer Chancengleichheit in unserem Bildungssystem will, muss die Grundschulen besonders unterstützen. Weitere Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit der Arbeitsgruppe Schule und des Landesvorstands der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) waren die Themen Inklusion, Gemeinschaftsschulen sowie Integration von Kindern und Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse in die Berliner Schule. Inklusion ist Menschenrecht! Inklusion in der Schule bedeutet individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Das verbessert die Chancen aller Kinder und Jugendlichen, die der hochbegabten ebenso wie die der Kinder mit speziellen Förderbedarfen.

Darüber hinaus befassten wir uns mit dem Volksbegehren gegen Unterrichtsausfall und diskutierten auch mit VertreterInnen des Volksbegehrens.

Seit dem Mai 2015 haben wir uns ausführlich mit dem Wahlprogramm der Berliner SPD zu den Abgeordnetenhauswahlen im September 2016 beschäftigt. Wir haben dazu inhaltliche Vorstellungen entwickelt und diese bei der Steuerungsgruppe des Landesvorstands eingereicht. Hier setzten wir Schwerpunkte bei der Inklusion, den Grundschulen, den Gemeinschaftsschulen sowie der Schulbausanierung und der Versorgung der Berliner Schulen mit Lehrkräften.

An den gemeinsamen Sitzungen der AG Schule und des AfB-Landesvorstandes nehmen vor allem Lehrkräfte aller Schularten teil, aber auch Studierende, ReferendarInnen, ElternvertreterInnen, StadträtInnen für Schule und MitarbeiterInnen der Senatsverwaltung für Bildung.

Im Arbeitskreis II der Fraktion im Abgeordnetenhaus war der Fachausschuss regelmäßig vertreten, um die Positionen der AfB und des Fachausschusses dort einzubringen.

Die Zusammenarbeit mit der Spitze der Senatsverwaltung für Bildung war weiter gut. Staatssekretär Mark Rackles hat sich bemüht regelmäßig an den Sitzungen teilzunehmen und uns kontinuierlich über die Arbeit der Verwaltung informiert.

Eine Zusammenarbeit mit dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion konnte nicht stattfinden, da dieser nicht an unseren Sitzungen teilnahm und auch ansonsten nicht das Gespräch oder den Informationsaustausch mit uns gesucht hat. Leider konnten dadurch auch keine gemeinsamen Anträge oder inhaltliche Schwerpunktsetzungen in den Arbeitskreis II der Fraktion eingebracht werden.

AG Wissenschaft

Im Berichtszeitraum bildeten nach der gelungenen Neugestaltung der Hochschulverträge die Auseinandersetzung um die Umsetzung des neuen "Lehrkräftebildungsgesetz" sowie Fragen der Hochschulentwicklung und die Entwicklung des Berliner Wahlprogramms Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit.

Im Rahmen der Diskussionen über die zukünftige Entwicklung des gesamten Hochschulbereiches schlossen sich an die Begleitung der die Finanzierungen der Hochschulen regelnden Hochschulverträge die Diskussionen über die Fortsetzung des Hochschulpaktes und die Neuordnung der Bundesfinanzierung der Hochschullandschaft an.

Dabei stellten gerade die Grundlagenentscheidungen zur Hochschulentwicklung einen wesentlichen Gesichtspunkt dar, wobei wir z.B. auch die Erfahrungen der Hochschulentwicklungsplanung in Niedersachsen und Sachsen für unsere Diskussionen herangezogen haben.

Damit im Zusammenhang stand auch die mit den anderen beiden Unterfachausschüssen durchgeführte Veranstaltung zur "Zukunft der Bildungsfinanzierung - Kultur vs. Ökonomie? - Wie viel soll/ darf/ muss Bildung den Staat kosten?"

Gerade die Rolle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der wissenschaftlichen Einrichtungen, die Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen, nicht allein im Rahmen des nunmehr bereits vorliegenden Gesetzes über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft sondern gerade auch hinsichtlich der Ausgestaltung der nicht tarifären Bedingungen bildete einen weiteren Schwerpunkt.

Dabei haben wir frühzeitig auch die Anforderungen an die Neugestaltung der beruflichen Bildung unter besonderer Berücksichtigung der Ausbildung für die nichtwissenschaftlichen Bereiche an den Berliner Hochschulen diskutiert.

Die Qualitätssicherung der Lehre, die regelmäßige Diskussion über die Entwicklung von Studienmöglichkeiten und -bedingungen in den gestuften Studiengängen sowie die Entwicklung der Forschungslandschaft waren daneben weitere Diskussionsthemen.

Die Diskussion über die Neugestaltung der Ausbildung künftiger Lehrerinnen und Lehrer in der Folge des neuen „Lehrkräftebildungsgesetz“ welches ja im letzten Rechenschaftsbericht als ein „koalitionsbedingtes Ergebnis, welches in zentralen Punkten nicht die Zielsetzungen der Partei abbildet“ eingeschätzt worden war, verbunden mit der Konsequenz, dass „nur durch erhebliche Anstrengungen zur Gewährleistung einer größeren Anzahl sehr gut qualifizierter Lehrerinnen für die Grundschulen und Sekundar-

schulen führen“ wird, hat uns auch im Berichtszeitraum begleitet, wobei die die öffentlichen Erwartungen regelmäßig übertreffenden Erfolge der großen Anstrengungen durch die Senatsverwaltung bei der Einstellung neuer Lehrkräfte nicht den Blick für die Notwendigkeit zur Schaffung erheblicher Anreize zur Herstellung einer hinreichenden Zahl gut betreuter Studienlätze gerade durch die Hochschulen verstellt haben. Die Diskussion über die Durchsetzungsmöglichkeiten bloßer Zusagen der Hochschulen wird uns auch über die Berichtszeit hinaus begleiten.

Schließlich bildete die Entwicklung des gemeinsamen Vorschlages für den Bildungspolitischen Teil des Wahlprogramms und die Begleitung des Diskussionsprozesses in allen Phasen einen nicht zu unterschätzenden Teil der Arbeit.

Die Intensivierung der gemeinsamen Diskussion mit den Genossinnen und Genossen in Brandenburg spiegelte sich sowohl in der Debatte über die hochschulpolitischen Zielsetzungen der neuen Landesregierung in Brandenburg und konkrete Schritte für eine Verbesserung der hochschulpolitischen Koordination der beiden Bundesländer wieder, als auch in der wechselseitigen Teilnahme einerseits an Veranstaltungen des Fachausschusses durch GenossInnen aus Brandenburg („Wissenschaftsforum“) wie auch umgekehrt.

Zu mehreren Sitzungen des Fachausschusses konnten auch Nichtmitglieder sowohl als Referent/inn/en als auch als Teilnehmende begrüßt werden. Daneben konnte im Rahmen der Fortführung des offiziellen und inoffiziellen Dialoges über Gemeinsamkeiten und Trennendes einer gesellschaftspolitisch linken Hochschulpolitik mit Gewerkschaftler/innen und Politiker/innen fortschrittlicher Parteien die Vorstellungen im Bildungsbereich verdeutlicht werden.

Die AG Wissenschaft, Forschung, etc. hat sich auch in diesem Berichtszeitraum durch diverse Anträge und Stellungnahmen intensiv sowohl an der programmatischen Weiterentwicklung als auch an der aktuellen Positionsbildung der SPD beteiligt.

Die Kooperation mit den für den Wissenschaftsbereich in den verschiedenen Funktionen in der SPD-Fraktion verantwortlichen Genossinnen und Genossen im Abgeordnetenhaus und im Bundestag hat ebenso wie der Dialog mit der Senatorin und Staatssekretär/inn/en auch in den beiden Berichtsjahren die Qualität der Arbeit unterstützt.

Der Fachausschuss AG Wissenschaft, Forschung, etc. wird auch künftig sowohl für die Diskussion innerhalb der Partei und ihrer Gliederungen, als auch für die öffentliche Darstellung der Parteipositionen zur Verfügung stehen. Unser besonderer Dank an dieser Stelle an alle Referentinnen und Referenten sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Partei und Fraktion, die unsere Arbeit auch in diesem Berichtszeitraum hervorragend unterstützt haben.

Arbeitskreis Berufliche Bildung (AKBB)

Bindung von Zielgruppen für die Politik und Arbeit der Berliner SPD

Seit dem Jahr 2014 hat sich der AKBB, der zuvor eine eher von den Parteistrukturen losgelöste Form pflegte, sich organisatorisch dem Fachausschuss Stadt des Wissens zugewandt und sich entsprechend in die Organisation der Partei eingebracht. Der AKBB bindet Zielgruppen vornehmlich aus dem Bereich der beruflichen Schulen und Oberstufenzentren, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

Qualifizierung und Förderung von Mitgliedern sowie die Integration von Neumitgliedern

Der AKBB versteht sich seit jeher als Podium für den Fachaustausch im Bereich der beruflichen Bildung auch über die Grenzen der Partei hinweg. Die entsprechenden Veranstaltungen im Abgeordnetenhaus und im Kurt-Schumacher-Haus genießen einen hohen Zuspruch der Fachkreise, die sich im E-Mail-Verteiler des AKBB von mehreren hundert Personen wiederfinden. Dieser Austausch qualifiziert und fördert die Mitglieder des AKBB in fachlicher Hinsicht und richtet das Interesse vieler Nicht-Parteimitglieder auf die fachliche Arbeit der Partei. Es kann jedoch nicht nachvollzogen werden, wie viele davon eine Neumitgliedschaft angestrebt haben oder werden.

Entwicklung von Inputs für die inhaltlich-programmatische Weiterentwicklung der Berliner SPD

Durch seine zunehmende Einbindung in die Strukturen unserer Partei trägt der AKBB vermehrt zur inhaltlich-programmatischen Weiterentwicklung der Berliner SPD im Bereich der beruflichen Bildung bei: Zum Wahlprogramm 2016 gehen und gingen die wesentlichen Impulse zur beruflichen Bildung aber auch zum Bereich Arbeit vom AKBB aus. Kritische, fachliche Stellungnahmen des AKBB zu spezifischen Sachverhalten finden immer ihre Resonanz in den Fachkreisen und in den beteiligten SPD-geführten Senatsverwaltungen, die eine innerparteiliche Fachdiskussion initiieren.

Im Rahmen von Bildungsfragen allgemein bleibt jedoch festzustellen, dass Gewicht und Profil der beruflichen Bildung innerhalb unserer Partei deutlich ausgebaut und gestärkt werden müssen.

Erschließung und Pflege von Kontakten zu Verbänden und Organisationen, Netzwerkbildung

Wie oben bereits erwähnt, sind die Personenkreise, die der AKBB vernetzt, recht umfangreich. Neuerdings engagiert sich der AKBB in der Vorbereitung von entsprechenden

Veranstaltungen der Fraktion, wo diese Netzwerke auf eine höhere politische Ebene gebracht werden (vergl. hierzu die Veranstaltung der Abgeordneten Franziska Becker am 11.02.2016). Die fachliche Zuarbeit für die Fraktion der SPD im Bereich der beruflichen Bildung könnte noch ausgebaut werden.

Monika Buttgerit
AG Schule + AfB

Matthias Trenczek
AG Wissenschaft

Stephan Alker
AK Berufliche Bildung

FACHAUSSCHUSS VII · WIRTSCHAFT, ARBEIT, TECHNOLOGIE

Allgemeine Zielsetzungen des Fachausschusses

Der Fachausschuss VII verfolgt das Ziel, mit seiner Arbeit sowohl nach innen in die Partei zu wirken als auch nach außen als Ansprechpartner für parteiexterne Akteure und Interessenverbände zur Verfügung zu stehen. Dabei suchen wir aktiv das Gespräch mit Verbänden und Unternehmen. In der vergangenen Legislatur haben wir aus diesen Gesprächen wertvolle Erkenntnisse für unsere politische Arbeit gewonnen und konnten hieraus auch Impulse in die Partei geben, allen voran bei der Erstellung des Wahlprogramms für die Abgeordnetenhauswahlen 2016.

Inhaltliche Schwerpunkte in der vergangenen Legislatur

Die Arbeit im Fachausschuss konzentrierte sich in den vergangenen zwei Jahren auf die Themenschwerpunkte gute Arbeit sowie die Entwicklung des Wahlprogramms. Hierzu fanden regelmäßig Veranstaltungen statt, organisiert durch die Arbeitsgruppen bzw. durch Vorstandsmitglieder. Neben wichtigen Entscheidungsträgern aus der Partei konnten wir hierzu auch hochrangige VertreterInnen aus den Verbänden und Gewerkschaften für unsere Veranstaltungen gewinnen.

Themenschwerpunkt Gute Arbeit

Die Probleme mit prekären Beschäftigungsverhältnissen wurden in mehreren Veranstaltungen aus unterschiedlicher Perspektive beleuchtet. Dabei wurden die verwaltungstechnischen Herausforderungen in der Organisation der Jobcenter und der Bezirksverwaltung, sowie private Konzepte zur mobilen Betreuung arbeitsloser Menschen in einzelnen Veranstaltungen diskutiert. Politischer Handlungsbedarf wurde hierbei insbesondere in der Verbesserung verwaltungsorganisatorischer Zusammenarbeit in den Bezirken als auch zwischen Landes- und Bundesebene festgestellt, sodass in diesem Themenfeld auch künftig Handlungsbedarf zur weiteren thematischen Auseinandersetzung im Fachausschuss und im Landesvorstand existiert.

Die Herausforderungen, faire, d.h. gute Arbeit umzusetzen sind mit Erreichen des Mindestlohns nicht weniger geworden. Diese Erkenntnis ziehen wir aus den Diskussionsveranstaltungen zur Fairen Arbeit sowie aus Veranstaltungen zum nach wie vor hohen Missbrauch von Werk- und Leiharbeitsverträgen. Die zu diesem Thema an uns überwiesenen Anträge der Landesparteitage haben wir zugleich in die Diskussion im Ausschuss als auch in den Austausch mit ReferentInnen eingebunden und suchen hierzu aktiv den Austausch mit den Arbeitsgruppen in den Kreisverbänden sowie GewerkschaftsvertreterInnen. Ergänzt wurde die gesamtheitliche Betrachtung im Bereich Arbeit durch den

Blick auf die Situation in der Berliner Kultur- und Kreativwirtschaft. Hier mussten wir feststellen, dass durch die vorwiegend freiberuflich und selbstständig geprägte Arbeitswelt viele Regelungen zur Verhinderung prekärer Arbeitsverhältnisse derzeit noch nicht greifen. Der aus dieser Erkenntnis und Diskussionen im Fachausschuss entwickelte Antrag LPT 18/I/2014, „Kreativität braucht Freiheit und Sicherheit“, welcher einen „Pakt für gute Arbeit“ in nicht durch tarifliche oder sozialgesetzliche Regelungen erreichten Arbeitsverhältnissen initiieren soll, wurde vom Fachausschuss auf dem Landesparteitag im Mai 2014 eingebracht und dort angenommen.

Themenschwerpunkt Wahlprogramm

Einen Großteil der Arbeit verwendete der Fachausschuss auf die vom Landesvorstand geforderten Zuarbeiten zu einem Wahlprogrammmentwurf für die Abgeordnetenhauswahlen 2016. Im Besonderen hat der Fachausschuss in diesem Zusammenhang die Programmkonferenz im September 2015 zum Thema „Berlin. Stadt der Arbeit“ inhaltlich und konzeptionell vor- und nachbereitet. Die drei im Rahmen der Konferenz organisierten Panels, die von den Vorstandsmitgliedern des Fachausschusses moderiert wurden, haben zu einem großen Teil die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit des Fachausschusses abgebildet: Gute Arbeit für alle Berlinerinnen und Berliner, Starke Wirtschaft für mehr gute Arbeitsplätze in Berlin sowie Wissen aus Berlin für Berlin gut nutzen.

Die inhaltliche Vor- und Nacharbeit zu diesen Panels fand unmittelbar Ausdruck in einem umfangreichen und inhaltlich fundierten Wahlprogrammmentwurf. Die hohe TeilnehmerInnenzahl und die insgesamt anregende und inhaltlich orientierte Diskussion auf der Programmkonferenz haben uns gezeigt, dass es mit derartigen Formaten eine parteiinterne wie auch parteiexterne Mobilisierung möglich ist. Wir wollen daher für kommende öffentliche Veranstaltung die Adaption derartiger Formate prüfen.

Aus der gemeinsamen Veranstaltung mit der IHK Berlin zur Zukunft der Berliner Wirtschaftspolitik haben wir wertvolle Anregungen für die Arbeit des Fachausschusses und die Zusammenarbeit mit der IHK Berlin gewinnen können. Neben zahlreichen Initiativen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entstehung und Ansiedlung neuer Unternehmen in Berlin kristallisierte sich heraus, dass es derzeit noch an einem Leitbild fehlt, welches die Perspektiven für die Wirtschaft der Zukunft in Berlin und Brandenburg beschreibt. Hieran wollen wir in der kommenden Legislatur ebenfalls anknüpfen.

Ausblick

Zwar ist der Fachausschuss zwischen Landesvorstand, Abgeordnetenhausfraktion und einigen Kreisverbänden gut vernetzt. Diese Vernetzung wollen wir jedoch künftig weiter ausbauen, insbesondere den Austausch mit anderen Facharbeitsgruppen des Landesverbandes.

Auch die Kommunikationsstrukturen zwischen dem Landesbüro und dem Landesvorstand wollen wir verbessern. Dies insbesondere im Bereich der überwiesenen Anträge und der inhaltlichen Zuarbeit zu aktuellen landespolitischen Themen.

In diesem Zusammenhang wollen wir zudem den Wahlprogrammprozess einer kritischen Analyse unterziehen, der trotz des inhaltlich sehr guten Ergebnisses mehr Kapazitäten im Ausschuss gebunden hat, als hierfür erforderlich gewesen wären. Dies hat letztlich auch zu einer deutlichen Aktivitätsabnahme der Ausschussmitglieder geführt.

Von einer Analyse des Wahlprogrammprozesses versprechen wir uns infolgedessen nicht nur Anregungen für eine grundlegende strukturelle Anpassung der Zusammenarbeit von Fachausschüssen und Landesvorstand. Vielmehr wollen wir darüber auch Konzepte zur besseren Bindung der Mitglieder des Fachausschusses entwickeln – zwar konnten wir regelmäßig neue Mitglieder in der Ausschussarbeit begrüßen, der Anteil derer, die sich dauerhaft in die Arbeit des Ausschusses einbringen, ist aber nach wie vor viel zu gering.

An einem festen Tagungsrythmus von derzeit vier Wochen wollen wir weiterhin festhalten.

Björn Englert

Jakob Scherer

Für den Vorstand FA VII

FACHAUSSCHUSS VIII SOZIALE STADT · BAUEN, WOHNEN, STADTENTWICKLUNG

Am 25. Juni 2014 wurde ein neuer Vorstand für den Fachausschuss VIII gewählt. Vorsitzender ist Volker Härtig, stellv. Vorsitzende sind Angela Budweg, Rudi Kujath, Philipp Mühlberg, Ellen Hausdörfer, Ülker Radziwill, Schriftführerin ist Silke Fischer.

Der Fachausschuss tagt etwa monatlich, teilweise aufgrund aktueller politischer und thematischer Herausforderungen 14-tägig. Dazwischen finden in unregelmäßiger Folge Vorstandssitzungen statt. Im Jahr 2014 fanden von Juni bis Dezember acht Fachausschuss-Sitzungen statt (eine gemeinsam mit dem FA XI Mobilität), im Jahr 2015 insgesamt 13 Sitzungen und eine öffentliche Veranstaltung sowie in 2016 (bis Februar) zwei.

Noch im September 2012 zählte der Fachausschuss VIII Soziale Stadt 134 eingetragene Mitglieder, bis Februar 2014 stieg die Zahl der eingetragenen Mitglieder auf knapp 200, weitere zwei Jahre danach sind es 230 Mitglieder geworden. Die Sitzungen stoßen auf lebhaftes Interesse und sind regelmäßig mit 20 bis 40 TeilnehmerInnen besucht. Zu den Ausschuss-Sitzungen werden regelmäßig ein bis zwei FachreferentInnen (teilweise auch mehr), eingeladen, um die inhaltliche stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Qualifizierung der SPD voran zu bringen, den Austausch mit Verbänden und Fachleuten zu intensivieren und nicht zuletzt die Fachausschuss-Sitzungen ergiebig und anspruchsvoll zu gestalten.

Der damalige Senator Michael Müller, die Senatoren Andreas Geisel und Matthias Kollatz-Ahnen, der Landesvorsitzende Jan Stöß, der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, sowie Staatssekretär Dr. Lütke-Daldrup waren Gäste.

Soweit möglich nimmt der Vorsitzende des FA VIII an Sitzungen des AK V der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus teil. Zu bedauern ist, dass der Austausch mit den bau- und der stadtentwicklungspolitischen SprecherInnen der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus nicht stattfindet und beide den Fachausschuss meiden. Es gibt einen mal mehr mal weniger intensiven Austausch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, häufig nehmen VerwaltungsvertreterInnen an den Sitzungen teil. Die Kooperation mit den für Baupolitik zuständigen Bezirksstadträten der SPD könnte besser werden.

Politische Schwerpunkte waren die Wohnungs- und die Stadtentwicklungspolitik auf Landesebene und dies angesichts des weiterhin rasanten Bevölkerungswachstums, des angespannten Wohnungsmarktes, des eklatanten Defizits an bezahlbaren Wohnungen für Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen und weiter stark steigenden Mieten. Die Themen Wohnungsneubau (Träger, Kosten, Mieten, Förderung), Sozialwohnungen, städtische Gesellschaften prägten die Inhalte der Fachausschussarbeit.

Der Fachausschuss VIII erarbeitete im Sommer 2014 einen Landesparteitagstrag bzw. einen Forderungskatalog für ein wohnungspolitisches Regierungsprogramm „Durchstarten in der Wohnungspolitik“ für die 2. Hälfte der Legislaturperiode. In Begleitung des Mitgliederentscheids über den Nachfolger des Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit fanden zwei Diskussionsabende mit den Kandidaten Müller, Stöß und Saleh statt, bei denen das genannte Programmpapier eine Themengrundlage bildete. Nach dem durch den neuen Regierenden Bürgermeister Michael Müller verkündeten wohnungspolitischen Paradigmenwechsel und der Hervorhebung der Rolle der städtischen Wohnungsgesellschaften führte der Fachausschuss die Gespräche mit den GeschäftsführerInnen und Vorständen dieser Gesellschaften (Frau Jahn/DEGEWO, Herr Malter/Stadt und Land; Herr Franzen/GESOBADU) fort, um zu erfahren, ob und inwieweit die Geschäftspolitik der landeseigenen Wohnungsunternehmen den Zielen einer sozialdemokratischen Wohnungspolitik entsprechen. Der Fachausschuss stellte hierbei erhebliche Defizite und großen Nachsteuerungsbedarf fest.

Der im Frühjahr 2015 eingeleitete Mieten-Volksentscheid verdeutlichte die Dringlichkeit, sich endlich mit der Entwicklung (Mieten, Bindungen, Instandhaltung) der geförderten bzw. Sozialwohnungen vertieft auseinanderzusetzen. Auf einer Veranstaltung des FA VIII dazu im Mai 2015 im DGB-Haus diskutierten VertreterInnen der Initiative für den Mieten-Volksentscheid mit Politik, Verbänden und landeseigenen Wohnungsunternehmen. Staatssekretär Dr. Lütke-Daldrup berichtete über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Initiative und die Grundzüge eines neuen Wohnraumversorgungsgesetzes im September 2015.

Berlins neuer Finanzsenator, Dr. Kollatz-Ahnen besuchte den FA VIII im Juli 2015 und unterstrich den eingeleiteten Paradigmenwechsel in der Senatspolitik hin zu einer klar sozial orientierten, auf das Wachstum Berlins reagierenden Wohnungs- und Investitionspolitik. Auf Anregung des Finanzsenators vertiefte der FA VIII im Zeitraum Oktober bis Dezember 2015 das Thema Kostenentwicklung und Einsparungsspielräume im (geförderten) Wohnungsbau. Die Auswertung ist noch nicht abgeschlossen, deutlich wurde aber, dass eine Fokussierung auf Standardabsenkungen nicht zielführend ist.

Mehrere Sitzungstermine des FA VIII dienten der Erarbeitung eines Entwurfs der wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Teile eines Landeswahlprogramms. Weitere Themenfelder der Arbeit im Fachausschuss waren u.a. die „Re-Urbanisierung der Historischen Stadtmitte“ und das Verfahren „Alte Mitte – Neue Liebe“, zu dem die Senatsbaudirektorin allerdings nicht im FA VIII berichten wollte, sowie die städtebauliche Entwicklung des Flughafen-Areals in Tegel.

Der fachpolitische Austausch mit dem Berliner Mieterverein und wohnungswirtschaftlichen Verbänden wurde fortgeführt – insbesondere mit dem BMV und dem BBU, dessen Vorstand und Fachleute mehrfach zu Gast waren.

Der Fachausschuss hat seine Aufgabe als beratende Institution für den Landesvorstand der Berliner SPD und als kritisch-solidarischer Begleiter der Regierungsarbeit auf Landesebene wahrgenommen. Er fungierte als Kommunikationspartner für Akteure im Bereich der Wohnungswirtschaft und erhielt zahlreiche Presse-/Mediananfragen. Zahlreiche Einladungen zu Veranstaltungen/Fachgesprächen anderer Institutionen und Verbände zeigten, dass die fachpolitische Kompetenz der SPD und des Fachausschusses in der Wohnungspolitik anerkannt werden.

Volker Härtig

Vorsitzender FA VIII

FACHAUSSCHUSS X · NATUR, ENERGIE UND UMWELTSCHUTZ

Berlin ist eine wachsende Stadt. Es kommen mehr Menschen in die Stadt als noch vor kurzem prognostiziert, so dass unsere Stadt die 4 Million Einwohner erreichen wird. Aus der Sicht des Fachausschusses muss dieses Wachstum nicht nur sozial, sondern auch nachhaltig gestaltet werden, um es von den negativen Folgen zu entkoppeln. Dabei geht es darum, die hohe Lebensqualität und die städtische Umwelt auch für die Zukunft zu erhalten und möglichst noch zu erhöhen. Die Herausforderung besteht darin, den Bau von bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen und gleichzeitig die Klima- und Naturfunktionen auch gerade bei der Nachverdichtung in den Innenstadtdistricten zu sichern. Diese Fragestellung haben wir in der Diskussion um die Bebauung des Tempelhofer Feldes im April 2014 kurz vor dem Volksentscheid nochmals intensiv beleuchtet.

Eine weitere Zielsetzung ist für uns die Klimaneutralität Berlins bis 2050 – eine Vision, die in den Reihen des Fachausschusses entstanden ist und die wir als eine unserer Kernaufgaben sehen. Daher haben wir uns mehrfach mit Fragestellungen befasst, die sich immer wieder im weiteren oder engeren Sinne um die zukünftige Klimaneutralität drehen, wie die Machbarkeitsstudie zum klimaneutralen Berlin, das Berliner Energiewendegesetz, die Enquete-Kommission des Abgeordnetenhauses „Neue Energie für Berlin“ oder auch die Klimaziele auf Bundesebene und die damit in Diskussion stehende CO₂-Steuer und die Abgaben für alte Kraftwerke. Eng damit verbunden ist auch die notwendige Synchronisierung der Energieeinsparverordnung EnEV mit dem erneuerbaren Energie Wärmegesetz EEGWärmeG auf Bundesebene, damit wir zu einer praktikablen energetischen Gebäudesanierung kommen.

Um die Berliner Klimaschutzziele erreichen zu können, sieht der Fachausschuss die Rekommunalisierung der Energienetze von Strom, Gas und Wärme, wie auch den Aufbau eines wirklich funktionierenden Stadtwerks als die entscheidenden Voraussetzungen an. Wir haben uns in den letzten zwei Jahren mehrfach mit dieser Thematik mit verschiedenen Experten beraten und kommen zu dem Schluss, dass Infrastrukturen der Daseinsvorsorge vollständig in öffentliche Hand gehören, denn nur so kann der Aufbau einer umweltgerechten Energieerzeugung und –einsparung und die Verhinderung von Energiearmut gelingen.

In diesem Sinne haben wir auch unsere Leitthesen für das im Mitgliederforum „Gut leben in der wachsenden Stadt“ am 21. September 2015 formuliert:

- ▶ Berlin, die zukunftsfähige Stadt wird die klimaneutrale Stadt sein,
- ▶ Berlin, die zukunftsfähige Stadt wird selbstverantwortlich über eine leistungsfähige und intelligente Ver- und Entsorgungsinfrastruktur verfügen,

- ▶ Berlin, die zukunftsfähige Stadt wird seine Lebensqualität stärken, indem sie sich an den Klimawandel anpasst,
- ▶ Berlin, die zukunftsfähige Stadt ist grün,
- ▶ Berlin, die zukunftsfähige Stadt ist sauber, leise und hat eine gute Luft,

die wir auch in die Bearbeitung des Wahlprogramms eingebracht haben.

Weitere Themen für uns waren in dem Berichtszeitraum u.a. die Situation der Wälder, verbunden mit denen der Wildtiere und die Frage nach offiziellen und inoffiziellen Hundeauslaufgebieten, wie z.B. rund um den Schlachtensee, das Urban Gardening verbunden mit der Frage, ob und wie öffentliche Flächen in Bürgerhand gehören sollen, wie es um die Biotonne bestellt ist, nachdem sie zum 1. Januar 2015 Pflicht geworden ist. Zu einem für uns immer wiederkehrenden Thema gehört auch die Situation der bezirklichen Grünflächenämter und wie die Pflege und Reinigung der Grün- und Freiflächen, aber auch des öffentlichen Straßenlands besser finanziert und organisiert werden kann. Auch die Lärmsituation, verursacht durch einen zunehmenden Eisenbahngüterverkehr auf dem Innenstadtring ist für uns genauso ein Thema, wie der Flughafen BER, der so umweltverträglich wie nur möglich betrieben werden soll.

Mit unseren Beschlüssen haben wir uns erfolgreich sowohl in den BVV-Fraktionen wie auch auf dem Landesparteitag eingebracht, wie z.B. zum Tierschutz und zur Altglassammlung. Letzterer fordert neben der Wiedereinführung einer bürgerfreundlichen Altglassammlung in Berlin nichts Geringeres als die Rekommunalisierung des Dualen Systems – eine Forderung die gerade jetzt auf Bundesebene intensiv in der Diskussion ist.

Wir möchten an dieser Stelle auch auf unsere sehr engagierte Tierschutz AG hinweisen.



Besichtigung des Klärwerks Waßmannsdorf

FOTO: FA UMWELT

Bei seiner „Wassertour“ im September 2014 hat der Fachausschuss auf Einladung der Berliner Wasserbetriebe das Klärwerk Waßmannsdorf besichtigt. Hier wurde nicht nur über die verschiedenen Reinigungsstufen bei der Behandlung der Berliner Abwässer informiert, sondern auch über die möglichen Erweiterungskapazitäten für das wachsende Berlin.

Wir verstehen unseren Fachausschuss ganz bewusst nicht als einen geschlossenen ExpertInnenkreis, sondern als offene Plattform für sozialdemokratische Umweltpolitik. Daher sind wir sehr erfreut, dass sich viele Genossen und Genossinnen und besonders auch Neumitglieder für unsere Arbeit interessieren – aber auch (Noch)Nichtparteimitglieder sind uns herzlich willkommen, die ca. 10 % unserer Mitgliedschaft ausmachen. Dabei hat es sich bewährt, dass die Einladungen zu unseren Sitzungen fast immer im Dienstagsbrief und auf der SPD-Homepage angekündigt werden. Damit ist es zunehmend möglich, den Fachausschuss in das Netzwerk der Berliner Umweltverbände und -organisationen einzubauen, und damit auch Ansprechpartner für diese zu werden. Dieses bietet die Chance für sozialdemokratische Umweltpolitik über die Parteigrenzen hinaus zu werben.

Wir möchte uns bei allen Unterstützern, insbesondere den ReferentInnen und ExpertInnen, aber auch bei den Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses und den BezirksvertreterInnen, wie auch den MitstreiterInnen im Kurt-Schumacher-Haus bedanken, die uns immer in vielfältiger Weise mit Rat und Tat bei unserer Arbeit zur Seite stehen.

Dr. Heike Stock
Vorsitzende des FA X

FACHAUSSCHUSS XI · MOBILITÄT

Der Fachausschuss Mobilität traf sich auch in diesem Berichtszeitraum bis auf die zwei-monatige Sommerpause im Juli und August monatlich zu seinen Plenumsitzungen mit strategisch und aktuell wichtigen Schwerpunktthemen sowie externen und internen FachreferentInnen. In temporären Arbeitsgruppen wurden Vorlagen, Beschlüsse und Landesparteitagsanträge erarbeitet.

In dem für Mitglieder und Gäste offenen Fachausschuss Mobilität arbeiten regelmäßig Mobilitäts-ExpertInnen und fachlich Interessierte mit. Der Kreis der Mitglieder konnte durch ein attraktives Programm, ergänzt durch Besuche von Verkehrsunternehmen, Exkursionen und die jährlichen Reisen des Fachausschusses, erweitert werden. Die Fachkompetenz und die Anregungen und Beiträge der Mitglieder sowie die offenen Diskussionen und der kollegiale Arbeitsstil im Fachausschuss gewährleisten eine inhaltliche Arbeit auf hohem Niveau und einen guten Zusammenhalt. Auch an dem Thema „Mobilität“ interessierten „Laien“ steht der Fachausschuss offen. Sie können sich umfassend informieren, ihr Wissen zu den jeweiligen Themen vertiefen und inhaltlich mitarbeiten.

Der Fachausschuss ist seit vielen Jahren sehr gut in der „Mobilitäts- und Verkehrsszene“ vernetzt. Er pflegt seine Kontakte durch die Wahrnehmung von Einladungen zu Veranstaltungen, Workshops und Gesprächen. In der Zeit von Juli 2014 bis Mai 2016 fanden wieder mehrere Informationsveranstaltungen und ein bilateraler Austausch „vor Ort“ bei Verkehrsunternehmen und bei mit dem Thema Mobilität/Verkehr befassten Organisationen statt. Der Fachausschuss tauscht sich auch im jährlichen Wechsel direkt mit der Geschäftsführung der BVG AöR und der S-Bahn Berlin aus.

Für 2014 sind folgende Fachausschuss-Veranstaltungen besonders hervorzuheben: Im September fand eine Fachausschuss-Sitzung im Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (InnoZ) GmbH statt, um sich über die dortigen Projekte zu informieren und Probefahrten mit Elektroautos und -fahrrädern zu unternehmen. Im Oktober wurde zur Baustellenbegehung bei der BVG an der Deutschen Oper Berlin, Berlin-Charlottenburg, eingeladen. Im November tagte der Fachausschuss auf Einladung der IHK Berlin im Ludwig-Erhart-Haus zu den Themen „Smart City“ und „Mobilitätsmanagement“, und im Dezember informierte sich der Fachausschuss beim VBB (Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg) über die aktuelle Situation des ÖPNV und ÖPV in Berlin und Brandenburg.

Seit Januar 2015 tagt der Fachausschuss Mobilität einmal jährlich gemeinsam mit dem Arbeitskreis Verkehr der SPD Brandenburg, um die Zusammenarbeit, die seit Jahren durch einen regelmäßigen Informationsaustausch geprägt ist, zu verstetigen.

2015 wurden vom Fachausschuss einstimmig zwei für die inhaltlich-programmatische und strategische Weiterentwicklung der Berliner SPD wichtigen Papiere beschlossen: Der Vorschlag des Fachausschusses für das Wahlprogramm 2016 im Februar und das Positionspapier „BERLIN Mobilität 2030 plus – Zukunft der Mobilität in der Hauptstadt“ im Mai. Außerdem erarbeitete die AG Tram des Fachausschusses das Positionspapier „Straßenbahn in Berlin 2030 plus - Zukunft der Straßenbahn in der Hauptstadt“ für die Fachausschuss-Sitzung im Februar 2016. Rückenwind für diese konsequente Straßenbahnplanung für ganz Berlin bekam der Fachausschuss auch durch Zustimmung zu seiner im von ihm moderierten „Panel Mobilität“ am 21. September 2015 vorgestellten und im Plenum positiv bewerteten These zur Netzerweiterung und die Abstimmung der GenossInnen zu den Themen für den Wahlkampf 2016, bei der der Straßenbahnausbau von fast 60 % der Mitglieder befürwortet worden ist.

Fachausschuss-Sitzungen zu unterschiedlichen Themen mit Fachleuten des Bundestages und aus der Schweiz (Kirsten Lühmann, MdB, SPD Bundestagsfraktion; Dr. Peter Vollmer, Ex-Nationalrat, Bern/Berlin), anderer Organisationen (VBB, Fraunhofer Institut, Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH, Go Euro) und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt als ReferentInnen, Besuche vor Ort bei der S-Bahn Berlin GmbH im Werk Friedrichsfelde und bei DB Netz AG, Regionalbereich Ost, Pankow, sowie die aktive Teilnahme an dem Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin zum Thema „Mobilität 2030plus“ runden das Bild der Fachausschuss-Arbeit für 2015 ab.

Auf eine massive öffentliche Marketingkampagne im September 2015 zugunsten eines „Fahrrad-Highways“ auf der Trasse der Stammbahn reagierte der Fachausschuss Mobilität sehr schnell in den sozialen Netzwerken und beschloss am 16. September 2015 den Landesparteitagsantrag, wonach eine Nutzung der Trasse der Berlin-Potsdamer Stammbahn als Fahrradrouten, weitere temporäre Fremdnutzungen und eine dauerhafte Bebauung verhindert werden soll. Der LPT hat den FA-Antrag am 14. November 2015 im Wesentlichen übernommen.

Im Berichtszeitraum brachte der Fachausschuss Landesparteitagsanträge zu unterschiedlichen Themen ein und schrieb Empfehlungen zu Anträgen, die ihm vom Landesparteitag überwiesen worden waren.

Die Beschlüsse des Fachausschusses und die vom Landesparteitag beschlossenen Fachausschuss-Anträge sind auf der Internetseite zu finden: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/spd-aktiv/fachausschuesse/fa-mobilitaet/>

Dass der Fachausschuss Mobilität auch sehr mobil ist, ist seit vielen Jahren bekannt. So auch in der Zeit von Juli 2014 bis Mai 2016. Vorher ist jedoch noch eine wichtige und prägende Veranstaltung nachzutragen, die im April 2014 stattfand, jedoch wegen der Kürze der Vorbereitungszeit keinen Eingang in unseren letzten Jahresbericht fand:

Der Fachausschuss Mobilität organisierte am 25. April 2014 für den Landesverband der SPD Berlin eine Fahrt von Berlin-Gesundbrunnen nach Stettin/Polen mit einem Sonderzug. Daran nahmen auch PolitikerInnen/ParlamentarierInnen aus der Region Stettin teil. Der Triebzug fuhr ohne Halt von Berlin bis Stettin und stellte einen historischen Fahrzeitrekord auf. Die Fahrt zeigte, dass es nach dem Ausbau der Bahnstrecke möglich ist, die Stadtzentren beider Metropolen in weniger als 70 Minuten zu verbinden. Diese Reise, an der auch JournalistInnen verschiedener Medien teilnahmen, fand ein großes öffentliches Echo.

Am 13. Dezember 2014 gab es einen wenig erfreulichen Anlass für den Fachausschuss Mobilität, eine Reise nach Breslau/Polen zu organisieren: Die DB AG stellte ihre schon seit langem von ihr selbst durch Fernbusse „kaputtgefahrte“ Zugverbindung nach Breslau ein. Ein Grund für die Mitglieder des Fachausschusses, die sich seit Jahren vehement für bessere Zugverbindungen zwischen Deutschland und Polen einsetzen, die letzte Fahrt im teilweise ungeheizten und schon um zwei Wagen verkürzten Eurocity „Wawel“ mitzumachen.



Letzter Zug nach Breslau

FOTO: FA MOBILITÄT

Die jährliche Tour per Bahn (stückweit auch mit der Fähre) quer durch Europa, die der Fachausschuss mit dem ABL organisiert, fand im Mai 2015 statt und führte von Frankreich über Italien nach Slowenien, Ungarn, in die Slowakei zurück nach Berlin. Dagegen reiste der Fachausschuss im Dezember 2015 nach Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Über Salzwedel, Klötze und Dannenberg ging es nach Hannover. Von dort weiter über Wremen nach Cuxhaven und Helgoland.

Im April 2016 ging es wieder auf „große Tour“ quer durch Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Italien und Österreich. Roter Faden dieser Fahrt ist der neue Transeuro-

päische Vorrangkorridor „Orient East Med“ (Berlin – Dresden – Sofia – Athen – Piräus), den die EU Kommission bis 2030 als Rückgrat einer wirtschaftlichen Entwicklungsschneise leistungsfähig ausbauen will.



Der Fachausschuss
in Monaco

FOTO: FA MOBILITÄT

Bei allen Exkursionen des Fachausschusses Mobilität stehen Besuche von Verkehrsverwaltungen und -unternehmen, Besuche der Deutschen Botschaften, Gespräche über Stadtentwicklungs- und Infrastrukturplanung und der Austausch über „Best Praxis“ im Vordergrund.

Sybille Uken
Vorsitzende FA XI

FACHAUSSCHUSS XII · KULTURPOLITIK

Der Fachausschuss XII Kulturpolitik hat die Aufgabe, die politischen Rahmenbedingungen für die Kultur in der Stadt im Sinne der sozialdemokratischen Kernthemen mit den Potenzialen, Forderungen und Möglichkeiten der einmaligen Kulturlandschaft Berlins zu diskutieren, zu gestalten und zukunftsgerichtete sowie nachhaltige Positionen zu erarbeiten. Dabei setzt der FA zunächst auf die Expertise innerhalb des Fachausschusses. Er bezieht zudem die Kenntnisse auf landesparteilicher Ebene mit ein, wie auch die parlamentarische Fachkompetenz. Weiterhin werden Querschnittsthemen – u. a. zur Stadtentwicklung, Wirtschaft, Bildung, Arbeitspolitik – mit herangezogen, um von einer breiten Arbeitsebene zu fundierten Lösungsansätzen zu kommen.

Öffentliche Veranstaltungen und Diskussionsrunden bieten in einem weiteren Schritt die Möglichkeit, einen fachlich versierten Dialog zwischen Politik, kulturpolitisch Interessierten und Akteuren zu führen.

Der Fachausschuss hat sich am 21.11.2014 konstituiert. Dem im November 2014 gewählten Vorstand gehören Barbara Scheffer als Vorsitzende sowie Wibke Behrens und Ingo Siebert als stellvertretende Vorsitzende an. Schriftführer ist Stefan Böltes. Dem Fachausschuss gehören 116 Mitglieder an.

Thematisch ist der Fachausschuss breit aufgestellt. Dazu gehört, sich mit den aktuellen Themen der Berliner Kulturpolitik und Anträgen zu den Landesparteitagen zu befassen. Der Fachausschuss hat folgende überwiesenen Anträge des Landesparteitages bzw. der Antragskommission erörtert und verfasste entsprechende Voten zum weiteren Verfahren oder auch zum inhaltlichen Umgang:

Antrag 56/I/2015 · Bezirkliche Heimatmuseen als gesetzliche Pflichtaufgabe regionale Heimatarchive erhalten. Beschluss LPT: Erledigt durch Handeln des Senats zum Entwurf des Archivgesetzes.

Antrag 34/II/2014 · Bibliothekskonzept für das Land Berlin und seine Bezirke. Beschluss LPT: Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Antrag 35/II/2014 · AGB als erweiterter Standort für die ZLB. Beschluss LPT: Erledigt bei Annahme Antrag 34/II/2014.

Weitere Themen waren u.a. die Berliner Gedenkkultur, die kulturelle Infrastruktur (Freie Szene, Produktionsmöglichkeiten), die besondere Anziehungskraft der hochprofessionellen Kulturlandschaft für BerlinerInnen und TouristInnen. Und immer wieder das Thema Kultur als Querschnittsaufgabe sowie die kulturpolitische Sonderrolle Berlins

als Hauptstadt. Dazu gehört auch das neu entstehende Humboldtforum in Mitte. Hierzu hatten die Mitglieder des Fachausschusses Kulturpolitik im September 2015 die Gelegenheit, unter der fachkundigen Führung von Manfred Rettig, damaliger Vorstand und Sprecher der Stiftung Humboldtforum, die Baustelle in der Berliner Mitte zu begreifen.



Besichtigung der Baustelle
des Humboldtforums

FOTO: VERA MORGENSTERN

In der fast zweistündigen Führung durch den Rohbau des Humboldtforums erklärte Manfred Rettig die Strukturen, Portale und verschiedenen Bereiche des Forums. Geplant ist, dass die öffentlichen Bereiche des Erdgeschosses den Schlüssel zum Verständnis und zu den Potenzialen des Humboldtforums liefern sollen. Eine Vielzahl von Veranstaltungsangeboten mit Ausstellungen, Konzerten, Tagungen, Kinovorstellungen oder Performances in der Ebene sollen Gegenwartsfragen aufgreifen. In enger Verknüpfung von Wissenschaft und Kunst im weitesten und alltagstauglichen Sinne spielen die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Humboldt-Universität zu Berlin und das Land Berlin zusammen. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wird im zweiten und dritten Obergeschoss Teile der außereuropäischen Sammlung ihrer Staatlichen Museen zu Berlin zeigen. Im ersten Obergeschoss, den „Werkstätten des Wissens“, ziehen die teilweise zum UNESCO-Weltkulturerbe zählenden Wissensarchive ein. Die Mitglieder des Fachausschusses bekamen einen Eindruck der Absicht, welchen hohen Ansprüchen dieser Bau genügen muss.

Das Konzept zum inhaltlichen Aufbau und der Nutzung des zukünftigen Humboldtforums wird den Fachausschuss ebenso weiterhin beschäftigen, wie die Entwicklung von Ideen zur „Aneignung“ des Humboldtforums für die Berliner und Berlinerinnen, um die Mitte Berlins auch als urbanen und lebendigen Gegenwarts-Raum zu begreifen.

Wahlprogramm: Hier leistete der Fachausschuss, auch durch viele Diskussionen mit ExpertInnen und Kulturinteressierten mit fachkundigen Beiträgen, seinen Anteil an dem Themenpapier für das Wahlprogramm 2016, um die Berliner Kulturpolitik gut aufzustellen. Dazu gehören unter anderem die Bereiche: Gedenken und Erinnern, die

Stärkung der Freien Szene, die Verwendung der eingenommenen CityTax und die Sicherung von Räumen und Produktionsstätten.

Der Fachausschuss unterstützt die Sicherung und Ausweitung von Kultureller Bildung in Berlin unter dem sozialdemokratischen Leitsatz: Kultur für alle.

Der Fachausschuss fordert dezidiert, dass die öffentliche Kulturförderung Freiräume erhält bzw. schafft und für bezahlbare Infrastrukturen sorgt. Dazu gehört, dass die Arbeitsbedingungen der freien Künstlerinnen und Künstler in der Stadt verbessert werden. Konkret sollen Honoraruntergrenzen nicht unterschritten und in allen Institutionen Mindesthonorare sowie Ausstattungsvergütungen gezahlt werden. Endgültige Vorhaben und Forderungen werden auf dem Landesparteitag im Mai 2016 für das Wahlprogramm verabschiedet.

Am 10. Oktober 2015 beteiligte sich der Fachausschuss im „Kulturblock“ zusammen mit vielen Kulturaktiven und –interessierten an der Demo gegen TTIP, CETA & Co.

Soweit möglich nimmt die Vorsitzende des Fachausschusses an den Sitzungen des AK III, Arbeitskreis zum Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus, teil.

Der Fachausschuss XII Kulturpolitik hat sich innerhalb des ersten Jahres als kompetenter Ansprechpartner in der Berliner SPD auf allen Ebenen eingebracht und wird, auch außerhalb der Partei, als relevanter kulturpolitischer Fachausschuss wahrgenommen.

Barbara Scheffer
Vorsitzende FA XII

FACHAUSSCHUSS XIII · STRATEGIEN GEGEN RECHTS

Am 15. Dezember 2014 gründete sich der Fachausschuss XIII Strategien gegen rechts und gab sich einen Vorstand. Als Vorsitzende wurde Dr. Susanne Kitschun gewählt. Als stv. Vorsitzende unterstützen sie Mirjam Blumenthal, Carl Chung und Oliver Gaida.

Um ihre vielfältigen Kompetenzen aus Wissenschaft, Bundestag, Senatsverwaltungen, Vereinen, Jusos und der LAG Migration und Vielfalt in die Arbeit des Fachausschusses einbringen zu können, gehören weiterhin Dr. Jutta Aumüller, Prof. Dr. Dierk Borstel, Dr. Eva Högl, Sigrid Klebba, Lorenz Korgel, Barbara Loth, Anne Meyer, Timo Reinfrank, Niko Schmolke und Dr. Dmitri Stratiewski dem Vorstand an.

Dem Fachausschuss ging seit 2013 die Arbeit der AG „Strategien gegen rechts“ des Landesverbandes voraus. Auf die von der AG erstellten Lageanalyse „Rechte Phänomene in der Stadt der Vielfalt“ und einer Veranstaltungsreihe zu Themen wie Institutionelle Diskriminierung, Demokratiefördernde Arbeit oder Umgang mit Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)-Phänomenen in Parteien bauten wir als neugegründeter Fachausschuss auf.

Auf dem Landesparteitag im Juni 2015 legte der Fachausschuss den Leitantrag „Strategien gegen rechts in einer Stadt der Vielfalt“ vor. Ihm ging ein ausführlicher Diskussionsprozess voraus. So diskutierten wir als Fachausschuss am 10. Februar 2015 mit zahlreichen ExpertInnen auf einer dafür organisierten Fachtagung unsere Thesen. Wir stellten den Antrag neben der Landes- auch auf Kreis- sowie Abteilungsebene vor. Der Leitantrag wurde auf dem Landesparteitag beraten und beschlossen.

Für einen intensiven Austausch zwischen ExpertInnen, MandatsträgerInnen, Senatsmitgliedern und vor Ort Aktiven traf sich der Fachausschuss regelmäßig. Grundlegende und aktuelle Themen waren dabei Antisemitismus in Berlin, der Umgang mit RechtspopulistInnen – insbesondere der AfD – und die Bedrohungslagen für Flüchtlingsunterkünfte. Dazu waren in der Regel externe ReferentInnen und Initiativen zu Gast.

Wir nahmen uns als Fachausschuss außerdem der Aufgabe an, Aufrufe gegen antisemitische, neonazistische oder rechtspopulistische Aufmärsche und Kundgebungen mit vorzubereiten und zu unterstützen. Mitglieder des Fachausschusses waren bei den Gegenprotesten selbst vor Ort und warben innerhalb der Partei dafür. Angesichts der vielerorts bedrohlichen Situation für Geflüchtete nahmen wir uns dieses Themas gesondert an und beteiligten uns kontinuierlich am Runden Tisch Flüchtlingspolitik der Berliner SPD.

Wir brachten unsere Vorschläge – z.B. zum Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – in die Haushaltsberatungen des Abgeordnetenhauses ein.

Weiterhin steuerten wir Thesen und Vorschläge für den Wahlprogrammprozess für die Wahl 2016 bei.

Susanne Kitschun
Vorsitzende des FA XIII

FORUM SPORT

Berlin ist und bleibt Sportstadt Nr. 1 in Deutschland. Berliner Mannschaften mischen erfolgreich in den Bundesligen mit. Aber auch der Breitensport mit seinen mehr als 2.200 Vereinen gehört zur Stadt und verdient unser besonderes Augenmerk. Hier wird eine wichtige gesellschaftspolitische Arbeit geleistet. Den tausenden Ehrenamtlichen, die Tag für Tag sich im Sport engagieren, gilt unser Dank. Ohne sie würde sich im wahren Sinne des Wortes nichts bewegen.

In Berlin kann jede/jeder seinen Sport fast um die Ecke ausüben und hat ebenso die Möglichkeit, bei Großsportereignissen, wie dem Berlin-Marathon, dem ISTAF oder dem DFB-Fußball-Pokalendspiel dabei zu sein.

Sport ist zugleich Integrationsmotor und Wegbereiter für die Inklusion. Hier werden Werte vermittelt und Möglichkeiten eröffnet, auch ohne Sprachkenntnisse Grenzen auszuloten, Selbstbewusstsein zu stärken und die Leistungsfähigkeit auszubauen.

Das Forum Sport hat sich auch in den vergangenen zwei Jahren intensiv mit den sportpolitischen Herausforderungen der Stadt beschäftigt. Ein wesentlicher Aspekt war dabei die Bewerbung Berlins für die Ausrichtung Olympischer Spiele in den Jahren 2024/2028.

Sportpolitisch Interessierte und Entscheidungsträger aus Vereinen, Verbänden, Bezirken, dem Abgeordnetenhaus und aus dem Senat führten den Austausch u.a. zu folgenden Themen:

- ▶ Situation der Berliner Bäderbetriebe
- ▶ Sport für Alle - der Landessportbund - die größte Mitgliederorganisation Berlins
- ▶ Finanzierung des Berliner Sports/Sporthaushalts
- ▶ Sport in den Bezirken/Sportstätteninfrastruktur
- ▶ Ehrenamt
- ▶ Inklusion im Sport
- ▶ Belegung von Turn- und Sporthallen mit Geflüchteten
- ▶ Wahlprogramm der SPD

*Sportpolitischer Empfang:
Michael Müller,
Karin Halsch,
Michael Sendzik,
Sigrid Steinert,
Kirsten Ulrich,
Raed Saleh,
Dennis Buchner*

FOTO: CLAUDIA STÄUBLE



Höhepunkt war der Sportpolitische Empfang der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus im November 2015. Drei Ehrenamtliche wurden stellvertretend für alle Engagierten durch den Regierenden Bürgermeister, Michael Müller, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Raed Saleh, der Vorsitzenden des Forum Sport, Karin Halsch, und den sportpolitischen Sprecher der SPD Fraktion, Dennis Buchner, geehrt.

Karin Halsch
Vorsitzende Forum Sport

KULTURFORUM STADT BERLIN DER SOZIALDEMOKRATIE E.V.

Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein. Ziel des Vereins ist es, sozialdemokratische Kulturpolitik mit Sympathie, Kritik und kulturpolitischen Anregungen zu begleiten und gleichzeitig kulturell Interessierten im Umfeld der Sozialdemokratie die Möglichkeit zu geben, Kultur und Kulturpolitik mit zu gestalten.

Die Arbeit des Kulturforums findet auf mehreren thematischen Ebenen statt. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die Angebote von jeweils durchaus unterschiedlichen Gruppen wahrgenommen werden. Im Berichtszeitraum wurden über 50 öffentliche Veranstaltungen vorbereitet und durchgeführt.

Veranstaltungen zu kulturpolitischen Themen

Hier fanden im Berichtszeitraum öffentliche Veranstaltungen u.a. mit dem Regierenden Bürgermeister und Senator für kulturelle Angelegenheiten, Michael Müller, und Kulturstatssekretär Tim Renner statt, mit Vertreterinnen und Vertretern der Freien Szene in Berlin wie auch zu bestimmten Themen wie dem Urheberrecht, zur NS-Raubkunst, zur Raumsituation von Künstlerinnen und Künstlern und zur Berliner Liegenschaftspolitik, zum geplanten Neubau der Berliner Landesbibliothek, zu den kulturpolitischen Auswirkungen des TTIP-Abkommens und schließlich zur Vorbereitung des Wahlprogramms der Berliner SPD.

Ausstellungen

Mit insgesamt sechs Ausstellungen, die von unserem Ausstellungskuratorium vorbereitet werden, wurden in der „Galerie im Kurt-Schumacher-Haus“ sehr unterschiedliche Werke vor allem von Berliner Künstlerinnen und Künstlern präsentiert. Mit den Ausstellungen werden über die eigenen Mitglieder hinaus Interessierte angesprochen, die aus dem Kreis der ausstellenden Künstlerinnen und Künstler kommen.

Lesungen

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Veranstaltungen sind die „Lesungen“, in denen wir uns u.a. im Jahr 2014 vor allem dem 25. Jahrestag des Mauerfalls widmeten.

Besuche von Berliner Kulturinstitutionen

Das Kulturforum pflegt den Kontakt zu Veranstaltungsorten und Kulturorganisationen, die häufig mit Besuchen von Vorstellungen verbunden sind. Ziele waren z.B. das Theater

an der Parkaue, die Berliner Singakademie, die Staatliche Ballettschule Berlin und die C/O-Galerie.

Integrationsensorin Dilek Kolat (l.) eröffnete am 11. März 2016 die Ausstellung „Angekommen“. Vier junge Syrer, die nach Berlin gekommen sind, um sich hier eine Zukunft als Künstler aufzubauen, waren eingeladen, ihr Schicksal und ihre Hoffnungen mit künstlerischen Mitteln darzustellen.

FOTO: ULRICH HORB



Rundgänge

In dieser Veranstaltungs-Reihe werden die Veränderungen im Berliner Stadtbild betrachtet und diskutiert. So gab es Rundgänge in der Berliner Mitte (Rathausforum), zum Alexanderplatz, durch die Karl-Marx-Allee und in die südliche Friedrichstadt.

Das Kulturforum hat etwa 100 Mitglieder, und darüber hinaus einen großen Kreis an kulturell und kulturpolitisch Interessierten.

Joachim Günther

Vorsitzender Kulturforum

FORUM NETZPOLITIK

Digitalisierung ist ein Thema für alle. Nicht nur für Spezialisten – ProgrammiererInnen, BloggerInnen oder Digital Natives. Die Digitalisierung ist vor allem einer der größten gesellschaftlichen Umbrüche dieses Jahrhunderts. Das geht eben alle an. Und darum sollen möglichst viele mitmachen. Auf der Bundesebene hat die SPD als erste Partei ein digitales Grundsatzprogramm erarbeitet, das auf dem Bundesparteitag einstimmig beschlossen wurde. Im Grundsatzprogramm versuchen wir unter anderem die Frage zu beantworten, wie eine sozialdemokratische Datenpolitik aussehen kann oder wie in Deutschland eine GründerInnenkultur weiter etabliert werden kann. Das Forum Netzpolitik hat durch zwei Vertreter im Programmbeirat aktiv an diesem netzpolitischen Grundsatzprogramm mitgeschrieben.

Ein weiteres Thema, das uns lange Zeit beschäftigt hat, war die Vorratsdatenspeicherung. Wir haben uns in der Vergangenheit und auch in diesem Fall ganz klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. Wir haben in diesem Zusammenhang die Arbeit gegen das Vorhaben für den entscheidenden Parteikonvent in Berlin koordiniert. Wir haben auf mehreren Ebenen Anträge eingebracht und auch den Delegierten eine Stellungnahme zum Votum mitgegeben.

Ein weiteres Thema, das uns dieses Jahr lange beschäftigt hat, war die Erstellung des netzpolitischen Teils für das Landeswahlprogramm. In einem Auftaktworkshop haben wir erst einmal die groben Themen für unseren Politikbereich erarbeitet. In einem weiteren Schritt haben wir dann die ersten Textbausteine erstellt. In der letzten Phase ging es dann darum die Texte zusammen zu führen.



Forum Netzpolitik im Rainmaking Loft mit Tim Renner.

FOTO: YANNICK HAAN

Ein thematischer Fokus lag bei uns ganz klar auf dem Thema Start-Ups. Berlin erlebt derzeit einen nie dagewesenen Boom von Neugründungen und Neuansiedlungen. Diese Entwicklung versuchen wir durch politische Maßnahmen weiter zu verstärken und zu verstetigen. Da wir selber in diesem Feld vor allem noch Fragen haben, sind wir zu den Start-Ups gegangen und haben diese gefragt, was sie von der Berliner Politik erwarten. So haben wir zusammen mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß und dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Abgeordnetenhausfraktion Frank Jahnke, Rocket Internet besucht. Außerdem haben wir noch in der Factory den Start-Up Dialog organisiert. Hier ging es darum, dass VertreterInnen von Start-Ups zusammen mit PolitikerInnen diskutiert haben, wie die aktuelle Entwicklung zu bewerten ist und wie die Entwicklung politisch gestaltet werden kann.

Neben diesen Themen haben wir uns auch noch mit anderen netzpolitischen Themen befasst. Wir haben den Forschungsroboter Myon an der Beuth Hochschule besucht, bei dem es um die Frage geht, wie künstliche Intelligenz aufgebaut werden kann. Tim Renner hat uns geschildert welche Maßnahmen er zur Digitalisierung der Kultur in Berlin unternehmen will. Und zusammen mit dem DGB haben wir evaluiert, wie sich die Arbeitswelt durch die Digitalisierung verändert und welche politischen Maßnahmen wir hinsichtlich dieser Entwicklung treffen müssen.

Yannick Haan

Vorsitzender Forum Netzpolitik

HISTORISCHE KOMMISSION

Auf der Landesvorstandssitzung am 22. März 2015 wurde PD Dr. Siegfried Heimann nach über 14 Jahren als Vorsitzender der Historischen Kommission aufs Herzlichste verabschiedet. Jan Stöß wies auf seine Verdienste für die Aufarbeitung der sozialdemokratischen Geschichte hin und würdigte besonders den letzten Band von Siegfried Heimann zur Geschichte des Preußischen Landtages. Anfang 2015 war dieses Buch in feierlichem Rahmen im Abgeordnetenhaus vorgestellt worden.

Als neuer Vorsitzender der Historischen Kommission wurde Dr. Heinrich-W. Wörmann ernannt. Marion Goers und Holger Hübner konnten als stellvertretende Vorsitzende gewonnen werden.

Aufgabe der Historischen Kommission ist es, die Geschichte der Arbeiterbewegung und vor allem der Berliner SPD vor dem Hintergrund aktueller politischer Herausforderungen zu beleuchten und damit zugleich einen innerparteilichen Bildungs- und Beratungsauftrag zu erfüllen.

Historische Kenntnisse, vor allem die Geschichte der Arbeiterbewegung vor 1945 betreffend, sind bei vielen Genossinnen und Genossen nur noch rudimentär vorhanden. Hier gilt es Defizite aufzuarbeiten, um mit diesem Wissen selbstbewusst heutige Debatten bestehen zu können. Es geht dabei nicht darum, die alten Schlachten der Arbeiterbewegung erneut zu schlagen. Wichtig ist jedoch, die Kämpfe und Konflikte in groben Umrissen überhaupt zu kennen, um sich gegenüber politischen Gegnern und Partnern positionieren zu können.

Die Historische Kommission der Berliner SPD wird bei wichtigen Veranstaltungen der historischen Aufarbeitung und des Gedenkens Präsenz zeigen und gegebenenfalls führende Genossinnen und Genossen mit historischer Kompetenz unterstützen.

Im Berichtszeitraum wurden u.a. folgende Aktivitäten unterstützt und Veranstaltungen durchgeführt:

- ▶ Am 29. November 2014 fand unter Beteiligung von Mitgliedern der Historischen Kommission zum Thema „Die Falken und die FDJ in den 60er Jahren“ ein Archivgespräch des Förderkreises „Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung“ im Luise & Karl Kautsky-Haus statt.
- ▶ Am 6. November 2014 referierten im Rahmen einer Arbeitstagung des August-Bebel-Instituts (ABI) im Kurt-Schumacher-Haus (KSH) zum Thema „Protest, Widerstand und Arbeitskämpfe in Berlin 1848-1990“ Ottokar Luban über die „Antikriegspropaganda der

Spartakusgruppe“ und Axel Weipert über die „Demonstration vor dem Reichstag im Januar 1920“.

► Zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa 1945 führte die Historische Kommission am 8. Mai 2015 unter Beteiligung von Jan Stöß, Prof. Helga Grebing und Karsten Vogt eine Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus (WBH) durch, die vor allem den Neubeginn sozialdemokratischer Arbeit in den Ruinen beleuchtete.

► Am 3. September 2015 wurde in Kooperation mit dem ABI eine Veranstaltung über „Julius Leber - Ein Sozialdemokrat zwischen Vaterland und Tyrannenmord“ mit den ReferentInnen Dr. Ruth Möller und Dr. Heinrich-W. Wörmann durchgeführt.

► Die Historische Kommission unterstützte die Gedenkveranstaltung am 14. September 2015 in der Sophienkirche zum Vereinigungsparteitag von SDP und SPD im September 1990. In der Sophienkirche war am 5. November 1989 die SDP in Berlin gegründet worden. Nach der Begrüßung und Einführung von Jan Stöß nahmen Martin Gutzeit und Walter Momper an der Podiumsdiskussion teil.

Nachdem die Chance, eine öffentlichkeitswirksame sozialdemokratische Aufarbeitung des Beginns des Ersten Weltkrieges 1914, nicht genutzt werden konnte, wird die Historische Kommission in den kommenden Jahren den Rückblick auf die folgenden Jahre werfen – 1915, 1916, 1917, 1918 ... – sozusagen als die um 100 Jahre zeitversetzte nicht endende Aufarbeitung unserer SPD-Geschichte.

Begonnen haben wir, in Zusammenarbeit mit dem August-Bebel-Institut, mit der Veranstaltung am 26. November 2015 im KSH mit Siegfried Heimann und Manfred Scharer über den Beginn der Spaltung der SPD im Jahre 1915.

Am 11. Februar 2016 präsentierte die Historische Kommission mit Unterstützung von Jan Stöß und Siegfried Heimann im WBH die erste Biographie über Franz Künstler, der Vorsitzende der SPD Berlin in der Weimarer Republik, die Dr. Ingrid Fricke vorgelegt hat. Eine Wiederholung dieser Präsentation gab es in Kooperation mit dem ABI am 26. Februar 2016 im KSH.

Der die Parteibasis einbeziehende Bildungsauftrag ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Historischen Kommission. Am 2. Mai 2015 unterstützte die Historische Kommission die Veranstaltung des Vereins Wiese e.V. zur Erinnerung an den verhängnisvollen 1. Mai 1929 am Gedenkstein in der Wiesenstraße. Am 6. Mai 2015 hat die AG 60plus in Berlin-Mitte sich mit der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission beschäftigt. Am 26. November 2015 unterstützte die Historische Kommission die Arbeit der Parteischnitzschule Berlin-Mitte bei einem ganztägigen historischen Workshop zur Geschichte der SPD. In diesem Sinne möchte die Historische Kommission weiter innerpar-

teilich wirken, gerne wird sie dabei auf Wünsche und Interessen aus den SPD-Abteilungen und AGs zu historischen Themen eingehen.

Die in den Abteilungen und Kreisen erarbeiteten lokalen Beispiele sozialdemokratischer Geschichte gilt es weiter zu sammeln und schrittweise digital zu sichern und der Mitgliedschaft zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang sind die Mitglieder der AG 60plus besonders angesprochen, ihre persönlichen historischen Erfahrungen und Erinnerungen zur Verfügung zu stellen, bevor sie in Vergessenheit geraten. Die Historische Kommission konnte im letzten Jahr in Kooperation mit Ulrich Horb und mit Hilfe von Rainer Sandvoß mehrere Zeitzeugen interviewen und Dokumente unserer Parteigeschichte sichern. Sie wird diese Arbeit weiter fortsetzen.

In Absprache mit dem Vorsitzenden der Berliner SPD werden wir auf den zukünftigen Landesparteitagen regelmäßig unter dem TOP Ehrungen bedeutende sozialdemokratische Persönlichkeiten würdigen. So hielt der ehemalige Vorsitzende des DGB Michael Sommer auf dem Landesparteitag (LPT) im Juni eine engagierte Rede, um Wilhelm Leuschner aus Anlass seines 125. Geburtstag zu ehren. Die Würdigung von Martin Wagner, Kurt Löwenstein und Fritz Karsen auf dem LPT im November konnte am Tag nach den Terroranschlägen in Paris nur in Papierform erfolgen.

Auf der Homepage der SPD Berlin gibt es inzwischen einen direkten Zugang zur Geschichte der SPD. Dort gelangt man mit ein, zwei Klicks zur Arbeit der Historischen Kommission. Es gibt eine Rednerliste für die Kreise und Abteilungen der Berliner SPD und Literaturempfehlungen wie die aktuellen Veröffentlichungen von Mitgliedern der Historischen Kommission. Weiter kann man Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Allgemeinen und zur SPD und KPD im Besonderen herunterladen. Natürlich stehen auch wie bisher die Chronik unserer Partei und die Biografien von verdienten Genossinnen und Genossen und andere Materialien für die Parteiarbeit zur Verfügung. Wir möchten, dass der Klick auf „Unsere Geschichte“ in Zukunft auch eine Einladung für Neumitglieder sein wird, sich mit der Geschichte ihrer Partei zu beschäftigen.

Im Berichtszeitraum tagte die Historische Kommission am 15.01.2015, 20.05.2015, 09.09.2015 und am 17.02.2016. Dabei standen unter anderem folgende Themen im Vordergrund:

Das Forschungsprojekt „Beobachtung der Berliner SPD durch die Staatssicherheit 1950-89“ wurde weiter vorangetrieben, um vor allem die Finanzierung sicherzustellen. Das scheint inzwischen durch die Bereitschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung möglich, aus dem Projekt ein Promotionsprojekt zu entwickeln.

Die Historische Kommission setzte sich weiterhin für die Wiederherstellung des Ehrengrabes für Eduard Bernstein ein. Sie bedauert die weitere Verzögerung der Umsetzung

und die erneute Absage des Ehrengrabstatus für Bruno Wille durch die Senatsverwaltung, obwohl es einen eindeutigen Beschluss der LPT für die Wiederherstellung beider Ehrengrabstätten gab.

Die Historische Kommission begleitete weiterhin die zunehmend konkreter werdende Realisierung eines Gedenkortes für Julius Leber und Annedore Leber auf dem Gelände der früheren Kohlenhandlung in der Torgauer Straße in Schöneberg.

Für 2016 plant die Historische Kommission u. a. Veranstaltungen zum

- ▶ 70. Jahrestag des Landesparteitags der Berliner SPD im Widerstand gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED 1946
- ▶ zur 50. Wiederkehr des Beginns der Amtszeit des Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz
- ▶ zum Genossenschaftswesen der Reformsiedlungen der Zwanziger Jahre angesichts des aktuellen Wohnungsbaus in Berlin
- ▶ zur Fortsetzung der Reihe „Never ending Story der SPD“ zur Spaltung der Arbeiterbewegung im Jahr 1916

Die Erinnerung an das erfolgreiche Wirken von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Stadt soll auch in Zukunft wachgehalten werden. Mitglieder der Historischen Kommission arbeiten deshalb in verschiedenen Beiräten und Kommissionen der Bezirke und des Landes Berlin, die sich mit historischen Problemen beschäftigen, wie der Förderkreis für die Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde, wo Holger Hübner weiter der Vorsitzende ist. Weiter sind Walter Momper und Siegfried Heimann im Kuratorium „Friedhof der Märzgefallenen“ aktiv, das sich zusammen mit dem Paul-Singer-Verein darum bemüht, aus diesem Friedhof eine nationale Gedenkstätte der deutschen Demokratiegeschichte zu machen.

In der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD wird die Berliner Kommission durch Prof. Dr. Helga Grebing und PD Dr. Siegfried Heimann vertreten.

Dr. Heinrich-W. Wörmann

Vorsitzender der Historischen Kommission

PROJEKT BERLIN – PARIS

Der Austausch mit unserer Schwesterpartei, der Parti Socialiste fédération de Paris, hat sich verstetigt. In jedem Jahr finden in der Regel zwei Reisen statt – einmal besucht eine Berliner Delegation Paris, einmal kommen die PariserInnen nach Berlin. Derzeit sind fünf Bezirke aktiv am Austausch beteiligt: Mitte, Pankow, Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg. Erfreulicherweise hat der Kreisvorstand der SPD Neukölln beschlossen, ebenfalls einen Austausch zu organisieren. Derzeit laufen die Vorbereitungen mit der Pariser Sektion des 20. Arrondissements von Paris in der Hoffnung, dass es im Mai 2016 zu einem ersten Treffen in Paris kommt.

Der Austausch lebt vom Engagement der Mitglieder und KoordinatorInnen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass es Höhen und Tiefen in der Kooperation gibt, wenn die Verantwortlichen aus politischen oder persönlichen Gründen sich zeitweise weniger engagieren können. Es hat sich daher bewährt, dass möglichst immer mindestens zwei KoordinatorInnen in jedem Berliner Bezirk den Austausch mit Paris organisieren und versuchen auch bei Problemen auf Pariser Seite mit den französischen GenossInnen in Kontakt zu bleiben.

Das Jahr 2014 war in Paris geprägt von den Kommunalwahlen. Viele Berliner GenossInnen haben aktiv die PS im Wahlkampf unterstützt. Umso erfreulicher ist es, dass mit Anne Hidalgo erneut eine Sozialistin an der Spitze der Stadtverwaltung steht. Auch konnten mehrere Arrondissements von der PS gehalten werden, was den Austausch mit und die Organisation unserer Reisen nach Paris erleichtert.

2015 war für den Austausch aus zwei Gründen ein besonderes Jahr. Einerseits fand eine gemeinsame Reise von FranzösisInnen aus dem 10. Arrondissement und GenossInnen aus Friedrichshain-Kreuzberg zur SPÖ nach Wien statt. Dort konnten engere Kontakte mit den GenossInnen vor Ort geknüpft werden mit der Möglichkeit, zukünftig regelmäßig in die österreichische Hauptstadt zum Gedankenaustausch zu fahren. Andererseits war das Jahr für unsere französische Partnerstadt geprägt von den Terroranschlägen im Januar und November. Viele GenossInnen der Berliner SPD haben mit großer Anteilnahme reagiert und ihre Solidarität mit den französischen BürgerInnen bekundet. Im November erfolgte ein Solidaritätsbesuch mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß. Beim Treffen mit dem neuen Pariser Vorsitzenden Emmanuel Grégoire und den Bürgermeistern des 10. und 11. Arrondissements wurde an den zentralen Gedenkstätten der Opfer und ihrer Angehörigen gedacht. Dieser traurige Anlass hat zu einer Vertiefung der Beziehung zwischen den beiden Landesverbänden geführt.

An diesem Wochenende hat sich die Berliner Delegation zudem mit GenossInnen der Pariser SPD getroffen. Gemeinsam wurde vereinbart, auch diesen Austausch zu inten-

sivieren, um die dortigen GenossInnen stärker in das Parteileben der deutschen Mutterpartei zu integrieren.



Die Vorsitzende der Berliner SPD in Paris, Elisabeth Humbert-Dorf-müller (r.), der Berliner SPD Landesvorsitzende Jan Stöß (M.) und der Pariser Vorsitzende der Parti socialiste Emmanuel Gregoire (l.) beim Paris-Besuch im November 2015.

FOTO: JOSEPHINE STEFFEN

Nachdem der neue Vorstand der PS Paris auch einen zentralen Koordinator für den Austausch benannt hat, ist die Hoffnung, dass die Planung für zukünftige Treffen einfacher und zielgerichteter ablaufen als bisher. Für 2016 sind zwei Treffen in Planung: am Himmelfahrtswochenende in Paris und zum Abschluss des Wahlkampfes im September in Berlin. Neben den bezirksindividuellen Besuchen und Kennenlernen von Projekten wurde vereinbart, bei jedem Treffen einen zentralen politischen Teil, z.B. in Form von Diskussionsrunden stattfinden zu lassen, so dass alle GenossInnen die Möglichkeit haben, zu konkreten Themen die Erfahrungen und Gedanken aus Paris und Berlin zu vergleichen und in ihre jeweilige politische Arbeit einfließen zu lassen. Die beiden ersten dieser Diskussionsrunden zu den Themen Wohnungsbau in Berlin und Laizismus in Paris wurden gern angenommen.

Für die kommende Wahlperiode ist das Ziel, den Austausch in Berlin noch bekannter und attraktiver zu machen, Neukölln und möglicherweise weitere Kreisverbände mit einzubinden und den Kontakt mit dem neuen Pariser Vorstand zu verstetigen.

Fabian Fischer

Koordinator für den Austausch Paris-Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN · AfA



Die AfA Berlin kann auf eine erfolgreiche Arbeit in den letzten zwei Jahren zurückblicken.

Im Land Berlin haben wir in allen 12 Kreisen AfA Gruppierungen mit unterschiedlicher Aktivität, die sich vielseitig in arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Themen engagieren. Die AfA Kreisorganisationen sind untereinander sehr gut vernetzt und organisieren größere Veranstaltungen gemeinsam, sodass es nicht zu Mehrfachveranstaltungen zum gleichen Themenbereich kommt. Die Veranstaltungen sind gut organisiert, haben interessante Themen wie z.B. das Tarifeinheitsgesetz, Ausgliederungen bei Vivantes, die Föderalismusreform, die Bezirksfinanzen behandelt. Durch die Gewinnung namhafter Referenten aus Kreisen der Gewerkschaften und Abgeordneten des Bundestages und des Abgeordnetenhauses konnten teilweise hohe Besucherzahlen verzeichnet werden.

Der AfA-Landesvorstand (LV) tagt jeden letzten Freitag im Monat, außer in den Ferienmonaten. Die Sitzungen sind öffentlich und regelmäßig sehr gut besucht. Vertreter der Gewerkschaften und verschiedener Betriebsräte waren häufig zu relevanten Themen als Gäste anwesend.

Die Arbeit der Landes-AfA und der AfA-Kreise war wie immer von ausführlichen, sachlichen und vertrauensvollen Diskussionen zu Standpunkten und Anträgen geprägt. So hat sich der AfA LV mit dem Angriff auf das Streikrecht bei der Tagung der ILO, mit dem Tarifeinheitsgesetz, der Rekommunalisierung des Gasnetzes, mehrfach mit dem Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl, den Ausgründungen bei Vivantes mit einem Antrag an den Landesparteitag (LPT), den Ausgründungen bei der Post AG, der Situation der Beschäftigten im Schaltwerk der Siemens AG, dem Streit um den Tarifvertrag beim Staatsballett und der Einrichtung einer Pflegekammer beschäftigt. In einem Brief an den Botschafter Spaniens wurde die Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter in Spanien gefordert.

Wie immer war der 1. Mai ein Höhepunkt unserer öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Hier möchten wir uns besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des KSH für die gute Zusammenarbeit bedanken. Das gilt auch für die Vorbereitungen zu unseren Tagesklausuren und den LAK's. Mit Unterstützung der AfA-Kreise und der Jungen AfA konnten wir einen attraktiven und jederzeit gut besuchten Stand präsentieren und über die gesamte Dauer der Veranstaltung besetzen. Als Besucher konnten wir Reiner Hoffmann (DGB Bundesvorsitzender), Michael Müller, Raed Saleh, Jan Stöß und viele andere Funktionsträger aus Gewerkschaften und Politik begrüßen.

Die AfA auf der 1. Mai-Demonstration 2015.

FOTO: AFA BERLIN



Es wurden zwei Tagesklausuren durchgeführt, Themen waren dabei u.a. die Bezirksfinanzen, die Industriepolitik in Berlin, wiederum die Situation der Karstadt-Beschäftigten und das Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2016.

Im Berichtszeitraum wurde eine LAK im Haus der IG Metall durchgeführt. Anträge zur Scheinselbstständigkeit und der Situation der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern, zur Übernahme der Auszubildenden im öffentlichen Dienst des Landes Berlin und eine Resolution zur Ablehnung internationaler Schiedsgerichte (TTIP) wurden behandelt.

Zur Nachfolgediskussion nach dem Rücktritt von Klaus Wowereit hat der AfA-Landesvorstand keine Empfehlung für einen der Kandidaten ausgesprochen. An dieser Stelle möchten wir Klaus Wowereit für seine geleistete Arbeit danken, auch wenn es bei einigen Themen keine Übereinstimmung gab. Der Mitgliederentscheid für Michael Müller wurde positiv aufgenommen, wir wünschen ihm eine glückliche Hand bei der Lösung der Probleme unserer Stadt. Bei der kommenden Wahl wird er die volle Unterstützung der AfA erhalten.

Bundespolitisch galt unsere Aufmerksamkeit dem Tarifeinheitgesetz, das in der AfA ebenso umstritten war wie bei den Gewerkschaften. Wir werden sehr genau beobachten welche Auswirkungen es auf das Streikrecht hat. Wir haben die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns begrüßt, sehen aber die geltenden Ausnahmeregelungen als falsch an. Wir werden uns vehement dagegen zur Wehr setzen, dass es auf Grund der hohen Zahl von Asylsuchenden zu Änderungen mit dem Ziel der Absenkung oder weiterer Ausnahmen kommt. Der vorgelegte Gesetzentwurf zum Missbrauch der Leiharbeit und zu Werkverträgen ist nach unserer Meinung nicht ausreichend. Wir werden gemeinsam mit uns nahestehenden Abgeordneten und dem DGB mit seinen Einzelgewerkschaften für klare Regeln zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen.

Wir sind sehr enttäuscht darüber, dass unser AfA-Bundesvorsitzender Klaus Barthel wieder nicht in den Parteivorstand gewählt wurde. Es ist nach wie vor eine Schande, dass die AfA in Zeiten, wenn es der Partei beliebt, gerufen und danach wieder in die Ecke gestellt wird. Wir Berliner AfA-Mitglieder sehen uns nach wie vor als das Herzstück der Par-

tei und werden weiter dafür kämpfen, das es so bleibt und auch die Bundesebene das erkennt.

Mit Klaus Barthel haben wir einen kämpferischen AfA-Bundesvorsitzenden der keine Diskussion scheut, weder in der Bundestagsfraktion noch in den Parteigremien, wenn es um Themen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht oder um die Forderung nach mehr Akzeptanz und Unterstützung der AfA in der Parteiarbeit. Wir sind sicher, dass unter seiner Leitung die AfA auch weiterhin so kämpferisch bleibt wie sie ist. Auch Cansel Kiziltepe, Mitglied im AfA-LV, vertritt dort engagiert unsere Interessen.

Für die AfA Berlin sind derzeit Annegret Hansen als stellvertretende Bundesvorsitzende, Denny Broßat als kooptierter Vertreter der Jungen AfA Berlin im Bundesvorstand und Christian Haß als Mitglied im Bundesausschuss vertreten. Der Bundesvorstand hat sich auf regelmäßige, monatliche Telefonkonferenzen geeinigt, um so schnell und zeitnah auf aktuelle Situationen reagieren zu können. Das war unter anderem auch erforderlich, um das gekürzte Budget für Veranstaltungen der AfA nicht durch Reisekosten zu belasten.

Auf der Landesebene haben wir einen breit aufgestellten Landesvorstand organisieren können, der weite Teile der Arbeitnehmerschaft vertritt. Damit war sichergestellt, dass wir uns mit großer Sachkenntnis aus den Gewerkschaften und den Betrieben mit den Problemen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den unterschiedlichsten Branchen auseinander setzen konnten.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns immer wieder auf Landesebene für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt. Ob dies der Mindestlohn, die Unterstützung der Forderungen der Kolleginnen und Kollegen nach Tarifverträgen, der Kampf gegen Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die Einführung des Vergabegesetzes war, wir haben uns aktiv im SPD-Landesvorstand wie auch mit Anträgen und Redebeiträgen auf den Landesparteitagen eingebracht und konnten Erfolge verzeichnen.

Wir haben eine sehr aktive Pressearbeit geleistet. So gab es Pressemitteilungen u.a. zu den Themen Tarifvertrag beim Staatsballett, zur Personalsituation im Berliner öffentlichen Dienst, zur Inhaftierung spanischer Gewerkschafter und den Ausgründungen bei Vivantes. Dadurch wurden unsere Positionen auch außerhalb der SPD wahrgenommen.

Die Bündnisarbeit haben wir auch in der Berichtszeit weiter voran gebracht. Betriebsräte verschiedener Unternehmen und öffentlicher Betriebe waren zu den Sitzungen des AfA-Landesvorstands eingeladen und berichteten über ihre Probleme und Arbeitskämpfe. Regelmäßige Gespräche des geschäftsführenden Landesvorstands der AfA mit Doro Zinke und Christian Hoßbach von der DGB-Landesspitze wurden ebenso geführt

wie mit den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften. Mit der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerorganisation der Linkspartei (AG Betriebe und Gewerkschaft - B&G) und Gewerkschaftsgrün wurden und werden die Gespräche fortgesetzt. Auch mit dem Landesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Berlin (CDA) gibt es weiterhin Kontakte.

Wir haben erfreut festgestellt, dass immer mehr junge SPD Mitglieder, die auch als Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen in den Betrieben tätig sind, den Weg zur AfA gefunden haben. Dieser Zulauf hat uns angenehm überrascht und wir sind froh darüber, jetzt in Berlin eine sehr aktive „Junge AfA“ zu haben. Die „Junge AfA“ vertritt die Interessen von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Gewerkschaftsmitgliedern und Auszubildenden innerhalb und außerhalb der SPD.



Junge AfA

FOTO: AFA BERLIN

Die „Junge AfA“ beschäftigt sich u.a. mit der Situation junger Beschäftigter und der Ausbildungssituation in bestimmten Bereichen und Unternehmen (Zeitarbeitsfirmen, Bezirksämter, Vattenfall, BVG, BSR, Siemens und MAN). Zudem wurden Themen diskutiert wie z.B. die Auswirkungen der Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich auf den Haushalt des Landes Berlin oder das transatlantische Handelsabkommen TTIP. Die Auswahl dieser Themen soll darauf aufmerksam machen, dass diese sich langfristig auf den Arbeitsalltag auswirken werden und junge Menschen sich deshalb heute bereits damit auseinandersetzen müssen. Ansonsten legt die „Junge AfA“ einen eigenen Tätigkeitsbericht vor.

Nicht alle im Berichtszeitraum erfolgten AfA-Aktivitäten des Landesvorstandes, der Kreise und der „Jungen AfA“ können hier aufgeführt werden.

Der geschäftsführende AfA-Landesvorstand bedankt sich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für die geleistete konstruktive Arbeit in den vergangenen zwei Jahren. Wir haben gemeinsam eine Menge geleistet und wir können stolz auf unsere Bilanz sein.

Christian Haß

Vorsitzender der AfA Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG IN DER SPD · AfB



Im April 2014 wählte die Vollversammlung der AfB einen neuen Vorstand.

Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an:

Monika Buttgereit	Vorsitzende
Erhard Kohlrausch	Stellvertretender Vorsitzender
Michael Nové	Stellvertretende Vorsitzende
Felicitas Tesch	Stellvertretende Vorsitzende
Robert Greve	Schriftführer

Unsere Sitzungen fanden gemeinsam mit der AG Schule des Fachausschusses Stadt des Wissens statt. So konnten Termin-Doppelungen vermieden und die Arbeit im Bildungsbereich besser vernetzt werden.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten unserer Arbeit siehe Bericht des Fachausschusses Stadt des Wissens – AG Schule.

Monika Buttgereit

Vorsitzende AfB Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SENIORINNEN UND SENIOREN IN DER SPD · AG 60PLUS



Wahl des Landesvorstands am 9. April 2014

Die Wahl des Landesvorstands in der Landesdelegiertenkonferenz am 9. April 2014 im Rathaus Wilmersdorf hatte folgendes Ergebnis:

Landesvorsitzender	Werner Kleist
Stellvertretende Landesvorsitzende	Karl-Heinz Augustin Heidemarie Fischer Elke Polack-Buanga Hans Vogel
Schriftführer	Bernd Merken

Weiterhin wurden 8 Beisitzerinnen und Beisitzer sowie 12 Kreisvorsitzende gewählt. So bestand der Landesvorstand aus 26 Mitgliedern. Aktuell sind es nur noch 23 Mitglieder, da zwei Mitglieder verstorben und 2 zurückgetreten sind. Eine Beisitzerin wurde kooptiert.

In Gremien auf der Bundesebene sind **Heidemarie Fischer** als Beisitzerin im Bundesvorstand der AG 60plus und **Werner Kleist** als Mitglied im Bundesausschuss vertreten.

Politische Arbeit

Die AG 60plus arbeitet auf der Grundlage der vom Parteivorstand erlassenen „Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften“ und hat sich folgende Aufgaben gestellt:

- ▶ Die Interessen der älteren Menschen innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten.
- ▶ Das Engagement der Älteren zu fördern.
- ▶ Menschen für die sozialdemokratische Programmatik zu gewinnen.
- ▶ Den demographischen Wandel mitzugestalten.
- ▶ Verbindung zu den sozialen Verbänden und Organisationen zu fördern.
- ▶ Die Generationensolidarität auszubauen.
- ▶ Gegen die zunehmende Altersarmut zu kämpfen.

Die im März 2012 neu erlassenen Richtlinien haben zu erheblichen Verschlechterungen der organisatorischen und damit auch der politischen Arbeit der Arbeitsgemeinschaften geführt. Die AG 60plus musste es hinnehmen, dass der organisatorische Umbau im Willy-Brandt-Haus ihre Arbeit mitunter behindert statt sie zu fördern. Gleichwohl gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Beschäftigten im Willy-Brandt-Haus zufriedenstellend.

Der Landesvorsitzende ist stimmberechtigtes Mitglied im Landesvorstand der SPD und ist bemüht, dort die Positionen und Anliegen der AG 60plus zur Sprache zu bringen. Die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die Arbeit der AG 60plus, die mit mehr als 7.000 Mitgliedern die größte Arbeitsgemeinschaft im Landesverband Berlin der SPD ist, wurden vom Landesverband gewährleistet. In diesem Zusammenhang soll die gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Beschäftigten im Kurt-Schumacher-Haus, aber auch mit der politischen Führung besonders erwähnt werden.

Der Landesvorstand der AG 60plus ist im Berichtszeitraum 20mal zusammengetreten. Hervorzuheben ist, dass die Kreise fast immer vollzählig vertreten sind und sich rege an der Diskussion beteiligen, so dass die vorgesehene Sitzungsdauer von zwei Stunden oftmals überzogen wurde. Die Sitzungen beginnen regelmäßig mit der Diskussion über aktuelle politische Ereignisse, es sei denn, ein eingeladenen Gast bestimmt Thema und Ablauf der Sitzung. So waren bei uns u. a. die stellvertretende Landesvorsitzende **Barbara Loth** und die Landeskassiererin **Ulrike Sommer**, die die digitale Parteireform erklärte, sowie der Landesgeschäftsführer **Dennis Buchner**, der zu unserem Bedauern leider keinen Erfolg für seinen engagierten Einsatz für Olympia in Berlin hatte. Weiterhin die Bundestagsabgeordnete **Mechthild Rawert**, der Fraktionsvorsitzende **Raed Saleh** und der Abgeordnete **Rainer-Michael Lehmann**. Besonders interessant waren Veranstaltungen mit dem Sozialpädagogischen Institut zur Pflegeausbildung und mit der BVG zu Problemen des ÖPNV. In allen diesen Veranstaltungen fanden konstruktive Diskussionen statt, die z. T. in Anträgen für den Landesparteitag oder die Landesdelegiertenkonferenz mündeten.

Ständiger Gast der Sitzungen des Landesvorstands ist der Brandenburger Landesvorsitzende **Horst Uelze**. Da umgekehrt auch Mitglieder des GLV an Brandenburger Sitzungen teilnehmen, ist ein umfassender Erfahrungsaustausch zwischen den AG'en Berlin und Brandenburg ermöglicht.

Antragsarbeit

Der Landesvorstand bildete Arbeitsgruppen zum Seniorenmitwirkungsgesetz, zu den Leitlinien des Senats zur Seniorenpolitik und zur Funktion der SeniorenbeisitzerInnen gemäß Statut, wobei Axel Oppold-Soda eingeschaltet wurde. Da bisher kein zufrieden-

stellendes Ergebnis erreicht wurde, ist das Thema z. Z. vertagt worden. Gleichermaßen vertagt wurde die Diskussion über eine vom SPD-Landesvorstand ausgehende Änderung der Satzung wegen der Stimmberechtigung der AG'en im Landesvorstand der SPD, weil die vorgelegte Begründung nicht ausreichend erschien.

Ein wichtiges Anliegen der AG 60plus ist die Forderung, das Seniorenmitwirkungs-gesetz, das 2006 auf Initiative der AG 60plus vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, zu novellieren, weil sich herausgestellt hat, dass einige Bestimmungen des Gesetzes die aktive Teilhabe der Seniorinnen und Senioren in den Bezirken erschweren oder sogar unmöglich machen. Die Durchsetzung dieser Forderungen ist in der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses umstritten. Die AG 60plus wird aber nicht nachlassen, die Interessen der älteren Menschen nachdrücklich zu vertreten.

Seniorentreff

Politische Diskussionen finden regelmäßig einmal im Monat im Seniorentreff am Alexanderplatz statt, der engagiert und erfolgreich von der Beisitzerin im Landesvorstand **Sibylle Heberle** organisiert und geleitet wurde. Leider ist Sibylle 2015 zurückgetreten. Mit **Hannelore Dietsch** hat sich aber eine Nachfolgerin gefunden, die die Arbeit gleichermaßen engagiert und kompetent fortführt. Sie wurde als Beisitzerin in den Landesvorstand kooptiert.

Die BesucherInnen, es sind 25 bis 35 jedes Mal, kommen aus allen Kreisen Berlins und diskutieren mit den eingeladenen Referentinnen und Referenten, die kompetent zu unterschiedlichen Themen Stellung nehmen. So kamen u. a. zum Alexanderplatz **Jan Stöß**, **Thomas Isenberg**, **Iris Spranger**, **Boris Velter** und **Heinz Buschkowsky**. Teilnehmen kann jede und jeder, die sich nicht scheuen, mit älteren Menschen in geselliger Atmosphäre zusammen zu sein und über Politik zu diskutieren. Einige TeilnehmerInnen sind mitunter 30, 40 oder mehr Jahre in der SPD und bringen ein reiches Maß an Erfahrungen und Erlebnissen in die Debatten ein.

Öffentlichkeitsarbeit

Auf Beschluss des GLV der AG finden einmal im Vierteljahr öffentliche Informationsveranstaltungen auf Berliner Plätzen statt, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. So war die AG mit Infoständen schon in allen Bezirken. Die logistische Unterstützung erfolgt vorbildlich durch die Beschäftigten im Kurt-Schumacher-Haus.

Die AG beteiligt sich jedes Jahr an dem bundesweiten Aktionstag jeweils im April zu unterschiedlichen Themen. Darüber hinaus steht jedes Jahr im August die Teilnahme

an der Eröffnung der Berliner Seniorenwoche auf dem Breitscheidplatz im Terminkalender der AG. Diese Veranstaltung, an der bis zu 200 verschiedene soziale Verbände und Organisationen teilnehmen, bietet immer eine hervorragende Möglichkeit, mit vielen Menschen in Kontakt zu kommen.

Als weitere sinnvolle Gelegenheit, mit den sozialen Verbänden und Organisationen ins Gespräch zu kommen, erweist sich Jahr für Jahr der Neujahrsempfang der AG im Gemeinschaftshaus Urbanstraße, zu dem immer ca. 150 Gäste kommen, um für drei Stunden mit den Mitgliedern der AG 60plus und der erschienenen Parteiprominenz zu reden und/oder bestimmte Anliegen vorzubringen. Besondere Aufmerksamkeit fanden z. B. die Grußworte des Landesvorsitzenden **Jan Stöß**, des Fraktionsvorsitzenden **Raed Saleh** und der Bundestagsabgeordneten **Eva Högl**.

Solidarität mit den ehemaligen Häftlingen des KZ Ravensbrück

Die meisten Mitglieder der AG 60plus haben den 2. Weltkrieg und dessen Gräuel noch aus eigenem Erleben in Erinnerung. Deshalb steht der Kampf gegen den Neonazismus, in welcher Form er auch immer auftritt, an vorderster Stelle. Viele von uns beteiligen sich an Demonstrationen und öffentlichen Aktionen gegen die braune Seuche. Wie alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir verhindern, dass sich dieser Ungeist wieder breit macht. In dem Bewusstsein, an die Schreckensherrschaft der Nazis immer wieder zu erinnern und zur Versöhnung mit den Völkern der Welt beizutragen, beteiligt sich die AG 60plus jedes Jahr im April an den Gedenkveranstaltungen zur Befreiung des Frauen-KZ Ravensbrück, die vom Fürstenberger Förderverein „Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück“ veranstaltet werden. Hier findet dann eine Begegnung mit den ukrainischen Frauen aus der Krim statt, die 1945 von den sowjetischen Soldaten befreit worden sind. Es werden immer weniger, die noch leben, aber für uns ist es wichtig, den noch Lebenden einen Beweis unserer Solidarität zu vermitteln. In den letzten 16 Jahren haben wir bei verschiedenen Parteiveranstaltungen mehr als 25.000 € gesammelt und sie den verarmten ukrainischen Frauen übergeben. Diese Begegnungen sind bedrückend und versöhnlich zugleich. Für diese beispielhafte Initiative hat sich besonders Gerhard Werner Ratajczak verdient gemacht, dem der Parteivorstand dafür im vergangenen Sommer die Willy-Brandt-Medaille verlieh.

Für einen Sitz im Rundfunkrat

Seit 2008 kämpft die AG 60plus um einen Sitz für Seniorinnen und Senioren im Rundfunkrat des RBB. Angesichts der Tatsache, dass dem Rundfunkrat 30 Personen angehören, die vielfältige, mitunter auch marginale Interessen vertreten, ist es nicht nur für uns unverständlich, dass niemand im Rundfunkrat direkt die älteren Berlinerinnen und

Berliner vertritt, obwohl mehr als ein Viertel der Bevölkerung in Berlin 60 Jahre und älter ist. Schon 2008 beantragten Landesvorstand und Landesdelegiertenkonferenz der AG 60plus über den Landesparteitag bei der Fraktion des Abgeordnetenhauses, sich dieses Anliegen anzunehmen. Bisher vergebens. **Die AG 60plus wird nicht aufgeben, sondern ihr Anliegen im Interesse von mehr als 900.000 Berlinerinnen und Berlinern weiter verfolgen.**

Appell zum Mitmachen (zum wiederholten Mal!)

Die AG 60plus ist zahlenmäßig die größte Arbeitsgemeinschaft im Landesverband der Berliner SPD. Viele Genossinnen und Genossen beteiligen sich ehrenamtlich an unterschiedlichen Aktivitäten in sozialen Organisationen, in der AWO oder in SeniorInnenvertretungen. Dafür gilt ihnen aufrichtiger Dank und Anerkennung. Gleichwohl könnten sich wie in der Partei insgesamt noch mehr beteiligen. Deshalb gilt unser Appell an alle, denen es möglich ist, sich aufzuraffen und mitzumachen. Unser Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist gefordert wie eh und je.

Wir werden auch künftig dafür kämpfen, dass nicht Armut die Lebensperspektive ist, sondern angemessene Teilhabe an den Lebenschancen in der Gesellschaft. Dieser Appell richtet sich besonders an diejenigen, die nach den letzten Wahlen aus ihren Mandaten und Funktionen ausgeschieden sind. Ihre Erfahrungen und Kenntnisse werden gebraucht. Ein positives Beispiel dafür ist der ehemalige Abgeordnete Gerald Lorenz, der erfolgreich den Internet-Auftritt der AG 60plus aufgebaut hat und betreut.

**Deshalb: Nur Mut, liebe Genossinnen und Genossen. Macht mit!
Die AG 60plus wartet auf Euch.**

Werner Kleist

Vorsitzender der AG 60plus

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT



Leitgedanken und Selbstverständnis

Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt ist seit ihrer Gründung 1997 zu einem wichtigen Bestandteil der Berliner SPD geworden. Flächendeckend zeigen wir Präsenz und gestalten die Inhalte der SPD Berlin vor Ort in den Bezirken und auf Landesebene mit. Den Pfad, strukturiert an einer stärkeren Wahrnehmbarkeit unserer AG zu arbeiten, haben wir in den letzten beiden Jahren konsequent weiterverfolgt und haben zudem unsere personelle Basis erweitert. Unsere Zielgruppenarbeit in die Berliner Zivilgesellschaft hinein konnten wir durch öffentliche inhaltliche Beiträge, wie durch persönliche Kontakte intensivieren und haben damit eine gute Basis für die nächsten Jahre gelegt.

Unsere Arbeit in den letzten beiden Jahren wurde durch die notwendige Neuwahl unserer Landesvorsitzenden Daniela Kaya personell sichtbar verändert. Wir sind froh, dass nun mit Aziz Bozkurt ein Berliner den Bundesvorsitz übernommen hat, was eine Neuwahl erforderlich machte. Somit haben wir gerade als langjährig bestehende AG gute Einflussmöglichkeiten auf die Bundes-AG und können so auch ein Beispiel in andere Bundesteile liefern.

Partizipativer Impulsgeber

Eine wichtige Zielsetzung für uns ist es, unseren AG-Mitgliedern sowie weiteren Interessierten die Teilhabe an der Erarbeitung und Umsetzung unserer Inhalte in einem möglichst hohen Maß zu ermöglichen. Nach einer ersten Klausurtagung im ersten Jahr zur Vorbereitung und Strukturierung der Vorstandsarbeit haben wir im zweiten Jahr eine erfolgreiche mitgliederoffene Klausur durchgeführt, bei der wir auf die Arbeit zurückblickt und neue Impulse besprochen haben. Unsere offenen Vorstandssitzungen konnten wir immer wieder dazu nutzen, auch mit den Mitgliedern über inhaltliche Punkte zu diskutieren. Im zweiten Jahr bspw. zu den Themen „Berliner Neutralitätsgesetz“ mit Yasemin Shooman, Leiterin der Akademie des Jüdischen Museums Berlin oder die aktuelle Situation in der Flüchtlingspolitik mit Christian Hanke, Bezirksbürgermeister von Mitte, Raed Saleh, Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus und Dieter Glietsch, Staatssekretär für Flüchtlingsfragen, die auf großes Interesse in der Mitgliedschaft stießen.

Ein weiteres Vorhaben waren Workshops, um die Kompetenzen der Mitglieder zu festigen und sie stärker für die AG-Arbeit zu mobilisieren. Aufgrund begrenzter Kapazitäten

haben wir uns an dieser Stelle auf regelmäßige und größere inhaltliche Veranstaltungen konzentriert, die wir in Kooperation mit den Kreis-AGen und externen Partnern auf den Weg gebracht haben. **Folgend eine Liste der größeren Veranstaltungen:**

Datum	Veranstaltung	Kooperationspartner
14.05.2014	„Ethnische Ökonomie. Wachstumsmotor in der Einwanderungsgesellschaft!?“ Gäste: Burhan Gözüakca (Mitbegründer BEYS marketing & media GmbH), Dr. Ulrich Nußbaum (damals Finanzsenator), Süreyya Inal (TD-IHK)	Türkisch-Deutsche Unternehmervereinigung Berlin Brandenburg e.V. Zentrum für Selbstständigkeit, ethnisches Gewerbe und Diversity AG Friedrichshain-Kreuzberg
14.05.2014	Europa-Wahlkampf: Begegnung der Kulturen Europas Gäste: Sylvia-Yvonne Kaufmann (MdEP) Mit Aufführungen von Aspe e.V., Impuls e.V., KUD Berlinski „Liljani“ und Nevzat Akpınar	AG Neukölln
19.08.2014	„Antisemitismus – ein deutsches Problem“ Gäste: Deidre Berger (Direktorin des American Jewish Committee), Raed Saleh (Fraktionsvorsitzender der SPD Berlin), Aycan Demirel (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V.)	Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Jusos Berlin
16.02.2015	„Abendland vor dem Untergang ... Deutschland zwischen Ängsten, Mythen und neuen Realitäten“ Gäste: Selmin Caliskan (Generalsekretärin Amnesty International Deutschland), Dr. Naika Foroutan (Stellv. Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung), Ralf Stegner (Stellv. Parteivorsitzender der SPD und Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein)	Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Jusos Berlin

12.03.2015	Besuch der Akademie Jüdisches Museum	AG Friedrichshain-Kreuzberg AG Treptow-Köpenick
17.03.2015	„Integration – Quo vadis?“ Gäste: Aydan Özoguz (Stellv. Parteivorsitzende der SPD und Staatsministerin für Migration und Flüchtlinge), Raed Saleh (Fraktionsvorsitzender SPD Berlin)	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
02.05.2015	„Ein Jahr nach dem Landes- anerkennungsgesetz: Erfolg oder Misserfolg für Berlin?“ Gäste: Olesia Muschenko (Otto-Benecke-Stiftung, IQ-Landesnetzwerk Berlin), Kathrin Tews (IHK-Berlin), Susanne Neumann (Zukunft im Zentrum, IQ-Landesnetzwerk Berlin), Franziska Becker (MdA, Ansprechpartnerin für berufliche Bildung der Fraktion)	AG Neukölln AG Charlottenburg-Wilmersdorf
04.11.2015	„Rechtsextremer Terror in Deutschland – Was folgt 4 Jahre nach Aufdeckung des ‚NSU‘?“ Gäste: Sevgi Kalayci, Türkisch-Deutsche Plattform; Dr. Eva Högl (MdB, SPD-Obfrau im 2. „NSU“-Untersuchungsausschuss des Bundestages; Mely Kiyak, (Publizistin, begleitete den Untersuchungsausschuss); Dr. Mehmet Daimagüler (seit 2012 Nebenkläger-Vertreter im „NSU“-Prozess, OLG München); Moderation: Ibrahim Emre	Türkisch-Deutsche Plattform AG Friedrichshain-Kreuzberg
04.12.2015	"Russisch- und Ukrainischsprachige in Berlin. Was uns verbindet? Was uns trennt?" Gäste: Oleksandra Bienert (Historikerin, Mitbegründerin der ukrainischen Menschenrechtsgruppe PRAVO, Koordinatorin des Berliner Ukrainischen Kinoclubs), Dr. Andrej Tchernodarov (Politik- und Kulturwissenschaftler, Dozent an der Uni Potsdam, stv. Vorsitzender der Deutschen Puschkin-Gesellschaft).	RuSiB

Um die Arbeit unsere AG möglichst attraktiv und vielfältig zu gestalten, ist es wichtig, nicht nur auf die Einbeziehung der aktiven Mitglieder zu achten, sondern sich kontinuierlich um neue Mitglieder zu bemühen. Hierzu haben wir ein Merkblatt „Wie gewinnt man und betreut man Neumitglieder? Zehn praktische Tipps für die Kreis-AGen Migration und Vielfalt“ und eine Handreichung für Neumitglieder in der Landes-Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt als Teil eines möglichen „Willkommenspakets“ des Landesverbandes erarbeitet. Regelmäßige Neumitgliedertreffen und ein Vernetzungstreffen von Neumitgliederbeauftragten wären zukünftig eine wichtige Aufgabe in diesem Bereich.

Darüber hinaus haben wir über Argumentationshilfen, Positionspapiere, Namensbeiträgen in parteiinternen Medien aber auch über unseren Newsletter unsere Positionen öffentlich gemacht und für diese geworben. Daraus resultierend konnten zahlreiche Anträge auf den Landesparteitagen ein- und erfolgreich durchgebracht werden.

Öffentlichkeitswirksamer Debattenbestimmer

Nach außen haben wir weiterhin mit einer intensiven Pressearbeit unsere Arbeit einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Weiterhin waren wir mit den Jusos zusammen in der Öffentlichkeit eine der präsentesten Teile der Berliner SPD. Die Einrichtung eines PR-Verantwortlichen im Geschäftsführenden Vorstand war dabei von besonderer Hilfe.

Soziale Medien haben wir weiterhin intensiv genutzt. Neben Facebook haben wir auch unsere Präsenz auf der Audioplattform Soundcloud aufgebaut. Insbesondere im Wahlkampf um die Nachfolge für den Regierenden Bürgermeister von Berlin konnten wir hiermit Transparenz schaffen und unsere Forderungen sichtbar machen.

Der professionelle Newsletter schafft zudem Transparenz – auch über die Parteigrenzen hinaus. Die Nutzung von internen Parteimedien war für die parteiinterne Verbreitung unserer Inhalte von besonderer Bedeutung. In regelmäßigen Abständen konnten wir die Berliner Stimme, aber auch den Vorwärts bedienen.

Scharnier zwischen Gesellschaft und Partei

Einen wichtigen Bestandteil unseres Selbstverständnisses bildete das Bewusstsein als Scharnier zwischen gesellschaftlichen Akteuren wie Institutionen und der SPD. Darum gehörte die Vernetzung mit gesellschaftlichen Akteuren weiterhin zu unserer Doppelstrategie, um Druck für progressive Forderungen innerhalb und außerhalb der SPD aufzubauen. Im Rahmen unserer Sitzungen haben wir deshalb häufig externe Partnerinnen und Partner eingebunden. Gerade in der Flüchtlingspolitik. Die Auflistung der

Veranstaltung und der Kooperationspartner zeigt nochmals die gute Vernetzungsarbeit in diesem Zusammenhang auf.

Die Zielgruppenarbeit mit unserer Projektgruppe RuSiB (Russischsprachende SozialdemokratInnen in Berlin) war weiterhin ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. So waren wir wieder als einzige Partei bei den Deutsch-Russischen Festtagen vertreten.

Netzwerk für Vielfalt in der SPD

Innerhalb der SPD haben wir unsere AG als Zentrum eines Netzwerks für Vielfalt verstanden. Hierzu haben wir eine stärkere personelle Verzahnung mit anderen Arbeitsgemeinschaften in Form von Kooptierungen gesucht. Hier müssen wir zukünftig auf eine noch breitere Kooperation achten. Dort wo sie bestanden, konnten wir spannende Veranstaltungen durchführen. Bspw. die gemeinsame Befragung der Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters mit den Queer-Sozis oder die Veranstaltung zum Thema Antisemitismus mit dem AK Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und den Jusos Berlin. Die regelmäßigen Vernetzungstreffen der Arbeitsgemeinschaften hatten den positiven Nebeneffekt, dass wir gegenseitige Unterstützung auf Landesparteitagen organisieren konnten. Hervorzuheben ist an dieser Stelle die Antragsarbeit mit den Jusos zum Thema Geflüchtete.

Zur Vernetzung unserer Mitglieder haben wir auch informelle Treffen wie unsere erfolgreichen Sommerstammtische durchgeführt. Diese und ähnliche Formate sollten zukünftig häufiger und über das Jahr verteilt durchgeführt werden.

„Macht Vielfalt!“ Unser Mentoring Programm

Mehr sichtbare Vielfalt in den Reihen der Berliner SPD – das war das Ziel unseres Mentoring-Programms „Macht Vielfalt!“ der AG Migration und Vielfalt. Dafür wurden wir – die Berliner AG Migration und Vielfalt – mit dem 2. Platz beim Wilhelm-Dröscher-Preis ausgezeichnet. Der Wilhelm-Dröscher-Preis würdigt ehrenamtliches Engagement innerhalb der sozialdemokratischen Familie.

Mit insgesamt 75 Mentees, MentorInnen und Co-MentorInnen aus allen 12 Berliner Bezirken war die gesamte Berliner SPD auf den Beinen. Mit Hauptmentor*innen von der Kommunal- über Senatorinnen- bis hin zur Bundestagebene begleiteten Co-Mentor*innen des AG-Landesvorstandes das Matching. Das Ziel: mehr Frauen und Männer mit Migrationsbiographie für ehrenamtliche und mandatsbezogene Aufgaben gewinnen.

Zu 100 % ehrenamtlich, durch den Landesvorstand der AG Migration und Vielfalt gestemmt, gab es ein begleitendes Programm: Exkursionen, Hintergrundgespräche und



v.l.n.r. Aziz Bozkurt,
Hakan Demir, Daniela
Kaya, Maja Lasic, Roland
Hergesell, Günther Schulze

FOTO: AG MIGRATION & VIELFALT

Bildungsformate. Das bundesweit erste und bislang einmalige Mentoring für Mitglieder mit Migrationsgeschichte ist ein voller Erfolg! Inzwischen sind zahlreiche Mentees in der Berliner SPD aktiv: in den Gliederungen, in der AG Migration und Vielfalt und einige bewerben sich dafür, bei den aktuellen Parteiwahlen mehr Verantwortung zu übernehmen.

Projektgruppe Interkulturelle Öffnung der SPD

Ergebnis der zweijährigen Gründungsarbeit im Bundesvorstand der AG ist das Thema „Interkulturelle Öffnung der SPD“. Hieraus entwickelten wir einen Antrag an den Landesparteitag der Berliner SPD, welcher folgende Forderungen enthielt:

„1. Dafür soll eine Projektgruppe auf Landesebene der SPD Berlin eingesetzt werden, unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt, die sich mit der weiteren interkulturellen Öffnung der SPD Berlin beschäftigt und Vorschläge zur Intensivierung der weiteren interkulturellen Öffnung der SPD Berlin erarbeitet.“

2. Wir ermuntern die Kreise, sich mit dem Thema Vielfalt bei der Mitgliedschaft und den zukünftigen Kandidaturen für öffentliche und parteiinterne Ämter zu befassen.“

Mit LPT Beschluss vom 08.11.2014 und Landesvorstandsbeschluss vom September 2015 wurde die Einsetzung der Projektgruppe eingeleitet. Sie besteht aus VertreterInnen aus allen 12 Bezirken und steht unter der Leitung von Barbara Loth, stellvertretende Landesvorsitzende sowie unserer AG Vorsitzenden Daniela Kaya. Die Projektgruppe erarbeitet bis zum Abschluss dieser Wahlperiode eine Liste von Maßnahmen. Diese Maßnahmen werden als Instrumentenkasten konzipiert und dem Landesvorstand der Berliner SPD als Beschlussvorlage zugeführt.

Themen, die uns bewegten und bewegen

Aufgeteilt auf den geschäftsführenden Landesvorstand der AG haben wir vier große Blöcke für die inhaltliche Arbeit in den Fokus genommen und sie über die zwei Jahre trotz öffentlicher Fokussierung auf einzelne Themen verfolgt:

- ▶ Migration und Flüchtlingspolitik
- ▶ Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus
- ▶ Aufstiegs politik, u.a. Antidiskriminierungs- und Arbeitsmarktpolitik
- ▶ Strukturelle Teilhabe, u.a. Staatsangehörigkeits- und Wahlrecht

Gerade im Rahmen der Klausurtagungen und den Abendveranstaltungen waren diese Blöcke im Fokus. Das bestimmende Thema war jedoch geprägt durch die öffentlichen Debatten über die Flüchtlingspolitik, die uns auch weiterhin stark begleiten wird.

Unsere Anträge auf dem Landesparteitag

Die LAG Migration und Vielfalt hat in den vergangenen zwei Jahren sehr stark inhaltliche Impulse gesetzt und über 40 politische Ideen in Form von Anträgen entwickelt. Viele Anträge sind auf dem Landesparteitag (LPT) beschlossen worden und stellen nun Positionen der gesamten SPD Berlin dar. **Einen Überblick über die wichtigsten Anträge findet Ihr hier:**

Titel des Antrags	Zeitraum	Abrufbar unter
Interkulturelle Kompetenz von Lehrkräften fördern	LPT November 2015	http://bit.ly/1VrhNej
Kita-Plätze auch für geflüchtete Menschen schaffen	LPT November 2015	http://bit.ly/1nnFMzT
Vereinfachter/gleichberechtigter Zugang zum Hochschulstudium für Geflüchtete	LPT November 2015	http://bit.ly/1WDx4tK
Vorbereitungskurse für Flüchtlinge	LPT Juni 2015	http://bit.ly/1SjblGV Seite 37
Ein Staatsvertrag mit symbolischem Wert	LPT Juni 2015	http://bit.ly/1SjblGV Seite 41
Ausländerstimmrecht bei BVV-Wahlen	LPT Juni 2015	http://bit.ly/1SjblGV Seite 178

Ganztagsförderung von Kindern von Eltern, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind	LPT November 2014	http://bit.ly/1OYRSa2 Seite 47
Schutz von Frauen und Mädchen stärken	LPT November 2014	http://bit.ly/1OYRSa2 Seite 72
Vielfalt sichtbar machen – Interkulturelle Öffnung der SPD voranbringen	LPT November 2014	http://bit.ly/1OYRSa2 Seite 104
Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund	LPT Mai 2014	http://bit.ly/1PDxbRR Seite 112
Berliner Härtefallkommission in Regelfinanzierung aufnehmen	LPT Mai 2014	http://bit.ly/1PDxbRR Seite 118
Vom beschränkten Volkbegehren zum Begehren von allen Bürgerinnen und Bürger	LPT Mai 2014	http://bit.ly/1PDxbRR Seite 95

Unsere Arbeitsgemeinschaft in der Wahlkampf Vorbereitung

Einen großen Raum nahmen im zweiten und dritten Quartal des zweiten Jahres die inhaltlichen Vorbereitungen auf die Abgeordnetenhauswahlen ein. Mit dem Thesenpapier „Unser Berlin Pioniermetropole für Zusammenhalt und Teilhabe“ konnten wir als erste AG wichtige Themen in die weiteren Diskussionen um ein Wahlprogramm einspeisen.

Darüber hinaus haben wir die Programmkonferenz komplett inhaltlich vorbereitet und zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kurt-Schumacher-Haus durchgeführt. Unter den Überschriften „Bildungs- und Aufstiegsstadt Berlin.“, „Potential- und Willkommensstadt Berlin.“ und „Gleiche Rechte für Alle.“ konnten zahlreiche Mitglieder mit externen Gästen von uns erstellte Thesen beraten.

Nun liegt der Fokus unserer AG darauf, dass die Inhalte auch im Wahlprogramm Platz finden.

Unsere Arbeitsgemeinschaft in der Bundes-AG

Mit unserem ehemaligen Landesvorsitzenden Aziz Bozkurt als neuen Bundesvorsitzenden haben wir als BerlinerInnen einen wichtigen Erfolg verzeichnet. Gerade als kleiner Landesverband ist es nicht einfach, das eigene Personal durchzusetzen. Unsere guten

Beziehungen zu den anderen Landesverbänden und unsere beispielgebende Arbeit waren hier von besonderer Bedeutung.

Dies gilt es auf Bundesebene auch zukünftig weiter maßgeblich zu gestalten und den Aufbau im gesamten Bundesgebiet weiter zu unterstützen.

Gleichstellung

Das Thema Gleichstellung der Geschlechter war auch im Rahmen unserer Arbeit von Bedeutung und wurde bei unseren Projekten mit bedacht. Hierzu haben wir wieder zu Beginn unserer Arbeit beschlossen, dass wir bei Projektvorhaben u.a. auf quotierte Referentinnen- und Referentenlisten achten werden.

Der Gesamtvorstand inkl. Kreisvorsitzende lag bei knapp 39%. Unser Anspruch war und ist es jedoch eine 50 % Quote zu erreichen. Der Schnitt wurde durch die unausgewogene Geschlechterverteilung bei den Kreisvorsitzenden (25 % weibliche Vorsitzende) nach unten gezogen. Im geschäftsführenden Landesvorstand waren 3 von 6 Mitgliedern nach der Neuwahl weiblich. Von den 8 BeisitzerInnenpositionen waren 50 % mit Frauen besetzt.

Insgesamt heißt das trotz Erfüllung der Quote insbesondere für die Nachwuchsförderung einen Fokus auf Frauen zu legen, damit an der Basis und somit dann auch in den Kreisvorständen der Frauenanteil steigt.

Anmerkungen und Dank

Allen Vorstandsmitgliedern, die die Arbeit in den letzten beiden Jahren geprägt und für die starke Präsenz unserer Arbeitsgemeinschaft in- und außerhalb der SPD gewirkt haben, gilt unser herzlicher Dank. All den aktiven Mitglieder an der Basis, ohne die die gemeinsame erfolgreiche Arbeit nicht möglich gewesen wäre, möchten wir auch herzlich danken und hoffen, dass wir mit allen bisherigen Weggefährtinnen und Weggefährten gemeinsam an den Themen Teilhabe und Migration weiterarbeiten werden.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN (AGS)



Rückblick

Die AGS Berlin hat dank erfolgreich durchgeführter unterschiedlichster Veranstaltungen und einer steten Pressearbeit einen höheren Bekanntheitsgrad und vor allem auch eine höhere Akzeptanz innerhalb der Partei erreicht.

Die AGS Berlin konnte auch in der vergangenen Wahlperiode neue Mitglieder gewinnen und bisher nicht so aktive Mitglieder für die Arbeit in der AGS Berlin interessieren. Wir hatten kurzweilige Redner in den Veranstaltungen und auch die Teilnahme wurde reger.

Wir haben u. a. folgende Veranstaltungen in den letzten zwei Jahren durchgeführt und besucht, wobei sich die AGS seit 2014 verstärkt mit dem Thema Schulsanierungen beschäftigte, für das eine eigene Arbeitsgruppe unter der Leitung von Max E. Neumann eingerichtet wurde. Auch das Thema Spielhallengesetz Berlin hat die AGS verstärkt behandelt, Anträge zum Landesparteitag eingebracht und in Abstimmung mit Daniel Buchholz, MDA, der der Initiator des Berliner Spielhallengesetzes ist, die Anträge erfolgreich in die Abgeordnetenhausfraktion überweisen lassen.



Die AGS bringt den Berliner Landesvorsitzenden auf dem Bundesparteitag 2015 in Schwung.

FOTO: AGS BERLIN

Die AGS Berlin hatte im Herbst 2014 hintereinander alle drei Kandidaten für das Amt des Berliner Regierenden Bürgermeisters zu Gast, beginnend am 17. September 2014 mit Raed Saleh, MDA, und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zu Berlin, am 15. Oktober 2014 Dr. Jan Stöß, Vorsitzender der Berliner SPD sowie schließlich am 19. November 2014 Michael Müller, seinerzeit noch Stadtentwicklungssenator, aber bereits von den SPD-Mitgliedern gewählter Kandidat als Regierender Bürgermeister.

Die AGS ist mittlerweile ständiger Aussteller bei den Landes- und Bundesparteitagen. An dieser Stelle bedankt sich der Vorstand bei den vielen Helfern und Helferinnen bei der Standbetreuung.

Wir hatten im Berichtszeitraum interessante Referenten zu Gast, u.a. Iris Spranger, MDA, Kajo Wasserhövel, ehem. Wahlkampfbeauftragter bei Franz Müntefering, Swen Schulz, MdB, Dirk Lamprecht, ehem. Bezirksstadtrat für Wirtschaft in Berlin Mitte, Geschäftsführer des AWI (Automaten-Wirtschaftsverbände-Info GmbH), Boris Radke, Leiter Unternehmenskommunikation bei der Zalando SE, Norman Ilsemann, Referent bei der Deutschen Automatenwirtschaft, Daniel Buchholz, MDA und Torsten Schneider, MDA.

Wir haben die Unternehmen BMW Motorenwerke, Berlin-Spandau, am 25. August 2014 sowie die Zalando SE, am 15. April 2015 besucht.

Wir haben am 16. Juni 2015 eine Veranstaltung zum Thema Schulsanierung in der Weddinger Anna-Lindh-Grundschule durchgeführt. Auf dem Podium diskutierten Mark Rackles, Torsten Schneider, Sabine Smentek sowie Mathias Hörold, der Schulleiter der Anna-Lindh-Grundschule.

Wir führten u. a. zusammen mit der ASJ eine Veranstaltung zum Thema TTIP durch sowie eine parteiübergreifende Podiumsdiskussion zum Thema „Reformstau überwinden. Perspektiven für den Mittelstand nutzen“. Darüber hinaus besuchte die AGS den Lehrbauhof in Berlin-Marienfelde.

Auf Initiative der Berliner AGS wurde die Ausbildungsbörse für Flüchtlinge „Arrivo“ mit dem Innovationspreis ausgezeichnet.

Die AGS Berlin erarbeitete zahlreiche Anträge und Eingaben für die Landesparteitage und das Wahlprogramm der Berliner SPD.

Die AGS hat aktiv den Berliner Landeswahlkampf begleitet und ist auch auf den von der SPD Berlin sowie der Bundes-SPD initiierten Veranstaltungen vertreten.

Genauere Informationen unserer bisherigen Tätigkeit sind auf den Webseiten der Berliner SPD und den Seiten der AGS Berlin nachzulesen.

Ausblick

Die AGS wird sich weiter um Belange der Selbständigen und Unternehmer kümmern, die in Berlin zu Hause sind.

Beschlossen ist bereits die Installation einer Arbeitsgruppe zum Thema „Insolvenzrecht“ in Zusammenarbeit mit der ASJ Berlin. Hierzu haben bereits viele Genossen und Genossinnen aus der gesamten Berliner SPD Interesse bekundet. Das Thema ist auch bei Nichtmitgliedern auf große Resonanz gestoßen.

Es sind bereits Besuche bei Unternehmen in Berlin in Planung. Auch haben wir Kontakt zu ReferentInnen aus Politik, Wirtschaft und Medien für die politische Arbeit in der nächsten Wahlperiode aufgenommen.

Die AGS Berlin wird sich in den bevorstehenden Abgeordnetenhauswahlkampf einbringen.

Angelika Syring

Vorsitzende der AGS Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN · ASF



Die Rechte der Frauen und die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen sind seit der Gründung der SPD wesentlicher Bestandteil unserer Politik. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) versteht sich als ein Netzwerk von Frauen für Frauen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPD. Als Ansprechpartnerin für alle Frauen vertritt die ASF die Interessen von Frauen in allen politischen Bereichen und auf allen politischen Ebenen.

Die ASF Berlin hat aktuell 5.811 Mitglieder (Stand 31.01.2016). Wir laden ein zu politischen Diskussionen, unterstützen Frauenprojekte und -vereine und werben dafür, dass Frauen in die SPD kommen, sich aktiv einbringen und bei der ASF mitmachen. Die Themen der Frauen in der SPD sind vielfältig – Ausbildung, Entgeltgleichheit, soziale Sicherheit, Stadtentwicklung und Mobilität stehen ebenso auf der Tagesordnung wie Geschlechterrollen, Körperbilder, Alleinerziehende, Führungspositionen, Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel und Prostitution.

Der **Landesvorstand** der ASF tagt einmal im Monat und hat bei jeder Sitzung einen thematischen Schwerpunkt. Zu diesen Sitzungen sind alle interessierten Frauen eingeladen.

Dem Landesvorstand der ASF gehörten zwischen 2014 und 2016 an: Vorsitzende Dr. Eva Högl, Stellvertreterinnen: Anett Seltz, Martina Hartleib, Sabine Röhrbein, Barbara Scheffer, Schriftführerin Susann Budras. Als Beisitzerinnen Christiane Burwitz, Jeanette Chung, Ursula Gode, Franziska Jahke, Roswitha Kersten-Pejanic, Katrin Konrath, Jana Kruspe, Sarah Neumeyer, Dr. Gisela Pravda und Wendula Strube, als Kreisvorsitzende bzw. deren Vertreterinnen Susanne Fischer, Judith Tyrell, Ulrike Rosensky, Claudia Spielberg, Arife Gebesoy, Carolyn Macmillan, Manuela Harling, Julia Hasse, Samira Mahmud, Dr. Regine Komoß, Birgit Monteiro, Nicole Borkenhagen, als kooptierte Mitglieder Margrit Zauner, Dr. Elke Pollack-Buanga, Lea Lölhöfel, Petra Nowacki, Vera Morgenstern, Sybille Uken, Joana Latorre.

Außerdem als ständige Gäste uns immer sehr willkommen sind die weiblichen Mitglieder im Bundestag und Berliner Abgeordnetenhaus, die Senatorinnen Sandra Scheeres und Dilek Kolat, die Staatssekretärinnen, die Mitglieder des geschäftsführenden SPD-Landesvorstands Iris Spranger, Barbara Loth und Ulrike Sommer sowie unsere Europa-Abgeordnete Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann.

Der ASF-Landesvorstand

FOTO: SABINE RÖHRBEIN



Zur Information über spannende Frauen-Themen und Projekte tagte die ASF Berlin nicht nur im Kurt-Schumacher-Haus, sondern bei Einrichtungen in verschiedenen Kreisen: In Pankow sprachen wir mit den **Baufachfrauen**, in Steglitz-Zehlendorf informierten wir uns beim **Desert Flower Center** über Beschneidung, Genitalverstümmelung und plastische Operationen, in Mitte forderten wir mehr finanzielle Unterstützung für die **Gewaltschutzambulanz** und die anonyme Spurensicherung, in Marzahn-Hellersdorf besuchten wir die **Frauensporthalle** und in Friedrichshain-Kreuzberg war Stalking unser Thema im **Frieda Frauenzentrum**. Außerdem besuchten wir die äußerst gelungene und interessante Ausstellung über Pornographie im **Schwulen Museum***. Diese Treffen außerhalb der Sitzungsräume sind für die ASF ein wichtiger Baustein ihrer Arbeit zur Vernetzung mit Frauen in ganz Berlin.

Zur Entscheidung der Mitglieder der Berliner SPD über den Nachfolger von Klaus Wowereit als Regierender Bürgermeister lud die ASF Berlin zu einem **Mitgliederforum** (6. Oktober 2014) ein, auf dem sich die drei Kandidaten Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß den Fragen vieler interessierter Frauen stellten.

Mitgliederforum der ASF: Die Kandidaten stellen sich vor.

FOTO: SUSANN BUDRAS



Ein Höhepunkt im Jahr 2015 war unsere Weihnachtsfeier, bei der Anke Martiny aus ihrer Biografie las und uns von der Gründung der ASF, ihrer Arbeit im Bundestag, der spannenden Zeit als Berliner Kultursenatorin im legendären Momper-Senat sowie von ihrem Engagement für Israel und Palästina berichtete. Wir sind sehr traurig, dass Anke Martiny am 11. Januar 2016 verstorben ist. Wir Frauen haben ihr viel zu verdanken und werden sie in bester Erinnerung behalten!

Im Landesvorstand widmeten wir uns folgenden Themen: Körperbilder und Geschlechterrollen, Sexismus in der Werbung, Maskulismus, CEDAW und gendergerechter Umbau des ZOB. In einer gut besuchten Landesfrauenkonferenz diskutierten wir über „Frauen und Rente“ und formulierten zahlreiche Forderungen zur besseren Absicherung von Frauen.



Internationaler Frauentag: Die ASF verteilt Rosen.

FOTO: MARTINA HARTLEIB

Fixpunkte im Kalender der ASF Berlin sind

- ▶ der **Internationale Frauentag** am 8. März, bei dem die ASF mit Rosen und interessanten Aktionen auf die Rechte von Frauen aufmerksam macht,
- ▶ der **Equal Pay Day** im März, bei dem die ASF gemeinsam mit dem Deutschen Frauenrat, Gewerkschaften, der SPD-Bundestagsfraktion und vielen anderen Organisationen und Verbänden für die gleiche Bezahlung von Frauen eintritt,
- ▶ der **Girls' Day** im April, zu dem die ASF gemeinsam mit den Jusos und der SPD einlädt und mit den Abgeordneten den Mädchen die Berufe rund um die Politik nahebringt und jungen Mädchen die Möglichkeit gibt, Politikerinnen bei der Arbeit zu begleiten,
- ▶ der **Christopher-Street-Day** im Juni, an dem viele ASF-Frauen gemeinsam mit den Queer-Sozis für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen demonstrieren,
- ▶ der Tag zur Bekämpfung der Gewalt an Frauen am 25. November, an dem die ASF jedes Jahr die Fahne von **Terres des Femmes** am Kurt-Schumacher-Haus hisst und so auf dieses wichtige Thema aufmerksam macht.

Die Diskussionen und Beschlüsse der ASF wurden als Anträge auf den Landesparteitagen diskutiert und flossen in die Programme der SPD Berlin ein. Für das **Wahlprogramm** der SPD zur Berlin-Wahl 2016 formulierte die ASF eigene Texte zu Frauen, Gleichstellung und Antidiskriminierung und beteiligte sich intensiv an den Diskussionen über das Programm.

Mit Blick auf die Wahlen am 18. September 2016 formulierte die ASF zahlreiche Anforderungen an die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten, engagierte sich für eine paritätische Aufstellung, Listen im Reißverschlussverfahren und Frauen als Spitzenkandidatinnen. Für die ASF Berlin ist es wichtig, dass die SPD Berlin sich mit dem Leitbild für **geschlechtergerechte Parteiarbeit** auseinandersetzt, Gleichstellungsberichte erstellt und die Diskussionen in der Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit ernst nimmt. Noch immer ist der Landesvorstand der Berliner SPD der bundesweit einzige Landesvorstand, der nicht quotiert besetzt ist. Die ASF wird sich weiter dafür einsetzen, dass das nicht so bleibt.

Die ASF fördert ihre Mitglieder durch ein gezieltes und vielfältiges Angebot an **Fortbildungen** mit Rhetorik, Moderation, Sitzungsleitung, Statuten und zahlreichen Mentoring-Programmen in den Kreisen.

Die ASF Berlin informiert ihre Mitglieder und weitere Interessierte regelmäßig mit einem **Newsletter** über ihre Arbeit, aktuelle Themen, interessante Initiativen und aktuelle Termine aus dem Feld der Frauenpolitik.

Die ASF engagiert sich im **LandesFrauenRat Berlin** mit Dr. Gisela Pravda als stellvertretende Vorsitzende sowie Katrin Konrath und Joana Latorre als Delegierte. Es besteht ein guter, regelmäßiger und stets konstruktiver Austausch mit den zahlreichen Frauenverbänden- und vereinen, die wichtige Bündnispartnerinnen bei der Gestaltung guter Frauenpolitik in Berlin sind. Die Frauenvertreterinnen der drei landeseigenen Betriebe BSR, BVG und BWB sind gern gesehene Gäste im ASF-Landesvorstand. Auch diese Zusammenarbeit ist für die ASF von großer Bedeutung, ebenso wie die Zusammenarbeit mit der Überparteilichen Fraueninitiative.

Innerhalb der **Berliner SPD** vertritt die ASF die Interessen der Frauen im SPD-Landesvorstand, in dem Eva Högl als Vorsitzende der ASF Mitglied ist, sowie auf den Landesparteitagen, auf denen die ASF immer mit Anträgen sowie mit vielen Delegierten und zahlreichen Wortbeiträgen präsent ist. Hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften sowie den weiblichen Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses.

Auch auf der **Bundesebene** ist die ASF Berlin gut vertreten. Beisitzerin im ASF-Bundesvorstand ist Margrit Zauner und im ASF-Bundesausschuss sind Eva Högl und als Stell-

vertreterin Sabine Röhrbein. Die Delegation der ASF Berlin bringt sich auch auf der Bundesfrauenkonferenz der ASF immer engagiert ein mit Anträgen und Diskussionsbeiträgen.

Für gute und tatkräftige Unterstützung der ASF Berlin und stets angenehme Zusammenarbeit danke ich dem Kurt-Schumacher-Haus – vor allem Daniela Fiedler, Johanna Rosse, Rowena Paeche, Claudia Sucker, Josephine Steffen, Uli Horb, Roswitha Dybiona, Andreas Riese, Axel Oppold-Soda und Dennis Buchner.

Die ASF Berlin ist gut aufgestellt und eine wichtige politische Kraft innerhalb der SPD Berlin.

Ich danke allen Frauen für die tolle Zusammenarbeit und auch vielen Männern für die Unterstützung! Gemeinsam sind wir stark!

Eva Högl
Vorsitzende der ASF

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATINEN UND SOZIALDEMOKRATEN IM GESUNDHEITSWESEN · ASG

ASG
SPD

Dialog und Netzwerkbildung

Die Facharbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen in Berlin hat gemäß ihrem Selbstverständnis eine wichtige Vermittlerfunktion. Sowohl von der fachpolitischen "Szene" als auch von den von Gesundheits- und Pflegepolitik betroffenen Zielgruppen werden die ProtagonistInnen der ASG Berlin als höchst fachkompetente sowie „zuhörende“ VertreterInnen sozialdemokratischer Politik wahrgenommen. Die ASG Berlin versteht es deswegen als eine ihrer zentralen Aufgaben, in den kontinuierlichen Dialog mit beiden Gruppen zu treten.

Einerseits suchen wir den gesundheitspolitischen Fachdialog. Im Berichtszeitraum haben in fast jeder unserer Sitzungen AkteurInnen aus dem Gesundheitswesen zu einem Thema referiert bzw. standen zum fachlichen Austausch zur Verfügung. Immer wieder fanden diese Treffen auch „vor Ort“, also in den Räumlichkeiten der Akteure, statt. So besuchten wir die Gesellschaft, die für elektronische Anwendungen (wie beispielsweise die elektronische Gesundheitskarte) im Gesundheitswesen verantwortlich ist und sprachen über Digitalisierung. Die Bedeutung von vernetzter Versorgung veranschaulichte der Vertreter einer Organisation für neue Versorgungsformen.

Viele Referierende kamen von Organisationen, die der SPD traditionell nahe stehen: So diskutierten wir zum Beispiel mit ver.di über gesundheits- und pflegepolitische Herausforderungen. In einem anderen Termin wurde uns aus dem Gesamtpersonalrat der Charité von den Tarifverhandlungen und dem Streik berichtet. Mit SPD-Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern des Abgeordnetenhauses sprachen wir über sozialdemokratische Gesundheitspolitik in Zeiten der Großen Koalition.

Uns war aber genauso wichtig, auch dorthin zu gehen, wo SozialdemokratInnen nur selten anzutreffen sind. Denn zum offenen Zielgruppdialog gehört für uns gerade auch das Gespräch mit denjenigen, die nur selten oder nie sozialdemokratische Programmatik vertreten. So diskutierten wir beispielsweise beim Verband der forschenden Arzneimittelhersteller mit der Hauptgeschäftsführerin unter anderem über die Rolle und die Interessen von Unternehmen im von einer Solidargemeinschaft getragenen Gesundheitswesen. Mit dem Betriebsrat von Bayer am Standort Wedding sprachen wir über die Bedeutung der Arbeitnehmervertretung in einem multinationalen Gesundheitskonzern.



*Besuch bei
Yüksel Karaaslan,
stellvertretender
Vorsitzender des
Gesamtbetriebsrates
von Bayer*

FOTO: ASG BERLIN

Andererseits behandelten wir in unseren Sitzungen auch immer wieder Themen, die unsere Zielgruppen – im Gesundheitswesen Tätige und PatientInnen – sehr direkt betreffen. Dadurch finden erfreulicherweise immer wieder Menschen aus diesen Gruppen den Weg zu uns. So informierten uns Referierende unter anderem über die gesundheitspolitischen Auswirkungen der Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, über Armut, die durch die Pflege von Angehörigen entsteht, über die gesundheitliche Versorgung von AsylbewerberInnen sowie über die Situation und Zukunft der Geburtshilfe.

Die ASG Berlin begleitet diesen vielfältigen Dialog mit einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit, getragen von Pressemitteilungen, unserer Homepage www.spd.berlin/asg sowie unserer facebook-Seite [facebook.com/asg.fuer.berlin](https://www.facebook.com/asg.fuer.berlin).

Qualifizierung und Integration von Mitgliedern

Dadurch, dass bei nahezu jedem Treffen ExpertInnen aus ihrem jeweiligen Fachbereich berichten, können sich unsere Mitglieder Wissen in den unterschiedlichsten Themenfeldern des Gesundheitswesens aneignen. Die Vorträge werden nicht nur durch ihre Vielfalt, sondern auch die sehr hohe Expertise der Referierenden gekennzeichnet. Ein Beispiel dafür war ein detaillierter Vortrag einer für die Umsetzung der sogenannten „ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung“ Verantwortlichen. Dies ist eines der derzeit komplexesten gesundheitspolitischen Vorhaben, das die Versorgung von niedergelassenen Ärzten und Krankenhäuser besser verknüpfen soll.

Im Gespräch mit
Dr. Regina Klakow-Franck
vom Gemeinsamen
Bundesausschuss

FOTO: ASG BERLIN



Die Gewinnung und Integration von (Neu-)Mitgliedern gelingt uns, indem wir ihnen von Beginn an sehr breite Beteiligungsmöglichkeiten einräumen. Das beginnt damit, dass die Teilnahme an unseren Treffen jedem und jeder offen steht sowie dadurch, dass wir eine „Willkommenskultur“ intensiv leben, z. B. durch persönliche Vorstellungsrunden. Der weit überwiegende Teil der Teilnehmenden an unseren Treffen ist Mitglied der SPD. Genauso jedoch kommen auch Menschen zu uns, für die das (noch) nicht zutrifft. Diese Offenheit zeichnet die ASG Berlin aus und hat dazu beigetragen, dass wir auch viele Nicht-Mitglieder für die Mitarbeit in unserer Arbeitsgemeinschaft gewinnen und begeistern können. Unsere Offenheit drückt sich auch darin aus, dass Einladungen zu unseren Treffen nicht nur verschickt, sondern auch auf unserer Homepage veröffentlicht werden. Gleiches gilt für die Protokolle und Beschlüsse unserer Treffen.

Darüber hinaus ermutigen wir unsere Mitglieder, eigene Anträge in die Diskussion einzubringen oder Themen für Treffen vorzuschlagen. Auch zu diesem Zweck haben wir Projektgruppen zu den Themen Pflege, Versorgung oder Krankenhaus eingerichtet. Im Mittelpunkt dieser Projektgruppen liegt neben der intensiveren Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema, die wiederum der Qualifikation dient, die Erarbeitung von innerparteilichen Positionen und Anträgen. In den Berichtszeitraum fällt zudem die Erarbeitung eines Themen- und Thesenpapiers der ASG Berlin für das Wahlprogramm 2016 der SPD Berlin. Die ASG entwickelte dieses Papier unter breiter Beteiligung und finalisierte es im direkten Austausch bei einem der monatlichen Treffen.

Programmatische Weiterentwicklung der SPD Berlin

Die ASG trägt über ihre Anträge für Landes- und Bundesparteitage und für die ASG-Bundeskonferenz kontinuierlich zur innerparteilichen Willensbildung bei gesundheits- und pflegepolitischen Fragestellungen bei. Neben der konstruktiv-kritischen Begleitung

von Regierungspolitik in Bund und Land, waren insbesondere die oben beschriebene, vielfältige Zielgruppenarbeit und der Fachdialog wichtige Quellen für Anträge. Hinzu kommt die Arbeit der Projektgruppen.

Erarbeitet und beschlossen wurden so unter anderem Anträge

- ▶ zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen,
- ▶ zu Landesinvestitionen in Krankenhäusern,
- ▶ für eine bessere Entlohnung der in der Pflege Tätigen und schnellen Anwendung des Mindestlohngesetzes,
- ▶ zur Bewerbung von Bezirken als „Modellkommune Pflege“,
- ▶ zur künstlichen Befruchtung auch für verpartnerte Frauen,
- ▶ zur ärztlichen Versorgung in Pflegeheimen,
- ▶ zum Thema „Keine Senkung des Steuerzuschusses im Gesundheitsfonds“,
- ▶ zum Abbau der Benachteiligung von Medizinischen Versorgungszentren.

Im Berichtszeitraum war für die ASG Berlin eine wichtige Aufgabe, sich fachpolitisch in den Prozess zum Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2016 einzubringen. Neben dem oben genannten umfassenden Themen- und Thesenpapier erarbeitete die ASG Berlin beispielsweise auch eine zentrale These, die allen Berliner SPD-Mitgliedern zur Abstimmung gestellt werden sollte. Im Ergebnis stand beim im November 2015 erfolgten Mitgliederentscheid über die Thesen zum Wahlprogramm auch eine ASG-These zum Thema „flexible Tages- und Nachtpflege“ zur Abstimmung: 82,8 Prozent der teilnehmenden SPD-Mitglieder sprachen sich dabei dafür aus, dass sich das Land Berlin für einen Rechtsanspruch auf flexible Tages- und Nachtpflege für Pflegebedürftige (vergleichbar dem geschaffenen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung) einsetzt, um so pflegende Angehörige zu entlasten. Die These wurde damit nicht nur verbindlich ins Wahlprogramm aufgenommen. Sie schaffte es zudem in die TOP-5 der Thesen, für die sich die SPD-Mitglieder eine herausgehobene Rolle im Wahlkampf wünschen.

Die Arbeit der ASG Berlin im Berichtszeitraum war eine Teamleistung. Mein Dank gilt deswegen dem Team im geschäftsführenden Vorstand sowie allen Teilnehmenden an den Treffen der Arbeitsgemeinschaft und der Projektgruppen. Dieses gemeinsame Engagement hat die ASG Berlin so erfolgreich gemacht.

Boris Velter

Vorsitzender der ASG Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN · ASJ



Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen Berlin (ASJ Berlin) ist das rechtspolitische Diskussionsforum der SPD Berlin. Ziel ihrer Mitglieder ist es, den Meinungsbildungsprozess zu rechtspolitischen Themen innerhalb der SPD Berlin voranzubringen, aber auch Impulse aus dem gesellschaftlichen Diskurs aufzunehmen und in der SPD Berlin zur Diskussion zu stellen. Die ASJ steht dabei nicht nur JuristInnen, sondern allen offen, die sich beruflich oder ehrenamtlich mit rechtlichen Fragen beschäftigen oder in sonstiger Weise Sachkunde und Interesse auf dem Gebiet der Rechts- und Innenpolitik besitzen. Die ASJ hat als Arbeitsgemeinschaft eine lange Tradition in der SPD. Sie feierte im Berichtszeitraum ihr 60-jähriges Bestehen auf Bundes- und ihr 70-jähriges Bestehen auf Landesebene.

Landesvorstand

Christian Meiners ist seit März 2014 Landesvorsitzender der ASJ Berlin. Dem geschäftsführenden Landesvorstand gehören ferner als stellvertretende Vorsitzende Manuela Irmmler, Dr. Ralf Schnieders, Fred Skroblin sowie Dr. Abbas Samhat als Schriftführer an. Acht BeisitzerInnen komplettieren den Landesvorstand.



*Geschäftsführender Landesvorstand (v. l. n. r.):
Dr. Abbas Samhat,
Christian Meiners,
Cora Schaumann
(Beisitzerin),
Fred Skroblin,
Dr. Ralf Schnieders
(es fehlt: Manuela Irmmler)*

FOTO: THILO PETERS

Die mitgliederoffenen Sitzungen des Landesvorstands finden einmal monatlich statt. Im Mai 2014 trat der Landesvorstand zu einer zweitägigen Vorstandsklausur in Bad Saarow zusammen, in der er Arbeitsziele und Themenschwerpunkte für die Amtsperiode festgelegt hat. Mitglieder des Landesvorstands unternahmen im April 2015 des Weiteren eine viertägige Bildungsreise nach Budapest, um sich vor Ort von der schwie-

rigen Menschenrechtslage in Ungarn durch die Reformen der rechtsgerichteten „Fidesz“-Partei ein Bild zu machen, unter anderem auch durch Gespräche mit dem dortigen Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Deutschen Botschaft.

Mitgliederentwicklung

Die ASJ Berlin hat derzeit knapp 850 Mitglieder. Somit stieg die Mitgliederzahl im Berichtszeitraum erfreulicherweise um rund 8 %. Fast jedes neunte Mitglied der ASJ Berlin ist dabei in den letzten zwei Jahren beigetreten.

Entwicklung in den Kreisen

Auf Kreisebene besteht eine ASJ nur in den Kreisen Pankow und Spandau. Die Bildung weiterer ASJ Kreisverbände wäre sehr wünschenswert, damit dem Gewicht der Rechts- und Innenpolitik auch auf Kreisebene Rechnung getragen werden kann. Gerade die positive Entwicklung der ASJ Pankow, die mit inzwischen über 100 Mitgliedern als eine der größeren Arbeitsgemeinschaften auf Kreisebene aktiv ist, beweist das Potential der ASJ auch auf Kreisebene.

Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte 2014 - 2016

Inhaltlicher Schwerpunkt im Jahr 2014 war das soziale Miet- und Planungsrecht. Die ASJ Berlin erarbeitete zu den SPD-Landesparteitagen I und II/2014 die Anträge „Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum muss neben Investitionsbedarf als Planungsziel ins BauBG aufgenommen werden“, „Mietpreise bei Wiedervermietung in ganz Berlin zügig für fünf Jahre bremsen“ und „Rechtsstellung von Mietern bei nicht begründeten Kündigungen wegen berechtigten Interesses stärken“, die vom Landesparteitag beschlossen wurden.

2015 stand vorrangig im Zeichen der Erarbeitung eines Beitrags für das Wahlprogramm der SPD Berlin 2016. Unter großer Beteiligung unserer Mitglieder haben wir gemeinsam mit dem FA III in vier Arbeitsgruppen das Programm „Für eine moderne Rechts- und Innenpolitik in Berlin“ erarbeitet. Die Inhalte unseres gemeinsam beschlossenen Programms haben wir auf der 2. Wahlprogrammkonferenz der SPD Berlin „Soziales Berlin. Sicheres Berlin“ (mit Jan Stöß und dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius) engagiert vertreten. Unsere Themen wurden von den gut 150 anwesenden SPD-Mitgliedern weitgehend als wichtig bestätigt. Viele Ideen aus unserem rechts- und innenpolitischen Programm sind in den ersten Wahlprogrammmentwurf des SPD-Landesvorstands eingeflossen.

In Hinblick auf die Beteiligungsrechte von Arbeitsgemeinschaften hat sich die ASJ Berlin für deren noch stärkere Einbindung in den Entscheidungsprozess der SPD Berlin ein-

gesetzt. So haben wir das Ziel der auch statuarischen Gleichberechtigten aller Arbeitsgemeinschaften (also auch der AfB, ASG, ASJ und AG Selbst Aktiv) im SPD-Landesvorstand verfolgt, das von allen Arbeitsgemeinschaften und überwiegend im SPD-Landesvorstand unterstützt wurde. Aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen über die Ausgestaltung einer statuarisch fundierten Gewährleistung der Einhaltung der Quotenvorgaben im SPD-Landesvorstand konnte ein Durchbruch noch nicht erzielt werden. Es konnte aber bereits erreicht werden, dass alle Arbeitsgemeinschaften in der Antragskommission zu den Landesparteitagen vertreten sind, wenn auch nur mit beratender Stimme für ihren jeweiligen Politikbereich.

Rechtspolitische Themen und Veranstaltungen 2014 - 2016

Im Berichtszeitraum wurden unter anderem folgende Themen behandelt, die auf Veranstaltungen mit ReferentInnen vorbereitet bzw. vertieft wurden:

- ▶ Das innenpolitische Programm 2014 - 2016 der SPD-Abgeordnetenhausfraktion mit Torsten Schneider
- ▶ Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum als Planungsziel - Pro und Contra Bebauung des Tempelhofer Feldes mit Cora Schaumann und Dr. Dagmar Raschke
- ▶ Die Stellung des Europäischen Parlaments im Verfassungsgefüge der Europäischen Union mit der früheren Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Dagmar Roth-Behrendt
- ▶ Sozial- und arbeitsrechtliche Fragen des Zuzugs junger europäischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Berlin
- ▶ Bausteine für eine moderne Rechtspolitik – Über aktuelle Fragen der Rechts- und Verbraucherpolitik mit Bundesminister Heiko Maas
- ▶ Rechtspolitik in der Bundestagsfraktion mit Dr. Eva Högl
- ▶ Für ein soziales und modernes Mietrecht – was ist erreicht und welche zusätzlichen Maßnahmen sind erforderlich? mit Reiner Wild (Geschäftsführer des Berliner Mietervereins e.V.)
- ▶ Freihandelsabkommen CETA und TTIP – mehr Wachstum und Beschäftigung oder Gefahr für Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz und demokratischen Rechtsstaat? mit Dr. Mathias Miersch, MdB (Sprecher der „Parlamentarischen Linken“) und Mathias Brüggmann (International Correspondent, Handelsblatt), gemeinsam mit der AGS Berlin und der AfA Berlin

- ▶ Integration - Quo Vadis? - Moderne Einwandungsgesellschaft und die Herausforderungen mit Staatsministerin Aydan Özoguz (stellv. SPD-Bundesvorsitzende) und Raed Saleh, gemeinsam mit AG Migration und Vielfalt
- ▶ Rechtliche Aspekte der Verbraucherschutzpolitik im Land Berlin mit Eva Bell (Vorsitzende der Verbraucherzentrale Berlin e.V.) und Irene Köhne, MdB (verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion)
- ▶ Freiheit und Sicherheit, ein aktuelles Spannungsfeld mit Dr. Herbert Trimbach (Abteilungsleiter „Öffentliche Sicherheit“, Innenministerium des Landes Brandenburg)
- ▶ #Digitalleben - Freiheit und Sicherheit in der digitalen Gesellschaft mit Björn Böhning und Jan Stöß
- ▶ Zukunft des Urheberrechts mit Christian Flisek, MdB (Sprecher der Bundestagsfraktion für Urheberrecht), Prof. Dr. Eva Inés Obergfell (Humboldt Universität), Florian Richter (Dachorganisation der Musikschaaffenden) und Judith Steinbrecher (Bitkom e.V.).



Veranstaltung zum Urheberrecht im „telefonica basecamp“ am 26. Januar 2016

FOTO: FRED SKROBLIN

Facharbeitskreise der ASJ Berlin

Auf Landesebene wurden im Berichtszeitraum drei Facharbeitskreise eingerichtet: Mietrecht, Migrationsrecht (gemeinsam mit dem FA III) und Insolvenzrecht (gemeinsam mit der AGS). Die seit längerer Zeit bestehende Arbeitsgruppe Stadtentwicklung und Wohnen wurde fortgeführt.

Europawahlkampf 2014

Beim Europawahlkampf 2014 hat die ASJ Berlin unsere SPD-Kandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann unterstützt und unter anderem im Mai 2014 eine öffentlich beworbene Veranstaltung im August-Bebel-Institut durchgeführt.

Fritz Bauer

Die ASJ Berlin fühlt sich sehr dem Andenken des sozialdemokratischen Juristen und hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer verpflichtet, ohne den die Frankfurter Auschwitzprozesse in der deutschen Nachkriegszeit nie zustande gekommen wären. Mitglieder der ASJ Berlin haben die preisgekrönten Kinofilme "Im Labyrinth des Schweigens" (2014) und „Der Staat gegen Fritz Bauer“ (2015) gemeinsam besucht.

Rechts- und innenpolitischer Sommerempfang 2014 und 2015

Highlight des ASJ-Veranstaltungskalenders ist der rechts- und innenpolitische Sommerempfang mit vielen hochrangigen Gästen aus dem Bereich der Justiz, der Fach-, Berufs- und Interessenverbände, der Landes- und Bundespolitik sowie der Presse. Dieser wird alljährlich als gemeinsamer Empfang der Landesverbände Berlin und Brandenburg abwechselnd in Berlin und Brandenburg durchgeführt. In Anwesenheit unter anderem von Bundesminister Heiko Maas fand dieser als rechtspolitischer Kongress auf Einladung des letzten Dezember verstorbenen Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Klaus Ness im neuen Brandenburgischen Landtag statt, der im Anschluss auch besichtigt werden konnte. Im September 2015 wurde der Sommerempfang in Anwesenheit unter anderem von Jan Stöß und Björn Böhning, der den leider terminlich verhinderten Regierenden Bürgermeister Michael Müller vertrat, wieder traditionell in der „Alten Pumpe“ in Berlin-Tiergarten ausgerichtet.

Beteiligung der ASJ Berlin auf ASJ-Bundesebene

Im Bundesausschuss wird die ASJ Berlin durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Fred Skroblin vertreten. Auf der ASJ-Bundeskonferenz in Berlin am 15./16. November 2014 war die ASJ Berlin mit drei Delegierten und vielen Gästen vertreten. Der Berliner Landesvorsitzende Christian Meiners wurde in das Präsidium gewählt und leitete die Bundeskonferenz. Die ASJ Berlin hat sich auf dieser mit einem an die Bundestagsfraktion überwiesenen Antrag zum Mietrecht und Diskussionsbeiträgen eingebracht. Im ASJ-Bundesvorstand ist die ASJ Berlin nicht mit einem Mitglied vertreten. Bei den Vorstandswahlen hat sie auf die Nominierung eines/einer Berliner KandidatIn verzichtet und den Brandenburger Dr. Thorsten Jobs als gemeinsamen Kandidaten beider Landesverbände unterstützt, der zum stellvertretenden ASJ-Bundesvorsitzenden gewählt worden ist.

Die Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand konnte im Berichtszeitraum deutlich verbessert werden. Zahlreiche Mitglieder der ASJ Berlin arbeiten in den beim ASJ-Bundesvorstand gebildeten Arbeitskreisen mit (z.B. Mietrecht, Migrationsrecht, Strafrecht). Die ASJ Berlin ist dort im Verhältnis zu anderen Landesverbänden weit überproportional vertreten.

Auf dem SPD-Bundesparteitag vom 10. bis 12. Dezember 2015 übernahmen Mitglieder der ASJ Berlin für den Bundesverband die Mitbetreuung des Standes der Arbeitsgemeinschaften.

Zusammenarbeit mit der ASJ Brandenburg

Die Zusammenarbeit mit der ASJ Brandenburg wird als eng und vorbildlich wahrgenommen. In diesem Zusammenhang ist in erster Linie der jedes Jahr gemeinsam veranstaltete Sommerempfang zu nennen. Einladungen zu größeren Veranstaltungen wurden über die Verteiler beider Landesverbände versandt; VertreterInnen der ASJ Brandenburg nehmen traditionell als Gäste an der Klausurtagung des Berliner ASJ-Landesvorstands teil. Beide Landesverbände haben am 13. Januar 2015 zudem gemeinsam den Aufruf „Frei ohne Angst - für die freie und offene Gesellschaft“ anlässlich der Morde an den MitarbeiterInnen von "Charlie Hebdo" unterstützt und sich an der Mahnwache des Zentralrats der Muslime beteiligt.

Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften und dem FA III Innenpolitik

Die ASJ Berlin hat im Berichtszeitraum die Zusammenarbeit mit den anderen Landesarbeitsgemeinschaften intensiviert. Zu Querschnittsthemen wie CETA und TTIP oder Migration wurden größere gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt; auch in gemeinsamen Facharbeitsgruppen und der AG der Landesvorsitzenden findet ein enger Austausch statt.

Zwischen der ASJ Berlin und dem FA III besteht ebenfalls eine enge Kooperation. So wurde nicht nur das rechts- und innenpolitische Wahlprogramm gemeinsam erarbeitet, sondern seit 2014 eine gemeinsame Weihnachtsfeier von ASJ Berlin und FA III veranstaltet. Viele Mitglieder des FA III sind zugleich Mitglieder der ASJ Berlin.

Unterstützung durch die Landesgeschäftsstelle

Die ASJ Berlin wurde von den MitarbeiterInnen aus dem Kurt-Schumacher-Haus immer tatkräftig unterstützt. Für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit bedanke ich mich im Namen des ASJ-Landesvorstandes und der ASJ-Mitglieder recht herzlich.

Christian Meiners
Vorsitzender der ASJ Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JUNGSOZIALISTINNEN UND JUNGSOZIALISTEN · JUSOS



1. VERBANDSSTRUKTUREN

Am 22./23. März 2014 wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz im Willy-Brandt-Haus (Kreuzberg) ein neuer Landesvorstand der Jungsozialist*innen Berlin gewählt.

Zum Landesvorsitzenden wurde **Kevin Kühnert** gewählt. Nach seinem Rücktritt zum 24. Oktober 2015 für eine Kandidatur für den Juso-Bundesvorstand wurde am selben Tag **Annika Klose** zur neuen Landesvorsitzenden gewählt.

Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden im März 2014 **Felix Bethmann, Robert Budras, Rejane Herwig, Anke Ulbrich** (vormals Küpper), **Sebastian Langer, Lea Lölhöfel, Anne Meyer** und **Anna Müller** gewählt. Nach dem Rücktritt von Rejane Herwig am 28. August 2014 aufgrund ihres Wegzugs aus Berlin, wurde am 30. September 2014 an ihrer statt Michelle Starck zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Zum 24. Oktober 2015 trat wegen eines Auslandsaufenthalts Sebastian Langer zurück, für den **Benedikt Rüdeshim** als stellvertretender Landesvorsitzender nachgewählt wurde.

Für die Juso-Hochschulgruppen wurde zunächst **André von Horn**, später als seine Nachfolgerin dann **Mia Thiel** in den Juso-Landesvorstand kooptiert. Der Landesvorstand hat sich zu Beginn seiner Amtszeit, Anfang 2015 sowie im November 2015 zu Wochenendklausuren getroffen und darüber hinaus grundsätzlich **monatlich getagt**. Der Juso-Landesvorstand nahm an den Sitzungen des Erweiterten Landesvorstands der Jusos Berlin teil. Dort berichtete er von seiner Arbeit und koordinierte seine künftige Arbeit mit den Vertreter*innen der Juso-Kreise. Außerdem wurden Berichte aus den Landesarbeitskreisen und Juso-Bundesprojekten eingeholt und diskutiert. Inhaltliche Diskussionsthemen waren unter anderem der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld, der SPD-Leitantrag „Strategien gegen rechts“ oder Kulturpolitik in Berlin (mit dem Staatssekretär Tim Renner).

Die ehrenamtliche Arbeit des Landesvorstands und des gesamten Verbandes wurde intensiv unterstützt durch die jeweiligen **Juso-Landessekretär*innen Johannes Melcher**, seit dem 1. Dezember 2014 **Katharina Kaluza** und seit dem 10. Februar 2016 **Lea Gronenberg**. Unsere politische Arbeit wäre ohne die tatkräftige Unterstützung durch unsere Hauptamtlichen, welche mitunter ein beachtliches Arbeitspensum bearbeiten muss-

ten, nicht möglich gewesen. Auch unseren Schüler*innenpraktikant*innen der vergangenen zwei Jahre möchten wir an dieser Stelle einen großen Dank aussprechen. Obwohl 2013 die Wochenarbeitszeit des Juso-Landesbüros geringfügig erhöht werden konnte, war die zu erbringende Arbeit wieder mehr, als es im Rahmen der Arbeitszeit zu bewältigen gewesen wäre. Daran wird deutlich, dass die bestehende Ausstattung der Hauptamtlichkeit für einen so aktiven und wachsenden politischen Verband wie die Jusos Berlin weiterhin nicht ausreicht. Durch die derzeitige Ausstattung müssen die Jusos Berlin sich teilweise in ihren Aktivitäten einschränken, da die organisatorischen Aufgaben nicht in jedem Fall gestemmt werden können.

Im Mittelpunkt der zweijährigen Amtszeit des Landesvorstandes stand die Umsetzung unseres Landesarbeitsprogramms „Morgen in Berlin links leben“ für die Jahre 2014-2016 mit Themenschwerpunkten Sozialpolitik, #BerlinUpsideTown und Still lovin' Feminism. Wir begleiteten Kampagnen zum Europawahlkampf und zu anstehenden Volksentscheiden. Darüber hinaus fanden zahlreiche Veranstaltungen sowie Seminare statt. Wichtig war uns die Bündnisarbeit bis weit in die gesellschaftliche Linke hinein. Hier konnten wir unsere Kontakte zu bereits bestehenden Bündnispartner*innen fortsetzen. Beispiele hierfür sind das Bündnis zur Gedenkstättenfahrt „dass Auschwitz nie wieder sei“, Berlin Nazifrei, das Frauen*kampftagsbündnis und das „Netzwerk Wahlalter 16“.

Darüber hinaus hat der Landesvorstand die Rolle des Verbandes innerhalb der Berliner SPD genauso wie im Juso-Bundesverband weiter ausgebaut. Als Berliner Jusos sind wir weder als progressiver Teil der SPD noch als wichtiger Landesverband im Juso-Bundesverband wegzudenken und übernehmen nicht zuletzt auch personell Verantwortung. Zahlreiche Jusos sind Mitglieder der Bezirksverordneten- oder Abgeordnetenhausfraktion und kandidieren auch im Jahr 2016 wieder für die BVVen und das AGH. Unsere Vernetzung mit anderen Arbeitsgemeinschaften der SPD, insbesondere mit der ASF und der AG Migration, haben wir kontinuierlich ausgebaut. Durch unsere qualitativ und quantitativ intensiviertere Antragsarbeit zu den Landesparteitagen, unser Mitwirken in der Antragskommission und in Fachausschüssen sowie etliche durch uns initiierte LPT-Beschlüsse konnten wir die inhaltliche Positionierung der SPD Berlin maßgeblich mitgestalten. Insbesondere in den Themenfeldern Mobilität, Versammlungsfreiheit, Asyl und Migration und Strategien gegen rechts konnten wir Beschlüsse erwirken und die Positionen der SPD weiterentwickeln. Leider entsteht jedoch immer wieder der Eindruck, dass die Umsetzung einiger Landesparteitagsbeschlüsse durch AGH und Senat nur sehr schleppend erfolgt. Dies ist für uns nicht akzeptabel, wir fordern alle Mitglieder der Berliner SPD nachdrücklich auf, sich für die Umsetzung unserer Landesparteitagsbeschlüsse einzusetzen.

Auch auf Bundesebene waren die Jusos Berlin prägend. Unser Antrag „Neue Perspektiven nach dem Gaza-Krieg“ fand die Zustimmung des SPD Bundesparteitags 2015. Bis zum Juso-Bundeskongress 2015 war **Jan Krüger** stellvertretender Bundesvorsitzender

der Jusos, auf dem Bundeskongress Dezember 2015 folgte ihm unser ehemaliger Landesvorsitzender **Kevin Kühnert** nach. **Jan Lichtwitz** ist seit 2014 Vice President der sozialistischen Jugendinternationalen IUSY und kooptiertes Mitglied des Bundesvorstands. **Julia Maas** war Bundesgeschäftsführerin der Jusos, sie wurde im Dezember 2015 bestätigt.

Für den Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen waren bis Dezember 2014 die Berliner*innen **Katharina Kaluza** in den SPD-Parteivorstand sowie **Niklas Konrad** in den Juso-Bundesvorstand kooptiert. Ab November 2014 nahm **Annika Klose** die studentische Vertretung in der SPD-Bundestagsfraktion für den Juso-Hochschulgruppen Bundesvorstand wahr, ab November 2015 übernahm diese Position **Mia Thiel**.

Darüber hinaus bringen sich diversen Genoss*innen aus unserem Landesverband in die Arbeit der Projektgruppen und Kommission der Bundesjusos ein. Vor Ort in Berlin sind wir darüber hinaus eine verlässliche Stütze für Veranstaltungen aller Art, die vom Bundesverband angeboten und umgesetzt werden – seien es Seminare, Demonstrationen oder Pressetermine. Auf Bundeskongressen konnten wir uns mit mehreren Anträgen und einem großen Teil unserer zahlreichen Änderungsanträge durchsetzen. Außerdem beteiligten wir uns über die Bundesprojekte an zahlreichen Anträgen.

Ein weiterer Baustein der erfolgreichen Arbeit sind die steigenden Mitgliederzahlen. Im Gegensatz zu den allermeisten anderen politischen Großorganisationen wachsen wir beständig und zählen trotz eines kurzfristigen Einbruchs wegen der Streichung zahlreicher ehemaliger Unterstützungsmitgliedschaften durch die SPD nun wieder fast 4.500 Genoss*innen zu unserem Verband, wovon etwa ein Zehntel ausschließlich Mitglieder der Jusos sind. Innerhalb der Berliner SPD stellen wir somit weiterhin deutlich **mehr als ein Viertel der Mitglieder** – ein bundesweit einmaliger Wert. Unseren Status als mit deutlichem Abstand größter politischer Jugendverband in Berlin konnten wir damit festigen. Im Juso-Bundesverband konnten wir zum Jahr 2016 ein Delegiertenmandat hinzugewinnen und sind mit nun 22 Delegierten zum Bundeskongress weiterhin **viertgrößter Landesverband**.

Eine **Hürde für unsere Arbeit** ist die fehlende Möglichkeit zur Bereitstellung von Verpflegung bei verbandsinternen Veranstaltungen wie z.B. Landeskonferenzen. Seit nun fast vier Jahren befindet sich der Juso-Landesverband mit der Landeskassiererin in einem Konflikt über diese Frage. Die fehlende Möglichkeit zur Bereitstellung von bspw. Mittagessen zwingt uns zu unnötig langen Pausenzeiten, belastet finanziell schlechtgestellte übermäßig und wirkt sich negativ auf die Attraktivität unserer Veranstaltungen aus. Der Verband hält die vorgetragene Argumentation für nicht plausibel und wird sich auch weiterhin für eine Rückkehr zur alten Regelung einsetzen.

2. INHALTLICHE ARBEIT UND BÜNDNISSE

Stadtentwicklung #Berlinupsidetown

Der erfolgreiche Kongress #Berlinupsidetown bildete den Startpunkt unseres Arbeitsschwerpunkts Stadtpolitik. Diesen setzten wir mit einem Verbandsabend zur Information über die Entstehungsgeschichte unserer Stadt und historische Städteplanung fort. Insbesondere der Themenkomplex einer zukunftsfähigen Mobilitätsinfrastruktur rückte in unseren Fokus. Mit Landesparteitagsbeschlüssen zur Prüfung eines alternativen („fahrtscheinlosen“) Finanzierungsmodells für den ÖPNV, zur Entkriminalisierung des Schwarzfahrens und ein Sozialticket, welches auch vom ALG II Regelsatz für Mobilität zu bezahlen ist, setzten wir erfolgreich sozialpolitische Schwerpunkte im Stadtentwicklungskontext. Darüber hinaus beschäftigten wir uns in einem Wochenendseminar mit Angsträumen und einem (angst)freien Leben in Berlin. Wir diskutierten am Schnittpunkt von Stadtplanung und dem Spannungsfeld von Freiheitsrechten und „innerer Sicherheit“. Eine wichtige Erkenntnis daraus war die Analyse, dass mehr Polizei nicht automatisch mehr Sicherheit schafft und die von der CDU (und Teilen der SPD) praktizierte „Law & Order“-Innenpolitik auf Kosten unserer Freiheitsrechte geht, ohne die Ursachen von Ängsten und Unsicherheiten zu bekämpfen.

Sozial- und Arbeitspolitik

In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik haben sich die Jusos Berlin mit dem Konzept der Arbeitsversicherung befasst. Dazu wurde vom Arbeitskreis Arbeit und Soziales eine umfangreiche Positionierung entwickelt.

Außerdem haben wir uns auf die Berliner Verwaltung und die landeseigenen Unternehmen konzentriert und die Probleme behandelt, bei denen das Land nicht nur als Regulator, sondern auch als Arbeitgeber in Erscheinung tritt. Exemplarisch wären hier die Arbeitsbedingungen und der gewollte Personalmangel in den Bürger*innenämtern und im Gesundheitssektor zu nennen. Den Arbeitskampf an der Berliner Charité haben wir gemeinsam mit ver.di und den Akteur*innen vor Ort unterstützt, ein Mitglied des Landesvorstandes nahm an den Treffen des Bündnisses für mehr Krankenhauspersonal teil. Die Ursachen und Auswirkungen von Armut haben wir im Rahmen unserer Verbandswerkstatt diskutiert und verschiedene Lösungskonzepte entwickelt. Hierbei wurde auffällig, dass es neben der sozialen Stigmatisierung auch die Ausweglosigkeit aus der Armut ist, welche die Betroffenen belastet.

Projektgruppe Gute Ausbildung

Ende des Jahres 2015 haben wir uns des Themas „Duale Ausbildung“ angenommen und die Projektgruppe „Gute Ausbildung“ ins Leben gerufen. Diese soll mehrere Funktionen erfüllen. Zum einen soll sie einen Überblick über dieses Thema geben und den Verband

für die Situation von Auszubildenden sensibilisieren. Zum anderen soll sie sich auch der konkreten Weiterentwicklung unserer bisherigen Forderungen widmen. Geplant ist daher ein umfassender Antrag zur Erneuerung und Spezifizierung unserer Positionen zur zweiten ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz 2016 der Jusos Berlin. Die Projektgruppe tagt bis voraussichtlich Juli 2016 regulär einmal im Monat. Darüber hinaus werden bei Bedarf jedoch auch zusätzliche Sitzungen einberufen sowie Betriebsbesuche und Vernetzungstreffen mit Gewerkschaftsjugenden, etc. begangen. Die gewählten inhaltlichen Themen umfassen beispielsweise die Chancengleichheit von Menschen auf dem Ausbildungsmarkt, dem momentanen Zustand der Berufsschulen in Berlin und der Qualitätskontrolle in Ausbildungsbetrieben.

Still lovin' feminism

Feminismus ist einer unserer Grundwerte. Auch in den zurückliegenden Jahren war der Kampf gegen das Patriarchat, heteronormative Gesellschaftsstrukturen und Sexismus für uns ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt. Dafür waren wir in Bündnissen aktiv und leisteten umfangreiche Bildungsarbeit in unserem Verband.

► Frauen*kampftagsbündnis und Equal Pay Day

Seit 2014 findet eine jährliche Demonstration des Frauen*kampftagsbündnisses anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März statt. Zur Organisation dessen hat sich 2013 ein Bündnis, getragen von Gewerkschaften, Parteien, Verbänden, Frauenrechtsorganisationen, Organisationen der radikalen Linken sowie Einzelpersonen zusammengefunden. Mehrere tausend Teilnehmende haben in diesem Rahmen ein klares Zeichen gegen Sexismus und für eine gerechte Gesellschaft gesetzt. Die Jusos Berlin waren von Anfang an nicht nur formell sondern auch personell in diesem Bündnis vertreten und haben maßgeblich an der Organisation und an der Öffentlichkeitsarbeit mitgewirkt. Darüber hinaus nahmen wir es auch immer zum Anlass unseren eigenen Verband zu schulen. Im letzten Jahr 2015 haben wir einen innverbandlichen Filmabend mit einer anschließenden Diskussionsrunde veranstaltet. Für das Jahr 2016 ist eine inhaltliche Veranstaltung mit einer der Mitbegründerinnen des Bündnisses fest eingeplant. Unser Kampf für die Durchsetzung feministischer Positionen ist insbesondere in Zeiten, in denen die gesellschaftliche Rechte wieder erstarbt und versucht vermeintliche „feministische“ Positionen für ihre rassistischen Zwecke einzuspannen, für uns mehr als nur eine Selbstverständlichkeit.

Im Rahmen des jährlich stattfindenden Equal Pay Day waren wir auch im letzten Jahr als Jusos wieder zahlreich auf der offiziellen Kundgebung vor dem Brandenburger Tor vertreten, um gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuer*innen auf die Diskriminierung von Frauen* und Transpersonen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Entlohnung aufmerksam zu machen.

► Frauen*kampftagsseminar

Kurz nach der Wahl 2014 starteten wir den Versuch erneut, Strukturen zur Frauenvernetzung ins Leben zu rufen. Unter dem Arbeitstitel „Autonomer Frauen*Lesben* Trans* Zusammenhang“ wurde zu einem gut besuchten Treffen eingeladen. Als erste gemeinsame Aufgabe wurde von den Teilnehmer*innen ein Workshop organisiert. Schwerpunkte waren die Geschichte des Internationalen Frauenkampftages, queerfeministische Themen und Geschlechter- und Rollenklischees, aber auch die Mobilisierung für den internationalen Frauen*kampftag und Equal-Pay-Day. Zum Ausklang wurde gemeinsam der Film „Tomboy“ geschaut. Das Seminar stieß auf sehr positive Resonanz der Teilnehmer*innen.

► Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Wir Jusos Berlin sind im „Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung“ vertreten. Dieses ist eines der beiden Bündnisse, das die jährlichen Gegenproteste zum sog. Marsch für das Leben durchführt. Dieser Marsch setzt sich u.a. für die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ein und positioniert sich gegen jede Form der sexuellen Vielfalt. Dort gern gesehene Gäste sind Vertreter*innen der AfD und auch Teile der CDU sowie ihrer Jugendorganisation, der Jungen Union, die diesen Marsch aktiv unterstützt. Die Jusos Berlin protestierten gegen deren reaktionäre und fundamentalistische Positionen und waren im Gegenbündnis engagiert. Dafür haben wir uns insbesondere in die Vorbereitung und Organisation der Demonstration eingebracht.

► Anti-Sexismus-Kommission (ASK)

Mit einem Grundlagenantrag haben wir die Arbeit unserer Anti-Sexismus-Kommission evaluiert und angepasst. Seit Herbst 2014 gehören der ASK als Vertrauensleute **Susanne Finsel** (Spandau), **Marcel Hopp** (Neukölln), **Clarissa Scholz** (Neukölln) und **Jenny-Antonia Schulz** (Mitte) an. Nach dem Rücktritt von Susanne Finsel wurde **Gracia Holzwarth** (Mitte) im September 2015 nachgewählt. Sie nahmen ihre Arbeit auf und waren kompetente Ansprechpartner*innen für alle Mitglieder im Verband und für den Landesvorstand.

Antifaschismus und Gedenkpolitik

Als Jusos verstehen wir uns auch in der Tradition der Genoss*innen, die insbesondere vor und während der Nazizeit gegen den Faschismus gekämpft haben. Im Rahmen unserer Doppelstrategie ist uns dabei die Zusammenarbeit mit Bündnispartner*innen sehr wichtig. Wir sind froh, dass wir schon seit mehreren Jahren konstruktiv mit Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen und linksradikalen Gruppen zusammen-

arbeiten und von vielen verschiedenen Gruppen als eine wichtige Ansprechpartnerin und wichtige Akteurin wahrgenommen werden.

- ▶ In den letzten zwei Jahren waren wir an verschiedenster Stelle an Bündnissen beteiligt, die Kundgebungen, Demonstrationen und Blockaden von Naziaufmärschen und Rassist*innen oder den antisemitischen Al-Quds-Tag organisiert haben. Als die Stimmung in Marzahn vor zwei Jahren kippte und die ersten Proteste gegen die Geflüchteten-Unterkunft in der Carola-Neher-Straße ausbrachen, waren wir vor Ort, ebenso in Lichtenberg, im Allendeviertel, in Buch und überall dort, wo der rassistische Mob seine Hetze auf die Straße tragen wollte. Dabei konnte sich der Landesvorstand auf die gute Arbeit des Landesarbeitskreises Antifa und die vertrauensvolle Zusammenarbeit verlassen. An vielen Stellen haben wir versucht durch Vernetzung und Mobilisierung unsere Genoss*innen, insbesondere in den östlichen und besonders stark betroffenen Bezirken, zu unterstützen.
- ▶ Für uns war immer klar, dass Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-feindlichkeit und alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit keine Randerscheinung sind, sondern bis weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft hinein vertreten sind. Wir haben uns in den letzten zwei Jahren weiterhin entschlossen gegen das sogenannte Extremismusdogma gestellt, dass diese Tatsache negiert. Wie weit diese Ansichten verbreitet sind, wurde in den letzten Jahren deutlich. Mit der AfD entstand eine neue Partei deutlich rechts der CDU/CSU, die einen unglaublichen Zulauf erfährt. Der Aufschwung der PEGIDA-Bewegung machte uns Sorgen. Auch ihnen stellte wir uns in den Weg und setzten uns mit ihrem Auftreten, ihren Forderungen und ihren Redner*innen auseinander, um sie als die Rassist*innen und Hetzer*innen zu entlarven, die sie sind und immer schon waren. Mit ihnen einher ging auch ein Erstarken antiemanzipatorischer Bewegungen, die hier ihren Anschluss fanden, egal ob streng religiös oder völkisch-nationalistisch. Berührungspunkte mit offen rechten Gruppen verschwanden zunehmend. So stellten wir uns auch gemeinsam mit vielen anderen am 9. Mai der rechtspopulistischen und antiemanzipatorischen Kundgebung am Hauptbahnhof entgegen. Wir rufen regelmäßig zu Protesten gegen BärGida und Co. auf.
- ▶ Weiterhin beobachten wir kritisch die juristischen Folgen von Polizeiaktionen bei „Dresden Nazifrei“ und dem „Wiener Akademiker Ball“. Solidarisch stehen wir an der Seite derjenigen, deren antifaschistisches Engagement kriminalisiert wird. Lothar König, Tim und Josef standen/steht hier stellvertretend für viele Antifaschist*innen vor Gericht.

Gedenkpolitik ist ein wichtiger Teil der politischen und antifaschistischen Arbeit der Jusos Berlin. Eine intensive Beschäftigung mit der Shoah legt auch einen Grundstein

für unser heutiges Engagement gegen Faschismus, Rassismus, LGBTIQ*-feindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Dabei ist es für uns wichtig, uns immer wieder vor Augen zu führen: Es ist geschehen, also kann es wieder geschehen. Die gedenkpolitische Arbeit der Jusos ist vielseitig aufgestellt. Ein wichtiger Teil sind dabei Auseinandersetzungen mit dem Faschismus und ein Gedenken an die Opfer am Ort der Verbrechen.

- ▶ Obwohl dies für uns sehr wichtig ist, konnte im Jahr 2014 leider aufgrund verschiedenster organisatorischer Schwierigkeiten keine Gedenkstättenfahrt stattfinden. Dafür beteiligten wir uns intensiv am **Bündnis „Dass Auschwitz nie wieder sei“ im Jahr 2015**. Zwei Berliner Genoss*innen führen als Teamer*innen mit und halfen bei der Entwicklung des Konzepts der Fahrt. Auch gab es für diese Fahrt so viele Anmeldungen aus Berlin, dass wir leider einige Genoss*innen trösten mussten. Durch die Größe des Bündnisses konnten verschiedenste Kontakte zu anderen politischen Jugendorganisationen und Gewerkschaftsjugenden geknüpft und erneuert werden.
- ▶ Im Jahr 2015 luden wir zum **75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz** Ralf Bachmann ein. Er berichtete davon, wie er die Kriegszeit erlebt hatte, wie seine Eltern und sein Bruder die Konzentrationslager und den Naziterror überstanden haben und von Familienmitgliedern, die von den Nazis ermordet wurden. Am 27. Januar 2016 riefen wir Genoss*innen dazu auf zur Eröffnung der Ausstellung "Die Frau und die Maschinen – Gertrud Kolmar als Zwangsarbeiterin in Lichtenberg" zu gehen. Außerdem besuchten wir im Anschluss eine Projektion der Namen von mehr als 300 jüdischen Einwohner*innen Lichtenbergs, die in Nazi-Deutschland vertrieben und ermordet worden waren. Für den darauffolgenden Samstag organisierten wir eine Führung durch die Ausstellung „Kunst aus dem Holocaust - 100 Werke aus der Gedenkstätte Yad Vashem“ im Deutschen Historischen Museum. Die Werke waren von den Künstler*innen während ihrer Zeit in Konzentrationslagern, Ghettos und Arbeitslagern im Geheimen angefertigt worden. Viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.
- ▶ Viele konkrete Veranstaltungen der Jusos Berlin haben in den letzten Jahren an wichtige **Gedenktage** angeknüpft. Neben dem Holocaustgedenktag ist das auch der 9. November. In vielen Bezirken werden regelmäßig Gedenkveranstaltungen organisiert. Doch auch der Ereignisse in der jüngeren Vergangenheit haben wir gedacht. Wie auch in den letzten Jahren haben wir vor der norwegischen Botschaft unserer **69 ermordeten Genoss*innen der AUF** und der Opfer des Faschisten Anders Breivik gedacht. Wir wollen jedoch nicht in einem rein ritualisierten Gedenken verharren. 2016 jährt sich zum 5. Mal der Todestag unserer Genoss*innen. Dies hat uns auch dazu veranlasst erneut über unsere Art des Gedenkens nachzudenken und kritisch zu reflektieren, wie wir in den kommenden Jahren das Gedenken gestalten wollen.

Internationales

Die internationale Arbeit konnten wir weiter ausbauen. Viele unserer Mitglieder nahmen am IUSY-Festival 2014 auf Malta teil sowie am YES-Sommerncamp in Portugal. Unsere eigenständige Austauscharbeit bestand aus Delegationsreisen nach Belarus und Amsterdam/Den Haag, sowie einer Delegation im Rahmen der Willy-Brandt-Center Jerusalem Kooperation nach Israel/Palästina. In Berlin empfingen wir eine Vielzahl von Vertreter*innen unserer Schwesterorganisationen. Beispielsweise trafen wir uns mit der CHP-Jugend aus der Türkei sowie Aktivist*innen aus Mazedonien, Georgien und von der IPS.

Inhaltlich beschäftigen wir uns mit aktuellen Konflikten bspw. in Syrien und diskutieren mit einem Vertreter der Syrischen Nationalen Koalition. Anfang des Jahres 2015 haben wir uns der Situation in der kurdischen Stadt Kobane angenommen und einen Verbandsabend dazu veranstaltet. Mit Filmausschnitten, Texten und Inputs haben wir uns nicht nur der dortigen Situation und ihren historischen Ursprüngen genähert sondern ebenso einmal mehr unsere Grundwerte im Rahmen verschiedener Workshops zum Thema Internationalismus, Feminismus und Antimilitarismus dem Verband und seinen Mitgliedern nähergebracht.

Anhand einer Themenreihe entwickelte der Arbeitskreis Internationales einen Grundlagenantrag zur Entwicklungszusammenarbeit sowie einen Bildungsblock zur Landesdelegiertenkonferenz. Der Antrag wurde auf dem Bundeskongress der Jusos 2015 beschlossen. Darüber hinaus beschäftigten wir uns mit den Feierlichkeiten zu „50 Jahre Deutsch-Israelische diplomatische Beziehungen“.

Freiheitsrecht, Demokratie und liberale Innenpolitik

Eine liberale Innenpolitik bleibt eine Kernforderung der Jusos, mit der wir uns auch in den zurückliegenden Jahren beschäftigt haben. Insbesondere die liberale Drogenpolitik nahm einen wichtigen Stellenwert ein, indem wir die Kampagne des Juso-Bundesverbands zur Legalisierung von Cannabis unterstützten und in den SPD-Wahlprogrammprozess mit einbrachten. Besonders zu nennen ist zudem eine Späti-Tour mit dem CDU-Politiker Peter Trapp, der im Februar 2015 ein Verbot zum Verkauf von Alkohol in Spätis forderte. Wir luden ihn deshalb zu uns ein und konnten ihn mit einer anschließenden Tour durch verschiedene Spätis in Kreuzberg von seiner Position abbringen.

Polizeieinsätze wurden von uns kritisch mit Pressemitteilungen und Diskussionen begleitet, so zum Beispiele jene in der Rigaer Straße. Symbolpolitische Großeinsätze und Polizeigewalt sowie ein Generalverdacht gegen Versammlungsteilnehmer*innen sind Entwicklungen, die wir scharf kritisieren. Wir treten ein für eine schärfere Reglementierung von Pfefferspraysinsätzen, den Erhalt autonomer Räume sowie für ein liberales Versammlungsrecht.

Hochschulpolitik

Die Juso-Hochschulgruppen waren auch in den letzten zwei Jahren ein wichtiger Bündnispartner an den Hochschulen. Sie tragen jungsozialistische Themen an die Hochschulen und vertreten diese in Gremien und in der Öffentlichkeit. Genossinnen und Genossen finden über die Hochschulgruppen den Weg zu den Berliner Jusos.

Im Bereich Hochschulpolitik wurden wichtige Beschlüsse gefasst und gemeinsam Erfolg erzielt. So ist es inzwischen Teil des Wahlprogramms der Berliner SPD, dass studentischer Wohnraum gebaut wird und vom BAföG-Satz bezahlbar sein muss. Ein weiteres zentrales Thema war der Kampf gegen das Studierverbot für Geflüchtete, das gekippt werden konnte. Auch durch Kooptierungen von Jusos im Fachausschuss „Stadt des Wissens“ wurden die Beschlüsse der Jusos in die Partei hinein getragen. In den Wahlkämpfen zu den Studierendenparlamenten und anderen Gremien wurden die Hochschulgruppen finanziell sowie personell unterstützt. An der HU und FU sind die Juso-Hochschulgruppen bei den Wahlen im Januar 2015 jeweils stärkste Liste geworden.

3. QUALIFIZIERUNGSANGEBOTE

Mentoringprogramm

Im September 2015 starteten wir mit dem Mentoringprogramm. Ziel dieses Programms war es Genoss*innen, die zum ersten Mal in Kreisvorstände gewählt worden waren, weiter auf ihrem politischen Weg und in ihrer Verbandsarbeit zu unterstützen. Dazu wollten wir ihnen Inhalte und nützliche Skills, Tipps und Methoden vermitteln. Jedem Kreisverband wurden dabei zwei Plätze zur Verfügung gestellt sowie ein weiterer Platz um Menschen mit Migrationshintergrund zusätzlich in das Mentoringprogramm einbeziehen zu können und die Kreisverbände zu animieren, Genoss*innen gezielt anzusprechen. Fast jeder Kreis nahm das Angebot an. Insgesamt meldeten sich 25 Genoss*innen an.

Nach einem Auftakttreffen starteten wir direkt mit Fragen rund um das Thema Projektmanagement. Als Transferaufgabe organisierten die Mentees in ihren Kreisen eine Veranstaltung zum Gedenken an den 9. November. Im Rahmen eines Treffens zum Thema Zeitmanagement beschäftigten wir uns mit der Frage, wie wir alle unsere Aktivitäten unter einen Hut kriegen können und lernten nützliche Tipps zur Priorisierung von Aufgaben. Im Januar führen wir gemeinsam für ein Wochenende nach Potsdam und beschäftigten uns mit Rhetorik, Kommunikationsskills und Bündnisarbeit. Daneben sprachen wir über die Geschichte der Jusos und unserer Strömungen. Anschließend setzten wir uns kritisch mit Geschlechterbildern und -klischees bei einem Gendertrai-

ning auseinander. Die letzten Treffen vor der Sommerpause widmeten wir den Themen Öffentlichkeitsarbeit sowie Zielgruppenarbeit und Mitgliederbetreuung. Im Rahmen des Mentoringprogramms konnten gezielt Fähigkeiten erworben werden und Anregungen für die weitere Kreisarbeit geboten werden.

Kommunalvernetzung

Die Juso-Kommunalvernetzung ist ein längerfristiges Projekt, mit dem wir BVV-Kandidat*innen im Juso-Alter und kommunalpolitisch interessierte Jusos vernetzen und qualifizieren, sowie gemeinsam kommunalpolitische Forderungen entwickeln. Am 17. Februar 2016 fand das erste Treffen statt, in dem erste Grundlagen besprochen wurden, damit die kommenden Treffen nach den Interessen der Teilnehmer*innen gestaltet werden können. Wir wollen Kommunalpolitik aus jugendlicher Sicht gestalten und dazu beitragen, dass die Bezirke bei gemeinsamen Interessen Hand in Hand Forderungen aufstellen können. Langfristig bleibt es das Ziel der Jusos Berlin, dass die Bezirke zur Gewährleistung wichtiger Aufgaben vernünftig ausgestattet werden müssen und das dem Unterbietungswahn endlich ein Ende bereitet werden muss.

Verbandswerkstatt

Zur Verbandswerkstatt 2014 (Werftpfuhl) wurde ein neues Konzept entwickelt. Zum einen wurde der Termin verändert und die Verbandswerkstatt im Kalender verlegt um sie aus den Juso-Wahlen und der Prüfungsphase der Studierenden herauszunehmen. Für die rund 50 Teilnehmer*innen gab es fünf Hauptworkshops zu den Themen Europa, Soziales, Bildung, Wirtschaft und Geschlechterverhältnisse. Der fünfte Workshop, die Gender-Tour, „reiste“ durch alle anderen vier Workshops und beleuchtete jeweils den Genderaspekt – gelebtes Gender Mainstreaming. Neu war eine Lernphase, in der Teilnehmende Kurzworkshops anbieten konnten. Außerdem wurde Platz für ein Frauen*-Lesben*-und-Trans*-Treffen geschaffen, das ein weiteres Treffen am nächsten Abend forderte (und erhielt). Die Partizipation von Teilnehmenden am Gesamtprogramm wurde so wirklich gestärkt und sie entwickelten es weiter. Außerdem gab es einmalig Evaluationskleingruppen. Die Workshopleiter*innen wurden erstmals zu einem Team mit einer Gesamtverantwortung zusammengebracht. Sie bereiteten die Verbandswerkstatt erstmals in einem Teamtreffen gemeinsam vor. Dies stärkte ihr gemeinsames Verantwortungsgefühl. Die Verbandswerkstatt 2015 war die zehnte Verbandswerkstatt.

Die Verbandswerkstatt 2015 (Trebnitz) entwickelte das Konzept auf dieser Grundlage weiter. Es fanden Hauptworkshops zu Internationales/G7, Stadtentwicklung, Netzpolitik, Wirtschaftspolitik statt und die Gender-Tour. Die Kurzworkshops wurden fortgesetzt und von den Teilnehmenden angenommen. Das Programm wurde leicht umgestellt, um mehr Freizeit zu ermöglichen und eine großgruppenpädagogische Übung zu ermöglichen. Hierzu fand ein Demonstrationstraining mit Skills4Action statt. Die Evaluations-

gruppen wurden in die Hauptworkshops integriert. Parallel zum Frauen*Lesben*Trans*-treffen fand eine gendersensible Moderation statt. Teilnehmende, die daran nicht interessiert waren und alle Teilnehmer konnten so ein Bildungsangebot in Anspruch nehmen.

Neumitgliederseminare

Zwei mal pro Jahr haben wir Neumitgliederseminare angeboten, bei denen rund 25 Jusos einen Einblick in Strukturen und Grundlagen der Juso-Arbeit erhalten haben. Die Seminare im Luise-und-Karl-Kautsky-Haus der Falken waren stets gut besucht und erhielten sehr gute Bewertungen. Sie bildeten einen niedrigschwelligen Einstieg für neue Mitglieder und durch Hintergrundgespräche mit SPD-Berufspolitiker*innen und dem/der Landesvorsitzenden der Jusos spannende Einblicke in die politische Arbeit.

Grundlagenseminare

Wir haben eintägige Grundlagenseminare zu verschiedenen Themen angeboten. Beispielsweise haben wir trotz "Sommerpause" 2015 Bildungsarbeit in den Bereichen der politischen Theorie und Migration geleistet. Darüber hinaus haben wir ein Seminarwochenende mit Übernachtung in Potsdam gestaltet. Mit einem Workshop zu unseren Grundwerten und einem Workshop für Fortgeschrittene zum Themenkomplex „Sicherheit und Sozialismus – (angst)frei in Berlin“ boten wir in lockerer Atmosphäre Raum für Diskussion, Weiterbildung und die Entwicklung neuer Positionen sowie eine harmonische Austauschplattform.

4. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND MITGLIEDERWERBUNG

Europawahlkampf

Im Europawahlkampf 2014 haben wir einen eigenständigen Jugendwahlkampf auf die Beine gestellt. Mit Material vom Juso-Bundesverband sowie selbst produzierten Informationsbroschüren und Give-Aways konnten wir eine zielgruppenspezifische Ansprache von Menschen unter 35 Jahren sicherstellen. Kreative Wahlkampfkaktionen wie #72Stundenwach, Nachtverteilungen vor Clubs oder Diskussionsveranstaltungen ergänzten unseren normalen Straßenwahlkampf. Wichtige Schwerpunkte des Wahlkampfes lagen auf der Herausstellung der Relevanz der Europäischen Union für junge Leute, Mobilität und die Forderung nach einem sozialen Europa. Beispielsweise organisierten wir gemeinsam mit den Juso-Hochschulgruppen Berlin und Brandenburg eine Podiumsdiskussion an der Humboldt-Universität, bei der wir mit unserer Kandidatin für die Europawahl Sylvia-Yvonne Kaufmann, der EU-Korrespondentin der Süddeutschen, einem Vertreter der Jungen Europäischen Bewegung sowie einem Europawissenschaftler über die Zukunftsperspektiven der EU sprachen.

Kurzkampagnen

Mittels themenspezifischer Kurzkampagnen haben wir uns in aktuelle politische Geschehnisse eingemischt und über die üblichen Kanäle hinaus Öffentlichkeit für unsere Positionen geschaffen. Beispiele hierfür sind „love football – hate nationalism“ Sticker zur Fußball-WM oder ein Flyer zur Aufklärung über eine emanzipatorische G7-Kritik anlässlich des G7-Gipfels in Bayern 2015 und unserer Teilnahme an den Gegenprotesten. Zur Unterstützung von Geflüchteten arbeiten wir derzeit an einer Refugees-Welcome-Kampagne. Über eine öffentlichkeitswirksame Briefaktion haben wir uns zudem gegen die Verschärfung der Asylgesetzgebung positioniert.

Infratrot – Verbandszeitung

Für unsere Verbandszeitung wurde ein neues Konzept erarbeitet, das die Weichen stellt um eine ansprechende und einfach zu erarbeitende Publikation vorzulegen, die in hoher Stückzahl verteilt werden kann. Die Publikation ist für zwei Mal jährlich vorgesehen.

Pressearbeit

In den vergangenen zwei Jahren haben wir eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Die einzelnen Verlautbarungen sind im Juso-Landesbüro dokumentiert. Das Presseecho war enorm, sodass die genutzte Strategie als erfolgreich betrachtet werden kann.

Facebook

Der Facebookauftritt fb.com/jusosberlin hat sich erfolgreich entwickelt: von 1.500 auf 2.100 Likes. Der erfolgreichste Beitrag thematisierte die Rezeptfreiheit der Pille-danach, ein jugendpolitisches und feministisches Thema. Besonders erfolgreich sind Grafiken und Fotos. Das Potential der Seite wird jedoch noch nicht vollständig ausgeschöpft.

Blog

Mit unserem 2014 neu eingerichteten Blog haben wir die Möglichkeit geschaffen, damit sich unsere Mitglieder über unsere Präsenzveranstaltungen hinaus über politische Themen informieren und austauschen können. Alle Mitglieder können Beiträge einstellen und so die Themensetzung in unserem Verband mit beeinflussen. Themenschwerpunkte waren beispielsweise Feminismus, Cannabislegalisierung, europäische Politik und der humane Umgang mit Geflüchteten.

Annika Klose

Vorsitzende der Jusos

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER LESBEN UND SCHWULEN IN DER BERLINER SPD · SCHWUSOS



Auf- und Ausbau von Netzwerken mit politischen EntscheiderInnen

In den vergangenen zwei Jahren haben wir unsere Kontakte und unsere Gespräche mit den SenatorInnen und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, der Landesgruppe der Berliner Bundestagsabgeordneten, dem Abgeordnetenhaus und den Bezirken ausgebaut. Besonders wichtig ist uns, dass wir diese Gespräche verstetigen und diese auch in den kommenden Jahren regelmäßig durchführen. Dadurch konnten wir unsere Positionen zu queer-politisch relevanten landes- und auch bundespolitischen Themen direkt erläutern, Probleme aufzeigen und gemeinsame Lösungsansätze finden. Die Große Koalition im Land Berlin wurde vor allem im Bereich der Queer-Politik kritisch-solidarisch begleitet. Dies wurde insbesondere beim Nein der CDU zum Bundesratsantrag zur Öffnung der Ehe deutlich.

SO SIEHT ES AUS, WENN DIE CDU JA SAGT:

- Ick sach ma ja.
- Jeht schon klar.
- Wees ick noch nich'.
- Och nööö.
- Jeht überhaupt nich'.
- Dit juckt keen hier.
- Allet pillepalle.

FÜR UNS GIBT ES NUR EINE ANTWORT.



BERLIN
SPD

In Anlehnung an den Stimmzettel der Berliner CDU zur „Ehe für alle“

FOTO: SPD BERLIN

Verbandstag der QueerSozis (Schwusos) Berlin

Seit 2015 führen wir einmal im Jahr einen Verbandstag durch. Der Verbandstag hat zum Ziel, verschiedene von den Mitgliedern festgelegte Themen zu vertiefen bzw. uns zu sensibilisieren. Der Verbandstag wurde sehr gut durch die (Neu-)Mitglieder angenommen und die Planung des zweiten Verbandstags am 23. April 2016 hat bereits begonnen.

Magnus-Hirschfeld-Preis 2015

Alle zwei Jahre verleiht der Landesverband der QueerSozis (Schwusos) Berlin und die SPD Berlin gemeinsam den Magnus-Hirschfeld-Preis. Der Preis wird im Gedenken an den Mitbegründer der ersten Homosexuellen-Bewegung der Welt und Sozialdemokraten Magnus Hirschfeld für besondere Leistungen in der Queer-Politik in den Kategorien Einzelpersonen und Institutionen/Projekte vergeben. Die Gewinner 2015 sind Conny Hendrik Kempe-Schälicke und das Schwule Museum.



Die PreisträgerInnen des Magnus-Hirschfeld-Preises 2015

FOTO: ULRICH HORB

Partnerschaft mit SoHo Wien e.V. und unserer Schwesterorganisation in Bern mit dem Landesverband der QueerSozis (Schwusos) Berlin

Die QueerSozis (Schwusos) Berlin fühlen sich dem Internationalismus der Sozialdemokratie verpflichtet und deshalb haben wir seit einigen Jahren eine Partnerschaft mit der SoHo Wien. Auch im Jahr 2015 verfolgten wir beim Gegenbesuch der Wiener GenossInnen unser Partnerschaftsziel, uns gegenseitig unsere Arbeit vorzustellen und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Seit Januar 2016 planen wir die Partnerschaft auszubauen mit unserer Schwesterorganisation in Bern.

CSD Saison 2014 – 2016

Von Mai bis September ist unsere CSD Saison. Die CSD Saison wird durch das Saison-team des Landesverbandes organisiert und geplant. Das Saison-team ist auch für die Erarbeitung der Materialien und für den jährlichen Slogan der QueerSozis (Schwusos) Berlin zuständig. Die CSD Saison in Berlin beinhaltet u.a. folgende queere Events:

- ▶ Magnus-Hirschfeld-Preis 2015
- ▶ Respect Gaymes
- ▶ Straßenfest rund um die Motzstraße
- ▶ Hissen der Regenbogenfahne am Kurt-Schumacher-Haus / vor den Rathäusern
- ▶ CSD Demonstration
- ▶ Lesbischwules Parkfest
- ▶ Regenbogenfamilienfest (erstmalig 2015, alle zwei Jahre)

Die Kreise des Landesverbandes der QueerSozis Berlin sind vor Ort bei SPD Festen aktiv, organisieren inhaltliche Veranstaltungen und nehmen am Hissen der Regenbogenfahne vor den Rathäusern in den Berliner Bezirken teil.



QueerSozis / Schwusos: Präsent beim Lesbisch-Schwulen Stadtfest 2015

FOTO: HANS KEGEL

2014 war eine besondere CSD Saison. Verursacht durch die Geschäftsleitung des CSD Vereins haben sich federführende Organisationen der queeren Szene aus der „großen“ CSD Parade herausgezogen und eine eigene CSD Demonstration organisiert. Die QueerSozis (Schwusos) haben die CSD Demonstration federführend mitgeplant und wir danken dem Landesverband für seine Unterstützung.

Landesparteitage 2014 – 2016

Der Landesparteitag ist für uns ein wichtiges Kommunikationsmittel, um unsere Positionen in die Partei zu tragen. Wir hatten verschiedene Anträge auf dem Landesparteitag. Ein besonderes Highlight war, dass wir es ermöglichen konnten, dass ein Vertreter des LSVD das Grußwort an die Delegierten zum Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie halten konnte. Auch die Kuchen- und die Brautpaaraktion waren auf dem Landesparteitag ein voller Erfolg.

Ausgewählte Schwerpunkte der QueerSozis (Schwusos) Berlin

- ▶ **Initiative Sexuelle Vielfalt (ISV):** Anträge für die Fraktion erstellt und den parlamentarischen Prozess begleitet
- ▶ **Trans* und intergeschlechtliche Menschen:** Was muss auf Landesebene und was auf Bundesebene geregelt werden? Round-Table-Gespräch im Herbst 2015. Erstellung einer Mindmap mit zukünftigen Arbeitsschwerpunkten.
- ▶ **Queere Flüchtlinge:** Politische EntscheidungsträgerInnen frühzeitig sensibilisiert, eine Veranstaltung mit verschiedenen Trägern dazu durchgeführt.

Aktive Arbeitskreise der QueerSozis (Schwusos) Berlin

Folgende Arbeitskreise waren im Jahr 2014 – 2016 aktiv und haben dazu beigetragen, dass uns eine verbesserte Vernetzung in die queere Szene gelungen ist:

- ▶ Arbeitskreis Initiative Sexuelle Vielfalt
- ▶ Arbeitskreis Trans* und Intergeschlechtliche Menschen
- ▶ Arbeitskreis QueerBrief
- ▶ Arbeitskreis CSD-Saison
- ▶ Arbeitskreis Wahlprogramm 2016
- ▶ Arbeitskreis Partnerschaft SoHo e.V. Wien (seit Januar 2016 auch für Bern zuständig)

Namensdebatte

Im Frühjahr 2014 haben wir einen Antrag auf der Wahl LDK zum Thema neuer Name für unsere Arbeitsgemeinschaft verabschiedet. Seit 2014 wurde im Bundesverband, aber auch in den andern Landes- bzw. Bezirksverbänden, über einen neuen Namen unserer Arbeitsgemeinschaft diskutiert. Zurzeit ist wieder Bewegung in die Namensdebatte gekommen, und wir sind sicher, dass auf der nächsten BuKo das Ziel, ein neuer Namen für unsere Arbeitsgemeinschaft, erreicht werden kann.

Ein Landesverband ohne Kreise geht gar nicht

Der geschäftsführende Landesvorstand (gLv) hat in den Jahren 2014 – 2016 regelmäßig alle Kreise besucht und seine monatlichen Sitzungen in den verschiedenen Kreisen durchgeführt. Alle Kreise haben in den letzten zwei Jahren Veranstaltungen – öffentliche wie interne – durchgeführt. Die Vernetzungen der Kreise mit den queeren Akteuren in den Kreisen wurde ausgebaut. Stammtische wurden in vielen Kreisen durchgeführt – auch hier wurde der Kontakt mit der Szene und den eigenen Mitgliedern gut gepflegt.

Danke

Danke an alle, die dazu beitragen haben, dass wir als Landesverband in der queeren Community noch stärker wahrgenommen wurden. Danke an alle Mitglieder für ihre ehrenamtliche Arbeit bei den QueerSozis Berlin. Danke, dass wir gemeinsam so viel erreicht haben. Unsere Einigkeit und Gemeinsamkeit hat uns erfolgreich gemacht. Es waren zwei sehr gute Jahre für die QueerSozis (Schwusos) Berlin!

Markus Pauzenberger · Amelie Zapf · Stefan Kirmse · Jana Kruspe · Dirk-Rolf Kirchmann für die QueerSozis (Schwusos) Berlin

AG SELBST AKTIV · MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DER SPD BERLIN



Nach der Konstituierung des neuen Vorstandes im April 2014 (Vorsitzende Karin Sarantis-Aridas, StellvertreterInnen Juliane Binder, Sieghard Gummelt, Gerd Miedthank, Schriftführerin Antje Szardning, BeisitzerInnen Fabian Schwarz, Mechthild Rawert (MdB), Andreas Domann, Stephan Neumann; anfangs auch Dennis Meier und Siegfried Bahr) starteten wir mit einem umfassenden Arbeitsprogramm:

Bindung von Zielgruppen für die Politik und Arbeit der Berliner SPD

In der AG Selbst Aktiv engagieren sich Genossinnen und Genossen, aber auch Personen die der SPD nahestehen vorwiegend mit, aber auch ohne eine Behinderung. Die Einbeziehung auch von Nichtmitgliedern entspricht unserem Grundsatz, das Engagement von Menschen mit Behinderung zu fördern, ihre Interessen an der politischen Willensbildung zur Geltung zu bringen und Bildungs- und Informationsarbeit im Sinne einer inklusiven Gesellschaft zu leisten. Auch freie Träger und deren Vertreter der Behindertenhilfe suchen über uns den Kontakt zur Politik. Viele der AG-Mitglieder sind in Verbänden und in der Selbsthilfe tätig. Ihr Wissen und ihre Kompetenz haben wir in das politische Handeln der SPD Berlin und vor allem in die parlamentarische Arbeit der Fraktion im Abgeordnetenhaus eingebracht.

Inklusion ist für uns ein Handlungsauftrag in allen Politikfeldern. Inklusion ist immer konkret und macht sich an einzelnen Aufgaben und Bereichen der Berliner Politik fest. Sie ist ein langer und schwieriger Prozess, den wir weiterhin mitgestalten und begleiten wollen. Die Grundlage der politischen Arbeit von Selbst Aktiv ist die UN-Behindertenrechtskonvention.

Um unsere Arbeit bekannter zu machen, gestalteten wir einen neuen Flyer und brachten ihn mit Hilfe der AWO auch in leichter Sprache heraus. Um durch die Anwendung von leichter Sprache bei Publikationen oder Internetauftritten der Berliner SPD noch mehr Menschen zu erreichen, unternahmen zwei AG-Mitglieder den Versuch der Gründung einer AG Leichte Sprache auf Landesebene, da dazu Kenntnisse vermittelt werden müssen. Diese Aufgabe wird intensiv weiter verfolgt. Wie in den vergangenen Jahren organisierte die AG öffentliche Veranstaltungen, die sehr gut besucht waren: 2014 mit Sylvia Yvonne-Kaufmann zu den Europawahlen und im Oktober 2105 mit Michael Müller und Birgit Monteiro als Bezirksbürgermeisterin („Eine Stadt für alle“).



*Eine Stadt für alle:
Diskussionsveranstaltung
mit Michael Müller
am 23. Oktober 2015*

FOTO: SIEGHARD GUMMELT

Die Lösung von Problemen durch die SPD wird immer auch direkt vor Ort erfahrbar. Deshalb haben wir uns auch in den Kiezen eingemischt: So z.B. unterstützten wir die Bemühungen unserer BVV-Fraktion in Wilmersdorf für die barrierefreie Gestaltung des Olivaer Platzes und haben das durch eigene Pressemitteilungen publik gemacht. Die unzureichenden Parkmöglichkeiten am Flughafen Schönefeld waren Gegenstand umfangreicher Korrespondenzen mit den zuständigen Stellen, bis es durch das direkte Eingreifen von Michael Müller als Aufsichtsratsvorsitzendem endlich zu einer besseren Lösung kam.

Ein erfolgreich umgesetztes Ziele dieser Wahlperiode war die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit: Neben der Ankündigung unserer Termine im Dienstagsbrief und der Berliner Stimme haben wir seit 2014 eine eigene Seite bei Facebook und stellen regelmäßig Termine und Positionspapiere auf die Homepage; für unsere Veranstaltungen wird auch in den Kabinet-Nachrichten geworben, die bundesweit von Betroffenen und Verbänden gelesen werden.

Qualifizierung und Förderung von Mitgliedern sowie die Integration von Neumitgliedern

Alle 4-6 Wochen fand ein AG-Treffen zu relevanten Themen mit namhaften Fachreferenten aus der Politik (Bundestagsabgeordnete, Staatssekretäre, Senatoren), aber auch aus der Verwaltung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Landesbehindertenbeauftragter) statt, Themen waren u.a.: das geplante Bundesteilhabegesetz, die Inklusion in der Berliner Schule (bauliche Fragen und v.a. Personalausstattung), die Mobilität in Berlin (u.a. ÖPNV und Begleitservice des VBB/Kampf für eine dauerhafte Finanzierung), barrierefreie Kultur- und Freizeitangebote (auch Zoos), Tourismus, Sport, die Jugendberufsagenturen und das in Berlin bisher ungelöste Problem der Betreuung von Flüchtlingen mit Behinderungen.

Alle Mitglieder der AG werden durch einen Newsletter, der alle 2-3 Wochen verschickt wird, regelmäßig über Aktuelles im behindertenpolitischen Bereich (Bundes- und Landesebene) informiert. Gleiches gilt für den Versand der Protokolle unserer AG-Treffen. Mit neuen Mitgliedern haben wir persönliche Gespräche geführt, um sie besser in unsere Arbeit einzubeziehen.

Entwicklung von Inputs für die inhaltlich-programmatische Weiterentwicklung der Berliner SPD

Die Berliner SPD wird inklusiv - so eine unserer wichtigsten Zielstellungen. Im Mai 2014 haben wir einen Fragebogen zur Barrierefreiheit der Berliner SPD entwickelt, der an alle Mitglieder verschickt wurde. Leider war der Rücklauf spärlich und so muss über eine eventuelle Wiederholung in veränderter Form nachgedacht werden. Um in dieser Frage weiter zu kommen, gab es in Zusammenarbeit mit den Jusos im Juni 2015 eine Veranstaltung des Landesvorstandes (Wie schließen wir niemanden aus? Die SPD als inklusive Partei gestalten). Der Landesvorstand hat unsere Forderungen nach einem barrierefreien Parteileben nicht nur aufgegriffen, sondern in den in seiner Verantwortung liegenden Bereichen zum großen Teil auch umgesetzt (barrierefreie Parteitage, Hinweise in Einladungen, Einsatz von Dolmetschern). Entwickelt wird ein Leitfaden für die Abteilungen. Anregungen und Hinweise unserer Berliner AG sind in die Handreichung des Bundesvorstandes zur inklusiven Parteilarbeit eingeflossen. Die Teilnahme von AG-Mitgliedern an Treffen anderer Arbeitsgemeinschaften und an Fachausschüssen der Berliner SPD diente dem Ziel, die Umsetzung der UN-Konvention in Berlin voran zu bringen. Erstellt wurden zahlreiche Anträge für die SPD-Landesparteitage, die angenommen bzw. in die Fraktion überwiesen wurden. Schwerpunkte waren dabei die Themen Wohnen/Bauen, Mobilität (ÖPNV und Bahn) und Flüchtlinge mit Behinderungen. Wir haben uns z.B. beim Thema barrierefreies Bauen intensiv mit der zu novellierenden Bauordnung befasst und über den LPT-Antrag hinaus mit Abgeordneten und der Verwaltung (einschließlich des Senators Andreas Geisel) unsere Argumente diskutiert. Verhindert wurde so, dass die Barrierefreiheit nur noch in technischen Bauvorschriften verankert wird. Erfolgreich voran gekommen sind wir bei der weiteren Sensibilisierung der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus für Inklusion als alle Politikbereiche umfassendes Thema. Dazu dienten vor allem unsere Jahresabschlusstreffen mit der Fraktion und unsere Teilnahme am AK VII Gesundheit und Soziales der Fraktion. Erfolgreich war auch unser regelmäßiger Kontakt zur Berliner Landesgruppe der Bundestagsfraktion. Für das Frühjahr 2016 ist eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung zum Bundesteilhabegesetz geplant - sobald der Referentenentwurf vorliegt.

Politik ist für Menschen mit Behinderungen ein Querschnittsthema. Daher haben wir für das Wahlprogramm 2016 Textbausteine für die Bereiche Wohnen, Mobilität (beide Schwerpunkte sind mit der AG 60plus abgestimmt), Bildung (abgestimmt mit der AFB), Arbeit und Gesundheit erarbeitet. Zahlreiche Themen berühren die Bundespolitik.

Daher haben wir über Anträge an die Bundeskonferenz unserer AG Einfluss genommen. Im Bundesvorstand der AG sind wir durch Stephan Neumann als Beisitzer vertreten.

Erschließung und Pflege von Kontakten zu Verbänden und Organisationen, Netzwerkbildung

Unsere seit Jahren erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeauftragten und Mitgliedern des Landesbeirates wurde fortgesetzt. Eine wertvolle Bereicherung waren auch Diskussionen spezieller Fachthemen mit freien Trägern und Verbänden, z.B. mit der Fachstelle Migration und Behinderung der AWO, aktuell zum Thema Flüchtlinge mit Behinderungen. Ein Vorstandsmitglied schreibt regelmäßig für die vom Berliner Behindertenverband herausgegebene Behindertenzeitung, die auch unsere Termine veröffentlicht.

Intensiviert haben wir die Zusammenarbeit mit den BVV-Fraktionen und diese bei relevanten Themen unterstützt. Das gleiche gilt für einzelne Abteilungen in der Berliner SPD oder auch für Kreisverbände (z.B. Inklusions-KDV Lichtenberg 2014). Wichtig für die berlinweiten Kontakte war unsere Unterstützung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen von Abgeordneten, z.B. Berollung und Prüfung des Tierparkes Friedrichsfelde mit Birgit Monteiro oder der Kiezspaziergang mit Prüfung der Barrierefreiheit im Wahlkreis von Rainer-Michael Lehmann. Durch die verbesserte Öffentlichkeitsarbeit wurde unsere AG auch über Berlin hinaus bekannter. So konnten wir z.B. den Besuch der Brücke/Most-Stiftung aus Dresden und des Herbert-Wehner-Bildungswerkes im September 2015 in Berlin tatkräftig unterstützen (Vorbereitung und Diskussionsrunde).

disabilities: a democratic issue)“ anvertraut. Ziel des Berichts ist die Stärkung der demokratischen Beteiligungsrechte von Menschen mit Behinderung. Der Bericht wird nach europaweiten Recherchen in den Ausschüssen und in der PACE 2017 präsentiert. 2014 bis Januar 2016 war Mechthild Rawert Vorsitzende (Chairwoman) des Unterausschusses für Behinderung und Inklusion.

Schwerpunkte unserer Arbeit für 2016 sind unter anderem die Berliner Bauordnung, die Fortschreibung des Berliner Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention und das Bundesteilhabegesetz. Beim Berliner Wahlkampf werden wir aktiv mitmischen, damit die SPD erfolgreich weiter regieren kann!

Danken möchten wir erneut dem AWO-Landesverband Berlin, in dessen barrierefreien Räumen wir regelmäßig tagen konnten!

Karin Sarantis-Aridas
Vorsitzende der AG SelbstAktiv



Berollung und Prüfung des Tierparkes Friedrichsfelde

FOTO: AG SELBST AKTIV

Von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE), in der ParlamentarierInnen aus 47 Staaten vertreten sind, wurde Mechthild Rawert (MdB) am 27. Januar 2016 die Berichterstattung für das Thema „Die politischen Rechte von Menschen mit Behinderung – eine demokratische Aufgabe (The political rights of persons with

ARBEITSKREIS JÜDISCHER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN



Im Berichtszeitraum hat der Berlin-Brandenburger Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS) die politischen Veranstaltungen unterstützt, bei denen er in den vorangegangenen Jahren auch aktiv war. So ist der AKJS jedes Jahr auf dem Israeltag auf dem Wittenbergplatz vertreten. Hier zeigen wir Solidarität mit Israel, gleichzeitig auch Flagge für die SPD. Der Stand ist gerne besucht und die Gäste erstaunt, dass die SPD die einzige Partei ist, die einen jüdischen Arbeitskreis hat. So konnten wir 2014 und 2015 weitere Mitglieder durch diesen Stand gewinnen.

2014 und 2015 hat der AKJS auch wieder gemeinsam mit der Berliner SPD zur Teilnahme an der Demonstration gegen den antisemitischen Al Quds-Marsch aufgerufen. Der „Al Quds (Jerusalem-) Tag“, der 1979 vom iranischen Revolutionsführer Khomeini initiiert wurde, wird jedes Jahr von Anhängern der Hisbollah und anderen antisemitischen Gruppen zur Stimmungsmache gegen Israel genutzt. Ein breites Bündnis, darunter die Deutsch-Israelische Gesellschaft Berlin und Potsdam, der Bund der Verfolgten des Nazi-Regimes e.V. und der Berliner Landesverband des Lesben- und Schwulenverbands, will an diesem Tag seine Solidarität mit Israel und allen demokratischen Kräften im Nahen Osten zeigen und sich für Freiheitsrechte im Iran einsetzen.

Wir pflegen engen Kontakt zu allen Ebenen der SPD und weiteren Institutionen. So sind wir Gast des Gesprächskreises Israel der SPD-Bundestagsfraktion und wir vertreten die jüdische Position bei der Werkstatt Politik & Religion der Friedrich-Ebert-Stiftung. In geselliger Runde haben wir die Beziehungen zur Deutsch-Israelischen-Gesellschaft verstärkt. Gemeinsame Themen haben wir auch mit dem Arbeitskreis der Christinnen und Christen in der SPD, mit denen wir uns ständig austauschen.

Darüber hinaus versuchen wir weiterhin den Bekanntheitsgrad unserer jüdischen Institution zu steigern. So hat Renée Röske den AKJS im Juni 2015 vor amerikanischen VertreterInnen jüdischer Institutionen aus San Diego vorgestellt. Diese waren nach Berlin gereist, um sich darüber zu informieren, wie die Europäer mit den Herausforderungen der überalterten jüdischen Gemeinden umgehen. Die amerikanischen Gäste waren positiv überrascht, dass es einen jüdischen Arbeitskreis innerhalb einer Volkspartei in Deutschland gibt.

Im März 2015 ist eine Ära zu Ende gegangen, da der Vorsitzende Dr. Gregor Wettberg nach England gezogen und damit nicht mehr zur Wiederwahl angetreten ist. Bestätigt wurde Renée Röske in ihrem Amt, neuer Co-Vorsitzender ist Mirko Freitag. Die Neuwahl des Vorstandes haben wir zum Anlass genommen, um uns dem Regierenden Bürger-

meister vorzustellen. Michael Müller war zwar der AKJS bekannt, dennoch haben wir unsere internen Diskussionen zum ansteigenden Antisemitismus hervorgehoben. In einem konstruktiven Gespräch betonte der Regierende Bürgermeister, dass er die Sorgen der jüdischen Gemeinschaft ernst nehme und beide Seiten verabredeten, im Dialog zu bleiben und gemeinsame Aktionen zu starten.



*Renée Röske und
Mirko Freitag beim
Regierenden Bürger-
meister Michael Müller*

FOTO: AKJS

Darüber hinaus waren wir bei zahlreichen Events mit an Bord. Im Sommer 2015 war Berlin erstmals Austragungsort der European Maccabi Games, der jüdischen Olympiade. Aus ganz Europa kamen jüdische Sportlerinnen und Sportler nach Berlin, um gegeneinander anzutreten, aber auch gemeinsam Berlin zu erleben. Die Sportlerinnen und Sportler wurden mit offenen Armen empfangen. Der Vorstand des AKJS war im Vorfeld beratend tätig.

Eine besonders schöne Veranstaltung war ein Trialogtreffen der Königin-Luise-Stiftung aus Berlin-Dahlem. Die Schülerinnen und Schüler aus Berlin trafen Schülerinnen und Schüler aus Berlin, Israel und Polen. Tauschten sich eine Woche in Workshops, Begegnungen und dem Besuch historischer Orte untereinander aus. Dieser einmalige Trialog fand anlässlich des Jubiläums von 50 Jahren deutsch-israelischer diplomatischer Beziehungen statt. Auf Initiative des Berliner Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Berlin-Brandenburg wurden die Jugendlichen auch von Bezirksbürgermeister Christian Hanke empfangen und er war gespannt, zu hören, welche Eindrücke die Schülerinnen und Schüler von dem Trialog hatten und welche Themen sie bewegten.



*Trialog-TeilnehmerInnen
beim Bezirksbürgermeister
Christian Hanke*

FOTO: AKJS

Auch ist der Kontakt zu den Bundestagsabgeordneten sehr eng. Mit Fritz Felgentreu haben wir uns im Dezember 2015 getroffen und die Situation in Neukölln besprochen. Denn es gibt nicht wenige Juden, die sich in den Teilen mit hohem Anteil muslimischer Bevölkerung nicht trauen, offen jüdisch aufzutreten. Eine weitere Bundestagsabgeordnete, Michaela Engelmeier, hat uns zum Channukafest empfangen. Gemeinsam entzündeten wir die Channukakerzen, aßen traditionelle Speisen und Michaela hat von ihrer Arbeit berichtet. Sie ist besonders von rechten Anfeindungen in ihrem Wahlkreis betroffen, da sie offen den Staat Israel unterstützt.

Renée Röske

Vorsitzende Arbeitskreis jüdischer SozialdemokratInnen

ARBEITSGRUPPE SOZIALDEMOKRATISCHER BÜRGERMEISTER/INNEN

Die AG besteht aus neun sozialdemokratischen BürgermeisterInnen sowie drei VertreterInnen aus den Bezirken, in denen die SPD nicht den Bürgermeister stellt. Ständiger Gast ist eine Vertreterin des Fraktionsvorstands der Abgeordnetenhausfraktion. Nicht mehr Mitglied sind seit 2011 die StadträtInnen, da sich in der vergangenen Wahlperiode eine gemeinsame AG nicht mehr bewährt hatte.

Die AG tagt zweimal monatlich. Zum einen am Mittwoch vor dem Rat der Bürgermeister (RdB) im Rathaus Schöneberg, zum anderen unmittelbar vor dem Rat der Bürgermeister im Roten Rathaus. Beim ersten Termin können in 90 Minuten wichtige aktuelle Themen bearbeitet werden. Die Anwesenheitsquote ist sehr hoch; in der Regel sind alle BürgermeisterInnen anwesend. Häufig sind Gäste wie Fraktionsgeschäftsführer, Landesvorsitzender, Chef der Senatskanzlei und Senatoren anwesend. Beim zweiten Termin wird die Tagesordnung des RdB vorbereitet und eine SPD-Haltung abgestimmt.

Insbesondere der Mittwoch-Termin wird für die Besprechung von Themen genutzt, die für die Berliner Bezirke von großer Bedeutung sind. Dabei werden auch gemeinsame Sprachregelungen und Handlungsmöglichkeiten abgestimmt. In 2015 waren Fragen der Flüchtlingsunterkunft und der Integration von besonderer Bedeutung. Dabei wurden auch gute Beispiele und Erfahrungen geschildert, die von den anderen BürgermeisterInnen übernommen werden konnten. Auch gemeinsame Presseerklärungen, z.B. im Dezember 2015 zur Haltung der Bezirke bezüglich der Notunterbringung von Flüchtlingen, sind dort entstanden.

Ein weiterer Schwerpunkt waren im Berichtszeitraum die Fragen von ausreichendem Personal in den Bezirksämtern. Durch die besondere Praxisnähe der AG-Mitglieder können Notwendigkeiten der Personaleinstellung und -entwicklung in dem Gremium sehr früh erkannt und besprochen werden. Die Idee einer AG Wachsende Stadt mit vier BezirksbürgermeisterInnen ist hier diskutiert und die Mitglieder benannt worden.

Durch die Gäste aus der Landespolitik konnte die AG zu einer Abstimmung von Landes- und Bezirkspolitik der SPD beitragen. Dies galt insbesondere für die Personal- und Finanzpolitik, aber auch für andere aktuelle Handlungsbedarfe. Durch die sehr hohe Anwesenheitsquote kann die AG bezüglich der Abstimmung einer einheitlichen SPD Politik von Abgeordnetenhaus, Senat bis in die Bezirke noch weitere Aufgaben übernehmen.

Da die Mitglieder der AG zugleich die Mehrheit im Rat der Bürgermeister stellen, wird durch die AG faktisch die RdB Haltung geprägt. Bei der Donnerstag-Vorbesprechung ergibt sich deshalb immer auch die Auffassung des RdB insgesamt.

Stefan Komoß

ARBEITSGRUPPE SOZIALDEMOKRATISCHER FRAKTIONSVORSITZENDER

Die AG der Fraktionsvorsitzenden hat sich einmal monatlich zu ihren Sitzungen (ausgenommen der Sommerferien) getroffen.

Das Thema **Flüchtlingspolitik** und wie gehen die Bezirke damit um, war ein Schwerpunktthema der Sitzungen. Wir haben ebenfalls das Thema **Sozialraumorientierung** in den Bezirken besprochen.

Weitere Themen waren:

- ▶ Die Vorbereitung und Umsetzung der Doppelhaushalte 2016 und 2017 in den Bezirken
- ▶ Der Berliner Landeshaushalt: Clara West (MdA) berichtet über den Entwurf des Doppelhaushaltes 2016 / 2017
- ▶ Der Spandauer Stadtrat für Bürgerdienste und Ordnung diskutiert mit uns die Themen Zweckentfremdungsverbotsverordnung und Umwandlungsverbot sowie das Thema Terminvergaben in den Berliner Bürgerämtern.
- ▶ Städtepartnerschaften in den Bezirken – Wie gehen die Bezirke damit um?
- ▶ Besprechung und Stellungnahmen zum Abschlussbericht der UAG Analyse in der AG Bezirksfinanzen der SPD Berlin
- ▶ Stellungnahmen der AG der Fraktionsvorsitzenden zu überwiesenen Landesparteitags-Anträgen.
- ▶ Gespräch mit der AG Selbst aktiv zum Thema Inklusion
- ▶ Gespräch am 28.7.15 mit Michael Müller zum Themenfeld Land Berlin und seine Bezirke, wachsende Stadt sowie der Flüchtlingssituation
- ▶ Situation der bezirklichen Weiterbildung (Bibliotheken, Volkshochschulen, Musikschulen)
- ▶ Besprechung des Entwurfes des Landeswahlprogramms und Stellungnahme zu den bezirklichen Fragestellungen
- ▶ Gründung von Jugendberufsagenturen

Die Zusammenarbeit zwischen der AG der Fraktionsvorsitzenden und des SGK-Landesvorstandes unter dem Vorsitzenden von Horst Porath war ebenso sehr gut.

Christian Haß

Sprecher der AG der Fraktionsvorsitzenden

SPD-FRAKTION IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN



Der Berichtszeitraum umfasst die Jahre 2014 bis 2016 in der 17. Legislaturperiode.

Die SPD-Fraktion setzt sich aus 46 Mitgliedern – 29 Männer und 17 Frauen – zusammen. (Stand 20.02.2016)

Dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand (GFV) gehören der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Susanne Kitschun, Karlheinz Nolte, Ülker Radziwill, Jörg Stroedter und Dr. Clara West sowie der parlamentarische Geschäftsführer Torsten Schneider an.

Die inhaltliche Arbeit der Fraktion wird in acht Arbeitskreisen vorbereitet:

Arbeitskreis I	Vorsitzender:	Sven Kohlmeier
Inneres, Sicherheit und Ordnung	Sprecher:	Frank Zimmermann
Recht	Sprecher:	Sven Kohlmeier
Strafvollzug	Sprecher:	Erol Özkaraca
Verbraucherschutz	Sprecherin:	Irene Köhne
Verfassungsschutz	Sprecher:	Tom Schreiber
Netzpolitik, Datenschutz	Sprecher:	Sven Kohlmeier
Arbeitskreis II	Vorsitzender:	Lars Oberg
Bildung	Sprecher:	Lars Oberg
Jugend, Familie	Sprecher:	Björn Eggert
Wissenschaft	Sprecher:	Lars Oberg
Sport	Sprecher:	Dennis Buchner
Arbeitskreis III	Vorsitzende:	Renate Harant
Kultur	Sprecherin:	Brigitte Lange
Europa, Medien	Sprecher:	Frank Zimmermann
Bundesangelegenheiten	Sprecherin:	Karin Halsch
Arbeitskreis IV	Vorsitzende:	Liane Ollech
Wirtschaft, Technologie	Sprecher:	Frank Jahnke
Forschung	Sprecher:	Thorsten Karge

Arbeitskreis V
Bauen, Wohnen
Stadtentwicklung
Umwelt und Energie
Verkehr

Vorsitzender: Daniel Buchholz
Sprecherin: Iris Spranger
Sprecherin: Ellen Haußdörfer
Sprecher: Daniel Buchholz
Sprecher: Ole Kreins

Arbeitskreis VI
Haushalt, Finanzen

Vorsitzende: Bruni Wildenhein-Lauterbach
Sprecher: Torsten Schneider

Arbeitskreis VII
Gesundheit
Menschen mit Behinderung
Soziales

Vorsitzende: Ellen Haußdörfer
Sprecher: Thomas Isenberg
Sprecher: Rainer Michael Lehmann
Sprecherin: Ülker Radziwill

Arbeitskreis VIII
Arbeit
Integration
Berufliche Bildung
Frauen
Rechtsextremismus

Vorsitzende: Dr. Ina Czyborra
Sprecherin: Burgunde Grosse
Sprecher: Rainer Michael Lehmann
Sprecherin: Franziska Becker
Sprecherin: Dr. Ina Czyborra
Sprecherin: Dr. Susanne Kitschun

Arbeitskreis I

Inneres, Verfassungsschutz, Recht, Verbraucherschutz, Netzpolitik

► Inneres

Wir haben seit Beginn der Legislaturperiode über 600 Stellen im Polizeivollzug geschaffen. Hinzu kommen fast 300 Stellen im Objektschutz. Insgesamt wird die Polizei von einer Ausgangsstärke von 16.160 Stellen wieder auf über 17.000 Stellen ansteigen. Damit Berlin in ausreichender Zahl qualifizierten Nachwuchs findet, haben wir die gesetzlichen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen, Polizeianwärtern Sonderzuschläge zu zahlen.

Mit der einheitlichen 48-Stunden-Speicherfrist für die Videoüberwachung in Bussen, Bahnen und Bahnhöfen können Straftäter schneller ermittelt werden.

Wir haben die Anfertigung von Übersichtsaufnahmen durch die Polizei, die zur Lenkung von Demonstrationen erforderlich sind, auf eine klare Rechtsgrundlage gestellt. Diese Aufnahmen dürfen nicht zur Identifikation der einzelnen Teilnehmer und zur Strafverfolgung herangezogen werden.

Wir haben eine sichere Rechtsgrundlage für Auslandseinsätze der Berliner Polizei geschaffen, weil Berliner Polizeikräfte im Rahmen ihrer Routineaufgaben auch zunehmend im europäischen Ausland und darüber hinaus tätig werden. Auch der Einsatz ausländischer Polizeikräfte in Berlin ist nun ausdrücklich geregelt. Voraussetzung ist, dass entsprechende völker- oder europarechtliche Grundlagen bestehen und die Senatsverwaltung für Inneres zustimmt.

Wir haben das Kfz-Kennzeichenscanning nach Brandenburger Vorbild zur vorbeugenden Bekämpfung organisierter, insbesondere grenzüberschreitender Kriminalität geregelt. Es ist nur zur Abwehr von Straftaten von erheblicher Bedeutung zulässig. Dabei werden die Daten, die beim automatisierten Abgleich keinen Treffer ergeben, sofort gelöscht.

Außerdem haben wir den Unterbindungsgewahrsam, enger als viele andere Bundesländer, von 48 auf höchstens 72 Stunden verlängert. Wiederum enger als in vielen anderen Ländern ist dieser verlängerte Unterbindungsgewahrsam nur bei der Gefahr der Begehung von Straftaten im Zusammenhang mit gewalttätigen Versammlungen zulässig.

Eine weitere Lücke im Kampf gegen internationale Kriminalität haben wir durch die Übernahme der europarechtlichen Regelungen des Schengener Informationssystems II (SIS II) in das Landesrecht geschlossen. Die nach dem ASOG bereits bestehenden Möglichkeiten, Kraftfahrzeuge zur Beobachtung auszuschreiben, werden damit um Wasserfahrzeuge, Luftfahrzeuge und Container erweitert.

Zur besseren Bekämpfung rechtsextremer Gewalt wird die Datenübertragung zwischen der Polizei und anderen ermittelnden Behörden im ASOG auf eine eigene Rechtsgrundlage gestellt. Eine solche Rechtsextremismusdatei soll zur frühzeitigen Aufdeckung geplanter Straftaten in diesem Bereich beitragen.

Wir schützen die Opfer häuslicher Gewalt besser, indem wir das bereits bestehende Wegweisungsrecht, das insbesondere bedrohte Frauen schützt, ergänzt haben. Das Opfer wird nicht mehr nur in der bisherigen gemeinsamen Wohnung und am Arbeitsplatz, sondern auch in seiner neuen Wohnung geschützt.

Im Abstimmungsgesetz haben wir Unklarheiten hinsichtlich der Gültigkeit von Unterschriften ohne Angabe des Geburtsdatums beseitigt und damit die Glaubwürdigkeit der direkten Demokratie erhöht.

Wir haben in der 17. Wahlperiode zusätzlich 200 Stellen mehr für die Berufsfeuerwehr geschaffen. Im Bereich der Notfallsanitäter im Rettungsdienst, an die seit dem Notfallsanitätergesetz erhöhte Qualifikationsanforderungen gestellt werden, haben wir die

gesetzlichen und haushaltmäßigen Voraussetzungen für die Zahlung von Sonderzulagen geschaffen.

Außerdem werden wir die nötige Anpassung an den demografischen Wandel hinsichtlich der Freiwilligen Feuerwehr vollziehen, indem wir die Zugangsvoraussetzungen (insbes. Höchstalter) ändern.

Im Beamtenrecht haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Pensionäre, die zur Bewältigung der Flüchtlingskrise vorübergehend reaktiviert werden, dafür angemessen alimentiert werden.

Berlin hat zudem nach langen Jahren des Stillstands bei der Besoldung in dieser Wahlperiode in zunehmendem Maße wieder den Anschluss an die bundesweite Besoldungsentwicklung gefunden. Die Besoldung wurde jeweils erhöht

2010 um 1,5 %

2011 um 2 %,

2012 um 2 %

2013 um 2 %

2014 um 3%

ab 1. August 2015 um 3,2 % (abgl. einer Versorgungsrücklage in Höhe von 0,2 %)

Es ist zudem geplant, ab August 2016 die zukünftigen Besoldungsanpassungen mindestens um 0,5 Prozent über dem entsprechenden Durchschnittswert der Anpassungen aller anderen Bundesländer vorzusehen.

► **Verfassungsschutz**

Wir haben den Verfassungsschutz entscheidend gestärkt, indem wir 45 zusätzliche Stellen im Bereich der Extremismusbekämpfung geschaffen haben. Das ist gegenüber der bisherigen Stärke des Verfassungsschutzes ein Anstieg um etwa ein Viertel.

Zur Vorbeugung gegen die Radikalisierung insbesondere von muslimischen Jugendlichen haben wir ein eigenständiges Landesprogramm aufgelegt. Eine frühzeitige Intervention und Prävention ist erforderlich, um zu verhindern, dass es immer wieder Menschen gibt, die sich radikalieren lassen. Das soziale Umfeld spielt eine wesentliche Rolle, weil oft genug Warnsignale nicht beachtet werden oder nicht rechtzeitig gehandelt wird. Hier gilt es, früh Hilfe und Aufklärung zu bieten um präventiv einwirken zu können. Hier haben wir gehandelt und verfolgen dabei einen ressortübergreifenden Ansatz.

Wir haben gemeinsam mit den anderen Bundesländern einen Verbotsantrag gegen die NPJ beim Bundesverfassungsgericht gestellt.

Wir haben den Skandal um das Behördenversagen im Zusammenhang mit dem NSU-Terror in zahlreichen Sitzungen aufgearbeitet. Das für den Rechtsextremismus zuständige Referat des Verfassungsschutzes wurde in der Folge verstärkt und einer eigenen Leitung unterstellt.

Wir haben den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit beim Berliner Verfassungsschutz deutlich gestärkt, damit er seiner Funktion als Frühwarnsystem auch für die Öffentlichkeit besser wahrnehmen kann.

► **Recht und Verbraucherschutz**

Justiz

Eine eigene Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität bei der Berliner Staatsanwaltschaft soll Straftaten im Internet besser bekämpfen, wie z. B. Bankdatendiebstahl und Kinderpornographie. Dafür haben wir im Haushalt 2014/2015 28 Stellen zusätzlich finanziert. Im Haushalt 2016/2017 sind nun für **Gerichte und Strafverfolgungsbehörden** weitere 174 neue Stellen vorgesehen. Darunter sind 24 Mitarbeiter bei der Staatsanwaltschaft, die in den Bereichen Organisierte Kriminalität, Cybercrime und Salafismus ermitteln sollen.

Die Berliner Justiz soll digitalisiert werden. Für **IT-Projekte** werden insgesamt 16 Millionen Euro ausgegeben.

Mit dem Opferschutzbeauftragten erhalten Opfer von Straftaten eine effektivere Unterstützung.

Wir haben für die Gewaltschutzambulanz zusätzliche Mittel bereit gestellt, um das Angebot zeitlich auszuweiten und eine vertrauliche Spurensicherung für Gewaltopfer anzubieten.

Wir ermöglichen die Funkzellenabfrage und haben gleichzeitig die Sorgen vor einer unkontrollierten Datensammlung ernst genommen. Es wird keine schrankenlose Funkzellenabfrage geben. Zugleich werden die Transparenz für die Berlinerinnen und Berliner und die Kontrollrechte für die Abgeordneten verbessert. Unsere Beschlussfassung macht Berlin wieder ein Stück sicherer, gerechter und moderner, denn wir haben durchgesetzt, dass die Funkzellenabfrage nur unter der Voraussetzung durchgeführt werden darf, dass über ihren Einsatz informiert wird. Dies geschieht auf einer Internetseite oder direkt gegenüber den Betroffenen per SMS nach einem Anmeldeverfahren. Einmal jährlich wird die Justizverwaltung über die Anzahl der beantragten und bewilligten Funkzellenabfragen das Abgeordnetenhaus informiert.

Die **Gefängnisse** werden personell besser ausgestattet. In beiden Jahren werden jeweils 125 Anwärter im Justizvollzug eingestellt. Damit Berlin in ausreichender Zahl qualifizierten Nachwuchs findet, haben wir die gesetzlichen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen, den Anwärtern Sonderzuschläge zu zahlen.

Die neu eröffnete Justizvollzugsanstalt Heidering ist eine der modernsten Haftanstalten Europas. Eine gelungene Resozialisierung von Straftätern ist der beste Schutz der Bevölkerung vor neuen Straftaten.

Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung des Justizvollzuges in Berlin werden wir den Vollzug der Straftat erstmalig durch ein landeseigenes Gesetz regeln und außerdem die bestehenden Gesetze zur Jugendstrafhaft, Untersuchungshaft und der Sicherungsverwahrung redaktionell anpassen. Der Eingliederungs- und Resozialisierungsgedanke steht im Vordergrund. Der Schutz von Opfern von Straftaten wird gestärkt, z. B. bei der Gewährung von Vollzugslockerungen, bei denen die Belange der Verletzten zu berücksichtigen sind. Außerdem sollen für Opfer von Straftaten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in jeder Anstalt zur Verfügung stehen. Es wird ein standardisiertes Diagnostikverfahren eingeführt, das eine zügige und genaue Analyse der Ursachen der Straffälligkeit ermöglicht. Zugleich sollen damit die Fähigkeiten der Gefangenen, die einer erneuten Straffälligkeit entgegenwirken, gestärkt werden. Ein Schwerpunkt liegt auf der Eingliederung der Gefangenen in das Leben in Freiheit. Schon während der Haftzeit arbeiten die Anstalten daher intensiv mit anderen Einrichtungen und Personen, z. B. der Bundesagentur für Arbeit, zusammen, um einen erfolgreichen Übergang aus dem Vollzugsalltag zu ermöglichen. Erstmals festgeschrieben wird, dass Maßnahmen, die für die Erreichung des Vollzugsziels als zwingend erforderlich erachtet werden, wie etwa zur Behandlung von Suchtmittelabhängigkeit, anderen vorgezogen werden. Entscheidend ist, dass sich Straftäter intensiv mit den Ursachen und Folgen ihrer Straftat auseinandersetzen. Als Voraussetzung für ein straffreies Leben nach der Entlassung dient diese Regelung auch der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine Neuausrichtung erfolgt auch für die Sozialtherapie der Gefangenen. Die Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Einrichtung ist nunmehr nicht nur für Gefangene, die Sexualstraftaten begangen haben, sondern auch für andere Gefangenengruppen (z. B. Gewalttäter) verpflichtend.

Das erfolgreiche Pilotprojekt Handyblocker wird auf die Untersuchungshaft in Berlin ausgedehnt, damit keine weiteren Straftaten mit dem Mobiltelefon organisiert oder Zeugen beeinflusst werden können.

Wir haben die Zahl der Jugendarrestplätze verdoppelt, damit straffällige Jugendliche zeitnah eine Reaktion auf ihre Taten erfahren und verstehen, dass Kriminalität keine Zukunftsperspektive hat.

Mit dem neuen Gesetz zur Sicherungsverwahrung können Straftäter, die nach Verbü-

ßung ihrer Strafe weiter eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen, auf dem Gelände der JVA Tegel untergebracht werden.

Verbraucherschutz

Wir haben uns für eine rechtssichere Regelung zur Information der Besucherinnen und Besuchern von Gaststätten über das Ergebnis von amtlichen Untersuchungen insbesondere zur Hygiene (Smiley oder Hygiene-Ampel) eingesetzt. Da eine bundeseinheitliche Lösung im Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch derzeit nicht durchsetzbar ist, streben wir eine Öffnungsklausel an, die den Ländern einen eigenen Gestaltungsspielraum gibt, Regelungen zum Aushang der Ergebnisse amtlicher Kontrollen in den betroffenen Lebensmittel- und Futtermittelunternehmen zu treffen. Dazu haben wir im Herbst 2015 eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die derzeit in den Ausschüssen des Bundesrates beraten wird.

Wir sorgen auch für mehr Verbraucherschutz, z. B. mit dem besseren Schutz gegen den Erwerb von „Schrottimobilien“, mit mehr Transparenz bei der Bestellung von Insolvenzverwaltern und unserer Bundesratsinitiative für die Begrenzung von Kreditzinsen. Die Verbraucherzentrale Berlin erhält mehr Geld für ihre Arbeit.

Wir haben uns erfolgreich auf der Bundesebene für den Wegfall von Bearbeitungsgebühren bei Krediten und auf der Ebene des europäischen Rechts für ein Basis-Konto für alle eingesetzt.

Wir fördern den kieznahen Verbraucherschutz (Verbraucherschutz vor Ort) und haben auch hier den Titel im Haushalt aufgestockt. Außerdem haben wir den Verbraucherschutz als Querschnittsthema in den neuen Berliner Rahmenlehrplänen der Schulen implementiert.

Wir haben in dieser Wahlperiode den jährlichen Etat der Verbraucherzentrale Berlin um mehr als 35 % gesteigert. Außerdem werden zusätzlich dazu 300.000 für Öffentlichkeit und Aufklärung im Bereich Verbraucherschutz / Lebensmittelsicherheit in der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ausgeben.

Wir haben dafür gesorgt, dass ein neues Verbraucherportal online gegangen ist. Regelmäßig wird ein Verbrauchermonitor erhoben, immer mit wechselnden Themenschwerpunkten.

Tierschutz

Wir werden aller Voraussicht nach bis zum Ende der Wahlperiode ein neues Hundegesetz beschließen, das u.a. eine generelle Leinenpflicht, ausgenommen Hundeauslauf-

gebiete, vorsieht, von der allerdings eine teilweise Befreiung möglich ist, wenn die Halterin oder der Halter eine Sachkundebescheinigung hat. Diese Sachkundebescheinigung soll dazu beitragen, das Wissen der Berliner Hundehalterinnen und -halter über das Verhalten von Hunden und den Umgang mit ihnen deutlich zu verbessern und damit nicht nur dem Tierschutz, sondern auch der Gefahrenabwehr dienen. Neben weiteren Neuregelungen ist die Einrichtung eines zentralen Hunderegisters vorgesehen, in dem alle in Berlin gehaltenen Hunde gemeldet werden müssen.

► **Digitale Verwaltung, Netzpolitik, Datenschutz und Informationsfreiheit**

Wir haben zunächst das Online-Portal „Maerker“ eingeführt, über das Anwohnerinnen und Anwohner den Ordnungsämtern z. B. illegal entsorgten Müll oder defekte Ampelanlagen melden können. Der Bearbeitungsstand kann im Internet verfolgt werden. Inzwischen ist „Maerker“ durch das Anliegenmanagementsystem (AMS) abgelöst worden, das als „Ordnungsamt-Online“ der Berliner Bezirke abrufbar ist.

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen wurde ein Antrag für Maßnahmen beschlossen, die das Ziel haben, dass es ausreichend Termine bei den Bürgerämtern für alle Berlinerinnen und Berliner gibt. Dafür erhalten die Berliner Bezirke weitere 36 Stellen, die zweckgebunden in den Bürgerämtern eingesetzt werden, so dass das Kontingent an Terminen ausgebaut werden kann. Eine Analyse im Auftrag der Senatsverwaltung für Finanzen soll zudem ermitteln, wie man organisatorische Abläufe vor Ort in den Ämtern verbessern kann und warum die Bezirke hier unterschiedlich gut dastehen. Entscheidend ist auch die Verbesserung der Online-Terminvergabe in Zuständigkeit der Innenverwaltung, so dass umgehend wieder möglich sein wird, leicht und bequem an einen Termin zu kommen. Zudem sollen zukünftig mehr Leistungen der Bürgerämter auch komplett online erledigt werden können. Darüber hinaus gehen wir gegen den Missbrauch der Online-Terminbuchung durch kommerzielle Anbieter vor. Technische Maßnahmen werden künftig die automatisierte Belegung offener Termine verhindern.

Mit dem Berliner E-Government-Gesetz werden wir die Grundlage für medienbruchfreie elektronische Verwaltungsabläufe, die Förderung von Open Data und mehr elektronische Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger schaffen. So sind die Regelungen zur zentralen Steuerung des IT-Einsatzes in der Berliner Verwaltung und der Einführung umfassender elektronischer Arbeitsabläufe entscheidend für die nachhaltige Modernisierung der Verwaltung. Die Regelungen im E-Government-Gesetz sollen sowohl dazu beitragen, Verwaltungsabläufe bürgernäher und moderner zu gestalten als auch den Verwaltungsmitarbeitenden die Arbeit zu erleichtern. Ein wesentlicher Bestandteil ist dabei die **elektronische Akte**, die die Papierakte nach und nach ersetzen wird. Die elektronische Akte wird nun als Pilotprojekt zunächst in der Innenverwaltung (bis auf den Verfassungsschutz), einem Teil des Polizeipräsidiums, dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (bis auf die Ausländerbehörde) und

dem Sozialamt des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg eingeführt.

Das von uns angeregte Projekt „Freies WLAN für Berlin“ befindet sich seit Ende November 2015 in der Umsetzungsphase. Ende November 2015 wurde der Vertrag über die Einrichtung und den Betrieb kostenfrei nutzbarer WLAN-Hotspots im Land Berlin zwischen der Senatskanzlei und einem privaten Anbieter unterschrieben, der insgesamt 650 WLAN-Access Points an und in öffentlichen Gebäuden (Rathäuser, Bürgerämter, Bibliotheken) anbringen wird, davon 325 Indoor- und 325 Outdoor-Access-Points. Das WLAN-Angebot wird zeitlich unbegrenzt und kostenfrei nutzbar sein – und dies nicht nur in der Innenstadt, sondern mit einer Verteilung auf alle interessierten Bezirke. Zur Finanzierung des Angebots wird zu Beginn der Nutzung für max. 10 Sekunden Werbung zu sehen sein.

Arbeitskreis II

Bildung, Jugend, Familie, Wissenschaft, Sport

Die Wahlperiode war geprägt von der Devise des Schulfriedens: keine weiteren Veränderungen und Belastungen für SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen – dafür Konzentration auf die Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen.

Die erste einschneidende Verbesserung dieser Rahmenbedingungen war die Offensive für ein besseres und gesünderes Mittagessen. Durch die moderate Erhöhung der Elternbeiträge konnte die Essensqualität flächendeckend an allen Berliner Schulen gesteigert werden.

Auch die Lehrerversorgung haben wir entschieden verbessert. Um den Unterricht in Mangelfächern frühzeitig zu sichern, wurden die Bedingungen für Quereinsteiger auf eine solide Grundlage gestellt. Dabei wurde sichergestellt, dass der Anteil von Quereinsteigern auf das notwendige Maß reduziert, zugleich aber die pädagogische Qualifizierung berufsbegleitend sichergestellt wird. Außerdem haben wir die Grundlagen dafür geschaffen, mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen und die Integration durch Anerkennung ausländischer Berufsqualifikation zu fördern.

Daneben haben wir wesentliche flankierende Maßnahmen eingeleitet, um Berlin als Arbeitsort für Lehrkräfte attraktiv zu halten. Ganz wesentlich dabei ist die Bezahlung. Schon junge Lehrerinnen und Lehrer profitieren von der sehr guten Vergütung nach der höchsten Erfahrungsstufe, die üblicherweise erst nach einer Berufserfahrung von mindestens 10 Jahren gewährt wird. Damit konnten wir die Zahl der neu eingestellten Lehrkräfte auf hohem Niveau halten und steigern.

Im Schulgesetz haben wir die Verantwortung der Eltern für die Teilnahme ihrer Kinder

an den Sprachstandsfeststellungen verbindlich festgelegt sowie die Möglichkeit eingeräumt, bei Nichtbeachtung ein Bußgeld zu verhängen. Ferner haben wir die Aufnahmebedingungen an den Schulen modifiziert und insbesondere Geschwisterkindern eine Privilegierung eingeräumt. Schulen haben größere Freiheiten bei der Gestaltung des Jahrgangsübergreifenden Lernens; die Wahlfreiheit der Eltern beim Einschulungsalter wurde ebenfalls ausgeweitet. Auch die Maßnahmen zur Prävention des Schulschwänzens haben wir auf eine klare Grundlage gestellt.

Schließlich haben wir die Abgeltung der Arbeitszeitkonten für Lehrkräfte gesetzlich geregelt und die Schulsekretärinnen dienstrechtlich der Senatsverwaltung für Bildung zugeordnet.

Mit dem Bonus-Programm haben wir die Situation der Schulen in schwierigen Quartieren deutlich verbessert. Die finanzielle Ausstattung und die qualitative Verbesserung der Angebote standen dabei im Vordergrund. Das Bonus-Programm konnten wir mittlerweile auf Berufsschulen und Schulen in freier Trägerschaft ausweiten, um die Rahmenbedingungen für gute Bildung in allen Jahrgängen durchgehend zu gewährleisten. Die Schwerpunkte der Umsetzung liegen dabei in der Schulsozialarbeit, der Verbesserung des Lernumfeldes sowie weiteren einzelnen Maßnahmen wie etwa die Bereitstellung von Lerncoaches oder Lerntherapeuten.

Mit den SIWA-Mitteln ist es uns darüber hinaus gelungen, die Infrastruktur im Bereich Bildung und Jugend erheblich zu verbessern. Darüber hinaus haben wir großen Wert auf den Ausbau der Kitaplätze im Land Berlin gelegt. Dabei geht es nicht nur um die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze, sondern vor allem um die Schaffung neuer Kindertagesstätten und die Einstellung von mehr und gut ausgebildetem Fachpersonal. Damit werden wir den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht.

Zugleich schaffen wir die Voraussetzungen, dass alle Kinder in Berlin den Zugang zu guter Bildung erhalten: Nachdem wir bereits die Gebühren für die letzten drei Jahre vor Schulbeginn in der Kita abgeschafft haben, werden wir die Gebührenfreiheit jetzt schrittweise auf die gesamte Kita-Zeit ausweiten. Gleichzeitig werden wir den Personalschlüssel in den Kitagruppen absenken und damit das hervorragende Angebot in unseren Berliner Kindertageseinrichtungen weiter qualitativ verbessern. Einen besonderen Wert haben wir dabei auf die Sprachförderung gelegt. Bereits in der Kita werden die wesentlichen Instrumente vermittelt, um im Schulalltag und später im Berufsleben zurechtzukommen. Mit dem Sprachlernstagebuch und den Sprachstandsfeststellungen haben wir die Berliner Kindertagespflegeeinrichtungen bestens ausgerüstet.

Das in Berlin erfolgreich etablierte Netzwerk Kinderschutz haben wir verstetigt und weiter entwickelt. Darüber hinaus haben wir die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, um unabhängig von der Zuständigkeit von Ämtern Kindern, Jugendlichen und ihren El-

tern schnelle Hilfe zu gewährleisten. Dazu gehört insbesondere eine Verbesserung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule, aber auch die Entwicklung von Fachstandards in der Jugendhilfe, um etwa Hilfen zur Erziehung punktgenau einsetzen zu können und effizient wie effektiv die richtige Hilfe anbieten zu können. Daneben haben wir die notwendigen Mittel für weitere Familienzentren bereitgestellt. Die lokalen Bildungsverbände haben wir finanziell noch einmal besser ausgestattet. Diese wollen wir zu regionalen Bildungsnetzwerken weiterentwickeln, um lokale Bildungseinrichtungen und weitere rund um Kita, Schule und Jugend engagierte Akteure vor Ort besser zu vernetzen.

Ein zentrales Thema der Bildungspolitik bleibt der Umgang mit Migration und Flucht. Wir haben bereits in der Vergangenheit Weichen gestellt, um die Integration von Menschen mit ausländischen Bildungsabschlüssen zu vereinfachen, soweit dies im Rahmen der Landesgesetzgebung möglich ist. Die besonderen Herausforderungen im Rahmen der Flüchtlingspolitik liegen auf der Frage des Umgangs mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, der Unterbringung und Beschulung sowie der familiären Situation der Menschen.

Berlin hat national wie international hoch angesehene Universitäten und Hochschulen, die Studierende und Lehrende aus aller Welt attraktiv sind. Deshalb haben wir die Hochschulverträge neu verhandelt und somit erneut die Finanzierung der Berliner Hochschulen auf eine solide und verlässliche Grundlage gestellt. Dabei ist uns allerdings auch wichtig, was die Hochschulen gesellschaftspolitisch leisten, indem sie etwa unsere Lehrerinnen und Lehrer oder Ärztinnen und Ärzte gut und praxisnah ausbilden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen dazu haben wir, etwa mit der Reform der Ausbildung der Lehrkräfte, aber auch mit der Anpassung der Besoldung der Professorinnen und Professoren in dieser Wahlperiode neu gestaltet.

Die Grundlagen für die Fortführung der Exzellenzinitiative haben wir gelegt. Die Berliner Hochschulen werden auch in Zukunft unabhängig von Bundesprogrammen dazu in Lage sein, ihre herausragenden Arbeiten in Forschung und Lehre fortzusetzen und auszubauen. Über die Schaffung des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung ist uns darüber hinaus die Kooperation von Charité und Max-Delbrück-Centrum gelungen, die zur exzellenten Forschung beitragen und dabei den Landeshaushalt entlasten kann.

Arbeitskreis III

Kultur, Europa-, Bundesangelegenheiten, Medien

► Kultur

Insbesondere die Errichtung des Humboldtforums stellt die Kulturpolitik vor große Herausforderungen. Neben den baurechtlichen und stadtentwicklungspolitischen Fragen

stellte sich vor allem die Frage der Nutzung des Areals des ehemaligen Stadtschlusses durch den Bund und das Land Berlin und deren Auswirkungen auf Institutionen in der Stadt. Auch inhaltliche Fragen der Nutzung spielten eine Rolle. Wesentlich waren für die SPD-Fraktion allerdings der Umzug und die Konzeption der staatlichen Museen von Dahlem nach Mitte. In diesem Zusammenhang haben wir uns auch mit der Nachnutzung der Dahlemer Standorte befasst.

Ein weiteres zentrales Projekt dieser Wahlperiode war die Suche nach einem Standort für die Zentral- und Landesbibliothek. Eingebettet in eine Gesamtkonzeption der Berliner Bibliotheken hat die SPD-Fraktion die Frage eines einheitlichen und modernen Bibliothekskonzepts für die ZLB diskutiert und auch nach dem Volksentscheid über das Tempelhofer Feld weiter auf eine Lösung gedrungen.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der Fraktion war die Förderung der Freien Szene. Es ist gelungen, zu einem transparenten, fairen und offenen Vergabeverfahren über die Kulturmittel zu gelangen, das einen professionellen administrativen Rahmen für die Vergabe öffentlicher Mittel an Künstlerinnen und Künstler vorgibt. Damit werden wir der Bedeutung der Freien Szene in Berlin, ihrer Produktivität und ihrer Kreativität gerecht.

Auch die Atelierförderung steht weiterhin im Fokus unserer Politik. Hier stellen wir sicher, dass Berliner Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit eingeräumt wird, zu angemessenen Mieten Atelierräume anzumieten und zu nutzen.

Einen wichtigen Schwerpunkt unserer kulturpolitischen Arbeit stellt die Förderung und Weiterentwicklung unserer Theaterhäuser dar. Neben den großen Häusern – wie etwa der Staatsoper – lagen uns dabei vor allem die Kinder- und Jugendtheater am Herzen. Auch die Boulevardbühnen am Kurfürstendamm und deren Zukunft waren ebenso Thema wie die Modernisierung und Einführung eines Ticketingsystems für die landeseigenen Bühnen. Weitere Themen waren Kunst am Bau, der Erhalt einer offenen Clubkultur, das Gedenkstättenkonzept sowie die Digitalisierung von Kunst- und Kulturgütern. Im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen in Berlin hat sich die SPD-Fraktion neben allgemeinen Fragen zum Zugang zur Kultur und der Inklusion im Kulturbereich vor allem mit der kulturellen Bildung und Teilhabe für (junge) Flüchtlinge auseinandergesetzt. Zu regeln ist noch die Frage der Verteilung der Einnahmen aus der City Tax für kulturelle Projekte.

► Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien

Der Rundfunkstaatsvertrag ist angepasst und überarbeitet worden, insbesondere zur Umstellung des alten Gebührensystems auf den Haushaltsbeitrag. Damit hat sich die Finanzausstattung der öffentlich-rechtlichen Anstalten nachhaltig stabilisiert. In wei-

teren Schritten wurden die Beiträge gesenkt, die Zusammensetzung der Rundfunkräte den gesellschaftlichen Veränderungen angepasst, die Präsenz im Internet und das Jugendangebot staatsvertraglich abgesichert.

Große Bedeutung kam der Netzpolitik zu. Auf europäischer Ebene hat das Europäische Parlament die Netzneutralität als Prinzip bestätigt und in das neue europäische digitale Regelwerk aufgenommen, allerdings mit Ausnahmen zugunsten sogenannter kommerzieller „special services“. Diese Ausnahmen hat Berlin auf Initiative der SPD-Fraktion in mehreren Stellungnahmen vor dem Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Parlament scharf kritisiert.

Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit dem Senat den Ausbau des freien WLAN-Netzes in Berlin vorangetrieben. Ein zentrales Anliegen ist hierfür, Rechtssicherheit für private und gemeinnützige Betreiber von WLAN-Netzen zu schaffen. Deren Benachteiligung bei der Störerhaftung muss beseitigt werden. Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Senat mit einer Bundesratsinitiative die Anpassung der Störerhaftung im Telemedienrecht des Bundes eingebracht.

Wichtige politische Vorhaben auf europäischer Ebene hat die SPD-Fraktion in verschiedenen parlamentarischen Initiativen kritisch begleitet, so z.B. die Verhandlungen zum TTIP-Abkommen, zur EU-Städteagenda oder zur europäischen Datenschutzgrundverordnung.

Regelmäßig hat die SPD-Fraktion den Ausbau des Film- und Fernsehproduktionsstandorts Berlin thematisiert und in Zusammenarbeit mit Senat und Medienboard vorangetrieben.

Die von der SPD-Fraktion initiierte Digitalisierung der Berliner Programmkinos konnte in dieser Wahlperiode abgeschlossen werden. Für die Erhaltung der Berliner Clubkultur hat die Fraktion durch Anträge und weitere Initiativen Sorge getragen.

Arbeitskreis IV

Wirtschaft, Forschung und Technologie und Beteiligungsmanagement und -controlling

In der 17. Legislaturperiode war der Arbeitskreis IV (AK IV) für die Politikbereiche Wirtschaft, Forschung und Technologie zuständig. Dem Arbeitskreis gehörten 6 Abgeordnete an. Vom 1. Dezember 2011 bis zum 14. Dezember 2012 war der AK IV auch für den Sonderausschuss „Wasserverträge“ des Abgeordnetenhauses von Berlin zuständig. In dieser Zeit gehörten dem AK IV weitere 4 Abgeordnete an.

Der Auftrag des Sonderausschusses „Wasserverträge“ war es die Umsetzung des Gesetzes für die vollständige Offenlegung von Geheimverträgen zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) vom 4. März 2011 zu begleiten und voranzutreiben. Es wurden Sachverständige angehört und auf die Offenlegung des Konsortialvertrages hingewirkt (siehe Abschlussbericht Drucksache 17/0750).

Darüber hinaus hat sich der AK IV für den Rückkauf der privaten Geschäftsanteile der Wasserbetriebe eingesetzt. Mit dem vollständigen Rückkauf der Wasserbetriebe (Abgeordnetenhaus Beschluss vom 7. November 2013, Drucksache 17/1275) wurde ein spürbarer Beitrag zur Versorgungssicherheit und Qualitätssicherung geleistet. Die Wasserbetriebe sind nun zu 100 % in Landesbesitz. Damit wurde ein wichtiger Schritt zur Rekommunalisierung von Unternehmen der Daseinsvorsorge gegangen. Die Trinkwasserpreise wurden um 15 % gesenkt.

Zu den Sitzungen des AK IV, die grundsätzlich alle zwei Wochen stattfanden, wurden zur Förderung der Verzahnung mit dem Landesverband der Fachausschuss VII und ein für Wirtschaft zuständiger SPD-Stadtrat regelmäßig eingeladen. Daneben wurde regelmäßig die Senatorin für Wirtschaft für einen Bericht zur Aktuellen Lage eingeladen, die sich bisweilen auf Staatssekretärebene vertreten ließ.

Der AK IV hat sich für die Stärkung des Berliner Wirtschaftsstandortes eingesetzt und die Rahmenbedingungen verbessert. Insbesondere die Vernetzung der Wirtschaft mit der Forschung und Wissenschaft und die Absicherung der Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge haben eine große Rolle gespielt.

Der AK IV hat sich regelmäßig über die Arbeit der Enquete Kommission „Neue Energie für Berlin“ berichten lassen und die Arbeit der Kommission für die Zeit ihrer Einsetzung vom 8. Mai 2014 bis zum 3. November 2015 konstruktiv begleitet. Die SPD-Fraktion hat sich in der Enquete-Kommission für weitreichende Beschlüsse einer nachhaltigen Energiepolitik des Landes eingesetzt. Im Abschlussbericht (Drucksache Nr. 17/2500) empfiehlt die Kommission einen umfassenden Strukturwandel hin zur ausschließlichen Nutzung erneuerbarer Energien für die Stromversorgung Berlins, einen Ausstieg aus der Nutzung der Braun- und Steinkohle, den vollständigen Rückkauf der Gas- und Stromnetze, eine strategische Ausrichtung der Berliner Gas- und Stromunternehmen auf die Energiewende-Ziele des Landes, die Prüfung der Voraussetzungen für eine Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes und die Aufgaben und die Struktur des Berliner Stadtwerks auf Basis des von den Berliner Wasserbetrieben vorgeschlagenen „Berliner Modell“ zukunftsfähig auszuweiten. Unternehmensstrukturen unter Einbeziehung von privatem Engagement in sogenannter Öffentlich Privater Partnerschaft lehnt die SPD-Fraktion ab und setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung ein.

Der AK IV begleitet regelmäßig aktiv die Arbeit des Unterausschusses für Beteiligungs-

management und -controlling. Der Beteiligungsausschuss kontrolliert die großen öffentlichen Unternehmen Berlins, z.B. die Wohnungsunternehmen, die Berliner Stadtreinigung, die Berliner Verkehrsbetriebe, die Messe Berlin, die Investitionsbank und die Berliner Wasserbetriebe. In 14tägig vertraulich tagenden Sitzungen werden Geschäftsführungen bzw. Vorstände der Landesunternehmen nach der aktuellen und geplanten wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Unternehmen befragt und ggf. durch Beschluss gesteuert.

Der AK IV hat den Antrag (Drs.17/2130) zur Erhöhung der Bekanntheit und Akzeptanz des Gewerbe-Portal Berlin vorbereitet und sich für die Erweiterung des mehrsprachigen Angebots des Einheitlichen Ansprechpartner (EA) eingesetzt.

Der AK IV hat das Berliner Gesetz zur Einführung von Immobilien- und Standortgemeinschaften (Drucksache 17/1599) mit vorbereitet und damit die Rahmenbedingungen für den Berliner Einzelhandel weiter verbessert und die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistung zukunftsfähig aufgestellt.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (Drucksache 17/0211) hat sich der AK IV dafür eingesetzt, dass der Mindestlohn, den ein Unternehmen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zahlen muss, dass für das Land Berlin arbeitet, von 7,50 Euro auf 8,50 Euro hoch gesetzt wird. So werden nachhaltig die Berliner Unternehmen gestärkt, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern faire Arbeitsbedingungen und Löhne anbieten. Das Gesetz beugt ruinösem Wettbewerb und Dumpinglöhnen vor. Um das Vergabegesetz besser zu kontrollieren, wurde die Kontrollgruppe gestärkt und über den Berliner Haushalt die Finanzierung weiterer Mitarbeiterstellen abgesichert.

Die Beratung des Landesmindestlohngesetz (Drucksache 17/1152) wurde vom AK IV begleitet. Mit dem Gesetz wird dauerhaft dafür gesorgt, dass im Berliner Landesdienst die Lohnuntergrenze von 8,50 Euro nicht unterschritten wird. Das Gesetz gilt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Berliner Verwaltung, der landesunmittelbaren öffentlich rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, der Hochschulen, der Gerichte des Landes Berlin, des Abgeordnetenhauses von Berlin, des Rechnungshofs von Berlin und des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Zur Umsetzung der Energiewende Berlin hat sich der AK IV für eine gesetzliche Grundlage für einen eigenen Energieerzeuger und –vertrieb für erneuerbare Energien eingesetzt (Beschluss Drs. 17/1248). Das neue Unternehmen ist Tochter der BWB und wird als integrierter Energiedienstleister neben einer wirtschaftlichen Betriebsführung zugleich sozial-, umwelt- und strukturpolitische Grundsätze verfolgen. Dabei ist Transparenz und die Beteiligung der Bevölkerung gleichermaßen wichtig. Die Gründung des Berliner Stadtwerks wurde unter Zugrundelegung des sog. modifizierten Beschlussmo-

dells als Gesellschaft mit beschränkter Haftung als Tochtergesellschaft der Berliner Wasserbetriebe AöR verwirklicht. Die SPD-Fraktion setzt sich gegenüber dem Koalitionspartner dafür ein, die Aufgaben und die Struktur des Berliner Stadtwerks auf Basis des von den Berliner Wasserbetrieben vorgeschlagenen „Berliner Modell“ auszuweiten.

Der Prozess der Erstellung eines neuen Unternehmensvertrags des Landes Berlin mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) (Drucksache 17/2510) wurde vom AK IV begleitet. Die BSR wird laut Vertrag als Anstalt des öffentlichen Rechts langfristig als wichtiger Arbeitgeber und verlässlicher Dienstleister für die öffentliche Daseinsvorsorge mit dem bisherigen Aufgabenumfang erhalten bleiben. Die BSR verpflichtet sich im Gegenzug bis 2020 jährlich durchschnittlich 350 Menschen auszubilden, die Arbeitsbedingungen alters- und leistungsgerecht zu gestalten, das betriebliche Gesundheitsmanagement auszubauen und die Gebühren zu verstetigen. Das Land Berlin wird die BSR bei Planungsprozessen der wachsenden Stadt einbeziehen. Zur Erfüllung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Landes Berlin, insbesondere zur Verbesserung der Energieeffizienz, den verstärkten Einsatz regenerativer Energieerzeugungsanlagen, die hochwertige Verwertung aller Abfälle, die Steigerung der getrennt erfassten Bioabfallmengen und der verstärkte Einsatz innovativer, umwelt- und klimaschonender Fahrzeuge wird die BSR einen Beitrag leisten.

Zur Förderung der Gründungsszene, insbesondere im Bereich der Kreativ- bzw. Kulturwirtschaft und für Technologie Startups wurden der Venture Capital (VC) Fonds Kreativwirtschaft Berlin II und den VC Fonds Technologie Berlin II (Drucksache 17/2105) eingerichtet. Das Land hat durch die Fonds die Chance, Rückflüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) zu generieren und diese revolvierend zu verwenden. Berlin ist heute Start-up Hauptstadt Europas und wächst weiter.

Mit dem Aktionsprogramm Handwerk 2015 – 2017 (Drucksache 17/2058) hat das Land Berlin mit Unterstützung des AK IV gemeinsam mit der Handwerkskammer 32 konkrete Maßnahmen in Bereichen der Bildung und Weiterbildung, Innovation, Energiewende und Stadtentwicklung festgelegt, mit denen die Berliner Handwerksbetriebe fit für die Zukunft gemacht werden sollen. Ziel ist es die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksbetriebe nachhaltig zu stärken. Außerdem hat sich der AK IV für die Einführung eines berlinweit geltenden Parkausweises für Betriebsfahrzeuge des Handwerks erfolgreich eingesetzt (Drucksache 17/0709).

Berlins Wirtschaftswachstum wird auch mit EU-Mitteln gefördert. Das Land Berlin nutzt die EU-Mittel aus der Förderperiode 2014-2020, rund 635 Mio. EUR an Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und rund 215 Mio. EUR aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Unterstützung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum und zur Erreichung eines hohen Maßes an Beschäftigung, Produktivität und sozialem Zusammenhalt, siehe Drucksachen 17/1644 und 17/1628.

Zur Verbesserung der Kreditversorgung der Berliner Wirtschaft wurde das Bürgschaftsinstrumentarium Berlins (Drucksache 17/0805) neu ausgerichtet. Im Auftrag des Landes Berlin leisten die Investitionsbank Berlin (IBB) und die Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg (BBB) gemeinsam einen erheblichen Beitrag zur Sicherung Berliner Unternehmen und ihrer Wachstumsschritte. Die EFRE-Mittel wurden durch eine revolvierende Belegung für die Zeit nach Ende der EU-Förderperiode 2015 dauerhaft für den Bürgschaftsfonds abgesichert.

Das Förderangebot der Investitionsbank Berlin (IBB) wurde insbesondere für den Berliner Mittelstand neu positioniert. Beim IBB-Wachstumsprogramm (Drucksache 17/0697) steht die allgemeine Unternehmensfinanzierung mit Investitions- und Betriebsmittelanteilen oder Neuinvestitionen im Fokus. Das Programm richtet sich auch an technologieorientierte Unternehmen.

Das Online-Angebote der Berliner Verwaltung (Drucksache 17/1968) wurde weiter entwickelt. Ziel ist es bestehende Onlineverfahren konsequent und medienbruchfrei auszubauen. Die Angebote der Berliner Verwaltung sollen zentral nutzbar im Internet eingestellt sein.

Der Industriestandort Berlin wurde stabilisiert. Viele Neu- und Erweiterungsinvestitionen beleben den Wirtschaftsstandort Berlin. Arbeitsplätze wurden abgesichert. Auf Initiative des AK IV wurde für die Entwicklung Berlins zur Stadt der Elektromobilität aus dem Haushalt 1,1 Mio. € in 2014 und 1 Mio. € in 2015 zur Verfügung gestellt. Die Vernetzung von Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft konnte weiter intensiviert werden, mit gutem Beispiel geht z.B. die Hochschule für Technik und Wirtschaft am Industriekultur- und Zukunftsort in Oberschöneweide und Karlshorst voran.

Darüber hinaus wurden auf Initiative des AK IV zu zahlreichen Themen Besprechungen bzw. Anhörungen im Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie durchgeführt: z.B. Die Bedeutung der Kultur für die Berliner Wirtschaft, Wirtschaftsfaktor für Berlin: Tourismus- und Kongressindustrie, Stand der Umsetzung von OpenData, Entwicklungsstand Berlins zum Schaufenster Elektromobilität, Wirtschafts- und Innovationsbericht, EU-Strukturfonds-Förderperiode 2014-2020: Entwicklung operationeller Programme für ESF und EFRE, IT-Wirtschaft in Berlin, Industriepolitik in Berlin: Unterstützung von Branchennetzwerken und regionalen Wertschöpfungsketten.

Der AK IV hat sich dafür eingesetzt, dass der seit 2010 eingerichtete Steuerungskreis Industriepolitik beim Regierenden Bürgermeister fortgesetzt wird und seine Arbeit aktiv begleitet. Ziel ist es, Berlin zu einem wissensorientierten Industriestandort weiter auszubauen, Fachkräftebedarfe frühzeitig zu erkennen und einem Mangel vorzubeugen. Der AK IV hat die Fusion der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Berlin Partner mit der Technologiestiftung TSB aktiv begleitet. Damit wurde der letzte Schritt, der seit 2003

erfolgreich eingeleiteten Konzentration der Berliner Wirtschaftsförderungslandschaft, erfolgreich vollzogen. Berlin hat nun eine einheitliche Wirtschaftsförderstruktur und eindeutige Ansprechpartner.

Durch Initiative des AK IV wurde die wirtschaftliche Nachnutzung des Flughafens Tegel im Haushalt abgesichert. Sobald der Flugbetrieb eingestellt wird, kann mit dem Umbau der Infrastruktur des Flughafens begonnen werden. Der Wandel zu einem Forschungs- und Industriepark für Zukunftstechnologien kann sich damit schnell vollziehen. Am Standort Tegel entsteht ein zusammenhängender Forschungs- und Innovationspark. So sichern wir Arbeitsplätze und helfen, dass neue entstehen. Bis der Flugbetrieb beendet ist, gilt es die Bevölkerung weitestgehend zu schonen. Daher hat sich der AK IV für die vollständige Verlagerung der am Flughafen Tegel (TXL) in den Nachtstunden abgewickelten Fracht- und Postflüge zum bisherigen Flughafen Schönefeld (SXF) eingesetzt (Antrag Drucksache 17/1836).

Der AK IV hat die Beratung des strengsten Spielhallengesetz Deutschlands aktiv begleitet. Damit haben wir dem Niedergang der Geschäfts- und Einkaufsstraßen Berlins entgegen gewirkt. Mittlerweile wurde gerichtlich bestätigt: Das Berliner Spielhallengesetz ist verfassungsgemäß.

Seit 2003 schreibt der Tourismus ein Erfolgsjahr nach dem anderen. Der AK IV hat mit der Einführung der City Tax ab 1. Januar 2014 dazu beigetragen, dass das Land Berlin den notwendigen finanziellen Spielraum für ein intensiveres Engagement für die touristische Infrastruktur erhält. Die Förderung des Berlin-Marketing wurde von uns im Haushalt abgesichert und insbesondere für den Ausbau des Kongressmarketings um weitere 1,45 Mio. Euro jährlich erhöht. Der AK IV hat sich dafür eingesetzt, dass der seit Februar 2004 regelmäßig tagende „Runde Tisch Tourismus“ beim Regierenden Bürgermeister fortgesetzt wird.

Der AK IV hat sich zur Stärkung der Entwicklung regionaler Wirtschaftszentren für eine neue Liegenschaftspolitik eingesetzt. Anstelle des Verkaufs von Grundstücken nach dem Höchstpreisprinzip wird heute ermöglicht, dass auf landeseigenen Grundstücken eine strategische Stadtraumplanung und die Entwicklung von regionalen gewerblichen und kulturellen Zentren stattfinden kann. So kann Berlin als kreative Metropole weiter ausgebaut werden. Statt kurzfristiger Veräußerungsgewinne gibt es eine anhaltende Stadttrendite.

Zur Stärkung der Berliner Forschungslandschaft wurde im Rahmen der Haushaltsverhandlungen die Geschäftsstelle des Forums Transregionale Studien abgesichert und die Förderung für das Berlin-Brandenburgische Zentrum für Regenerative Therapien sowie für das Heinrich Hertz Institut erhöht. Daneben konnten durch den Dialog mit den Berliner Forschungseinrichtungen Missverständnisse aufgelöst und viele Finanzierungsfragen geklärt werden. Der Berliner Gesamtat für den Bereich Forschung bezo-

gen auf das Jahr 2012 wurde um rund 18 Prozent erhöht, von rund 256 Mio. Euro im Jahr 2012 auf 301 Mio. Euro im Haushaltsansatz für das Jahr 2017.

Die Vernetzung der Berliner Forschung wurde weiter vorangetrieben. Erklärtes Ziel ist es, zu einer weiteren Belebung der außeruniversitären Forschung beizutragen, den High Tech-Standort Berlin weiterzuentwickeln, Startup-Gründungen zu fördern und dauerhaft in Berlin zu halten. Der Forschungsstandort Berlin-Brandenburg wird so immer mehr zu einem Innovationsmotor des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Der AK IV hat sich für die Entwicklung der Standorte für Zukunftsindustrien und -technologien eingesetzt. Die Berliner Kompetenzfeldstrategie wurde um das Konzept der Zukunftsorte erweitert. Mit dem abgestimmten Clustermanagement werden freie Flächen entwickelt und mit wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Leben erfüllt. Orte wie Adlershof sind uns ein Vorbild für die industrielle Entwicklung von Standorten wie z.B. dem CleanTech Business Park in Marzahn-Hellersdorf.

Der AK IV hat sich für die Fortentwicklung der Planung für die Tangentiale Verbindung Ost (TVO) eingesetzt, damit die verkehrliche Anbindung der Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg-Hohenschönhausen und Treptow-Köpenick an den Flughafen BER und die Anbindung der Gewerbegebiete untereinander in Adlershof, Berlin East Side, Innovationspark Wuhlheide und CleanTech-Business Park Marzahn verbessert wird. Der AK IV hat sich die Abmilderung der negativen Konsequenzen für die betroffenen Unternehmen durch die Verschiebung der Eröffnung des Flughafens BER eingesetzt und hierzu Gespräche mit dem Berliner Einzelhandelsverband, Berlin Partner und der Flughafengesellschaft geführt.

Mit verschiedenen Unternehmensbesuchen bzw. Besuchen der wichtigen Institutionen der Berliner Wirtschaft und Forschung haben die Abgeordneten des AK IV sich ein Bild von der wirtschaftlichen Lage des Landes Berlin gemacht und waren Ansprechpartner für die verschiedenen Belange der Berliner Unternehmerinnen und Unternehmer. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Land Berlin und den grenznahen polnischen Wojewodschaften hat sich der AK IV mit der polnischen Botschaft und dem Verein polnischer Kaufleute und Industrieller ausgetauscht.

Arbeitskreis V

Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Verkehr, Umwelt, Energie

► Übergeordnete Themen

Berlin ist liebenswert und lebenswert. Für alle! Deshalb haben wir die Maßnahmen für eine **Soziale Stadtentwicklung** fortgesetzt, u.a. Weiterentwicklung der Quartiere, sozial

gerechte Mietentwicklung, Sanierung und Stadtumbau, Integration, Demographie, Barrierefreiheit sowie altersgerechtes und generationsübergreifendes Wohnen.

Berlin erfreut sich - weltweit – einer immer noch zunehmenden **Beliebtheit und Attraktivität**. Der Touristenstrom ist ungebrochen, und auch die Einwohnerzahl ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Wir haben die **Bevölkerungsprognose** angepasst und gehen nunmehr von einer Zielzahl in Höhe von rd. 3,9 Mio. Einwohnern bis zum Jahr 2030 aus. Die damit verbundenen stadtplanerischen Herausforderungen haben wir angenommen:

Einerseits durch zügige Flächenentwicklung, Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, Aufstockung von Personal in den öffentlichen Verwaltungen und Planung und Errichtung der notwendigen technischen und sozialen Infrastruktur.

Ferner durch Auflegung eines ehrgeizigen Wohnungsneubauprogramms in Milliardenhöhe und **Sicherung von dauerhaftem und bezahlbarem Wohnraum**, u.a. Zweckentfremdungsverbot, Verlängerung der Kündigungsschutzfristen, Umwandlungsverbot, Begrenzung der Sozialmieten und Einführung der Mietpreisbremse als erstes Bundesland.

Durch eine **Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik**, die bei der Vergabe von Grundstücken nicht in erster Linie auf den erzielbaren Höchstpreis setzt, nutzen wir nunmehr dieses Instrument für eine ausgewogene, sozial gerechte und wirtschaftlich vernünftige Stadtentwicklung. In diesem Zusammenhang steht auch das erfolgreich eingeführte **Modell der kooperativen Baulandentwicklung**.

Berlin hat im Rahmen des bundesweiten Verteilungsschlüssels gerade in den letzten beiden Jahren eine große Anzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden aufgenommen. Mit Hochdruck arbeitet die Stadt daran, eine menschenwürdige Erstversorgung zu gewährleisten und eine nachhaltige Integration zu organisieren.

Wir haben die **Partizipation der Stadtgesellschaft** bei Planungen durch neue, zeitgemäße Beteiligungsformen weiterentwickelt.

Das Berlin der Zukunft benötigt eine **nachhaltige Umweltpolitik**. Ziel ist es, Berlin bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt zu entwickeln. Der vorgelegte Endbericht zum „**Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK)**“ ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Bis zum Sommer 2016 ist die Verabschiedung des **Energiewendegesetzes** geplant. Ferner haben wir - auch im Rahmen unserer Mitwirkung in der Enquete-Kommission des Berliner Abgeordnetenhauses - die Weichen für die Erneuerung der energiewirtschaftlichen Strukturen gestellt.

Ein weiterer politischer Schwerpunkt war die **Rekommunalisierung von Einrichtungen der Ver- und Entsorgung** als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mit dem Rückkauf der Anteile der Berliner Wasser Betriebe und der Errichtung eines Berliner Stadtwerks sind erste wichtige Schritte bereits vollzogen. Weitere Schritte im Sinne dieser politischen Zielsetzung sollen folgen.

Die von der Fraktion entsandten Mitglieder haben konstruktiv in den **Untersuchungsausschüssen** „Flughafen BER“ und „Staatsoper Unter den Linden“ sowie in der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ mitgewirkt.

► Stadtplanung, Naturschutz

Für eine nachhaltige, langfristig angelegte Stadtentwicklung wurde das „**Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030**“ erarbeitet und aktualisiert. Daneben wurden diverse „Planwerke und Raumkonzepte“, wie das Planwerk Innere Stadt mit den Bereichen City-Ost und City-West oder der Planungsraum Südost, fortgeschrieben. Der **Flächennutzungsplan** wurde in Teilbereichen mehrfach an die real notwendige Weiterentwicklung angepasst. Die enorm rasche Expansion und Weiterentwicklung Berlins machte im Hinblick auf **Zuständigkeiten und Beschleunigung bzw. Vereinfachung von Verfahren** eine Anpassung des Ausführungsgesetzes zum Baugesetzbuch erforderlich (AGBauGB).

Über die gesamte Zeit wurden diverse, teils **großräumige und städtebaulich bedeutsame Projekte** parlamentarisch begleitet oder auch initiiert, u.a. Entwicklung der historischen Stadtmitte / Rathausforum, Humboldtforum, Alexanderplatz, Molkenmarkt / Klosterviertel, Hauptbahnhof und Europacity. Es wurde eine Vielzahl von **Bebauungsplänen** beschlossen, die auf Grund ihrer stadtpolitischen Bedeutung in die Zuständigkeit von Senat und Abgeordnetenhaus fielen.

Es fiel auch die politische Entscheidung zur Ausrichtung der **Internationalen Gartenschau 2017 (IGA 2017)** mit Schwerpunkt in Berlin Marzahn/Hellersdorf.

Ein weiterer großflächiger Entwicklungsraum ist das Gelände des **Flughafens Tegel**. Die planerischen und organisatorischen Vorarbeiten für ein **Nachnutzungskonzept** nach Beendigung des Flugbetriebs sind bereits in vollem Gang.

Das **Tempelhofer Feld** als einmalige große, innerstädtische Freifläche und als ein besonderer Entwicklungsraum sollte zunächst nach Auffassung von Senat und Fraktion im Sinne der Erhaltung dieser „grünen Oase“ weiterentwickelt und nur an den Rändern verträglich - v.a. mit Wohngebäuden - bebaut werden. Der erfolgreiche Volksentscheid im Jahr 2014 sah demgegenüber einen Verzicht auf jegliche Bebauung vor, so dass wir von diesem Planungsziel Abstand genommen haben.

Die derzeitige Flüchtlingsentwicklung erfordert jedoch ggfs. eine neue Betrachtung. So ist angedacht, vorübergehend und im Sinne einer befristeten Zwischennutzung wenige Flächen an den Rändern des ehemaligen Flughafenfeldes für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu nutzen. Wir werden uns über die künftige Entwicklung der Tempelhofer Feldes weiterhin einer öffentlichen Diskussion mit der Stadtgesellschaft stellen.

Berlin gilt europaweit als die **grüne Stadt**. Das soll so bleiben. Wir haben deshalb Maßnahmen zur **Qualitätssicherung der öffentliche Grün- und Freiflächen** eingeleitet und die Initiative für **10.000 neue Straßenbäume** gestartet.

Für eine Stärkung der natürlichen Grundlagen haben wir das **Berliner Naturschutzgesetz** novelliert. Ferner wurde das Gesetz zur Neuregelung der **Stiftung Naturschutz Berlin** (SNB) verabschiedet, wodurch die SNB auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wurde.

In Berlin spielen Kleingärten seit jeher eine große Rolle. Sie dienen der Naherholung und haben eine wichtige sozial-, stadt- und umweltpolitische Bedeutung. Im Sinne einer größtmöglichen Sicherung des Kleingartenbestandes haben wir den **Kleingartenentwicklungsplan** fortgeschrieben.

► Bauen / Wohnen / Mieten

Berlin boomt. Berlin wächst. Für die hohe Anzahl an Zuziehenden muss zügig mehr Wohnraum geschaffen werden. Dafür haben wir bereits vor einiger Zeit die politischen Rahmenbedingungen neu gesetzt, vor dem Hintergrund, dass in Berlin die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist.

Als umfassende wohnungspolitische Leitlinie wurde der Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) überarbeitet. In diesem Zusammenhang haben wir für die kommenden Jahre die Finanzierung für eine neue **Wohnungsneubauförderung** in Milliardenhöhe gesichert.

Wir haben auch die politischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine **Weiterentwicklung der landeseigenen Wohnungsunternehmen** geschaffen. Deren Wohnungsbestände sollen in den nächsten Jahren durch Zukauf und Neubau von z. Zt. ca. 295.000 WE auf rd. 400.000 WE steigen.

Berlin ist immer noch Mieterstadt. Deshalb lag und liegt ein besonderer Schwerpunkt der Fraktionsarbeit in der Wohnungspolitik mit dem Ziel, **bezahlbare Mieten** zu gewährleisten. Bereits im Mai 2013 haben wir die „**Kappungsgrenzen**“ als Mietbegrenzungsin-

strument in Sozialwohnungen eingeführt, zudem den **Kündigungsschutz** bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auf zehn Jahre verlängert und ein **Zweckentfremdungsverbotgesetz** verabschiedet.

Im Sinne einer Vermeidung vor übermäßiger Verdrängung und der langfristigen Sicherung der Bevölkerungszusammensetzung wurde für Berlin die Verordnung für soziale Erhaltungsgebiete erlassen. Die Bezirke regulieren die Entwicklung. Bislang wurden in unterschiedlichen Bezirken insgesamt 21 Verordnungen als **soziale Erhaltungsgebiete** festgesetzt. Weitere Gebiete sind geplant.

Mit den landeseigenen Wohnungsgesellschaften wurde bereits im Jahr 2012 das **Mietenbündnis** vereinbart. Hiernach sollten die Chancen einkommensschwächerer Haushalte bei deren Wohnungssuche erhöht werden, u.a. durch eine maximale Mietsteigerung um max. 15 Prozent in vier Jahren, bei Modernisierung um max. 9,0 Prozent, individuelle Härtefallregelungen und einen fairen Wohnungstausch.

Im Jahr 2015 haben wir nach einem mühsam errungenen Kompromiss mit den Initiatoren / Vertrauensleuten des Mietenvolksentscheides das „**Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin**“ verabschiedet. Eckpunkte sind u.a.:

- ▷ Kappung der Sozialmieten bei 30% des Nettoeinkommens
- ▷ mind. 55 Prozent der Wohnungen bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften müssen an Personen mit besonders niedrigem Einkommen vermietet werden
- ▷ 30 Prozent der Neubauten bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften müssen als Sozialwohnungen errichtet werden
- ▷ Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die Wohnraumversorgung in Berlin

Ferner ist die Einsetzung einer Expertenkommission geplant. Sie soll Vorschläge über den Umgang mit Sozialwohnungen (u.a. Stichwort „Kostenmiete“) unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialpolitischen Kriterien unterbreiten.

Der **Berliner Mietspiegel** selbst hat sich bewährt. Er soll, wie bisher, alle zwei Jahre als qualifizierter Mietspiegel fortgeschrieben werden.

Als weiteres umfangreiches Gesetzesvorhaben ist bis zum Ende der laufenden Wahlperiode die Novellierung der **Berliner Bauordnung** geplant.

► Städtische Mobilität und Verkehr

Die **Gewährleistung der Mobilität** ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am städtischen Leben und die Organisation der Stadt. Berlin verfügt über eine gute, von

vielen anderen europäischen Metropolen beneidete **Verkehrsinfrastruktur**. Diese haben wir in den letzten Jahren in der Substanz erhalten und in Teilen ergänzt. Der Stadtentwicklungsplan Verkehr (StEP Verkehr) wurde unter Einbeziehung vieler Akteure und Interessengruppen fortgeschrieben.

Der **Öffentliche Personennahverkehr** (ÖPNV) bildet das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur in Berlin. Wir arbeiten kontinuierlich daran, dass sich die Berlinerinnen und Berliner, aber auch die Touristen und Geschäftsleute, kostengünstig, bequem und sicher im ÖPNV fortbewegen können. Die Tarifstruktur im ÖPNV werden wir effizienter und transparenter gestalten. Der aktuelle **Nahverkehrsplan 2014-2018** berücksichtigt die Steigerung von Fahrleistungen in der wachsenden Stadt Berlin.

Zum Ende der Wahlperiode wurde im Anschluss an eine Ausschreibung für ein erstes Teilnetz des S-Bahnverkehrs eine neue Vergabe vorgenommen. Mit diesen neuen **Verkehrsverträgen** wird sichergestellt, dass nach einer Übergangszeit auch die neu benötigten Fahrzeuge zur Verfügung stehen werden. Wir werden gleichwohl den politischen Druck auf die S-Bahn bzw. deren Muttergesellschaft, die Deutsche Bahn, aufrecht erhalten, damit die in den alten Verkehrsverträgen vertraglich vereinbarten und zugesagten Leistungen im Schienenverkehr auch erbracht werden.

In den letzten Jahren hat sich der Anteil des **Fahrradverkehrs** in Berlin deutlich erhöht. Wir haben deshalb das Radwegenetz erheblich erweitert und im Rahmen einer zeitgemäßen **Fahrrad- und Fußgängerstrategie** sowohl die Netzstruktur verbessert als auch die Sicherheit für diese Verkehrsteilnehmer/innen erhöht. Hierzu gehört auch die Errichtung von zeitgemäßen Fahrradabstellanlagen.

Wir bedauern die mehrmalige Verschiebung der Eröffnung des neuen **Flughafens Willy Brandt** (BER), und tun alles, dass der Flughafen nach seiner endgültigen Fertigstellung für den Luftverkehr in Berlin ein Erfolg wird. Mit Nachdruck haben wir uns dafür eingesetzt, dass die notwendigen **Lärmschutzmaßnahmen** für die vom Luftverkehr betroffenen AnwohnerInnen zügig umgesetzt werden. Um bis zur Fertigstellung des neuen Flughafens das stark angestiegene Passagieraufkommen bewältigen zu können, haben wir der notwendigen Kapazitäts-Erweiterung in Tegel zugestimmt.

Die Planungen für den **Ausbau der A 100** und zeitgleich das **Verkehrskonzept für die Innenstadt** bringen wir voran. Ein Schwerpunkt der Investitionsplanung liegt im Erhalt von Straßen, Brücken und Tunnel in Berlin. In besonderen Bereichen planen wir zur Entlastung v.a. von Wohngebieten und zur Verbesserung des Wirtschaftsverkehrs neue **Straßenverbindungen**, wie zum Beispiel die Tangentiale Verbindung Ost (TVO). Für einen besseren Verkehrsfluss und eine effiziente Baustellenkoordination haben wir die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen in der **Verkehrslenkung Berlin** (VLB) verbessert.

► Umwelt und Energie

Berlin ist als Millionenmetropole „Spitze“ in Sachen Umwelt- und Klimapolitik. Diese Vorreiterrolle haben wir durch das **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm** (BEK) gestärkt. Wir schaffen die weiteren Rahmenbedingungen für eine **klimaneutrale Stadt 2050**. In Berlin nehmen wir die Energiewende ernst.

Eine sichere und bezahlbare, ökologisch vernünftige **Wasser- und Stromversorgung** ist Teil der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung von Berlin. Die Stärkung der öffentlichen Kontrolle und Einflussnahme in diesen Bereichen ist aus unserer Sicht notwendig. Neben der bereits umgesetzten **Rekommunalisierung** der Wasserversorgung haben wir die Neugründung eines landeseigenen Berliner Stadtwerks im Bereich Stromversorgung vorgenommen und werden auch im Bereich der Energienetze versuchen, den landeseigenen Einfluss zu verstärken. Ein **Berliner Energiewende-Gesetz** soll bis zum Ende der Wahlperiode beschlossen werden.

Wir haben das **Abfallwirtschaftskonzept** ökologisch weiter entwickelt, die biologische Abfallsammlung optimiert und werden die daraus resultierenden Energiepotenziale nutzen. Wir halten an einer haushaltsnahen **Altglassammlung** fest. Wir haben die Richtlinien für eine **umweltfreundliche Beschaffung** in der öffentlichen Verwaltung Berlins durchgesetzt.

Mit den über die Wahlperiode hinaus angelegten **Luftreinhalte- und Lärmaktionsplänen** leisten wir einen nachhaltigen Beitrag für eine nachhaltige Umweltpolitik sowie für lebenswerte Verhältnisse in der Stadt.

Arbeitskreis VI

Haushalt und Finanzen

► Schuldenabbau und Investitionen

Keine Neuverschuldung mehr: 2015 hat Berlin zum vierten Mal in Folge einen Haushaltsüberschuss erzielt. Damit war es möglich, fast eine Milliarde der Altschulden zu tilgen. Zum Vergleich: Im Jahr 2002 fehlten dem Land Berlin noch über 5 Mrd. Euro zu einem ausgeglichenen Haushalt. Der Schuldenstand ist mittlerweile unter 60 Mrd. Euro gesunken.

Investitionen für die wachsende Stadt Berlin: In den nächsten fünf Jahren werden für 200.000 neue Berlinerinnen und Berliner Wohnungen, Schulplätze, Kitas, Straßen, Bahnen, Grünanlagen und Behördenressourcen gebraucht. Für unsere Stadt haben wir daher aus dem Sondervermögen (SIWA) insgesamt 689 Mio. Euro bereitgestellt. Darüber hinaus stehen rd. 1,8 Mrd. für weitere Investitionen pro Jahr zur Verfügung.

Mehr (Steuer-)Einnahmen: Die Steuereinnahmen sind in 2015 um eine halbe Milliarde gestiegen. Berlin überholt damit NRW bei der Steuerkraft und steht auf dem fünften Platz im Länderranking. Dazu kamen Einnahmen aus der Übernachtungssteuer. 2015 kamen weitere rd. 91 Mio. Euro Steuernachzahlungen aus Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung dazu. Wir erhalten zudem Geld vom Bund und der EU (2015: 768 Mio. Euro), das wir u. a. zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, zur Schaffung von Kita-Plätzen für Kinder unter drei Jahren, um den Anteil von Frauen bei Professuren zu erhöhen, für Stadtteilzentren einsetzen.

Solide Finanzen - auch vor Ort in den Bezirken: Von der guten Haushaltsentwicklung in Berlin profitieren auch die Bezirke. In absehbarer Zeit werden alle Bezirke schuldenfrei sein und stärken damit ihre Handlungsfähigkeit. Insgesamt wollen wir dazu beitragen, dass die Bezirke neue Spielräume gewinnen und den Berlinerinnen und Berlinern zuverlässig gute Leistungen vor Ort anbieten können. Dafür werden insgesamt rund 6,3 Mrd. Euro in 2016 sowie rund 6,5 Mrd. Euro in 2017 bereitgestellt werden, d.h. die Bezirke erhalten jedes Jahr mehr Geld vom Land.

► Personal und moderne Verwaltung

Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen Berlins haben Anspruch auf eine schlanke, effizient arbeitende und bürgernahe Verwaltung. Dazu gehört eine strategische Personalbedarfsplanung, die sich an den notwendigen Aufgaben orientiert und dabei sowohl den altersbedingten Personalabgang als auch den zusätzlichen Personalbedarf durch die wachsende Stadt berücksichtigt.

Die SPD hat in den vergangenen Jahren vor diesem Hintergrund eine demografiefeste Personalpolitik verfolgt. Bis 2018 wird der Personalbestand daher auf mehr als 110.000 Vollzeitkräfte angehoben. Allein mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2016/2017 haben wir über 4.600 neue Stellen im Land und den Bezirken geschaffen: 1507 LehrerInnen, 590 ErzieherInnen, 501 PolizistInnen, 162 neue MitarbeiterInnen in der Ausländerbehörde. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) wurde um 366 Stellen aufgestockt, das LABO / Ausländerbehörde um 163. Auch in den Bezirken sind in vielen Bereichen neue Stellen geschaffen worden, wo sie dringend gebraucht werden, u.a. 75 Stellen in den Jugendämtern und 65 Stellen in den Sozialämtern. Die Bürgerämter können insgesamt 117 neue MitarbeiterInnen einstellen.

Zudem wurde die stellenwirtschaftliche Grundlage geschaffen, mehr Auszubildende unbefristet zu übernehmen. So wird sichergestellt, dass dem Land Berlin dringend benötigte Nachwuchskräfte zur Verfügung stehen und durch das Land ausgebildete junge Leute eine dauerhafte Perspektive erhalten. Dazu kommen auch in den kommenden Jahren mehr als 2.000 Auszubildende bei den Berliner Landesunternehmen.

Wir haben dafür gesorgt, dass die oftmals auch durch Verzicht der Beschäftigten des Landes Berlin erbrachten notwendigen Sparanstrengungen nun belohnt werden. Das Besoldungsniveau steigt, die Gehälter der Angestellten werden langsam an das Bezahlungsniveau der Tarifgemeinschaft deutscher Länder angeglichen. Der verbleibende Abstand wird vollständig bis Ende 2017 abgebaut sein. Die Angestelltegehälter stiegen um jeweils mehr als 2% in 2015 und 2016. Nachdem die Bezüge der Beamtinnen und Beamten in 2014 und 2015 bereits um jeweils 3% gestiegen sind, werden sie auch in 2016 und 2017 0,5% über dem Tarifabschluss der Länder liegen.

Arbeitskreis VII

Gesundheit, Soziales, bürgerschaftliches Engagement

► Gesundheit

Berliner Krankenpflegehilfegesetz

Mit dem Gesetz wird der Beruf der Gesundheits- und KrankenpflegehelferIn/ des Gesundheits- und Krankenpflegehelfers in Berlin eingeführt.

Erstes Gesetz zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes

Im Bereich der Krankenhausfinanzierung wird die Unterscheidung zwischen Einzelförderung von größeren Investitionsmaßnahmen und der pauschalen Förderung von kurzfristigen Anlagegütern und kleinen baulichen Maßnahmen zum 1.7.2015 aufgehoben. Die Finanzierung der notwendigen Investitionskosten wird auf eine pauschalierte Förderung umgestellt.

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (Patientenmobilitätsrichtlinienumsetzungsgesetz)

Das Europäische Parlament und der Rat haben beschlossen, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU weitgehend selbst bestimmen können sollen, in welchem Land der EU sie sich ambulant oder stationär behandeln lassen. Die Richtlinie bildet einen Rahmen für die Rechte der Patienten, wenn sie sich in einem anderen europäischen Land behandeln lassen und sich die Kosten dieser Behandlung in ihrem Heimatland erstatten lassen wollen. Mit dem Gesetz wird die Richtlinie in Landesrecht umgesetzt.

Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes und anderer Gesetze sowie über die Verordnungsermächtigung zum Transplantationsgesetz

Mit dem Gesetz werden die Zuständigkeiten hinsichtlich des Transplantationsgesetzes, der Zentren der Präimplantationsdiagnostik, der Durchführung künstlicher Befruchtungen neu geordnet.

Zwölftes Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes

Zur Durchführung berufsgerichtlicher Verfahren sind dem Verwaltungsgericht eine Kammer für Heilberufe und dem Oberverwaltungsgericht ein Senat für Heilberufe angegliedert. Beide Spruchkörper sind auch mit ehrenamtlichen RichterInnen besetzt. Diese werden von Wahlausschüssen aus Vorschlagslisten der Delegiertenversammlungen der einzelnen Kammern gewählt. Die Zusammensetzung der Ausschüsse ist im Kammergesetz geregelt, dabei war die Kammer für Psychologische PsychotherapeutInnen und Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen noch nicht berücksichtigt. Die Neufassung beseitigt diese Einschränkung und beteiligt alle bestehenden Kammern.

Gesetz zur Errichtung eines gemeinsamen Landesgremiums nach § 90 a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

Das Landesgremium gibt Empfehlungen zu sektorenübergreifenden Versorgungsfragen und zur ambulanten Bedarfsplanung ab.

Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes und anderer Gesetze

Mit dem Gesetz werden Zuständigkeiten für Aufgaben aus dem Transfusionsgesetz, dem Medizinproduktegesetz und dem Ethik-Kommissionsgesetz geregelt.

Gesetz zum Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Mit dem Gesetz werden die Aufgabenbereiche der Zentralstelle im Medizinprodukte- und Arzneimittelbereich erweitert.

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (noch in parlamentarischer Beratung)

Anträge:

- ▷ „Prävention im Land Berlin durch das Aktionsprogramm Gesundheit stärken“
- ▷ Änderung „Gesetz zur Errichtung eines gemeinsamen Landesgremiums nach § 90 a SGB V“
- ▷ Stellungnahme zu den Eckpunkten des Landeskrankenhausplans

Beratungen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

- ▷ Medizinische und gesundheitsökonomische Aspekte des Einsatzes von STEMO-Fahrzeugen
- ▷ Trendwende bei Krankenhausinvestitionen
- ▷ Krankenhausbedarfsplanung: Stellungnahme des Ausschusses zur Gestaltung des neuen Krankenhausplans
- ▷ Situation der zahnmedizinischen Versorgung in Berlin
- ▷ Einrichtung eines Klinischen Krebsregisters – Konzeption und Finanzbedarf
- ▷ Drugchecking in Berlin und Deutschland

- ▷ Drogenpolitik in Berlin
- ▷ Weiterentwicklung der Arbeit der Landesgesundheitskonferenz
- ▷ Entwicklung des ÖGD einschließlich der personalwirtschaftlichen Auswirkungen
- ▷ Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie in Berlin – Erfahrungen und Erfolge bei der Unterstützung von Betroffenen und Angehörigen sowie Mitarbeitern psychiatrischer Einrichtungen
- ▷ Situation der psychotherapeutischen Versorgung in Berlin
- ▷ Situation der Therapie- und Bewegungsbäder für Rheumakranke in Berlin
- ▷ Bilanz und Perspektiven der Patientenbeauftragten
- ▷ Angebote zur Gesundheitsprävention im Rahmen des Quartiersmanagements und in Trägerschaft der Stadtteilzentren / Nachbarschaftshäuser
- ▷ Männer- und Frauengesundheit (gender medicine)
- ▷ Versorgungsgesetz – Konsequenzen und Umsetzung in Berlin
- ▷ Nichtraucherenschutz in Berlin

Schwerpunkte im Haushalt:

- ▷ Förderung des Integrierten Gesundheitsprogramms mit 13 Mio. Euro jährlich, davon 250.000 Euro für Regelfinanzierung anonymer HIV-Schnelltests
- ▷ Förderung des Aktionsprogramms Gesundheit mit 1,3 Mio. Euro jährlich.
- ▷ Aufklärungskampagne Cannabis.
- ▷ Steigerung der Krankenhausinvestitionen im Doppelhaushalt 2014/15 um 20 % im Vergleich zum vorigen Doppelhaushalt, weitere Steigerung im Doppelhaushalt 2016/17 um 40 %, zusätzlich erhalten die Krankenhäuser für die Jahre 2016 – 2018 rund 55 Mio. Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt. Das Gesamt-Investitionsvolumen beträgt für die Berliner Krankenhäuser für den Zeitraum 2016 - 2019 insgesamt 425 Mio. Euro.

► Menschen mit Behinderungen

Anträge:

- ▷ „Busse sollen weiterhin barrierefrei sein“
Sämtliche Busse sind auf das automatische Kneeling (Absenken zum leichteren Ein- und Aussteigen) umzustellen. Bei Neubestellungen von Bussen soll das automatische Kneeling als Standardausführung bestellt werden.
- ▷ „Vertretung von Menschen mit Behinderung und von Seniorinnen und Senioren im rbb-Rundfunkrat sicherstellen“.
Der Senat wird aufgefordert, bei der Besetzung des Rundfunkrates einen Sitz für eine Vertreter/in von Menschen mit Behinderung und einen Sitz für eine Vertreter/in der Senior/innen zu vergeben und den RBB-Staatsvertrag entsprechend zu ändern.

Beratungen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

- ▷ Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die Bereiche Gesundheit und Soziales
- ▷ Stand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus der Studie „Evaluation des Umstellungsprozesses der Hilfebedarfsgruppensystematik in vollstationären Einrichtungen für erwachsene Menschen mit geistiger und/ oder Mehrfachbehinderung“
- ▷ Konzept des Integrationsamtes zur Konsolidierung der Mittel der Ausgleichsabgabe nach SGB IX
- ▷ Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderung und ihrer Teilhabe in Berlin
- ▷ Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung – Verstößebericht/ Tätigkeitsbericht

Schwerpunkt im Haushalt:

Förderung der Mobilitätshilfedienste ab 2016 mit jeweils 2 Mio. Euro zusätzlich.

► Soziales und Senioren**Erstes Gesetz zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes**

Die Gewährung von Pflegegeld wird nicht mehr abschließend vom Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Berlin abhängig gemacht. Damit wird das Landespflegegeldgesetz an das Europarecht angepasst.

Anträge:

- ▷ „Kinderwunsch unterstützen“
Ziel ist die Reduzierung der Kostenbeteiligung für Paare, die Leistungen für die künstliche Befruchtung in Anspruch nehmen möchten.
- ▷ „Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln (I) – Vielfalt in der Pflege und im Alter
- ▷ Umsetzung des Diversity-Prinzips im Bereich der ambulanten und stationären Altenhilfe und Pflegedienste
- ▷ „Einführung eines Rechts auf ein Basiskonto“
Gefordert wird, mit einer Bundesratsinitiative auf die bundesgesetzliche Einführung eines Rechts auf ein Basiskonto hinzuwirken.

Beratungen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

- ▷ Rolle der Freien Wohlfahrtspflege und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in Berlin
- ▷ Situation der Schuldner- und Insolvenzberatung
- ▷ Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin
- ▷ Auswirkungen der geplanten Veränderungen von EU-Mitteln im Bereich Soziales im kommenden Jahr insbesondere auf die Stadtteil- und Nachbarschaftszentren

- ▷ Umsetzung der Wohnaufwendungsverordnung in den Jobcentern
- ▷ Förderung des ehrenamtlichen Engagements
- ▷ Situation obdachloser Frauen in Berlin
- ▷ Ergebnisse der Befragung zur Pflegekammer
- ▷ Situation und Perspektiven der Hospizarbeit
- ▷ Situation der Ausbildung und Beschäftigung von Pflegefachkräften und Gesundheitsfachkräften in Berlin
- ▷ Interkulturelle Öffnung der ambulanten und stationären Pflege
- ▷ Landespflegeplan 2011
- ▷ Versorgung mit Hebammen und Familienhebammen in Berlin
- ▷ Senatsvorlage Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik 2013
- ▷ Die Leitlinien beziehen sich u.a. auf die Bereiche: politische Partizipation, Gleichstellung im Alter, Bürgerschaftliches Engagement, Wohnen, Verkehr und Mobilität
- ▷ Situation der Seniorenwohnungen
- ▷ Bericht zur sozialen Lage älterer Menschen in Berlin
- ▷ Das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm für die 17. Legislaturperiode – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin

Schwerpunkte im Haushalt:

- ▷ Förderung des Integrierten Sozialprogramms mit 17,6 Mio. Euro jährlich, davon u.a.:
 - ▷ Altenhilfe 1,7 Mio., Pflegestützpunkte 2 Mio., Behindertenhilfe 1,3 Mio., Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe 3,7 Mio. Euro.
 - ▷ Wohnungslosenhilfe gestärkt: Ausbau der Notübernachtungen und Beratungsstellen, Absicherung der ambulanten medizinischen Versorgung, Hygieneprojekt am Bahnhof Zoo.
 - ▷ Abschaffung des Schulgelds für Pflegeberufe: Kostenübernahme des Landes 2016 2,8 Mio. Euro und 2017 8,4 Mio. Euro.

Flüchtlinge

Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung suchen oder ihre Heimat wegen Kriegen verlassen haben, ist in den letzten Jahren stark angestiegen. 2015 kamen knapp 80.000 Flüchtlinge nach Berlin, rund 50.000 von ihnen werden mittelfristig hier bleiben. Bund, Länder und Kommunen müssen davon ausgehen, dass sich der Flüchtlingszuzug nach Deutschland auf absehbare Zeit auf einem sehr hohen Niveau verstetigen wird.

Um allen in Berlin Schutz suchenden Menschen eine menschenwürdige Unterbringung und eine bedarfsgerechte Grundversorgung gewährleisten zu können, haben wir die für diese Aufgaben zuständigen Strukturen optimiert.

Gesetz zur Errichtung eines Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten

Das Gesetz entzieht die gesetzlichen Aufgaben der Aufnahme, Registrierung, Unter-

bringung und Versorgung der Asylsuchenden dem bisher zuständigen Landesamt für Gesundheit und Soziales und konzentriert sie in einem neuen Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten. Damit soll das Fundament geschaffen werden, die Herausforderungen bei Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen bewältigen zu können.

Gesetz zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen

Vorübergehende Nutzung des Randbereichs des Tempelhofer Feldes für die Errichtung von mobilen Unterbringungseinrichtungen und Hallen wie Tragluft- oder Leichtbauhallen oder Containern zur Unterbringung von Flüchtlingen.

Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen geplanter Aufnahmeaktionen sowie das Erfordernis der Unterbringung von Opfern von Menschenhandel führen dazu, dass eine Festlegung von Zuständigkeiten im Hinblick auf die aufgenommenen Personen erforderlich ist.

Anträge:

- ▷ Medizinische Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern
- ▷ „Qualitätsstandards bei der Flüchtlingsunterbringung sicherstellen“
- ▷ „Erstaufnahmeeinrichtung in Prenzlauer Berg langfristig sichern“

Beratungen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

- ▷ Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber
- ▷ Zentrale Impfstelle am LAGeSo
- ▷ Vergabep Praxis bei Flüchtlingsunterkünften am Landesamt für Gesundheit und Soziales, Besprechung des Prüfberichtes der Innenrevision
- ▷ Situation am LAGeSo (Personal, Organisation)

► Bürgerschaftliches Engagement

Anträge:

- ▷ „Ehrenamtskarte des Berliner Senats“
- ▷ „Attraktivität der Freiwilligen Feuerwehr Berlin erhöhen – Ehrenamtliches Engagement stärker würdigen II“

Beratungen im Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement:

- ▷ Engagement und Integration: Interkulturelle Zusammenarbeit im Stadtteil
- ▷ Initiative zur Weiterentwicklung des Konzepts der Ehrenamtskarte
- ▷ Anerkennungskultur des Berliner Senats, insbesondere die Berliner Ehrenamtskarte
- ▷ Aufbau einer Online-Plattform als Element eines bezirklichen Beteiligungsmodells zur Aktivierung und Förderung von Partizipation und Bürgerschaftlichem Engagement in den Sozialräumen

- ▷ Förderung der Integration in Arbeit und Ausbildung durch ehrenamtliche Berufslotsen
- ▷ Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr
- ▷ Gemeinsames Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
- ▷ Senatsstrategie zum Bürgerschaftlichen Engagement für die 17. Wahlperiode
- ▷ Unterstützung der Arbeit eines Stadtteilzentrums durch ehrenamtliches Engagement
- ▷ Handlungsbedarfe zur stärkeren Unterstützung des Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin
- ▷ 10 Jahre Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement – Rückblick und Zukunftsperspektiven
- ▷ Perspektiven im bürgerschaftlichen Engagement in Berlin – 10 Jahre Landesnetzwerk Bürgerengagement
- ▷ Ehrenamtliches Engagement im Sportverein
- ▷ Digitales Ehrenamt: das Projekt U25-Online-Suizidprävention
- ▷ Wertschöpfung durch das Ehrenamt?
- ▷ Verordnung über die Festsetzung von Pauschalbeträgen als Auslagenersatz für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Berlins

Arbeitskreis VIII

Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

Der Arbeitskreis VIII der SPD-Fraktion hat in der 17. Legislaturperiode eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen auf den Weg gebracht. Im Fokus standen dabei besonders die Verbesserung der Situation auf dem Berliner Arbeitsmarkt, guter Lohn für gute Arbeit, die Verbesserung der Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Integration von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten und der Kampf gegen den Rechtsextremismus.

► Arbeitsmarkt

Das auf Initiative der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus verabschiedete Mindestlohngesetz für das Land Berlin diente als „Blaupause“ für den auf Bundesebene beschlossenen gesetzlichen Mindestlohn.

In den beschlossenen Haushalten der Legislaturperiode im Bereich der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen wurde dafür Sorge getragen, dass Maßnahmen zur Arbeitsförderung, zur Fort- und Weiterbildung, zur Re-Integration in den Arbeitsmarkt auskömmlich finanziert waren und sind. Die Erfolge sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik spiegeln sich auch in den Zahlen des Berliner Arbeitsmarktes wider: Die Arbeitslosigkeit hat im Zeitraum 2011 bis 2015 von rund 229.000

registrierten Arbeitslosen auf 195.000 abgenommen, das entspricht einem Rückgang von 14,8 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der Beschäftigten von 1.707.000 auf 1.805.000 Personen, ein Anstieg um 5,8 %.

► Berufliche Bildung

Mit der Schaffung der Berliner Jugendberufsagentur zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Berlin und der besseren Integration von Schulabsolventen und jugendlichen Arbeitslosen in den Berliner Arbeitsmarkt wurde ein Instrument geschaffen, um der Jugendarbeitslosigkeit und drohender Perspektivlosigkeit nach dem Schulabschluss entgegen zu wirken.

► Integration

Wir haben die Fortentwicklung des Projekts Kiezmütter – jetzt Stadtteilmütter – als unmittelbare Integrationsmaßnahme vor Ort in den Kiezen und anderer integrationspolitischer Hilfsmittel erfolgreich haushalterisch abgesichert und verstetigt. Durch Maßnahmen wie „Vielfalt durch Einbürgerung stärken - zentrale Einbürgerungsfeier im Berliner Abgeordnetenhaus“ und die Einbürgerungskampagne „Deine Stadt. Dein Land. Dein Pass“ erleichtern wir allen Migrantinnen und Migranten die Integration.

Durch die Verbesserung und Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen fördern wir Integration weiter.

► Landesprogramm Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt mit einer starken Demokratie und vielen Engagierten. Die große Mehrheit der BerlinerInnen heißt die Geflüchteten bei uns willkommen. Daneben haben auch in Berlin rechte Übergriffe gegen Geflüchtete, ihre Unterkünfte und UnterstützerInnen zugenommen. In dieser Situation gewinnt aus unserer Sicht der Kampf gegen Rechts und für unsere Demokratie noch stärker an Bedeutung. Angesichts der aktuellen Herausforderungen gilt das ganz besonders.

Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus wird in den nächsten beiden Jahren verstärkt. Die Mittel werden im Haushalt 2016/2017 um 600 000 Euro pro Jahr auf dann 3,2 Millionen Euro erhöht. Dadurch wird die finanzielle Absicherung der vielen Initiativen, Engagierten und Projekte in den nächsten beiden Jahren deutlich verbessert.

Beratung und Begleitung von Willkommensinitiativen, organisierter Dialog mit AnwohnerInnen, antirassistische Fortbildungen für Flüchtlingsheimbetreiber und Wachdienste

– in vielen Bereichen sind aktuell besonders viele Aktivitäten nötig: durch die finanzielle Aufstockung des Landesprogramms gegen rechts können die dafür benötigten zusätzlichen Stellen in den mobilen Beratungsteams finanziert werden.

Die wichtigen Registerstellen, die rassistische und rechte Übergriffe in den Kiezen dokumentieren, bekommen mehr Mittel.

Die zusätzlichen Mittel ermöglichen eine Förderung der Initiativen, die sich aktiv für die Stärkung der Demokratie einsetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Rechtsextremismusprävention nach den NSU-Morden. Wir haben den Senat nachhaltig in seinen Bemühungen, präventive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus nach den NSU-Morden zu ergreifen, unterstützt und uns regelmäßig in Ausschusssitzungen darüber berichten lassen.

► Frauen

Mit der Fortschreibung des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms, der Ausweitung der Unterstützung von Existenzgründerinnen, der regelmäßigen Berichterstattung in Gleichstellungsfragen – Bericht über die Umsetzung des Berliner Landesgleichstellungsgesetzes – und dem Schwerpunkt gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit hat die SPD-Fraktion starke gleichstellungspolitische Zeichen in dieser Legislaturperiode gesetzt.

In den Haushalten der Legislaturperiode, insbesondere im Doppelhaushalt 2016/17, wurden die Berliner Frauenprojekte mit mehr Mitteln ausgestattet und konnten dadurch wichtige Angebote für Frauen gesichert und teils auch ausgebaut werden. Im Doppelhaushalt 2014/15 hat der Frauenhaushalt insgesamt eine Steigerung um 14 Prozent erfahren, im Doppelhaushalt 2016/17 noch einmal um 2 Prozent, obwohl zusätzlich weggefallene ESF-Mittel kompensiert werden mussten. Von diesen Erhöhungen hat besonders der Anti-Gewalt-Bereich profitiert. Durch die Kompensation weggefallener ESF-Mittel durch Landesmittel konnte unter anderem die seit 2011 bestehende Fraueninfothek Steglitz-Zehlendorf als zuverlässige Anlaufstelle für Arbeit suchende Frauen vor dem Aus bewahrt werden. In den Projekten leisten die Mitarbeiterinnen sehr gute Arbeit für die Frauen dieser Stadt. Sie werden nicht immer so bezahlt, wie es angemessen wäre. Auf dem Weg hin zu einer gerechten Bezahlung sind wir vorangekommen, haben aber auch noch Aufgaben vor uns.

Das Berliner Chancengleichheitsprogramm für Frauen in den Wissenschaften wurde erfreulicherweise verstärkt und weiterentwickelt. Neu geschaffen wurden die Gewaltschutzambulanz in der Charité sowie ein Pilot-Projekt zur Bedarfserhebung der gynäkologisch-geburtshilflichen und psychologischen Betreuung von geflüchteten Frauen.

**BERLINER LANDESGRUPPE DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION**


Der Landesgruppe Berlin gehören seit der Bundestagswahl 2013 die Bundestagsabgeordneten Dr. Fitz Felgentreu, Dr. Ute Finckh-Krämer, Dr. Eva Högl, Cansel Kiziltepe, Klaus Mindrup, Mechthild Rawert, Matthias Schmidt und Swen Schulz an. Seit 2009 führt Mechthild Rawert als Sprecherin die Landesgruppe Berlin an und wurde am 13. November 2015 für die nächsten zwei Jahre einstimmig im Amt bestätigt.



Die Berliner
Bundestagsabgeordneten

FOTO: MECHTHILD RAWERT

In den Ausschüssen des Deutschen Bundestages decken wir Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete ein breites Themenspektrum ab:

Dr. Fritz Felgentreu

- ▷ Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Verteidigungsausschuss
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- ▷ Schriftführer im Deutschen Bundestag

Dr. Ute Finckh-Krämer

- ▷ Stellv. Vorsitz im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- ▷ Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- ▷ Mitglied im Unterausschuss Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln
- ▷ Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und Schriftführerin im Deutschen Bundestag

Dr. Eva Högl

- ▷ Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
- ▷ Vorsitz des 2. Untersuchungsausschusses
- ▷ Mitglied im Wahlausschuss sowie im Ausschuss für Kultur und Medien sowie im Vermittlungsausschuss und im Gemeinsamen Ausschuss nach Art. 53a GG.
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz im Innenausschuss, im Sportausschuss sowie im 3. Untersuchungsausschuss

Cansel Kiziltepe

- ▷ Mitglied im Finanzausschuss
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss sowie im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Klaus Mindrup

- ▷ Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss

Mechthild Rawert

- ▷ Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
- ▷ Stellvertretendes Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats
- ▷ Sprecherin der Landesgruppe Berlin der SPD-Fraktion

Matthias Schmidt

- ▷ Mitglied im Innenausschuss sowie im Sportausschuss
- ▷ Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Tourismus
- ▷ Stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe Ost der SPD-Fraktion

Swen Schulz

- ▷ Mitglied im Haushaltsausschuss sowie dessen Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Die Vertretung Berlins im Deutschen Bundestag

Unser Ziel ist die Vertretung von Berliner Interessen als progressiver Landesverband im Deutschen Bundestag. Die Landesgruppe Berlin versteht sich als Scharnier zwischen Landes- und Bundespolitik und bringt die Impulse und Anliegen der Berlinerinnen und Berliner ebenso wie der Berliner SPD in den Bundestag ein.

Die Landesgruppe tagt regelmäßig vor jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages und trifft sich darüber hinaus auch anlassbezogen zu weiteren Sitzungen. Um den Austausch zwischen Bundes- und Landesebene zu gewährleisten, werden neben den Bundestagsabgeordneten stets auch die Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, der Vorsitzende der Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh sowie der Landesvorsitzende Jan Stöß und der Landesgeschäftsführer Dennis Buchner eingeladen. Regelmäßig nimmt auch unsere Berliner Abgeordnete im Europäischen Parlament, Sylvia-Yvonne Kaufmann, an den Sitzungen der Landesgruppe teil.

Der Austausch zwischen Bundes- und Landesebene wird zudem dadurch intensiviert, dass die Landesgruppensprecherin Mechthild Rawert als beratendes Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand und kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der SPD Berlin vertreten ist.

Die **Landesgruppen-Sitzungen** dienen neben der internen Vorbereitung der parlamentarischen Beratungen insbesondere dem Austausch mit der Landespolitik (Fraktion und Senat), dem regelmäßigen Kontakt mit Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen der Partei und dem Gespräch mit Organisationen und Institutionen in Berlin.

So wurden zur **Abstimmung mit der Landespolitik** Sitzungen mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (2014 als Senator für Stadtentwicklung und Umwelt zu den Themen Wohnen und Volksentscheid Tempelhof), Senatorin Dilek Kolat (insb. Arbeitsmarkt und Integration), den Finanzsenatoren Ulrich Nußbaum und Matthias Kollatz-Ahnen (insb. zum Länderfinanzausgleich und zur BlmA), Senator Andreas Geisel (Mieten und Stadtentwicklung), Staatssekretär Björn Böhning (u.a. zur Flüchtlingspolitik), Staatssekretär Dieter Glietsch (Unterbringung und Integration Geflüchteter sowie Sachstand LaGeSo) sowie dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh und dem Landesvorsitzenden Jan Stöß durchgeführt.

Der kontinuierliche **Austausch mit den Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen** der SPD Berlin gibt uns einerseits Impulse für die parlamentarische Arbeit und dient andererseits dazu, die Beratungen im Bundestag zu erläutern und mit den Gremien der Partei zu diskutieren. Dazu haben wir regelmäßigen Kontakt gehalten zu den Schwusos/QueerSozis (insbesondere zur Ehe für alle, Rehabilitierung der Opfer des § 175 StGB, zum Adoptionsrecht und zur Vorbereitung auf die CSD-Saison), der AG SelbstAktiv (u.a. Bundesteilhabegesetz), den Jusos (insb. zur Neuregelung des Bleiberechts und zum Wahlprogramm 2016), der AG Migration und Vielfalt (im Februar 2016 u.a. zur Asylpolitik) und dem Fachausschuss Internationales (insb. zu Waffenlieferungen in den Nord-Irak) sowie dem Fachausschuss Mobilität (insbesondere zu Planungen der Deutschen Bahn AG).

Ein wichtiger Platz kommt im Rahmen der Landesgruppen-Sitzungen dem **Austausch mit Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen** zu. Im Berichtszeitraum fanden beispielsweise Gespräche mit folgenden Gruppen von AkteurInnen statt:

- ▷ Gewerkschaften und Bündnisse, darunter der Vorstand des DGB (Doro Zinke und Christian Hoßbach), VertreterInnen des Bündnisses "TTIP & CETA STOPPEN!" oder eine anlassbezogene Rücksprache mit ver.di zur Umstrukturierung bei der Deutschen Post/DHL
- ▷ Unternehmen, darunter etwa Vivantes (u.a. Krankenhausstrukturgesetz), die Deutsche Post AG oder die Deutsche Bahn (u.a. zu Bundesverkehrswegeplan und Dresdner Bahn)
- ▷ Öffentliche Einrichtungen, darunter die Bundesagentur für Arbeit (Gespräche zu Arbeitsmarktpolitik mit Dieter Wagon und Jutta Cordt, Geschäftsleitung der Regionaldirektion) oder die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA)
- ▷ Verschiedene weitere Initiativen wie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer für geflüchtete Menschen Wohlfahrtsverbände oder auch die „Stiftung Zukunft Berlin“ zur Hauptstadtfunktion Berlins.

Regelmäßiger Austausch von Landes- und Bundesebene

Die Berliner Bundestagsabgeordneten sind Mitglieder der **Landesgruppe Ost** der SPD-Bundestagsfraktion, zu der nach der Bundestagswahl 2013 weitere 21 Abgeordnete aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gehören. In den regelmäßigen Treffen dieser Interessensvertretung wurden und werden wichtige Initiativen vorbereitet, u.a. zur Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik oder auch zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Seit November 2013 ist Matthias Schmidt stellvertretender Sprecher der Landesgruppe Ost und bringt auf diesem Wege die Anliegen Berlins in die Vorstandsarbeit ein. Er wurde am 30. November 2015 im Amt bestätigt und stärkt damit weiterhin die Kooperation in erheblichem Maße.

Ergänzend zur Arbeit der Landesgruppe Ost wurden in 2014 und 2015 fünf **Sitzungen mit der Landesgruppe Brandenburg** durchgeführt, um gemeinsame Themen der Hauptstadtregion zu beraten, darunter die Liegenschaftspolitik der BlmA, die Trassenführung der Dresdner Bahn, die Regionalisierungsmittel, die Gründung der DHL Delivery GmbH und die Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

Im Interesse, innerhalb der Koalition Berliner Themen zu platzieren, haben wir zudem gemeinsamen **Initiativen mit der Landesgruppe Berlin der CDU/CSU-Fraktion** gestartet.

So konnte unter anderem ein gemeinsamer Beschluss zur Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik erzielt werden.

Hinzu kommen zahlreiche weitere Veranstaltungen, die die Mitglieder der Landesgruppe zum Austausch der verschiedenen Ebenen wahrgenommen haben, darunter die Teilnahme an den **Klausurtagungen** der Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie die Klausurtagungen der LG Ost gemeinsam mit dem Forum Ostdeutschland. Hervorzuheben sind auch die **Einladungen des Regierenden Bürgermeisters** zu regelmäßigen Gesprächen mit den Berliner Bundestagsabgeordneten. Mechthild Rawert bringt im Rahmen der **Besprechungen der Landesgruppen-Vorsitzenden** beim Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann die Berliner Anliegen ein. Ergänzend finden auch Besprechungen der MitarbeiterInnen der Landesgruppen statt.

Inhaltliche Schwerpunkte der Landesgruppe Berlin

Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen zentrale Themen für Berlin, darunter die Gestaltung der Sozialen Stadt, Integration und Migration, Teilhabe und Inklusion, bezahlbares Wohnen ebenso wie Arbeitsmarktpolitik und wirtschaftlicher Aufschwung.

Angesichts der Vielfalt der inhaltlichen Arbeit muss sich dieser Bericht auf einige wenige Themenbereiche konzentrieren, die wir speziell als Berliner Initiativen angestoßen und kontinuierlich weiterverfolgt haben:

- ▷ **Mieten- und Liegenschaftspolitik:** Auf unsere Initiative hin haben zunächst die Landesgruppen Berlin von SPD und CDU/CSU-Fraktion und daraufhin im November 2014 auch die gesamte SPD-Bundestagsfraktion einen Beschluss zur Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik der BImA gefasst. Auf dieser Grundlage haben wir durch Vor-Ort-Besuche z.B. in der Großgörschen-/Katzlerstraße sowohl einzelne Liegenschaften (darunter auch das Dragoner-Areal) als auch die Paketverhandlungen zwischen Bund und Berlin eng begleitet. Aufgrund der besonderen Relevanz für Berlin lag und liegt ein Hauptaugenmerk der Landesgruppe auch auf Neubauförderung (z.B. Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen) und auf der Mietenpolitik (z.B. Einführung der Mietpreisbremse).
- ▷ **Ehe für alle – 100 % Gleichstellung:** Angesichts der Blockadehaltung von CDU und CSU bei der Umsetzung von 100 % Gleichstellung haben wir mit Nachdruck die Umsetzung der „Ehe für alle“ zu einem wichtigen Thema in der Fraktion gemacht. Mit unserem diesbezüglichen Beschluss der Landesgruppe vom 12. Juni 2015 haben wir das eindeutige Bekenntnis der SPD Berlin zur Ehe für alle in die Beratungen im Deutschen Bundestag eingebracht.

- ▷ **Bund-Länder-Finanzbeziehungen:** Die bis zum Ende der Wahlperiode vorgesehene Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist von großer Bedeutung für die künftige Finanzpolitik Berlins. Wir haben deshalb frühzeitig die Abstimmung mit dem Finanzsenator sowie mit dem fachpolitischen Sprecher der Fraktion, Carsten Schneider MdB, gesucht. In Abstimmung mit der Landesgruppe Ost und durch Beratungen in den jeweiligen Landesvertretungen haben wir die Position Berlins auch gegenüber den anderen Bundesländern vertreten.
- ▷ **Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA:** Die Diskussionen um die geplanten Freihandelsabkommen müssen transparent geführt und kritisch begleitet werden. Um der Beschlusslage der SPD Berlin Rechnung zu tragen, haben wir den Prozess gemeinsam mit der Landes- und der Europaebene (Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP, Frank Zimmermann MdA) begleitet und mit gesellschaftlichen Akteuren wie dem DGB, dem Deutschen Kulturrat und dem BUND erörtert und unsere Beratungsergebnisse auch gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium vertreten.
- ▷ **Berlin/Bonn-Gesetz:** Aufgrund der besonderen Betroffenheit Berlins haben wir uns frühzeitig in die Diskussionen zum Berlin/Bonn-Gesetz eingebracht. Gemeinsam mit der Landesgruppe Berlin der CDU/CSU-Fraktion und in Abstimmung mit Bundesministerin Barbara Hendricks begleiten wir dieses Thema weiter.

Zu den vielfältigen anderen gewichtigen Themen kann in diesem Rahmen nicht ausführlicher berichtet werden. Zum ESM-Programm für Griechenland, Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Waffenlieferungen für Kurden im Irak, zur Vorratsdatenspeicherung, zum Bleiberecht und vielen anderen Themenstellungen verweisen wir auf unsere Persönlichen Erklärungen zu den betreffenden Abstimmungen.

Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt

Der direkte und kontinuierliche Dialog mit der Stadtgesellschaft ist allen Mitgliedern der Landesgruppe Berlin ausgesprochen wichtig. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen frühzeitig in laufende Diskussionen und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Wir laden deshalb einerseits zu zahlreichen eigenen Veranstaltungen, Gesprächskreisen und Aktionen ein und folgen andererseits den Einladungen von Initiativen, Vereinen und Verbänden. Um den direkten Draht zu den Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen, haben wir **Betreuungswahlkreise** eingerichtet, um eine flächendeckende SPD-Präsenz auch in Bezirken ohne Bundestagsabgeordnete unserer Partei sicher zu stellen:

- ▷ Charlottenburg-Wilmersdorf: Dr. Ute Finckh-Krämer, Swen Schulz
- ▷ Lichtenberg: Dr. Fritz Felgentreu, Cansel Kiziltepe
- ▷ Marzahn-Hellersdorf: Dr. Eva Högl, Matthias Schmidt
- ▷ Reinickendorf: Mechthild Rawert, Klaus Mindrup

Alle MdBs pflegen auch in ihrem jeweiligen Betreuungswahlkreis die enge Zusammenarbeit vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit dort ansässigen Vereinen, Verbänden und Organisationen, mit den SPD-Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Kreisverbänden sowie den Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlungen und des Abgeordnetenhauses. Auch ist dadurch sichergestellt, mit einer verlässlichen Struktur auf BürgerInnen-Anfragen aus den (Betreuungs-)Wahlkreisen reagieren zu können.

Regelmäßige Angebote zum Dialog

Als etablierte und kieznahe Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger unterhalten alle Mitglieder der Landesgruppe in ihren Wahlkreisen **BürgerInnenbüros**, in denen sie regelmäßige Sprechstunden anbieten. Hinzu kommen vielfach Angebote wie Mieter- oder Energieberatung. Zugleich sind die Wahlkreisbüros Orte für gemeinsame Veranstaltungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und für kulturelle Angebote, wie etwa Ausstellungen.

Die Mitglieder der Landesgruppe haben im Berichtszeitraum rund 50 „**Fraktion vor Ort**“-Veranstaltungen durchgeführt, um aktuell zu informieren und zu debattieren. Als Beispiele für die immer sehr gut besuchten Diskussionsveranstaltungen sei auf die gemeinsamen „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen der gesamten Landesgruppe Berlin hingewiesen, bei denen wir zur Einführung des Mindestlohns und des Rentenpakets ebenso viele Menschen begrüßen konnten wie bei unserem Empfang für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer Geflüchteter.



*Fraktion vor Ort mit
Andrea Nahles am
15. Dezember 2014:
„Der Mindestlohn kommt -
Mehr Lohngerechtigkeit
schaffen“*

FOTO: MECHTHILD RAWERT

Wir suchen die Bürgerinnen und Bürger auch auf und sind vor Ort im Kiez präsent. Bei Einrichtungsbesuchen, bei Projekten und Vereinen nehmen wir Anliegen und inhaltliche Impulse auf und suchen bei Stammtischen oder Sommertouren das direkte Gespräch.

Bundestag erleben

Alle Mitglieder der Landesgruppe nutzen die vom Deutschen Bundestag zur Verfügung gestellten Kommunikationsangebote für Bürgerinnen und Bürger und gestalten diese jeweils zielgruppenspezifisch. Wir empfangen zahlreiche **BesucherInnen-Gruppen aus Berlin**, aber auch bundes- und weltweit. Wir stehen für Gespräche, spezielle Angebote für Schulklassen oder kindergerechte Führungen und Workshops zur Verfügung.

In den Wahlkreisen bietet jedes Mitglied der Landesgruppe sogenannte **Bundespresseamtsfahrten** („BPA-Fahrten“) für jeweils 50 Berlinerinnen und Berliner an. Auch laden wir Gruppen zu verschiedenen **Kunstführungen** in den Gebäuden des Deutschen Bundestags ein.

Für Schülerinnen und Schüler richten wir regelmäßig **PraktikantInnen-Plätze** in den Bundestags- und Wahlkreisbüros ein, nutzen das **Parlamentarische Patenschafts-Programm**, die Workshops der „Jugendpressetage“ und die Angebote des Programms „Jugend und Parlament“.

Zugleich sind wir Abgeordnete auch **aktive Mitglieder unserer Partei** und bringen uns in die Arbeit des jeweiligen Kreisvorstands ebenso wie in den Arbeitsgemeinschaften ein. Regelmäßig stehen wir den Abteilungen und Kreisen bei ihren Versammlungen zur Verfügung und diskutieren gemeinsam die Bundespolitik. Durch die Vielzahl unterschiedlicher Themengebiete, die wir im Deutschen Bundestag bearbeiten, sind wir auch in nahezu allen Arbeitsgemeinschaften der SPD vertreten - in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), der Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, der Arbeitsgemeinschaft der Schwulen und Lesben (Schwusos), der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt sowie der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und außerdem in der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK).

Durch aktive Netzwerkarbeit und Mitarbeit in zahlreichen Initiativen, Vereinen und Organisationen tragen alle Bundestagsabgeordnete zur **Stärkung des bürgerschaftlichen und (partei-)politischen Engagements** bei.

Die Mitglieder der Landesgruppe informieren auf ihren **Homepages** und via **Newsletter**, in Info-Briefen und Artikeln regelmäßig über ihre Arbeit und Vorhaben. In den **sozialen Netzwerken** wie Facebook und Twitter kommunizieren wir unsere Arbeit und bieten einen unkomplizierten Weg des direkten Austauschs.

Mechthild Rawert

Sprecherin der Landesgruppe Berlin

EUROPÄISCHES PARLAMENT SYLVIA-YVONNE KAUFMANN, MdEP



Von Januar bis Mai 2014 habe ich gemeinsam mit meinem Wahlkampfteam, dem Team des Kurt-Schumacher-Hauses und den vielen ehrenamtlichen Genossinnen und Genossen aus allen zwölf Berliner Bezirken einen sehr engagierten und erfolgreichen Wahlkampf bestritten. Mit 24,0 Prozent sind wir stärkste Partei in Berlin geworden. Der Landesverband Berlin hat so dazu beigetragen, dass unsere Partei im Europäischen Parlament nunmehr stärker als in der vorherigen Legislaturperiode vertreten ist und unserer 27-köpfigen SPD-Delegation Abgeordnete aus allen 16 Bundesländern angehören. An dieser Stelle möchte ich den vielen Helferinnen und Helfern aus allen Parteigliederungen herzlich für ihre tatkräftige Unterstützung danken.

Wahlkreisarbeit in Berlin

Mein Berliner Europabüro habe ich im Kurt-Schumacher-Haus eingerichtet, denn die Nähe zum Landesverband ist mir wichtig und sie erleichtert meine Arbeit vor Ort. Ich bemühe mich um einen stetigen Austausch mit der Partei auf allen Ebenen, gehöre dem Vorstand meiner Abteilung an und bin Kreis- und Landesparteitagsdelegierte.

Großen Wert lege ich ebenso auf einen engen Kontakt mit unseren Berliner Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion. Zugleich bin ich mitwirkungsberechtigtes Mitglied des Europaausschusses des Bundestages und habe mich darum bemüht, die kontinuierliche parlamentarische Kooperation zwischen der europäischen Ebene und der Bundesebene auszubauen. Darüber hinaus besteht ein ständiger Austausch mit dem Berliner FA II EU-Angelegenheiten über aktuelle Fragen aus dem Europäischen Parlament und der S&D-Fraktion.

Es ist sehr erfreulich, dass das europapolitische Interesse in den Abteilungen und Kreisen unseres Landesverbandes hoch ist. Ich bin zwar in Sitzungswochen in der Regel montags bis donnerstags in Brüssel oder Straßburg tätig, aber alle Einladungen für gemeinsame Veranstaltungstermine der Partei vor Ort konnten realisiert werden. So war ich als Referentin in fast allen Kreisverbänden zu einer Vielzahl interessanter Veranstaltungen oder Podiumsdiskussionen. Themenschwerpunkte waren etwa der so genannte Grexit, die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU, TTIP/CETA oder auch das Thema Nationalismus und Rechtspopulismus. Erwähnen möchte ich außerdem, dass seit meiner Wahl ins Europäische Parlament in jeder Ausgabe der "Berliner Stimme" ein Beitrag von mir zu aktuellen Themen im Europäischen Parlament erscheint und dass ich es Berlinerinnen und Berlinern im Rahmen von Besucherfahrten nach Straßburg und Brüssel sehr

gern ermögliche, sich einen eigenen Eindruck über die Funktionsweise des Europäischen Parlaments zu verschaffen und meine Arbeit vor Ort kennenzulernen.

Europapolitische Arbeit in Berlin

Berlin ist eine europäische Metropole und ich freue mich darüber, dass sich so viele Menschen in unserer Stadt für Europa einsetzen - ob beruflich oder im Rahmen ehrenamtlichen Engagements: vom Informationsbüro des Europäischen Parlaments und der Vertretung der Europäischen Kommission im Europäischen Haus am Pariser Platz über den Berliner Senat und die Europabeauftragten der Berliner Bezirke, die Europäische Akademie Berlin sowie die vielen Vereine und Verbände wie die Europäische Bewegung Deutschland e.V., die Deutsche Gesellschaft e.V., die Junge Europäische Bewegung Berlin Brandenburg e.V., die Bürger Europas e.V. oder die überparteiliche Europa-Union Berlin, deren Vorsitzende ich bin. Die gute Zusammenarbeit mit all diesen Akteuren ist mir wichtig. Hier engagiere ich mich, sei es im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen, mit Infoständen oder mit Publikationen, um mit den Berlinerinnen und Berlinern über europäische Themen ins Gespräch zu kommen. Auch Einladungen als Referentin von Schulen habe ich stets gern wahrgenommen.

Parlamentarische Tätigkeit in Brüssel und Straßburg

Mitgliedschaft in parlamentarischen Gremien:

- ▷ Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
- ▷ Rechtsausschuss (stellvertretendes Mitglied)
- ▷ Ausschuss für konstitutionelle Fragen (stellvertretendes Mitglied)
- ▷ Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (stellvertretendes Mitglied)
- ▷ Delegation für die Beziehungen zu Japan
- ▷ Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China (stellvertretendes Mitglied)
- ▷ Mitwirkungsberechtigtes Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag

► Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Meine Arbeit im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres stand ganz im Zeichen der aktuellen Herausforderungen der EU-Flüchtlingspolitik. Als zuständige SPD-Europaabgeordnete für den Themenbereich Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Grundrechte in der EU war ein weiterer Schwerpunkt die beunruhigende

Entwicklung in Ungarn und Polen. Auch den Schutz der finanziellen Interessen der EU, z.B. durch die Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft, betreue ich für die SPD-Europaabgeordneten federführend.



Sylvia-Yvonne Kaufmann

FOTO © European Union 2015
Source: EP

Eine solidarische EU-Flüchtlingspolitik | Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Gewalt und Verfolgung fliehen, ist seit dem Zweiten Weltkrieg nie so hoch gewesen. Die größte Zahl dieser Menschen kommt zwar nicht nach Europa, aber die Europäische Union steht in der Pflicht, schutzbedürftigen Menschen Hilfe zu leisten. Abschottung ist keine Lösung, nötig ist ein ganzheitlicher Ansatz in der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik. Deshalb haben wir sozialdemokratischen Europaabgeordneten uns dafür eingesetzt, eine breite Mehrheit im Parlament für die Einführung eines verbindlichen Schlüssels zur solidarischen Verteilung der Flüchtlinge in der EU zu gewinnen. Dies haben wir erreicht und somit zugleich ein starkes Verhandlungsmandat des Europäischen Parlaments für die bevorstehende Revision der Dublin-Richtlinie geschaffen. Darüber hinaus haben wir dem Plan der EU-Kommission für Notfall-Umsiedlungen von zunächst 160.000 Flüchtlingen in einem beschleunigten Verfahren zugestimmt, um der Dringlichkeit der Situation gerecht zu werden.

Wir streiten weiterhin dafür, legale Schutzwege für Menschen in Not zu schaffen. Hierbei spielt das derzeit laufende Gesetzgebungsverfahren zur Neufassung des Visa-Kodex eine Rolle. Ferner sind wir maßgeblich an der Erarbeitung eines umfassenden Maßnahmenpakets beteiligt, das die Notwendigkeit für einen ganzheitlichen Ansatz der EU für Migration betont. Es beinhaltet u. a. die Bekämpfung der Fluchtursachen, die wirksame Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die Verbesserung der Seenotrettung oder die Bekämpfung des kriminellen Schleusertums.

Europäische Werte wirksam schützen | Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind das Fundament unserer europäischen Wertegemeinschaft und diese Werte gilt es mit Entschlossenheit zu verteidigen.

Die Lage in Ungarn war mehrfach Gegenstand von Ausschusssitzungen, Entschließungen und Plenardebatten. In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Orbán verurteilten viele Europaabgeordnete klar die Infragestellung europäischer Werte durch die nationalkonservative ungarische Regierung. Die Einleitung erster Schritte hin zu einem Verfahren gegen Ungarns Regierung nach Artikel 7 des EU-Vertrages scheiterte jedoch am Widerstand der konservativen EVP-Fraktion, der sowohl die Europaabgeordneten der ungarischen Regierungspartei Fidesz als auch der CDU/CSU angehören.

Die beunruhigende Entwicklung in Polen mit Gesetzesänderungen, die die Unabhängigkeit von Justiz und Medien in Frage stellen, ist ebenfalls Thema im Europäischen Parlament. Wir haben die Einleitung der ersten Stufe des Rechtsstaatsmechanismus seitens der Kommission unterstützt, geht es doch auch darum, ein Zeichen an die vielen Bürgerinnen und Bürger Polens zu senden, die auf den Straßen für ein demokratisches, fest in Europa verankertes Polen demonstrieren.

Betrug am europäischen Steuerzahler einen Riegel vorschieben | Jährlich entsteht dem europäischen Steuerzahler durch Straftaten zulasten des EU-Haushaltes ein Schaden zwischen 500 Millionen und drei Milliarden Euro. Da nationale Behörden diese Delikte nur mangelhaft verfolgen, soll zukünftig eine Europäische Staatsanwaltschaft grenzüberschreitend in Europa ermitteln. Die Mitgliedstaaten sind derzeit noch in Verhandlungen über die genaue Ausgestaltung. Wir Europaabgeordneten haben ein gewichtiges Wort mitzureden, da wir dem Gesetzestext letztendlich zustimmen müssen.

Als Verhandlungsführerin für die sozialdemokratische Fraktion konnte ich bei der Ausarbeitung des Standpunktes des Europäischen Parlaments zentrale Positionen verankern. So setzen wir uns z.B. für ein transparentes Ernennungsverfahren der Europäischen Staatsanwälte ein, um deren Unabhängigkeit von den Mitgliedstaaten zu garantieren. Darüber hinaus schlagen wir klare Kriterien für die Aufteilung der Kompetenzen zwischen einer Europäischen Staatsanwaltschaft und den nationalen Behörden vor. Auch muss sichergestellt sein, dass sich die neue EU-Behörde in grenzüberschreitenden Fällen nicht das nationale Recht mit den niedrigsten Anforderungen an Ermittlungsmaßnahmen aussuchen kann.

► Ausschuss für konstitutionelle Fragen

Hauptthemen des Ausschusses für konstitutionelle Fragen sind v.a. die Reform des Europäischen Wahlrechts, die Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen Rat, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament für bessere Rechtsetzung, das angekündigte Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union ("Brexit") und die Europäische Bürgerinitiative.

Als Verhandlungsführerin unserer S&D-Fraktion habe ich insbesondere für die Überarbeitung der Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative gestritten, denn die ersten drei Jahre der praktischen Anwendung dieses neuartigen Instruments haben zahlreiche Schwachstellen offenbart. Unsere Fraktion konnte wichtige Positionen durchsetzen, etwa die Absenkung des Beteiligungsalters auf einheitlich 16 Jahre, die Neugestaltung der Fristenregelung für Unterschriftensammlungen oder die Forderung, die Rechtsberatung von Organisatoren einer Europäischen Bürgerinitiative zu verbessern. Der Forderungskatalog des Parlaments trägt eine deutlich sozialdemokratische Handschrift. Jetzt sind Rat und Kommission am Zuge mehr partizipative Demokratie zu wagen.

► **Rechtsausschuss**

Schwerpunkt meiner Arbeit im Rechtsausschuss ist der Themenkomplex einer besseren Rechtsetzung. So bin ich Berichterstatterin des Parlaments für das sogenannte REFIT-Programm der Kommission, mit dem sie darauf abzielt, die gesamten EU-Rechtsvorschriften auf unnötige Verwaltungslasten, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), zu überprüfen.

In meiner Arbeit war es mir wichtig, die vielfach geäußerte Kritik an zu viel "Brüsseler Bürokratie" zielgerichtet aufzunehmen und sichtbare Änderungen am europäischen Gesetzgebungsprozess zu erreichen. Schließlich geht es darum, die Unterstützung vieler Bürgerinnen und Bürger für das europäische Einigungsprojekt zurückzugewinnen. Doch Priorität hat für mich, gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür zu streiten, dass die sozialen und ökologischen Errungenschaften in der EU nicht unter dem Deckmantel von Bürokratieabbau ausgehöhlt werden. Dieser Kampf war durchaus erfolgreich. So konnten Versuche der Konservativen z.B. die Autonomie der Sozialpartner anzugreifen, abgewehrt werden. Das Recht der EU-Mitgliedstaaten, bei der Umsetzung von EU-Richtlinien über europäische Mindeststandards hinauszugehen und höhere nationale Standards zu setzen, konnte in verschiedenen Dokumenten verankert werden.

► **Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung**

Ende 2014 enthüllten Journalisten, dass multinationale Unternehmen geheime Absprachen mit den Steuerbehörden Luxemburgs vereinbart hatten, um ihre Steuerzahlungen drastisch zu reduzieren. Trotz Umsätzen in Milliardenhöhe zahlten die Unternehmen geringe Steuersätze für nach Luxemburg verschobene Gewinne. Als stellvertretendes Mitglied im daraufhin gebildeten Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung im Europäischen Parlament konnte ich an der Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs mitarbeiten, der in Zukunft effektiv Steuerdumping zu Gunsten von multinationalen Unternehmen verhindern soll.

Der Katalog, der eine klar sozialdemokratische Handschrift trägt, beinhaltet u. a. die Einführung einer konsolidierten gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer, strikte Regeln für Steuerberatungsgesellschaften zur Vermeidung von Interessenkonflikten, die Erstellung einer schwarzen Liste von Steueroasen und den Schutz von Informanten. Der Zeitraum für die Tätigkeit des Sonderausschusses wurde verlängert und sein Mandat erweitert. Wir Mitglieder der S&D-Fraktion bleiben an dem Thema dran, um den Druck auf Mitgliedstaaten und Kommission zur Verhinderung von Steuerdumping aufrecht zu erhalten.

Weitere Aktivitäten

An meinen Arbeitsorten Brüssel und Straßburg komme ich mit einer Vielzahl von Akteuren ins Gespräch. Dabei ist es mir ein besonderes Anliegen, einen kontinuierlichen Austausch mit dem Büro des Landes Berlin bei der EU zu führen, so war ich dort u. a. Podiumsteilnehmerin bei der regelmäßig stattfindenden „Berliner Runde“. Darüber hinaus konnte ich Praktikantinnen und Praktikanten die Möglichkeit geben, einen Blick hinter die Kulissen der Hauptstadt Europas zu werfen. Mehreren Gruppen von jungen Journalistinnen und Journalisten sowie Schülerinnen und Schülern aus dem gesamten Bundesgebiet stand ich sehr gerne Rede und Antwort. Sehr interessant war auch ein Treffen mit engagierten Genossinnen und Genossen der SPD Paris, die organisatorisch unserem Landesverband zugeordnet sind.

Sylvia-Yvonne Kaufmann

Mitglied des Europäischen Parlaments

**SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT
FÜR KOMMUNALPOLITIK E.V. · SGK**
SGK
 Berlin

Die im November 2014 turnusgemäß durchgeführte Neuwahl hat die durchaus bewährte Struktur des Landesvorstandes der SGK Berlin weiter bestätigt. Es wurde einvernehmlich weiterhin eine gute Mischung aus Vertretern der Bezirke und der Landesebene erreicht.

Auf den jährlichen **Klausurtagungen** wurden die inhaltliche Arbeit der SGK Berlin diskutiert und zu inhaltlichen Fragen Positionen festgelegt.

Ein **Baurechtseminar** hat erste Erkenntnisse für Interessierte vermittelt.

Es wurde u.a. zur **Flüchtlingssituation** schon im Februar 2015 eine Veranstaltung durchgeführt – mit großem Interesse vor allem aus den Bezirken. Es folgte die Diskussion auf der Jahreshauptversammlung der SGK Berlin mit Staatssekretär Glietsch im Herbst 2015. Mit Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen wurde in der Galerie des Kurt-Schumacher-Hauses über die **Finanzlage Berlins** diskutiert.

Ein **Seminar zur Öffentlichkeitsarbeit** hat Mitte des Jahres 2015 stattgefunden. **Fachseminare** werden auch 2016 für Interessierte angeboten.

Nachdem auch die **2. Auflage des Kommunallexikons** sehr große Beachtung fand, wird eine 3. Auflage derzeit fertig gestellt.

Der SGK-Landesvorsitzende nimmt als **kooptiertes Mitglied des Landesvorstandes** der SPD Berlin an deren Landesvorstandssitzungen teil.

Zu den Berichten der vom LV eingesetzten Kommissionen wurden Stellungnahmen erarbeitet.

Zur Positionierung der SGK dient auch der **Info-Service-Dienst forum**, der 3-4 Mal im Jahr erscheint und allen Mitgliedern der SGK sowie den Landesparteitagsdelegierten zugänglich gemacht wird. Hierzu sind auch weiter alle Mandatsträger unserer Partei aufgerufen, mit Artikeln den jeweiligen Diskussionsstand vorzustellen.

Als sehr informativ hat sich auch die Herausgabe des **forum digital** erwiesen, das in unregelmäßigen Abständen an alle SGK-Mitglieder ausschließlich per Email versandt wird.

Die SGK Berlin ist weiterhin dazu aufgerufen, politische Ansätze in Bezirken und Land zu verfolgen und unseren Mandatsträgern auf Landes- wie Bezirksebene die notwendige Hilfestellung für die Durchsetzung einer leistungsfähigen sozialdemokratischen Politik zu geben durch Empfehlungen und Arbeitshilfen für die praktische Politik in den Bezirken und auf Landesebene. Sie berät die sozialdemokratischen **Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen** und arbeitet mit der **SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus** in kommunalpolitischen Fragen zusammen. Sie hat eine **koordinierende Funktion zwischen den Bezirken und zur Landesebene** und pflegt **Kontakte zu anderen kommunalen Verbänden und Institutionen**.

Die SGK Berlin finanziert sich ausschließlich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder. Ziel ist es, alle SPD-Mandatsträger zur Mitgliedschaft in der SGK Berlin zu bewegen, aber auch kommunalpolitisch interessierte SPD-Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger sind Adressaten der Aktivitäten und somit gern gesehene Mitglieder der SGK Berlin.

Auch der Landevorsitzende der SPD Berlin Jan Stöß, hat in einem gemeinsamen Schreiben mit dem SGK-Landesvorsitzenden alle Mandatsträger der SPD zum Eintritt in die SGK aufgerufen.

Durch Beschluss des Bundesvorstandes der SPD und des Parteikonvents der SPD ist auch die Rolle der SGK als kommunale Kraft in der politischen Auseinandersetzung gestärkt worden. Über den Organisationsgrad der politischen Mandatsträger in der SGK soll jährlich berichtet werden.

Die SGK hat ein Antragsrecht auf den Parteitag. Die SGK Berlin ist Teil der Bundes-SGK. Die SGK Berlin ist in den jeweiligen Kommissionen auf Bundesebene jeweils mit einem Mitglied vertreten. Die SGK Berlin ist auf der Bundesdelegiertenversammlung der SGK vertreten und mit ihrem Landesvorsitzenden als gewählter Beisitzer im Bundesvorstand präsent.

Erfreulich ist ebenfalls die Tatsache, dass ehemalige Mandatsträger der SPD auf Landes- wie Bezirksebene nach ihrem Ausscheiden aus dem politischen Mandat der SGK Berlin die Treue halten.

Horst Porath
 Vorsitzender SGK-Berlin

LANDESVORSTANDSLISTE · MIT KOOPTIERUNGEN

Stand: November 2015

Landesvorsitzender	Dr. Jan Stöß
StellvertreterInnen	Dr. Fritz Felgentreu Barbara Loth Mark Rackles Iris Spranger
Landeskassiererin	Ulrike Sommer
BeisitzerInnen	Lucyna Jachymiak-Krolikowska Frank Jahnke Melanie Kühnemann Dr. Maja Lasic Klaus Mindrup Barbara Scheffer Ulf Wilhelm Julian Zado
Kreisvorsitzende	<p>01 · Mitte Boris Velter</p> <p>02 · Friedrichshain-Kreuzberg Julia Schimeta</p> <p>03 · Pankow Knut Lambertin</p> <p>04 · Charlottenburg-Wilmersdorf Christian Gaebler</p> <p>05 · Spandau Susanne Pape</p> <p>06 · Steglitz-Zehlendorf Dr. Ruppert Stüwe</p>

07 · Tempelhof-Schöneberg
Dilek Kolat

08 · Neukölln
Dr. Fanziska Giffey

09 · Treptow-Köpenick
Oliver Igel

10 · Marzahn-Hellersdorf
Stefan Komoß

11 · Lichtenberg
Ole Kreins

12 · Reinickendorf (kooptiert)
Jörg Stroedter

Vorsitzende / VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaften

AfA
Rolf Wiegand

AGS
Angelika Syring

ASF
Dr. Eva Högl

AG 60 plus
Werner Kleist

AG Migration
Aziz Bozkurt

Jusos
Kevin Kühnert

Schwusos
Markus Pauzenberger

Kooptierte Mitglieder**ASG**

Boris Velter

ASJ

Christian Meiners

AfB

Monika Buttgerit

AG Selbst Aktiv

Karin Sarantis-Aridas

AG Migration und Vielfalt

Daniela Kaya

AG der Fraktionsvorsitzenden

Christian Haß

Vertreter der Bezirksamtsmitglieder

Stefan Komoß

Jusos

Annika Klose

Juso-Hochschulgruppen

Jenny Lehmann

Delegierte des Parteikonvents

Robert Drewnicki

Karin Halsch

Dr. Christian Hanke

Ulrike Neumann

Ingo Siebert

Ulrike Sommer

**Präsident des
Abgeordnetenhauses**

Ralf Wieland

**Regierender Bürgermeister
von Berlin**

Michael Müller

Mitglieder des Senats

Andreas Geisel

Dilek Kolat

Matthias Kollatz-Ahnen

Dr. Margaretha Sudhof

Sandra Scheeres

Sprecherin der Berliner MdBs

Mechthild Rawert

Sprecher der Landesgruppe MdBs Ost

Matthias Schmidt

Berliner MdEP

Sylvia-Yvonne Kaufmann

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg

Doro Zinke

AWO

Ute Kumpf

SGK

Horst Porath

Weitere TeilnehmerInnen**Sprecherin des Senats**

Daniela Augenstein

Chef der Senatskanzlei

Björn Böhning

Parlamentarischer Geschäftsführer

Torsten Schneider

Internetbeauftragter

Kevin Hönicke

Bildungsbeauftragter

Ingo Siebert

Kulturbeauftragte

Barbara Scheffer

Landesgeschäftsführer

Dennis Buchner

Stellvertretender Landesgeschäftsführer**und Leiter Arbeitsbereich I****Mitgliederservice, Finanzen und Organisation**

Axel Oppold-Soda

Leiterin Arbeitsbereich II**Zielgruppen, Projekte und Bürgerservice**

Daniela Fiedler

Pressesprecherin des SPD Landesverbands

Josephine Steffen

Referent des Landesvorsitzenden

Ralf Höschele

LANDESPARTEITAGE**Tagesordnung · Landesparteitag der Berliner SPD am 17. Mai 2014**

Beginn 9.30 Uhr · Einlass ab 8.30 Uhr

ESTREL Convention Center, Sonnenallee 225, 12057 Berlin

1. Eröffnung · Sylvia-Yvonne Kaufmann
Kandidatin für das Amt des Europäischen Parlaments der Berliner SPD
 - a) Wahl des Präsidiums (*anschl. Übernahme durch das Präsidium*)
 - b) Wahl der Antragskommission
 - c) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - d) Wahl der Wahlkommissionen
 - e) Beschlussfassung über die Tagesordnung
2. Gastrede · Felipe Gonzáles Márques
Ministerpräsident a. D. Spaniens und ehemaliger Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei
3. Rede des Landesvorsitzenden · Jan Stöß
4. Berichte
 - a) Bericht der Landeskassiererin
 - c) Bericht der Revisoren
 - d) Gleichstellungsbericht
5. Aussprache zu den Reden und Berichten
6. Entlastung des Vorstandes
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Beratung und Beschlussfassung statutenändernder Anträge
9. Wahlen
Organisatorische Hinweise zum elektronischen Wahlsystem
 - a) Wahl des Landesvorsitzenden/der Landesvorsitzenden
 - b) der vier stellvertretenden Landesvorsitzenden
 - c) des Landeskassierers/der Landeskassiererin
 - d) von acht Beisitzerinnen und Beisitzern
 - e) der zwölf Kreisvorsitzenden in den Landsvorstand

- f) der Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften in den Landesvorstand (AG 60plus, Jusos, AsF, AfA, AGS, Schwusos und AG Migration und Vielfalt)
- g) von sechs Delegierten zum Parteikonvent
- h) der Landesschiedskommission (Vorsitzende/r, zwei stellvertretende Vorsitzende, vier weitere Mitglieder)
- j) von mindestens drei Revisorinnen und Revisoren

10. Beratung und Beschlussfassung weiterer Anträge

11. Schlusswort der/s neugewählten Landesvorsitzenden

Tagesordnung · Landesparteitag der Berliner SPD am 8. November 2014

Beginn: 9.30 Uhr · Einlass ab 8.30 Uhr

BCC, Alexanderplatz, 10178 Berlin

Singen mit den Vöwärts Liederfreunden

1. Eröffnung/Begrüßung

Organisatorische Hinweise des Präsidiums

2. Rede des Landesvorsitzenden · Jan Stöß

3. Rede des Regierenden Bürgermeisters · Klaus Wowereit

4. Rede des Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters · Michael Müller

5. Aussprache

6. Nominierung des Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters
per Akklamation

7. 25 Jahre Mauerfall – 25 Jahre Gründung der SDP in der DDR
Grußwort *Christine Bergmann*, Bundesministerin a. D.
Grußwort *Walter Momper*, Regierender Bürgermeister a. D.

8. Antragsberatung

9. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Tagesordnung · Landesparteitag der Berliner SPD am 13. Juni 2015

Beginn: 9.30 Uhr · Einlass ab 8.30 Uhr

INTERCONTINENTAL BERLIN, Budapester Straße 2, 10178 Berlin

Singen mit den Vöwärts Liederfreunden

1. Eröffnung/Begrüßung · Fritz Felgentreu, Stv. Landesvorsitzender

Organisatorische Hinweise des Präsidiums

2. Rede des Landesvorsitzenden · Jan Stöß

3. Rede des Bundesminister des Auswärtigen · Dr. Frank-Walter Steinmeier

Aussprache zu den Reden

4. Bericht der Mandatsprüfungskommission

5. Themenschwerpunkt Flüchtlingspolitik in Berlin
• Beratung der Resolution „Berlin – die Stdt der Willkommenskultur“ · Maja Lasic
• Beratung weiterer Anträge zum Thema

6. Ehrungen
• Gedenken zum 125. Geburtstag Wilhelm Leuschner
• Ehrung Werner Ratajczak

7. Wahlen
• Wahl der 22 Delegierten für den Bundesparteitag
• Nachwahl eines Kreisvorsitzenden in den Landesvorstand

8. Beratung und Beschlussfassung über den Leitantrag
„Starke Finanzen im Land und in den Bezirken“
Iris Spranger · stv. Landesvorsitzende

9. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge

10. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Tagesordnung · Landesparteitag der Berliner SPD am 14. November 2015

Beginn: 9.30 Uhr · Einlass ab 8.30 Uhr

BCC, Alexanderplatz, 10178 Berlin

1. Eröffnung/Begrüßung

Organisatorische Hinweise des Präsidiums

2. Rede des Landesvorsitzenden · Jan Stöß

3. Rede des Regierenden Bürgermeisters · Michael Müller

4. Aussprache zu den Reden

5. Zwischenergebnis der Arbeitsgruppe Volksbegehren / Volksentscheid

6. Ehrungen

8. Antragsberatung

- Statutenändernde Anträge
- Weitere Anträge

9. Schlusswort

RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS JAHR 2013**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin**

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2013

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

	Landes-	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
	verband	Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
1. Einnahmen					
1. Mitgliedsbeiträge	1.815.320,35	117.678,50	126.000,56	243.679,06	2.058.999,41
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	286.810,00	0,00	385.083,69	385.083,69	671.893,69
3. Spenden von natürlichen Personen	21.517,01	103.269,33	181.989,83	285.259,16	306.776,17
4. Spenden von juristischen Personen	3.681,70	4.952,52	23.345,38	28.297,90	31.979,60
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	3.876,61	1.473,76	3.923,81	5.397,57	9.274,18
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	151.497,64	44.571,91	66.218,33	110.790,24	262.287,88
8. staatliche Mittel	581.050,60	0,00	0,00	0,00	581.050,60
9. sonstige Einnahmen	10.499,61	1.454,56	6.340,19	7.794,75	18.294,36
10. Zuschüsse von Gliederungen	245.917,69	27.495,02	191.925,57	219.420,59	465.338,28
11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10	3.120.171,21	300.895,60	984.827,36	1.285.722,96	4.405.894,17
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	1.510.310,57	0,00	73.043,34	73.043,34	1.583.353,91
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	424.318,96	42.427,43	222.695,30	265.122,73	689.441,69
b) für allgemeine politische Arbeit	678.960,44	166.826,81	287.490,30	454.317,11	1.133.277,55
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	600,00	196,16	0,00	196,16	796,16
Bundestagswahl	324.830,79	75.906,39	502.461,69	578.368,08	903.198,87
Landtagswahl	0,00	686,72	211,72	898,44	898,44
Kommunalwahl	0,00	129,94	0,00	129,94	129,94
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
e) sonstige Zinsen	3.985,19	1,53	0,00	1,53	3.986,72
f) sonstige Ausgaben	1.101,34	1.771,35	0,00	1.771,35	2.872,69
3. Zuschüsse an Gliederungen	160.532,74	28.885,57	25.902,28	54.787,85	215.320,59
4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3	3.104.640,03	316.831,90	1.111.804,63	1.428.636,53	4.533.276,56
3. Überschuß/Defizit (-)	15.531,18	-15.936,30	-126.977,27	-142.913,57	-127.382,39

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2013

Vermögensbilanz

	Landes-	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
	verband	Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
1. Besitzposten					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Haus- und Grundvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäftsstellenausstattung	68.048,00	0,00	0,00	0,00	68.048,00
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	17.801,26	68.050,65	85.851,91	85.851,91
Summe Anlagevermögen	<u>68.048,00</u>	<u>17.801,26</u>	<u>68.050,65</u>	<u>85.851,91</u>	<u>153.899,91</u>
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	1.154.425,86	0,00	0,00	0,00	1.154.425,86
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Geldbestände	110.958,08	377.980,56	857.276,88	1.235.257,44	1.346.215,52
IV. sonstige Vermögensgegenstände	18.280,57	5.990,39	6.289,46	12.279,85	30.560,42
Summe Umlaufvermögen	<u>1.283.664,51</u>	<u>383.970,95</u>	<u>863.566,34</u>	<u>1.247.537,29</u>	<u>2.531.201,80</u>
C. Gesamtbesitzposten (Summe aus A und B)	<u>1.351.712,51</u>	<u>401.772,21</u>	<u>931.616,99</u>	<u>1.333.389,20</u>	<u>2.685.101,71</u>
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. sonstige Rückstellungen	330.912,77	0,00	0,00	0,00	330.912,77
Summe Rückstellungen	<u>330.912,77</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>330.912,77</u>
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen	21.331,88	0,00	1.975,60	1.975,60	23.307,48
II. Rückzahlungsverpflichtung aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	0,00	11,19	32,00	43,19	43,19
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
V. sonstige Verbindlichkeiten	95.284,86	179,33	2.234,91	2.414,24	97.699,10
Summe Verbindlichkeiten	<u>116.616,74</u>	<u>190,52</u>	<u>4.242,51</u>	<u>4.433,03</u>	<u>121.049,77</u>
C. Gesamte Schuldposten (Summe von A und B)	<u>447.529,51</u>	<u>190,52</u>	<u>4.242,51</u>	<u>4.433,03</u>	<u>451.962,54</u>
3. Reinvermögen	<u>904.183,00</u>	<u>401.581,69</u>	<u>927.374,48</u>	<u>1.328.956,17</u>	<u>2.233.139,17</u>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2013

Vollständigkeitserklärung:

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- die Berichte aller dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände (Unterbezirke, Kreis-, Stadt-, Gemeindeverbände, Wahlkreisorganisationen etc.) vollständig erfasst und mit den erforderlichen Vollständigkeitserklärungen der jeweiligen Finanzvorstände, auf die wir Bezug nehmen, versehen sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Berlin, den 29. September 2014


Vorsitzende(r)


Satzmeister(in)


Revisor(in)


Revisor(in)

Revisor(in)

RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS JAHR 2014

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2014

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

	Landes- verband	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
		Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
1. Einnahmen					
1. Mitgliedsbeiträge	1.904.299,60	121.220,31	131.694,12	252.914,43	2.157.214,03
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	310.309,00	0,00	425.794,08	425.794,08	736.103,08
3. Spenden von natürlichen Personen	22.385,44	93.523,85	68.165,80	161.689,65	184.075,09
4. Spenden von juristischen Personen	500,00	466,75	1.850,00	2.316,75	2.816,75
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	2.822,74	1.637,37	4.053,46	5.690,83	8.513,57
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	92.584,22	46.870,05	71.732,56	118.602,61	211.186,83
8. staatliche Mittel	575.364,76	0,00	0,00	0,00	575.364,76
9. sonstige Einnahmen	1.264,38	974,66	2.972,93	3.947,59	5.211,97
10. Zuschüsse von Gliederungen	214.403,17	32.187,21	57.644,45	89.831,66	304.234,83
11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10	<u>3.123.933,31</u>	<u>296.880,20</u>	<u>763.907,40</u>	<u>1.060.787,60</u>	<u>4.184.720,91</u>
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	1.619.534,21	0,00	39.728,98	39.728,98	1.659.263,19
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	470.942,81	42.558,83	237.002,42	279.561,25	750.504,06
b) für allgemeine politische Arbeit	555.047,49	159.403,78	237.005,60	396.409,38	951.456,87
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	137.008,86	31.151,98	61.851,66	93.003,64	230.012,30
Bundestagswahl	-42,84	1.688,41	6.965,69	8.654,10	8.611,26
Landtagswahl	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kommunalwahl	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00	1,20	63,28	64,48	64,48
e) sonstige Zinsen	0,00	2,90	0,00	2,90	2,90
f) sonstige Ausgaben	65,89	518,52	130,00	648,52	714,41
3. Zuschüsse an Gliederungen	49.880,00	17.367,80	23.183,86	40.551,66	90.431,66
4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3	<u>2.832.436,22</u>	<u>252.693,42</u>	<u>605.931,49</u>	<u>858.624,91</u>	<u>3.691.061,13</u>
3. Überschuß/Defizit (-)	<u>291.497,09</u>	<u>44.186,78</u>	<u>157.975,91</u>	<u>202.162,69</u>	<u>493.659,78</u>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2014

Vermögensbilanz

	Landes- verband	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
		Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
1. Besitzposten					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Haus- und Grundvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäftstellenausstattung	78.712,00	0,00	0,00	0,00	78.712,00
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	17.801,26	68.050,65	85.851,91	85.851,91
Summe Anlagevermögen	<u>78.712,00</u>	<u>17.801,26</u>	<u>68.050,65</u>	<u>85.851,91</u>	<u>164.563,91</u>
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	1.418.742,96	0,00	1.174,50	1.174,50	1.419.917,46
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Geldbestände	73.480,41	418.994,93	1.010.099,36	1.429.094,29	1.502.574,70
IV. sonstige Vermögensgegenstände	13.612,31	9.983,27	6.583,29	16.566,56	30.178,87
Summe Umlaufvermögen	<u>1.505.835,68</u>	<u>428.978,20</u>	<u>1.017.857,15</u>	<u>1.446.835,35</u>	<u>2.952.671,03</u>
C. Gesamtbesitzposten (Summe aus A und B)	<u>1.584.547,68</u>	<u>446.779,46</u>	<u>1.085.907,80</u>	<u>1.532.687,26</u>	<u>3.117.234,94</u>
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. sonstige Rückstellungen	319.156,26	0,00	0,00	0,00	319.156,26
Summe Rückstellungen	<u>319.156,26</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>319.156,26</u>
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen	16.019,58	0,00	427,41	427,41	16.446,99
II. Rückzahlungsverpflichtung aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
V. sonstige Verbindlichkeiten	53.691,75	1.010,99	130,00	1.140,99	54.832,74
Summe Verbindlichkeiten	<u>69.711,33</u>	<u>1.010,99</u>	<u>557,41</u>	<u>1.568,40</u>	<u>71.279,73</u>
C. Gesamte Schuldposten (Summe von A und B)	<u>388.867,59</u>	<u>1.010,99</u>	<u>557,41</u>	<u>1.568,40</u>	<u>390.435,99</u>
3. Reinvermögen	<u>1.195.680,09</u>	<u>445.768,47</u>	<u>1.085.350,39</u>	<u>1.531.118,86</u>	<u>2.726.798,95</u>

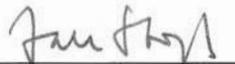
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin
 RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2014

Vollständigkeitserklärung:

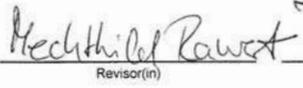
Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

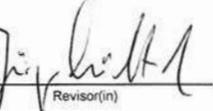
- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- die Berichte aller dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände (Unterbezirke, Kreis-, Stadt-, Gemeindeverbände, Wahlkreisorganisationen etc.) vollständig erfasst und mit den erforderlichen Vollständigkeitserklärungen der jeweiligen Finanzvorstände, auf die wir Bezug nehmen, versehen sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Berlin, den 29. September 2015


 Vorsitzende(r)


 Schatzmeister(in)


 Revisor(in)


 Revisor(in)


 Revisor(in)

MITGLIEDERENTWICKLUNG · 2014 - 2015

KREIS	Stichtag	% %		Stichtag	% %		Differenz 2014-2015
	31.12.2014	männlich	weiblich	31.12.2015	männlich	weiblich	
Mitte	2.322	66,93	33,07	2.305	66,77	33,23	- 17
Friedrichshain-Kreuzberg	1.591	66,81	33,19	1.605	66,29	33,71	+ 14
Pankow	1.642	68,21	31,79	1.694	67,53	32,47	+ 52
Charlottenburg-Wilmersdorf	2.277	63,77	36,23	2.230	63,36	36,64	- 47
Spandau	943	65,64	34,36	939	65,92	34,08	- 4
Steglitz-Zehlendorf	2.083	65,87	34,13	2.039	66,16	33,84	-44
Tempelhof-Schöneberg	2.095	64,68	35,32	2.033	64,39	35,61	- 62
Neukölln	1.325	64,45	35,55	1.328	64,38	35,62	+ 3
Treptow-Köpenick	621	68,44	31,56	612	66,99	33,01	- 9
Marzahn-Hellersdorf	326	69,94	30,06	313	70,61	29,39	- 13
Lichtenberg	480	71,67	28,33	479	70,98	29,02	-1
Reinickendorf	1.149	67,10	32,90	1.131	66,31	33,69	- 18
International	184	72,83	27,17	186	73,66	26,34	+ 2
GESAMT	17.038	66,27	33,73	16.894	66,00	34,00	- 144

 www.spd.berlin

 facebook.com/SPD.Berlin  twitter.com/spdberlin  youtube.com/spdberlin

